

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr
- Vereinfachung der Intrahandelsstatistik
- Unfallgeschehen im Straßenverkehr
- Seeverkehr
- Berufliche Weiterbildung in Unternehmen
- Schwerbehinderte Menschen
- Preise



7/2007

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im August 2007

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-07107-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
l oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	647
Textteil	
<i>Ulrich Spörel</i> Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr	663
<i>Albrecht Krockow</i> Vereinfachung der Intrahandelsstatistik	670
<i>Ingeborg Vorndran</i> Unfallgeschehen im Straßenverkehr 2006	679
<i>Horst Winter</i> Seeverkehr 2006	688
<i>Daniel Schmidt</i> Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2005	699
<i>Heiko Pfaff</i> Schwerbehinderte Menschen 2005	712
<i>Wera Kallnik</i> Preise im Juni 2007	720
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	725
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	647
Texts		
<i>Ulrich Spörel</i>	Cross-border tourism in Europe: inbound and outbound tourism	663
<i>Albrecht Krockow</i>	Simplification of intra-Community trade statistics	670
<i>Ingeborg Vorndran</i>	Road traffic accidents, 2006	679
<i>Horst Winter</i>	Maritime transport, 2006	688
<i>Daniel Schmidt</i>	Vocational further training in enterprises, 2005	699
<i>Heiko Pfaff</i>	Severely disabled persons in 2005	712
<i>Wera Kallnik</i>	Prices in June 2007	720
	List of the contributions published in the current year	725
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
 Table des matières		 Pages
	Informations sommaires	647
Textes		
<i>Ulrich Spörel</i>	Tourisme transfrontalier en Europe: tourisme récepteur et émetteur	663
<i>Albrecht Krockow</i>	Simplification du commerce intra-communautaire	670
<i>Ingeborg Vorndran</i>	Accidents de la circulation routière, 2006	679
<i>Horst Winter</i>	Transport maritime, 2006	688
<i>Daniel Schmidt</i>	Formation professionnelle continue dans les entreprises en 2005	699
<i>Heiko Pfaff</i>	Handicapés graves en 2005	712
<i>Wera Kallnik</i>	Prix en juin 2007	720
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	725
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik

Mit der offiziellen Übergabe der statistischen Rechtsakte an die neue portugiesische EU-Ratspräsidentschaft am 27. Juni 2007 in Wiesbaden im Beisein von Vertretern der Europäischen Kommission (Eurostat), des Bundesministeriums des Innern und aus der Ständigen Vertretung in Brüssel hat die deutsche Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik ihren Abschluss gefunden. In den vergangenen sechs Monaten hatte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, den Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe Statistik, die neue Verordnungsentwürfe der Kommission auf dem Gebiet der Statistik im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens mit dem Europäischen Parlament verhandelt. Für die Planung und Durchführung dieser Sitzungen und die Koordinierung und Überarbeitung der Verordnungsentwürfe im Bereich Statistik auf europäischer Ebene war im Statistischen Bundesamt für die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine Geschäftsstelle eingerichtet worden.

Insgesamt lässt sich ein sehr positives Fazit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik ziehen: So konnten in den letzten Monaten mehrere wichtige Statistik-Verordnungen verabschiedet werden und Fortschritte bei neuen Verordnungsentwürfen erzielt werden. Darüber hinaus wurde das Querschnittsthema „Komitologie und Qualitätsaspekte“ intensiv in der Ratsarbeitsgruppe beraten

und ein neuer Standardartikel zur Qualität entwickelt, der in alle künftigen Statistikverordnungen aufgenommen werden soll.

Die folgenden drei Verordnungen wurden unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft von Europäischem Parlament und Europäischem Rat in erster Lesung verabschiedet:

- Verordnung zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz („Migrations-Verordnung“),
- Verordnung über das europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS),
- Verordnung zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten (FATS).

Bei den unten aufgeführten Verordnungen steht in den kommenden Wochen eine Verabschiedung im Ministerrat bevor, nachdem das Europaparlament bereits in erster Lesung zugestimmt hat. Dabei konnte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik insbesondere in den Verhandlungen über das neue Statistische Programm der Gemeinschaft 2008 bis 2012 ihre Schwerpunkte Prioritätensetzung, Nutzerorientierung und Entlastung der Befragten einbringen und den Kommissionsvorschlag dementsprechend überarbeiten.

- Entscheidung über das statistische Programm der Gemeinschaft 2008 bis 2012,
- Änderungsverordnung zur Verordnung über die Arbeitskräfteerhebung (Merkmal Einkommen),

- Verordnung über die statistische Güterklassifikation CPA,
- Verordnung über die Strukturelle Unternehmensstatistik,
- Verordnung zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Bereitstellung von Basisinformationen für Kaufkraftparitäten sowie deren Berechnung und Verbreitung,
- Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates in Bezug auf die Übermittlung von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG-Lieferprogramm).

Neben den oben genannten Rechtsakten konnten Präsident Walter Radermacher und das Präsidenschaftsteam auch bei mehreren anderen Verordnungsentwürfen einen tragfähigen Kompromissvorschlag zwischen der Position der Mitgliedstaaten in der Ratsarbeitsgruppe und den Änderungswünschen des Europäischen Parlaments aushandeln, sodass eine Verabschiedung in erster Lesung in einigen Wochen bevorsteht.

Insgesamt hat das Präsidenschaftsteam gemeinsam mit den zuständigen Kolleginnen und Kollegen der Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes im ersten Halbjahr 2007 22 statistische Gesetzesvorhaben betreut und ihre Verabschiedung durch den Rat und das Europäische Parlament vorangetrieben. Während 15 Rechtsakte von der finnischen EU-Ratspräsidentschaft übernommen wurden, hat die Europäische Kommission unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft sieben neue Gesetzesvorhaben vorgelegt. Die Ratsarbeitsgruppe Statistik kam im ersten Halbjahr 2007 in Brüssel zu neun Sitzungen zusammen. Insgesamt wurden 13 der insgesamt 22 statistischen Rechtsakte unter deutschem Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe Statistik beraten. Damit zählt die Ratsarbeitsgruppe Statistik von allen etwa 280 Ratsarbeitsgruppen zu denen mit den meisten behandelten Rechtsakten, was mit einem großen Koordinations- und Arbeitsaufwand verbunden war.

Ausführliche Informationen zum Beratungsstand aller im ersten Halbjahr 2007 unter deutschem Vorsitz beratenen Statistik-Rechtsakte auf europäischer Ebene enthält der Abschlussbericht, der im Internet unter www.destatis.de/EU2007 abrufbar ist.

Seit dem 1. Juli 2007 koordiniert nun das EU-Ratspräsidentschaftsteam des portugiesischen Statistikamtes INE (Instituto Nacional de Estatística – Statistics Portugal) die Arbeiten auf dem Gebiet der Statistik auf europäischer Ebene. Das Statistische Bundesamt hat im Rahmen der erstmals ins Leben gerufenen sogenannten „Triopräsidentschaft“ bereits in den vergangenen Monaten sehr gut mit den jeweiligen Kolleginnen und Kollegen der zukünftigen Präsidenschaften zusammengearbeitet und wird daher die Arbeiten in der Ratsarbeitsgruppe Statistik auch unter portugiesischer und slowenischer Präsidenschaft (1. Jahreshälfte 2008) eng begleiten.

5 Jahre GENESIS-Online

Vor fünf Jahren wurde die Auskunftsdatenbank GENESIS-Online im Internet freigeschaltet. Als Modellprojekt des Statistischen Bundesamtes in der BundOnline2005-Initiative der Bundesregierung startete GENESIS-Online mit 58 Statistiken, die zusammen etwa 650 000 Werte enthielten. Seitdem wurde die Datenbank sowohl inhaltlich als auch funktional unter Berücksichtigung der Kundenwünsche weiter ausgebaut.

Inzwischen ist das Datenangebot auf 150 Statistiken mit 70 Mill. Werten angewachsen; im Juni 2007 wurde mit 19 000 Tabellenabrufen und insgesamt 24 700 Systemanmeldungen ein neuer Höchststand bei den Nutzungszahlen erreicht.

Aus aller Welt

„Gender Budgeting“ – Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit durch geschlechtersensible Haushalte

„Die Verteilung macht’s – Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit durch geschlechtersensible Haushalte“ war das Motto der durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft organisierten europäischen Fachkonferenz zum Thema Gender Budgeting am 4. und 5. Juni 2007. Die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen überwiegend aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union sowie aus Norwegen und Korea. Etwa vier Fünftel der Anwesenden waren Frauen. Vertreten waren Regierungen (Frauen-, Sozial- oder Finanzbereich), internationale Organisationen, Wissenschaft, Entwicklungshilfeinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen.

Gender Budgeting will durch geschlechterspezifische Transparenz des Haushaltsverfahrens den Einsatz der öffentlichen Haushaltsmittel am Gleichstellungsziel ausrichten und damit einen möglichst geschlechterneutralen Mitteleinsatz erreichen. Der Einsatz von Gender Budgeting wird international als Indikator für „good governance“ gewertet.

Gender Budgeting erfordert eine kontinuierliche, langfristige Analyse der Mittelverwendung. Insofern hilft Gender Budgeting beim sparsamen Umgang mit ökonomischen Ressourcen. Dass Geschlechterungleichheit bei der Bereitstellung öffentlicher Haushaltsmittel ökonomisch ineffizient ist, lässt sich durch Beispiele aus der beruflichen Bildung, der Arbeitsmarktförderung und der Gesundheitsprävention belegen. Ungleiche Mittelverteilung zu Lasten der Frauen hat sich in vielen Ländern der Welt als Wachstumsbremse erwiesen. Instrumente des Gender Budgeting sind:

- Die Budget-Inzidenzanalyse, die die Verteilung von Staatsausgaben überprüft und feststellt, welches der beiden Geschlechter per saldo bezahlt und welches empfängt;

- die geschlechterdisaggregierte Analyse öffentlicher Aufgaben und des Steueraufkommens;
- die geschlechterdisaggregierte Nutzenanalyse, die eine geschlechtsspezifische Nutzungsstruktur von öffentlichen Leistungen und Einrichtungen liefert.

Der Einsatz dieser Instrumente erfordert einen großen nach dem Geschlecht untergliederten Datenbestand. Von praktischen Erfahrungen mit Gender Budgeting konnten die Länder Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, England, Belgien, Österreich, Frankreich, Italien und Litauen sowie ein Gast aus Marokko berichten. Eine Beraterin informierte über Beispiele des Einsatzes dieser Methode vom afrikanischen Kontinent sowie aus Afghanistan und Pakistan.

In Deutschland ist im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Machbarkeitsstudie erstellt worden, die Ansatzpunkte für Gender Budgeting herausarbeitete und in Kürze veröffentlicht wird. Praktische Erfahrungen in Form von Nutzenanalysen gibt es im Land Berlin.

In Vilnius/Litauen wird 2007 ein Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen errichtet. Es soll die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten bei der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und bei der Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts unterstützen. Eine seiner wichtigen Aufgaben wird es sein, Gender Budgeting methodisch voranzubringen und dessen Implementierung zu begleiten.

Konferenz Europäischer Statistiker

Vom 11. bis 13. Juni 2007 fand die 55. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Genf statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der Vereinten Nationen (UN) für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Sie berät in ihren jährlichen Sitzungen u. a. über das Statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminarthemen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten ausgewählt werden. Die Leiterin des finnischen Statistikamtes, Heli Jeskanen-Sundström, wurde zur neuen Vorsitzenden des CES-Büros gewählt, der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, für zwei Jahre zum Mitglied des CES-Büros.

Die Seminarthemen in diesem Jahr lauteten "Increasing the Efficiency and Productivity of Statistical Offices" und "Measuring Capital – beyond the traditional Measures". Im Rahmen des ersten CES-Seminars leitete Präsident Radermacher die Sitzung „Effektivität statistischer Programme“. Das Statistische Bundesamt stellte u. a. das Planungsinstrument „Produktportfolio“ vor und skizzierte Möglichkeiten, dieses weiterzuentwickeln. Statistik Kanada präsentierte sein über lange Jahre entwickeltes Planungssystem. Hervorzuheben an dem kanadischen Planungssystem sind Mechanismen zur Anschubfinanzierung von Effizienzprojekten (Arbeitseinheiten können einen „Vorschuss“ auf die

durch eine Maßnahme zu erwartende Einsparung erhalten) sowie der institutionalisierte Zugang der Amtsleitung zu hochrangigen Gremien der Politik (Staatssekretärsrunde).

Im zweiten CES-Seminar „Messung des Kapitals – über die traditionellen Messungen hinaus“ führte Präsident Radermacher in das Thema „Grenzen der Kapitalisierung im System of National Accounts 1993“ ein. In diesem Seminar wurde deutlich, dass es nicht mehr um das ‚Ob‘, sondern nur noch um das ‚Wie‘ der Kapitalisierung von Forschung und Entwicklung geht. Dabei können mit den zunächst aufzustellenden Satellitensystemen zu Forschung und Entwicklung wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Im Hinblick auf die Messung des Umweltkapitals forderte Prof. Nordhaus (Vereinigte Staaten) die monetäre Erfassung der Umweltverschmutzung im Rahmen eines „wahren“ oder „grünen“ Sozialprodukts. Präsident Radermacher wies auf die Probleme einer solchen Erfassung hin und machte deutlich, dass auch mit physischen Daten wertvolle Informationen als Grundlage für politische Entscheidungen generiert werden können. In weiteren Sitzungen des Seminars ging es um die Messung von Human- und Sozialkapital, wobei sich erstere im Frühstadium experimenteller Berechnungen befindet, die Einbeziehung des Sozialkapitals in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aber noch in weiter Ferne liegt.

Neben den beiden Seminarthemen wurde die CES auch über andere Fachthemen, beispielsweise über aktuelle Arbeiten im Bereich der Bevölkerungsstatistik, der Gesundheitsstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, informiert.

Bis zur CES-Tagung im Juni 2008 wird sich das CES-Büro mit folgenden Themen näher befassen und hierüber berichten: „Einkommen, Lebensbedingungen und Armut“, „Coordination within statistical systems, including discussion on coordination arrangements between NSO's, central banks and ministries of finance“, „Coordination of international statistical work“ sowie „Gender and special population groups“.

Die nächste CES-Sitzung in Paris wird sich mit den folgenden Seminarthemen befassen: „Measuring population movement and integration in a globalized world“ und „Strategic issues linked to the measurement of international transactions“.

Sitzung des OECD-Statistikausschusses

Am 13. und 14. Juni 2007 tagte in Genf zum vierten Mal der OECD-Statistikausschuss („Committee on Statistics“) unter der Leitung von Dr. Ivan Fellegi, dem Leiter des kanadischen Statistischen Amtes. Noch bis 2008 ist der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, stellvertretender Vorsitzender im Büro des OECD-Statistikausschusses.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) versteht sich als Brücke zwischen Nordamerika, Asien und Europa. Mit der Einrichtung des

OECD-Statistikausschusses auf Amtsleiterebene durch den OECD-Rat im April 2004 ist der Statistikbereich der OECD aufgewertet und gestärkt worden. Der Ausschuss tagt seit her einmal jährlich (wechselnd in Genf und Paris) nach der Sitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES). Seine wichtigsten Aufgaben sind:

- Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD,
- Sicherstellung hoher Qualitätsstandards der OECD-Statistiken,
- Genehmigung methodologischer Empfehlungen und Annahme gemeinsamer Standards,
- Budget- und Programmplanung.

Präsident Radermacher präsentierte Vorschläge zur Festbeschreibung der Aufgaben und Arbeitsinhalte (terms of reference) des von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN) im Februar 2007 beschlossenen High Level Gremiums zur Weiterentwicklung des Systems of National Accounts (SNA). In der Sitzung der Statistischen Kommission im Februar 2008 soll dieses Gremium offiziell eingesetzt werden. Das Statistische Bundesamt hat sich bereit erklärt, mitzuwirken.

Sehr lebhaft war die Diskussion über das OECD-Weltforum "Statistics, Knowledge and Policy" Ende Juni 2007 in Istanbul, in dessen Vordergrund Indikatorensysteme zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts standen. Die Mitgliedstaaten bemängelten, dass die OECD die Statistischen Ämter im Vorfeld der Veranstaltung zu wenig einbezogen habe und das Ziel und die weitere Umsetzung des Projektes noch unklar seien. Der OECD-Statistikausschuss wollte daher nicht die Verantwortung für das Projekt übernehmen, empfahl aber die Einrichtung einer Friends-of-the-Chair-Group, die die Umsetzung des Projektes begleiten soll. Präsident Radermacher erklärte sich bereit, in der Friends-of-the-Chair-Group mitzuwirken.

Die OECD stellte ihre aktuellen Planungen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Verbreitungspolitik der OECD vor. Die Mitglieder begrüßten das Dokument, das auch wertvolle Impulse für die Statistikämter der Mitgliedstaaten geben kann. Auf großes Interesse stieß die Präsentation einer Firma, die ein Produkt zum aktiven Arbeiten mit statistischen Daten im Internet anbietet. Da der Nutzer zum Teil die generierten Daten nicht mehr von den offiziellen unterscheiden kann, stieß dieses Produkt auf geteilte Meinungen bei den Mitgliedstaaten.

Die Mitgliedstaaten begrüßten im Grundsatz das Vorhaben der OECD, einen eigenen Arbeitsbereich für Mikrodaten einzurichten, um als Anlaufstelle für internationale Forscher zu fungieren. Doppelarbeit mit dem Europäischen Statistischen System sei aber zu vermeiden. Eurostat betonte, dass es rechtlich nicht möglich sei, dass die OECD Mikrodaten der EU-Mitgliedstaaten vorhalte (Ausnahme: Public-Use-Files, die für jeden zugänglich sind). Als mittelfristige Lösung für internationale Forscher (auch im Bereich der

OECD) biete sich die kontrollierte Datenfernverarbeitung von Mikrodaten an.

Der OECD-Statistikausschuss stimmte zu, die beiden Expertengruppen „Außenhandelsstatistik“ und „Internationaler Handel“ in eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Internationaler Handel mit Gütern und Dienstleistungen“ umzuwandeln. Für die Jahre 2007/2008 plant die OECD-Statistikabteilung, folgende Quality reviews durchzuführen: Unternehmensstrukturstatistik, PISA sowie Statistiken über Pensionsfonds und Versicherungen.

Der für die PISA-Studie verantwortliche OECD-Vertreter stellte das Projekt PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competences) vor, bei dem die Kompetenzen von Erwachsenen gemessen werden sollen. Die Erhebung, populär auch „PISA für Erwachsene“ genannt, ist für die Jahre 2009, 2014 und 2019 geplant.

Die Zahl der Teilnehmer an den Sitzungen des OECD-Statistikausschusses wächst: Die Mitgliedstaaten stimmten einvernehmlich dem Vorschlag zu, an die Beitrittsländer Israel und Estland den Status des „regular observer“ im Statistikausschuss zu vergeben. Indonesien soll – abhängig vom Verlauf der Gespräche mit den nationalen statistischen Einrichtungen – als „ad hoc observer“ zur nächsten Sitzung des OECD-Statistikausschusses eingeladen werden.

Aus Europa

62. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm

Am 24. Mai 2007 fand in Luxemburg die 62. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) statt. Die Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) treffen sich viermal jährlich zu diesen Beratungen über wichtige statistische Rechtsakte und strategische Fragen. Die Sitzungsleitung hatte der Generaldirektor von Eurostat, Hervé Carré.

Der ASP stimmte folgenden Verordnungsentwürfen mehrheitlich zu:

- Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über harmonisierte Verbraucherpreisindizes. Die vorgeschlagenen Änderungen sollen die Vergleichbarkeit, Zuverlässigkeit und Zweckdienlichkeit des HVPI im Hinblick auf Probleme der Qualitätsanpassung und der Stichprobenziehung gewährleisten.
- Verordnung der Kommission über die Einführung der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 in bestimmten Statistikbereichen. Zehn Statistik-Verordnungen, in denen frühere Fassungen der NACE erwähnt werden, müssen an die NACE Rev. 2 angepasst werden.

- Verordnung der Kommission zur Beendigung des in der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs festgelegten Übergangszeitraums. Dieser Verordnungsentwurf ist der fünfte Rechtsakt zur Durchführung der o. g. Verordnung. Er legt das Ende des Übergangszeitraums für die Regionalkodierung fest und soll gewährleisten, dass sowohl über den innerstaatlichen als auch über den grenzüberschreitenden Verkehr Regionalstatistiken zur Verfügung stehen werden.

Der ASP nahm den Entwurf des statistischen Arbeitsprogramms für das Jahr 2008 insgesamt positiv an. Die meisten Delegierten gaben ihre Stellungnahme nur unter Vorbehalt ab, da Detailfragen in der Sitzung der Arbeitsgruppe „ESS-Programmierung und Koordinierung“ am 21. Juni 2007 beraten werden sollten. Die Mitglieder des ASP stellten fest, dass die Ziele der im November 2006 veröffentlichten Kommissionsmitteilung zur „Reduzierung der Antwortlast, Rechtsvereinfachung und Prioritätensetzung im Bereich der Gemeinschaftsstatistiken“ in den Programmentwurf eingeflossen sind. Sie ermutigten die Kommission, künftig noch konkretere Ziele für die Verringerung des Arbeitsaufwands zu setzen (z. B. Landwirtschaft, Bildung, Intrastat).

Der ASP äußerte sich zustimmend zu einem von Eurostat vorgelegten Dokument, das im Rahmen der Veröffentlichung der NACE Rev. 2 eine Einführung in die neue Systematik und eine Anleitung zur Einordnung der Statistischen Einheiten gibt. Nach Ansicht einer Reihe von Delegationen müssen die Auswirkungen der Regeln, die die Auslagerung von Tätigkeiten im Bereich Herstellung von Waren (Outsourcing) betreffen, sehr sorgfältig geprüft werden, um eine kohärente Umsetzung zu gewährleisten. Angesprochen wurde von einem Mitgliedstaat zudem der Umfang der Ausnahmen bei der Klassifikation von Einheiten mit eigener Agrarproduktion. Der Vertreter der Vereinten Nationen erklärte, die Umstellung auf die NACE Rev. 2 stelle für die Nicht-EU-Staaten eine wirkliche Herausforderung dar, insbesondere für die Balkanländer und die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Eine Task Force wird sich mit diesen Fragen – vor allem dem Thema Outsourcing – befassen.

Eurostat erläuterte die Ergebnisse des 2006 durchgeführten Pilotprojekts „EuroGroups-Register“ und die geplanten Maßnahmen für eine rasche und vollständige Einführung des gemeinschaftlichen statistischen Registers der multinationalen Unternehmensgruppen und der zu ihnen gehörenden Unternehmenseinheiten in den kommenden Jahren. Die neue Verordnung über Unternehmensregister, die die Rechtsgrundlage für die Einführung des EuroGroups-Registers bilde, werde voraussichtlich im zweiten oder dritten Quartal 2007 angenommen. Die Einrichtung des Registers werde einen Datenaustausch zwischen Eurostat und den Nationalen Statistischen Ämtern erforderlich machen, dessen Einzelheiten in einer Durchführungsverordnung der Kommission festgelegt würden. Zu diesem Zweck werde Eurostat eine Task Force unter Beteiligung der Mitgliedstaaten einsetzen.

Der ASP begrüßte den Fortschrittsbericht zum Pilotprojekt zur Ermittlung von Preisindizes für die Eigennutzung

von Wohnungen. Nach Auffassung mehrerer Delegationen bedarf es für weitere Fortschritte eines Rechtsakts. Unabhängig davon bekräftigte Eurostat seine Absicht, in der zuständigen Arbeitsgruppe mit den Mitgliedstaaten auch künftig methodische Aspekte zu erörtern und die Mitgliedstaaten vor jeder Veröffentlichung von Indizes zu konsultieren.

Eurostat erläuterte dem ASP Leitlinien zur Kommunikationspolitik bei größeren Revisionen, die der Ausschuss für Wirtschafts-, Währungs- und Finanzfragen (AWFZ) erarbeitet hat. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) hatte den AWFZ um Vorlage dieser Leitlinien bis Mitte 2007 gebeten. Die Leitlinien umfassen Hinweise

- zur Vorankündigung von Revisionen,
- zur Erstellung von Dokumenten über wichtige statistische Revisionen und
- zur Unterrichtung über wichtige koordinierte Überarbeitungen auf europäischer Ebene.

Im ASP wurde die Meinung vertreten, dass es sich beim vorliegenden Dokument um ein politisches Papier handle, das vom ECOFIN zu genehmigen sei. Generell sei jedoch der ASP dasjenige Gremium, das sich mit derartigen grundlegenden Fragen befassen solle.

Der ASP begrüßte einstimmig den Vorschlag, eine Intranet-Website mit dem Namen „INSite“ für das ESS einzurichten. Die ASP-Mitglieder und Eurostat werden in diesem Portal ihre eigenen statistischen Systeme vorstellen. Deutschland wird sich aktiv an diesen Arbeiten beteiligen.

Der ASP diskutierte auch wichtige Themen des Statistikausschusses der OECD, der im Juni 2007 in Genf tagte, um im Vorfeld möglichst eine gemeinsame EU-Position festzulegen. Im Vordergrund standen die Einrichtung eines High Level Gremiums auf UN-Ebene zur Zukunft der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie das OECD-Weltforum „Statistics, Knowledge and Policy“, das Ende Juni 2007 in Istanbul stattgefunden hat.

Schließlich befasste sich der ASP mit der Umsetzung des sogenannten Krakauer Aktionsplans: Auf der 92. DGINS-Konferenz in Krakau im September 2006 war über eine Reihe von Vorschlägen zur Weiterentwicklung des ESS und seiner Arbeitsmethoden diskutiert worden. Nach einer Konsultation der Mitgliedstaaten über die Umsetzung dieser Vorschläge erstellten die Niederlande, Deutschland und das Vereinigte Königreich einen ersten Entwurf für einen Aktionsplan von Krakau. Auf seiner Sitzung am 15. Februar 2007 hatte der ASP der Einsetzung von drei Task Forces mit unterschiedlicher Zielsetzung zugestimmt:

- Task Force 1 „Rechtlicher und institutioneller Rahmen“,
- Task Force 2 „Herausforderungen in der Statistik“,
- Task Force 3 „ESS-Ressourcenmanagement und Programmplanung“.

Das Statistische Bundesamt ist Mitglied in allen drei Task Forces; Präsident Radermacher ist Co-Vorsitzender der Task Force 3. Die ASP-Mitglieder nahmen die ersten Ergebnisse der Task Force 1 zur Kenntnis und verabschiedeten die Terms of Reference der beiden anderen Task Forces. Die Arbeiten der Task Force 1 an der Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken sollen schnell voranschreiten. Bereits in der nächsten ASP-Sitzung am 19. September 2007 beabsichtigt die Kommission, einen fertigen Gesetzentwurf zu diskutieren.

Arbeitskosten im Jahr 2006: Wo steht Deutschland in Europa?

Ein europaweiter Vergleich von Niveau und Entwicklung der Arbeitskosten in einheitlicher Euro-Währung ist auf der Basis von Schätzverfahren möglich. Die Arbeitskosten sind in Deutschland im Jahr 2006 im Produzierenden Gewerbe und in marktbestimmten Dienstleistungsbereichen – kurz Privatwirtschaft genannt – kalenderbereinigt gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % gestiegen. Deutlich höher war die Zunahme vor allem in den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten Tschechische Republik (+ 11,7 %), Slowakei (+ 12,1 %), Estland (+ 16,6 %), Litauen (+ 18,5 %), Lettland (+ 23,3 %) und Rumänien (+ 23,5 %). Grund dafür sind auch Aufwertungen der nationalen Währungen. In Frankreich lag die entsprechende Steigerungsrate bei 3,3 %, im Vereinigten Königreich bei 3,6 %.

Beim Niveau der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft lag Deutschland 2006 mit 28,70 Euro hinter Dänemark, Schweden, Luxemburg, Belgien und Frankreich auf Platz 6 in der Europäischen Union. Die niedrigsten Arbeitskosten hatte Bulgarien mit 1,80 Euro, die höchsten Arbeitskosten wies Dänemark mit 33,80 Euro auf.

Im besonders im internationalen Wettbewerb stehenden Verarbeitenden Gewerbe zahlten die Arbeitgeber in Deutschland im Jahr 2006 durchschnittlich 32,00 Euro für eine Arbeitsstunde. Damit lag Deutschland hinter Belgien, Schweden und Dänemark auf Platz 4 in der Europäischen Union.

Weitere Auskünfte erteilt
Ralf Droßard, Telefon 06 11/75-42 36,
E-Mail: arbeitskosten@destatis.de.

Aus dem Inland

54. Jahrestagung 2007 des Statistischen Beirats

Der Statistische Beirat hat auf seiner 54. Tagung am 26. Juni 2007 in Wiesbaden über die aktuellen Entwicklungen und die anstehenden Herausforderungen an die amtliche Statistik sowie über seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms in der 16. Legislaturperiode diskutiert.

Deutlich zeichnet sich ab, dass die amtliche Statistik in ihrem Programm – aber auch in ihren Prozessen – vor größeren Veränderungen steht als je zuvor. Die internationale Perspektive verdeutlicht die Herausforderungen, auch deshalb, weil der Blick auf andere Statistiksyste me schon heute die Zukunft der Statistik in Deutschland vor Augen führt. Die Veränderung in der Statistikproduktion zeigt sich am deutlichsten in der Verlagerung weg von einer primärstatistischen Ausrichtung. Besonders die Ressourcendiskussion sowie die Notwendigkeit, die Belastung der Befragten zu reduzieren, lassen die Statistiker weltweit nach Möglichkeiten suchen, Verwaltungsdaten in einem Design, in dem mehrere Quellen und Erhebungsmerkmale in geeigneter Weise verknüpft werden, für statistische Zwecke zu nutzen.

Der Statistische Beirat unterstützt die notwendigen Veränderungen bei der Statistikproduktion, sieht aber bei der Verwendung von Sekundärdaten auch Einschränkungen in der Qualität der Daten. Er spricht sich deshalb für eine stärkere Berücksichtigung statistischer Belange beim Aufbau und der Gestaltung von statistisch relevanten Verwaltungsregistern aus. Indem die amtliche Statistik Verwaltungsdaten nutzt, anstatt Daten direkt zu erheben, senkt sie effektiv die Belastung von Unternehmen und Bürgern durch Informationspflichten. Ganz wesentlich für die Qualität von Statistiken, die aus Verwaltungsdaten gewonnen werden, ist deren statistische Eignung. Diese ließe sich verbessern, wenn die Verwaltung die Belange der Statistik beim Zustandekommen ihrer statistisch relevanten Daten systematisch berücksichtigte. Nach Ansicht des Statistischen Beirates muss die amtliche Statistik, unter Einbezug unabhängiger wissenschaftlicher Kompetenz, frühzeitig beim Aufbau und bei der Gestaltung der entsprechenden Verwaltungsregister eingebunden werden.

Weiterhin spricht sich der Statistische Beirat dafür aus, das nationale statistische Programm wie auch das EU-Statistikprogramm künftig auf der Basis von Kosten-Wirksamkeitsanalysen zu planen. Dazu dienen die Informationen aus der Bürokratiekostenmessung nach dem Standardkostenmodell (SKM).

Als Ergebnis der Beratungen einer vom Statistischen Beirat im Jahr 2003 eingesetzten Arbeitsgruppe wurde das Konzept einer amtlichen Statistik über die Altersvorsorge vorgestellt. Es zeichnet ein Gesamtbild der erreichten Anwartschaften aus allen drei Säulen der Altersvorsorge (gesetzlich, betrieblich, privat). Der Vorschlag berücksichtigt die Anforderungen aus Politik und Wirtschaft sowie für die statistischen Gesamtsysteme, sodass mit den Ergebnissen der Statistik aktuelle soziodemografische Fragestellungen aus Politik und Wissenschaft untersucht werden können. Die Statistik setzt auf die Ausschöpfung vorhandener Datenquellen und trägt in der Umsetzung der Entlastung der Unternehmen Rechnung.

Der Statistische Beirat unterstützt das von der Arbeitsgruppe vorgelegte Konzept einer amtlichen Statistik über die Altersvorsorge und empfiehlt dem Statistischen Bundesamt, auf der Basis des Konzepts eine Piloterhebung zum Berichtsjahr 2008 durchzuführen. Die von einigen Mitgliedern des Statistischen Beirates geäußerten Anregungen und

Verbesserungsvorschläge werden dabei berücksichtigt. Die Arbeitsgruppe wird die Pilotstudie methodisch begleiten und die Ergebnisse bewerten.

Frau Dr. Degen (DGB-Bundesvorstand) und Herr Dr. Völz (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) berichteten über die Entstehung und Rezeption des Positionspapiers des Statistischen Beirats „Informiert sein, Statistik nutzen“. Das Positionspapier, das aus Sicht der Nutzer und Befragten der amtlichen Statistik sowie unter Berücksichtigung des Systemcharakters der Bundesstatistik Empfehlungen ausspricht, wurde mit Zustimmung des Statistischen Beirats im November 2006 veröffentlicht und ist seitdem über die Internetseite des Beirats zugänglich (www.destatis.de – Statistischer Beirat – Service). Auf Einladung des früheren Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Staatssekretär Johann Hahlen, hatte eine Delegation des Statistischen Beirats im Februar 2007 Gelegenheit, die Empfehlungen vor Vertretern des Bundesministeriums des Innern und weiterer Bundesministerien zu erläutern. Insgesamt beurteilen Frau Dr. Degen und Herr Dr. Völz die Resonanz auf das Positionspapier des Beirats als positiv.

Mit dem Verbraucherpreisindex liegen im Statistischen Bundesamt monatlich umfassende und detaillierte Informationen über die Preisentwicklung im Zeitablauf vor. Im System der deutschen amtlichen Preisstatistik besteht allerdings eine Lücke im Hinblick auf Daten zum Vergleich des Preisniveaus verschiedener Regionen innerhalb Deutschlands. Ein Bedarf an statistischen Informationen über räumliche Preisniveauunterschiede wurde in den letzten Jahren von verschiedenen Datennutzern an das Statistische Bundesamt herangetragen. Um auf diesen Datenbedarf zu reagieren, schlägt das Statistische Bundesamt zunächst die Durchführung einer Machbarkeitsstudie vor, deren Finanzierung allerdings offen ist. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird, um ein Meinungsbild der Länder einzuholen, den Bund-Länder-Ausschuss „Statistik“ in seiner Sitzung im November 2007 mit dem Thema befassen. Der Statistische Beirat betont die Dringlichkeit eines neuen regionalen Preisniveauvergleichs und schlägt eine Machbarkeitsstudie vor. Eine Finanzierung der notwendigen Aufwendungen sieht der Beirat als Voraussetzung an.

Weitere Tagesordnungspunkte waren eine „Präsentation der Kundenzufriedenheitsbefragung des Statistischen Bundesamtes“ sowie Berichte über den aktuellen Sachstand beim Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“ und bei der Vorbereitung der EU-weiten Zensusrunde 2011. Der Statistische Beirat wurde über den Stand der Einführung der zentralen IT-Produktion und Datenhaltung in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder informiert und erhielt einen Überblick über die Planung und den Stand der Arbeiten am Standardkosten-Modell auf Bundesebene.

Im Rahmen der Qualitätssteigerung der Kunden- und Nutzerbeziehungen und zur Imageförderung hat das Statistische Bundesamt zum dritten Mal einen Preis für innovative Produkte und Serviceleistungen vergeben. Eine Jury aus drei Mitgliedern des Statistischen Beirats hat auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Kriterienkatalogs die Preisträger des Innovationspreises 2007 ausgewählt. Preisver-

leihung und Würdigung der Preisträger fanden in der Sitzung des Statistischen Beirats statt.

Der Statistische Beirat wurde über neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, statistikrelevante Rechtsakte und Projekte informiert. Das Statistische Bundesamt wirkt aktiv an der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems und der Gestaltung des Statistischen Programms auf europäischer Ebene mit. Folgende Themen wurden dem Statistischen Beirat vorgestellt: Krakauer Aktionsplan zur Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems, Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken, Statistisches Mehrjahresprogramm 2008 bis 2012, Code of Practice und Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance sowie Umstrukturierung des Nutzergremiums CEIES.

Abgeschlossen wurde die Tagung mit einem Bericht des Statistischen Bundesamtes über die Aktivitäten der EU-Ratsarbeitsgruppe „Statistik“, die sich mit der Verabschiedung wichtiger statistischer Rechtsakte auf europäischer Ebene befasst hat, und der Bilanz der Arbeiten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik.

Tagung „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ in Rostock

Bereits zum neunten Mal trafen sich Vertreter aus der amtlichen Statistik, aus Wissenschaft und Wirtschaftsforschung am 21. und 22. Juni 2007 in der Universität Rostock, um über aktuelle Fragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zu beraten und zu diskutieren.

Neben Teilnehmern der statistischen Ämter waren die Deutsche Bundesbank, die Europäische Zentralbank, das Institut für Wirtschaftsforschung Halle, das Institut der deutschen Wirtschaft Köln und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin vertreten. Von Seiten der Hochschulen waren Teilnehmer aus Konstanz, Rostock, Wien und Tilburg (Niederlande) anwesend.

Einen Schwerpunkt der Tagung bildeten konzeptionelle Aspekte im Zusammenhang mit der bevorstehenden Revision des weltweiten System of National Accounts (SNA) 1993. So erörterte Klaus Voy vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg das Konzept der Kapitaldienstleistungen („Cost of capital services“). Dr. Erich Oltmanns stellte die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes zur künftigen Behandlung von Forschung und Entwicklung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor.

Weitere Vorträge beschäftigten sich mit der Qualitätsverbesserung der VGR-Angaben der Länder, der Berechnung eines geschlechterspezifischen Bruttoinlandsproduktes und dem Nutzen hybrider Rechnungssysteme für die Umweltpolitik. Ergänzt wurden die Vorträge durch Berichte aus den verschiedenen Institutionen (Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Eurostat und Europäische Zentralbank).

Die Tagung wurde in diesem Jahr letztmalig von Prof. Dr. Dieter Brümmerhoff (Universität Rostock) organisiert, der zuvor im Rahmen einer akademischen Feier in den Ruhestand verabschiedet worden war. Im kommenden Jahr wird die Tagung im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in Berlin stattfinden.

Forschungsdatenzentren

Erhöhung des Nutzerentgeltes auf 95 Euro

Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in den letzten Jahren ihr Datenangebot sukzessive ausgebaut und bieten heute eine Vielzahl von Datenbeständen über die Zugangswege Public-Use-Files, Scientific-Use-Files, Arbeiten am Gastwissenschaftlerarbeitsplatz sowie über die kontrollierte Datenfernverarbeitung an.

Im derzeitigen Entgeltsystem wird für jeden Datensatz unabhängig vom Zugangsweg ein Entgelt von 65 Euro für Hochschulen und unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen erhoben. Dabei handelt es sich um die kalkulierten Grenzkosten, die durch die Bereitstellung bestehender Daten-Files anfallen. Nach 15 Jahren wurden die Grenzkosten erneut kalkuliert, um sie den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Dies führt zu einer Anhebung des Nutzerentgeltes auf 95 Euro. Die neue Regelung tritt zum 1. August 2007 in Kraft und betrifft alle Nutzungsanträge, die ab diesem Stichtag bei den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eingehen.

Antragsformulare sowie nähere Informationen zum aktuellen Datenangebot stehen im Internet zur Verfügung unter www.forschungsdatenzentrum.de.

Neue Mikrodaten der Einkommensteuerstatistik als Scientific-Use-File verfügbar

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erweitern mit den Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik 2001 ihr Angebot für Analysen am eigenen Arbeitsplatz. Die Daten stehen der Wissenschaft in Form des Scientific-Use-Files „Faktisch anonymisierte Einkommensteuerstatistik (FAST 2001)“ zur Verfügung und bilden die Fortsetzung der aus der Einkommensteuerstatistik 1998 erhältlichen Einzeldaten. Die Mikrodaten sind jeweils so anonymisiert, dass sie den strengen Anforderungen des Datenschutzes genügen. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, das bestmögliche Analysepotenzial für wissenschaftliche Auswertungen zu erhalten.

Die Daten stellen eine wichtige Grundlage für Analysen im Bereich des Steuer- und Transfersystems in Deutschland dar. Sie dienen sowohl Forschungszwecken als auch einer profunden wissenschaftlichen Politikberatung. Im Gegen-

satz zu den in Tabellenform veröffentlichten Daten ermöglichen die anonymisierten Einzeldaten detaillierte Analysen von Steuerrechtsänderungen und geben einen umfassenden Einblick in die Zusammensetzung hoher Einkommen.

Das Scientific-Use-File ist eine 10%-Stichprobe aus den Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik des Veranlagungsjahres 2001. Die knapp 3 Mill. Datensätze enthalten umfangreiche Informationen aus dem Besteuerungsverfahren, von den Einkommensquellen bis zur festgesetzten Einkommensteuer. Darüber hinaus sind Angaben zu Alter, Geschlecht, Familienstand und Kinderzahl der Steuerpflichtigen enthalten.

Das Scientific-Use-File zu den Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik 2001 ist bei den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verfügbar. Weitere Informationen zu den Daten der Einkommensteuerstatistik sind im Internet unter www.destatis.de, Thema „Finanzen und Steuern“, zum Datenzugang unter www.forschungsdatenzentrum.de erhältlich.

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Nicole Buschle, Telefon 06 11/75-2215,

E-Mail: steuern@destatis.de.

Nutzerkonferenz zum Projekt „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“

In Tübingen fand am 14. und 15. Juni 2007 im Rahmen des Projektes „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“ eine Nutzerkonferenz mit dem Titel „Betriebs- und Unternehmensdaten im Längsschnitt – Neue Datenangebote und ihre Forschungspotentiale“ statt. Ausgerichtet wurde die Konferenz vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, das neben dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Projektpartner bei dem Vorhaben der faktischen Anonymisierung von wirtschaftsstatistischen Paneldaten ist.

Am ersten Tag der Konferenz wurden die neuen Paneldatenangebote der amtlichen Statistik aus dem Bereich der Wirtschaftsstatistik einem breiten Publikum aus Wissenschaft und Forschung vorgestellt. Die Datenangebote umfassen unter anderem Längsschnittverknüpfungen der Kostenstrukturerhebung, der Monatsberichte und der Investitionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe für die Jahre von 1995 bis 2004. Weiterhin wurde das neue Längsschnittmaterial der Umsatzsteuerstatistik für die Jahre 2000 bis 2004 präsentiert.

Namhafte Wissenschaftler, wie Prof. Dr. Joachim Wagner und Prof. Dr. Andreas Stephan, erläuterten ausführlich das Analysepotenzial, welches die im Längsschnitt verknüpften Daten für wissenschaftliche Auswertungen in sich bergen.

Am zweiten Tag der Konferenz wurden die Besonderheiten, die es bei der Anonymisierung von längsschnittverknüpften Daten zu berücksichtigen gilt, in mehreren Vorträgen dis-

kutiert. Die Tagung endete mit einem Ausblick auf künftige Projekte der Integration und Zusammenführung von Wirtschaftsstatistiken mit dem Ziel, das Analysepotenzial von Wirtschaftsstatistiken weiter zu verbessern und Unternehmen bezüglich der Umfrageintensität zu entlasten.

Bereits nach der Hälfte der Laufzeit des Projekts „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“ konnte das Datenangebot der amtlichen Statistik um wirtschaftsstatistische Paneldaten in Form des Zugangs zur kontrollierten Datenfernverarbeitung und zum Gastwissenschaftlerarbeitsplatz ergänzt werden. Ziel ist es, die Paneldaten nach erfolgreichem Projektabschluss als Scientific-Use-File (für Analysen am eigenen Arbeitsplatz) für die Wissenschaft anzubieten.

Um die Forscher für den Umgang mit anonymisiertem Datenmaterial zu sensibilisieren und zu schulen, findet am 8. und 9. November 2007 der Workshop „Methodical aspects of the anonymisation of panel data“ im Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen statt, bei dem es hauptsächlich um die Auswirkung datenverändernder Anonymisierungsmaßnahmen auf die Ergebnisse geht.

Workshop „Dateninfrastruktur – Forschung – Politikberatung“

Am 21. und 22. Juni 2007 luden die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE) in Berlin zu einem ersten gemeinsamen Workshop ein. Die Veranstaltung mit dem Titel „Dateninfrastruktur, Forschung, Politikberatung“ wurde von über 100 Teilnehmern besucht. Ziel der Veranstaltung war, Potenziale einer transparenten informationellen Infrastruktur sowohl für die Forschung als auch für die Politikberatung zu erläutern und beispielhaft zu präsentieren. Nach der Eröffnungsrede von Staatssekretär Dr. Walter Otremba (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) folgte ein Grundsatzreferat von Prof. Dr. Christoph Schmidt (stellvertretender Vorsitzender der ARGE-Institute) mit dem Thema „Wissenschaft und Politikberatung in Deutschland“. Unter der Moderation von Prof. Dr. Klaus Zimmermann [Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA)] stellten Dr. Sylvia Zühlke (Leiterin des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter) und Dr. Markus Zwick (Leiter des Forschungsdatenzentrums des Statistischen Bundesamtes) die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vor. Die Funktion und Leistungen des internationalen Datenservicezentrums für arbeitsmarktrelevante Daten am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) wurden von Dr. Hilmar Schneider erläutert. Klaus Wohlrabe vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München referierte über den Bestand, die Verwendung und die neuen Zugangsmöglichkeiten zu den Mikrodaten der Unternehmensbefragungen (Konjunkturtest, Investitionstest, Innovationstest).

Exemplarische Forschungsergebnisse, die auf der Grundlage amtlicher Daten entstanden sind, wurden aus den Bereichen der Unternehmenspolitik, der Steuer- und Finanzpolitik und der Arbeitsmarktpolitik präsentiert. Prof. Dr. Bernd Görzig (DIW Berlin) stellte die Ergebnisse einer vergleichenden Analyse mit Mikrodaten vor, welche sich mit Produktdiversifizierungen west- und ostdeutscher Unternehmen befasst. Wolf Dieter Heinbach (Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen) legte in seinem Vortrag die tarifvertraglichen Effekte auf die Lohndifferenzen der Arbeitnehmer dar und Nadine Riedel (Ludwig-Maximilians-Universität München) diskutierte ein Modell von Steuersatzänderungen im Hinblick auf Gewinne und Investitionen von Unternehmen. Nachdem Dr. Stefan Bach (DIW Berlin) über die Mikrodaten der Steuerstatistik und deren Verwendung in der konkreten Politikberatung gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen referierte, stellte Susan Kriete-Dodds (Statistisches Bundesamt) erste Ergebnisse auf der Grundlage des Taxpayer-Panels vor. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik erläuterte Dr. John Haisken-DeNew vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung Essen die Mehrdimensionalität sozialer Ausgrenzung und deren Messbarkeit.

Die inhaltliche Vielfalt der Vorträge trug zu einem differenzierten Überblick über die Nachfrage nach amtlichen Daten für eine fundierte Politikberatung bei. Auch wurde resümiert, dass den Forschungsdatenzentren in ihrer Funktion als zentrale Informationsanbieter ein hoher Stellenwert im Zusammenspiel von Forschung und Politikberatung beizumessen ist.

Neuerscheinungen

Strategie- und Programmplan 2007 bis 2011 erschienen

Der dritte Strategie- und Programmplan für die Jahre 2007 bis 2011 zeigt den Fortschritt des Statistischen Bundesamtes bei seiner strategischen Planung und weist den Weg ins kommende Jahrzehnt. Der Bedarf an statistischen Informationen ist unverändert groß – gleichzeitig soll es weniger kosten als heute, diese Informationen herzustellen. Um diesen Zielkonflikt zu meistern, muss das Statistische Bundesamt sein Arbeitsprogramm langfristig, also strategisch, planen. Planen heißt Prioritäten setzen.

Den Hauptteil des Strategie- und Programmplans stellt daher das Arbeitsprogramm für die Jahre 2007 bis 2011 dar. In Kapitel drei sind alle Produkte aufgelistet, welche die verschiedenen Arbeitseinheiten im Statistischen Bundesamt bereitstellen. Die Produkte sind nach Produktklassen gegliedert, wie sie auch dem Produkthaushalt des Statistischen Bundesamtes zugrunde liegen. In jedem Abschnitt wird die betreffende Produktklasse kurz beschrieben, zudem werden die Kosten des Aufgabenbereichs ausgewiesen, wie sie die Kosten- und Leistungsrechnung für 2005 und 2006 ermittelt hat.

Ein wichtiger Bereich in jedem Abschnitt sind die „zusätzlichen Maßnahmen“. Hier zeigt sich, welche Arbeiten über das normale Programm hinaus in den nächsten Jahren anstehen.

Das erste Kapitel umreißt die Stellung des Statistischen Bundesamtes im nationalen und internationalen Zusammenhang und stellt grundlegende Dokumente wie den Verhaltenskodex für amtliche Statistiken in der Europäischen Union oder das Leitbild des Statistischen Bundesamtes vor. Kapitel zwei gibt die strategischen Ziele des Hauses („fit 2008“) wieder.

Der Strategie- und Programmplan für die Jahre 2007 bis 2011 (Umfang: 221 Seiten) steht im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes kostenlos zum Download als PDF-Datei bereit oder kann dort als Printversion zum Preis von 18,50 Euro bestellt werden (www.destatis.de/publikationen).

Band 11 der Schriftenreihe „Statistik und Wissenschaft“ erschienen

Der im Juli 2007 erschienene Tagungsband dokumentiert die Beiträge der Fachtagung „Amtliche Statistik und Hochschulrankings“, die im November 2006 vom Statistischen Bundesamt durchgeführt und von Prof. Dr. Peter Schulte, Rektor der Fachhochschule Gelsenkirchen, moderiert wurde.

Die Beiträge bieten einen Überblick zum „state of the art“ in Theorie und Praxis von Hochschulrankings und machen deutlich, welche vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten die amtliche Statistik für Bildungs- und Hochschulpartner bietet.

Vertreter der bekanntesten deutschen Hochschulrankings stellten im Verlauf der Tagung Methodik und Resultate ihrer Studien vor und gingen auf die Rolle der amtlichen Statistik bei der Erstellung verschiedener Rankings ein. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Hochschulrankings zum Thema Gleichstellung.

Die Veröffentlichung mit einem Umfang von 131 Seiten steht im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes kostenlos zum Download als PDF-Datei zur Verfügung und kann dort auch als Printversion zum Preis von 24,80 Euro bestellt werden (www.destatis.de/publikationen).

„Methoden...Verfahren...Entwicklungen“ Ausgabe 1/2007

Die neue Ausgabe der Internet-Publikation „Methoden...Verfahren...Entwicklungen“ steht jetzt unter dem Pfad www.destatis.de, Forschung und Entwicklung, Wissenschaftsforum, Rubrik „Methoden und Verfahren“ zur Verfügung. Die Publikation informiert über gegenwärtige und geplante Anwendungen neuer Methoden und Verfahren in der Bundesstatistik. Ferner wird über wichtige internationale Entwicklungen im Bereich der amtlichen Statistik – besonders in Europa –, die Arbeit statistischer Gremien und einschlä-

gige Veranstaltungen sowie über neuere statistisch-methodische Fachbücher berichtet.

Themen der Ausgabe 1/2007 sind unter anderen:

- Das neue Verdienststatistikgesetz – Kern der Reform des Lohnstatistiksystems
- Gütersteuern und Gütersubventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
- Online-Verfahren zur Nutzung von Beschäftigtendaten der Bundesagentur für Arbeit
- Individualerhebungen im Bildungsbereich in Europa

Kompakt

Einbürgerungen 2006

Im Verlauf des Jahres 2006 wurden in Deutschland rund 124 830 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das waren etwa 7 590 (+ 6,5 %) Einbürgerungen mehr als im Vorjahr. Mit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 hatten die Einbürgerungen den Höchststand von knapp 186 700 Personen erreicht. In den Folgejahren nahm die Zahl der Einbürgerungen jeweils ab und erreichte 2005 mit 117 241 Personen ihren niedrigsten Stand. Allerdings hatte sich der Rückgang 2005 (– 7,8 % gegenüber 2004) gegenüber den Vorjahren erheblich abgeschwächt; im Jahr 2006 ist zum ersten Mal seit 2001 wieder ein leichter Anstieg der Zahl der Einbürgerungen zu verzeichnen.

Von den Eingebürgerten des Jahres 2006 erwarben rund 83 390 Personen (66,8 %) die deutsche Staatsangehörigkeit auf der Grundlage eines Einbürgerungsanspruchs nach § 10 Absatz 1 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG); das waren etwa 6 300 Personen (+ 8,2 %) mehr als 2005. Rechtliche Voraussetzung für die Einbürgerung ist in diesen Fällen ein mindestens achtjähriger rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland sowie eine gültige Aufenthaltserlaubnis für bestimmte Zwecke oder eine Niederlassungserlaubnis. In Deutschland lebende ausländische Ehegatten und minderjährige Kinder dieser Personen können nach kürzeren Zeiten miteingebürgert werden. Die Zahl dieser Einbürgerungen ging gegenüber dem Vorjahr von rund 17 200 auf knapp 16 570 zurück (– 3,4 %).

Dagegen ist ein Anstieg der Zahl der Einbürgerungen nach Ermessen der Behörde nach § 8 StAG von rund 5 620 auf rund 6 440 (+ 14,6 %) zu verzeichnen. Die Zahl der Einbürgerungen aufgrund Wiedergutmachung gemäß Artikel 116 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz ist sogar von rund 3 520 auf rund 5 140 (+ 46,2 %) gestiegen.

Die größte Gruppe der Eingebürgerten stellten 2006 – wie schon in den letzten Jahren – Personen aus der Türkei. Ihr Anteil an allen Einbürgerungen war mit 26,8 % etwas höher als der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden ausländischen Personen (25,8 %).

An zweiter und dritter Stelle folgten Einbürgerungen von Personen aus Serbien, Montenegro sowie dem ehemaligen Serbien und Montenegro (rund 12 600) und Polen (etwa 6 940).

2006 wurden 4 690 Personen aus der Russischen Föderation eingebürgert, die damit die viertgrößte Gruppe der Eingebürgerten stellten. Auf den nächsten Plätzen folgen die Einbürgerungen von Personen aus der Ukraine (knapp 4 550), aus Israel (rund 4 310), aus dem Irak (rund 3 690), dem Iran (3 670) und aus Marokko (knapp 3 550).

Eine starke Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist bei den Einbürgerungen von Personen aus Serbien sowie dem ehemaligen Serbien und Montenegro (+ 43,0%) zu verzeichnen.

Detaillierte Informationen enthält die Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 2.1 „Einbürgerungen“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) kostenlos erhältlich ist.

Weitere Auskünfte erteilt
Gerhard Leidner, Telefon 06 11/75-20 26,
E-Mail: migration@destatis.de.

Viele Süß-, aber wenig Sauerkirschen 2007

2007 ist mit einer guten Süßkirschenernte von 37 000 Tonnen (t) zu rechnen, während nach ersten Schätzungen nur 27 000 t Sauerkirschen geerntet werden können. Letzteres ist vor allem auf umfangreiche Rodungen von Sauerkirschenanlagen zurückzuführen, deren Flächen gegenüber 2002 um nahezu 19% auf 3 400 Hektar (ha) reduziert wurden. Der Süßkirschenanbau nahm in dieser Zeit nur um 1% ab und erfolgt bundesweit auf einer Fläche von über 5 400 ha.

Die Ergebnisse der ersten Kirschenernteschätzung in diesem Jahr basieren auf der nach fünf Jahren im Jahr 2007 turnusmäßig durchgeführten allgemeinen Baumobstanbau-erhebung im Marktbobstbau.

Nach der ersten Ernteschätzung in Erzeugerbetrieben des Marktbobstbaus zum 10. Juni 2007 ist insgesamt eine gute Süßkirschenernte zu erwarten: Die voraussichtliche Erntemenge von 37 000 t wird etwa 14% über dem Mittel der letzten zehn Jahre liegen und der erwartete durchschnittliche Ertrag von 68 Dezitonnen je ha ist der höchste seit der Umstellung der Erntemittlung von Baumerträgen auf Flächenerträge im Jahr 2005. Mit Spitzenwerten bis zu über 90 Dezitonnen je ha wird in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gerechnet, während in den neuen Bundesländern durch Frühjahrsfröste und Unwetter deutliche Ertragseinbußen eintreten werden.

Mit mehr als 2 100 ha befinden sich 39% der Anbauflächen von Süßkirschen im Marktbobstbau in Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern (600 ha), Brandenburg (550 ha), Niedersachsen (540 ha) und Rheinland-Pfalz (470 ha) mit zusammengekommen 40% der Anbaufläche. Gegenüber dem Jahr 2002 wurden vor allem in Brandenburg (– 170 ha),

Bayern (– 100 ha) und Niedersachsen (– 50 ha) größere Flächen aus der Erzeugung genommen, während Neuanpflanzungen besonders in Sachsen-Anhalt (+ 70 ha), Rheinland-Pfalz (+ 60 ha) und Baden-Württemberg (+ 50 ha) angelegt wurden.

Die erwartete Sauerkirschenernte von 27 000 t wird das Mittel der letzten zehn Jahre bundesweit voraussichtlich um 11% unterschreiten. Der durchschnittliche Ernteertrag sinkt nach ersten Berechnungen gegenüber dem Vorjahr ebenfalls um 11%. Die höchsten Erträge werden mit über 100 Dezitonnen je ha in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein erwartet, der vermutlich niedrigste mit unter 40 Dezitonnen je ha in Mecklenburg-Vorpommern. Damit bleibt Rheinland-Pfalz bei der Erntemenge weiterhin das bedeutendste Bundesland für die Sauerkirschenherzeugung.

Die Anbauflächen von Sauerkirschen im Marktbobstbau wurden in allen Bundesländern reduziert, wobei allein in Rheinland-Pfalz 300 ha gerodet wurden. Die wichtigsten Anbauregionen sind im Jahr 2007 Sachsen (850 ha), Rheinland-Pfalz (830 ha) und Thüringen (610 ha). Diese drei Bundesländer verfügen über gut zwei Drittel der deutschen Sauerkirschenanlagen.

Weitere Auskünfte erteilt
Bettina Hilf, Telefon 0 18 88/6 44-86 35,
E-Mail: ernte@destatis.de.

Aktuelles aus dem Bereich Bildung und Kultur

BAföG 2006

Im Jahr 2006 erhielten in Deutschland rund 818 000 Personen (gut 319 000 Schüler und Schülerinnen sowie 499 000 Studierende) Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dies waren knapp 11 000 Personen oder 1,3% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der geförderten Studierenden ging um 8 300 (– 1,6%), die der geförderten Schüler und Schülerinnen um 2 500 (– 0,8%) zurück.

Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über ein volles Jahr. Im Durchschnitt wurden 540 000 Personen (198 000 Schüler und Schülerinnen, 342 000 Studierende) je Monat gefördert (– 0,7%).

47% der BAföG-Empfänger und -Empfängerinnen erhielten Vollförderung, also den maximalen Förderungsbetrag. Seine Höhe hängt ab von der Ausbildungsstätte (etwa Berufsschule oder Hochschule) und der Unterbringung (etwa bei den Eltern oder auswärts). 53% der BAföG-Empfänger und -Empfängerinnen erhielten eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn das Einkommen der Geförderten oder ihrer Eltern bestimmte Grenzen übersteigt. In absoluten Zahlen gab es 2006 rund 388 000 Vollgeförderte, 6 000 weniger als 2005. Die Zahl der Teilgeförderten fiel auf 430 000, 5 000 weniger als 2005.

Die Ausgaben des Bundes und der Länder nach dem BAföG betragen im Jahr 2006 2 256 Mill. Euro, 24 Mill. Euro oder 1,1 % weniger als im Vorjahr. Für die Schülerförderung wurden 717 Mill. Euro (– 8 Mill. Euro) bereitgestellt und für die Studierendenförderung 1 539 Mill. Euro (– 16 Mill. Euro). Im Durchschnitt erhielten geförderte Schülerinnen und Schüler monatlich 301 Euro pro Person und geförderte Studierende 375 Euro pro Person. Der durchschnittliche Förderungsbeitrag je Person und Monat ist damit gegenüber 2005 nahezu gleich geblieben.

31 % aller Geförderten wohnten bei ihren Eltern, 69 % außerhalb des Elternhauses.

Meister-BAföG 2006

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von „Meister-BAföG“ hat 2006 gegenüber 2005 um 3,5 % abgenommen. 2006 erhielten in Deutschland rund 136 000 Personen „Meister-BAföG“, also Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. 32 % der Geförderten waren Frauen. Ihre Zahl ging gegenüber 2005 um 4 % auf 43 000 zurück. Daneben wurden im Jahr 2006 mit 92 000 Männern rund 3 % weniger gefördert als im Jahr 2005. An Förderleistungen wurden insgesamt rund 369 Mill. Euro bewilligt.

Mit dem „Meister-BAföG“ werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch Beiträge zu den Kosten der Bildungsmaßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell unterstützt. Von den Förderleistungen des Jahres 2006 entfielen 260 Mill. Euro auf Darlehen und 109 Mill. Euro auf Zuschüsse. Die Geförderten erhielten Zuschüsse zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (60 Mill. Euro), für den Lebensunterhalt (48 Mill. Euro) und zur Kinderbetreuung (0,2 Mill. Euro). Die Darlehen wurden für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (137 Mill. Euro), für den Lebensunterhalt (120 Mill. Euro) und für die Anfertigung des „Meisterstücks“ (3 Mill. Euro) bewilligt. Inwieweit Darlehen in Anspruch genommen werden, können die Förderungsberechtigten frei entscheiden. Insgesamt überwies die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Jahr 2006 184 Mill. Euro an die Geförderten.

Rund 50 000 (36 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, 86 000 (64 %) an einer Teilzeitfortbildung. Gegenüber 2005 ging die Zahl der Vollzeitgeförderten um 6 % und die der Teilzeitgeförderten um 2 % zurück.

80 % der Geförderten waren zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis 29-Jährigen (35 %), gefolgt von den 20- bis 24-Jährigen (30 %) und den 30- bis 34-Jährigen (15 %).

96,5 % der Geförderten besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. 2 % der Geförderten kamen aus Nicht-EU-Ländern und 1,5 % aus EU-Ländern.

Weitere Auskünfte zu BAföG und Meister-BAföG erteilt
Udo Kleinegees, Telefon 06 11/75-28 57,
E-Mail: bildungsstatistik@destatis.de.

Hochschulfinanzen 2005

Die öffentlichen und privaten Hochschulen in Deutschland gaben im Jahr 2005 insgesamt 31,0 Mrd. Euro aus. Das waren 1,4 % mehr als 2004. Die Studierendenzahlen stiegen im selben Zeitraum um 1,2 %.

Das Ausgabevolumen der privaten Hochschulen lag 2005 bei rund 429 Mill. Euro (– 3 %). Damit betrug der Anteil der Ausgaben privater Hochschulen an allen Hochschulausgaben 1,4 %.

Mit 18,6 Mrd. Euro waren die Personalaufwendungen, wie in den Jahren zuvor, der größte Ausgabeposten der öffentlichen und privaten Hochschulen. Das entspricht 60 % der gesamten Hochschulausgaben. Die übrigen laufenden Ausgaben betragen 9,4 Mrd. Euro. 3,0 Mrd. Euro wurden für Investitionen ausgegeben.

Auf die Universitäten (ohne Medizinische Einrichtungen) entfiel 2005 ein Ausgabevolumen von 12,9 Mrd. Euro, das sind 1,2 % mehr als 2004. Die Medizinischen Einrichtungen der Universitäten wendeten für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung 14,4 Mrd. Euro (+ 1,7 %) auf, das entspricht 46,4 % der Gesamtausgaben der Hochschulen. Die Ausgaben der Fach- und Verwaltungsfachhochschulen beliefen sich auf 3,1 Mrd. Euro (+ 1,2 %).

Für die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften veranschlagten die Hochschulen 3,2 Mrd. Euro, für die Ingenieurwissenschaften 2,6 Mrd. Euro und für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1,6 Mrd. Euro.

Die Hochschulen erzielten im Jahr 2005 Einnahmen in Höhe von 14,9 Mrd. Euro (+ 2,6 %). Davon stellten 10,1 Mrd. Euro Verwaltungseinnahmen dar (+ 2,3 %), die zu fast 93 % von den Medizinischen Einrichtungen, überwiegend als Entgelte für Krankenbehandlungen, erzielt wurden. Darüber hinaus warben die Hochschulen 3,7 Mrd. Euro an Drittmitteln bei privaten und öffentlichen Stellen ein (+ 5,6 %). Wichtigste Drittmittelgeber der Hochschulen waren dabei die Deutsche Forschungsgemeinschaft (1,1 Mrd. Euro), die gewerbliche Wirtschaft (1,0 Mrd. Euro) sowie der Bund (706 Mill. Euro).

Hochschulpersonal 2006

Ende 2006 lehrten und forschten 37 900 Professoren und Professorinnen an deutschen Hochschulen. Während die Gesamtzahl der Lehrstuhlinhaber und -inhaberinnen seit Mitte der 1990er-Jahre nahezu unverändert blieb, ist der Frauenanteil innerhalb der Professorenschaft seit 1995 stetig gewachsen. Der Anteil der Lehrstuhlinhaberinnen stieg in diesem Zeitraum von 8 % auf 15 % an. Die Zahl der Professorinnen erreichte 2006 mit rund 5 700 einen neuen Höchststand.

Während in den Kunstwissenschaften (27 %) sowie den Sprach- und Kulturwissenschaften (26 %) etwa jeder vierte Lehrstuhl mit einer Frau besetzt war, lag der Anteil der Professorinnen in allen anderen Fächergruppen unter der 20 %-Marke. Am deutlichsten unterrepräsentiert waren Professorinnen in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften

(7%), Sport (9%) sowie Mathematik/Naturwissenschaften (10%).

Insgesamt waren Ende 2006 an deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken 501 400 Menschen beschäftigt. Das waren 4 200 oder 0,8% mehr als 2005. 254 200 Personen (51%) nahmen Aufgaben in nichtwissenschaftlichen Bereichen, wie Verwaltung, Bibliothek, technischer Dienst und Pflegedienst, wahr. 247 200 oder 49% des Personals waren wissenschaftlich oder künstlerisch tätig.

51% (256 800) der Beschäftigten an den Hochschulen waren Frauen. Die Frauenanteile unterscheiden sich allerdings in Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit: Einem Frauenanteil von 70% beim nichtwissenschaftlichen Personal stand eine Quote von 32% beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gegenüber.

Detaillierte Ergebnisse bietet die Arbeitsunterlage „Personal an Hochschulen, vorläufiges Ergebnis 2006“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/publikationen kostenlos abrufbar ist.

Weitere Auskünfte erteilt
Thomas Weise, Telefon 06 11/75-41 44,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

Inobhutnahmen 2006

Im Jahr 2006 wurden in Deutschland 25 800 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen, rund 400 (+ 2%) mehr als 2005. Damit nahmen die Jugendämter 2006 pro Tag rein rechnerisch rund 71 Kinder und Jugendliche in Obhut.

Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, wenn sie sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer (etwa der Polizei oder Erzieher) in Obhut und bringen sie – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung unter, etwa in einem Heim.

7 100 Kinder und Jugendliche (28%) wurden 2006 auf eigenen Wunsch in Obhut genommen, bei den übrigen veranlassten andere Personen oder Stellen die Inobhutnahme.

15 400 (59%) der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen waren älter als 14 Jahre. 55% aller in Obhut Genommenen (14 300) waren Mädchen.

An einem jugendgefährdenden Ort, zum Beispiel in Straßen mit Bordellbetrieb oder an Treffpunkten von Drogenhändlern, wurden rund 10% (2 600) der in Obhut Genommenen aufgegriffen.

Anlass für die Inobhutnahme war in 23% der Fälle (6 000) Vernachlässigung beziehungsweise Anzeichen für Misshandlung oder für sexuellen Missbrauch. Überforderung der Eltern war in 42% der Fälle der Grund. Weitere Anlässe bildeten Beziehungsprobleme (26% aller Fälle), Integrationsprobleme im Heim oder in der Pflegefamilie (7%), Krimina-

lität (7%), Probleme in der Schule (6%) und Suchtprobleme (3%).

Weitere Auskünfte erteilt
Dorothee von Wahl, Telefon 0 18 88/6 44-81 67,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Schulden der öffentlichen Haushalte 2006

Die öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände sowie kommunale Zweckverbände) waren zum Jahresende 2006 mit 1 480,6 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Dies entspricht rechnerisch einer Schuldenlast von 17 975 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr (mit 1 442,7 Mrd. Euro) ist dies ein Anstieg um 2,6% oder 481 Euro je Bundesbürger.

Den größten Anteil an der Pro-Kopf-Verschuldung hatten der Bund und seine Sondervermögen mit 11 128 Euro, gefolgt von den Ländern mit 5 821 Euro. Die Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände betragen 1 104 Euro je Einwohner.

Der Pro-Kopf-Wert der regional zurechenbaren öffentlichen Schulden (Haushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände) hatte 2006 bei den Flächenländern eine Spanne von 3 070 Euro in Bayern bis zu 9 262 Euro im Saarland. Die Pro-Kopf-Werte der Stadtstaaten lagen wie in den Vorjahren deutlich über denen der Flächenländer. Hier hatte der kleinste Stadtstaat Bremen mit 20 149 Euro den höchsten Schuldenstand pro Kopf, gefolgt von Berlin mit 17 354 Euro und Hamburg mit 12 367 Euro.

Nicht enthalten sind in den oben genannten Schuldenbeträgen die zur Deckung von kurzfristigen Finanzierungsengepässen aufgenommenen Kassenkredite in Höhe von 47,5 Mrd. Euro bzw. 577 Euro je Einwohner.

Mehr Pensionierungen bei Bund, Ländern und Gemeinden 2006

Dem Altersversorgungssystem von Bund, Ländern und Gemeinden gingen im Jahr 2006 rund 40 800 Neupensionäre zu. Gegenüber 2005 entspricht dies einer Steigerung um 10%. Die Inanspruchnahme von Altersteilzeit sowie die Einführung von Versorgungsabschlägen im Jahr 2001 führte in den letzten Jahren zu einem Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand. Dadurch fiel die Zahl der Pensionierungen in den zurückliegenden Jahren relativ niedrig aus.

Unter Berücksichtigung von Altersteilzeit und Versorgungsabschlägen erhöhte sich allerdings wie bereits in den Vorjahren die Zahl derjenigen, welche bei den Gebietskörperschaften die Regelaltersgrenze von 65 Jahren erreichten. 2006 waren es 36% der Neupensionierungen bei den Gebietskörperschaften, ein Prozentpunkt mehr als noch ein Jahr zuvor. In den 1990er-Jahren hatte der Anteil regelmäßig unter 10% gelegen. Dagegen ist der Anteil der Pensio-

nierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit vor Erreichen der Regelaltersgrenze im Jahr 2006 mit 20 % auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Messung im Jahr 1993 gesunken. Auf die Antragsaltersgrenze 63. und 60. Lebensjahr entfielen 19 bzw. 6 % der Neupensionierungen, 15 % erreichten eine für sie geltende besondere Altersgrenze (zum Beispiel Polizisten und Polizistinnen).

Von den Neupensionären waren 5 500 Personen ehemals im Bundesdienst tätig (+ 7 %), 32 000 arbeiteten zuvor bei den Ländern (+ 11 %) und 3 300 bei den Gemeinden (+ 8 %).

Im Januar 2007 erhielten bei Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt rund 909 000 ehemalige Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen, Berufssoldaten und -soldatinnen sowie deren Hinterbliebene Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 2 %. Die Zahl der Pensionäre erhöhte sich um 4 % auf 653 000, während die Zahl der hinterbliebenen Witwen, Witwer sowie Waisen mit 256 000 annähernd gleich blieb. Im Bereich des Bundes wurden im Januar 2007 insgesamt rund 119 000 Pensionäre versorgt (+ 2 %), bei den Ländern waren es 464 000 (+ 4 %) und bei den Gemeinden 70 000 (+ 0,2 %).

Weitere Auskünfte erteilt
Florian Schwahn, Telefon 06 11/75-41 05,
E-Mail: personalstatistiken.oeffentlicher-dienst@destatis.de.

Anteil der Umweltsteuern am Steueraufkommen 2006

Die Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern betragen nach Angaben der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen im Jahr 2006 rund 55 Mrd. Euro und blieben damit gegenüber 2005 nahezu unverändert (- 0,2 %). Die gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte (im Jahr 2006 insgesamt 526,3 Mrd. Euro) sind im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 % gestiegen, wobei ein überdurchschnittlicher Anstieg bei den einkommensbezogenen Steuern (+ 10,7 %), der Gewerbesteuer (+ 19,4 %) und der Grunderwerbsteuer (+ 28,0 %) zu verzeichnen war. Damit hat sich der Anteil der umweltbezogenen Steuereinnahmen an den Steuereinnahmen insgesamt um 0,8 Prozentpunkte auf 10,5 % vermindert.

Im Jahr 2006 entfielen von den umweltbezogenen Steuern 39,9 Mrd. Euro auf die Mineralölsteuer, 8,9 Mrd. Euro auf die Kraftfahrzeugsteuer und 6,3 Mrd. Euro auf die Stromsteuer. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer sind um 0,5 %, die aus der Stromsteuer um 2,9 % gesunken, während die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer um 3,0 % gestiegen sind.

Die Zusammenfassung der drei genannten Steuerarten zu umweltbezogenen Steuern folgt einer auf internationaler Ebene gebräuchlichen Abgrenzung, die alle Steuern zusammenfasst, die den Energieverbrauch, die Emissionen, den Verkehr oder schädliche Stoffausbringungen (Pestizide oder Ähnliches) besteuern, unabhängig von

den Beweggründen für die Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Daher umfassen die so abgegrenzten Umweltsteuern zum Beispiel die gesamten Mineralölsteuereinnahmen und nicht nur den Anteil, der sich durch die Gesetze zur ökologischen Steuerreform (Ökosteuer) ergeben hat. Im Rahmen der ökologischen Steuerreform wurde 1999 die Stromsteuer eingeführt sowie eine schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuersätze in den Jahren 1999 bis 2003 realisiert. Die Steuersätze liegen derzeit zum Beispiel für unverbleites und schwefelarmes Benzin bei 65,45 Cent je Liter, für schwefelarmen Dieseldieselkraftstoff bei 47,04 Cent. Die 2005 eingeführte Lastkraftwagen-Maut für die Benutzung der Autobahnen (Einnahmen im Jahr 2006: rund 3 Mrd. Euro) ist nicht in den umweltbezogenen Steuern enthalten.

Von 2005 bis 2006 ist die Menge an versteuertem Benzin von 30,7 Mill. m³ auf 29,6 Mill. m³ und damit um 3,6 % zurückgegangen, die Menge des versteuerten Dieseldieselkraftstoffes stieg dagegen um 4,8 %. Bei leichtem Heizöl war im Jahr 2006 ein Anstieg um 11,6 % im Vergleich zum Vorjahr festzustellen. Zugleich stieg der Bestand an Kraftfahrzeugen insgesamt um knapp 400 000 auf 54,9 Mill. Fahrzeuge (+ 0,7 %).

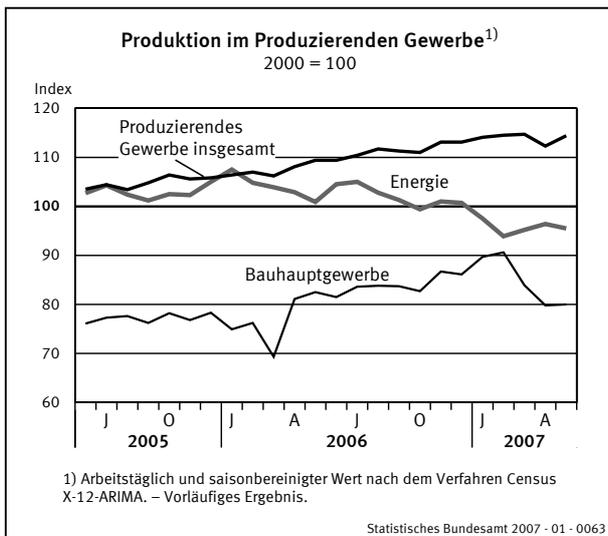
Im Hinblick auf den Verkehr ist darauf hinzuweisen, dass sich in den versteuerten Mengen nicht unbedingt entsprechende Entwicklungen des Kraftstoffverbrauchs im Inland oder der Fahrleistungen widerspiegeln. Insbesondere bei größeren Preisunterschieden zwischen In- und Ausland spielt der Tanktourismus in den grenznahen Gebieten eine nicht unbeträchtliche Rolle. Darüber hinaus ist seit Jahren ein Umstieg auf sparsamere Dieselfahrzeuge festzustellen, sodass nur bedingt Rückschlüsse auf die Fahrleistungen gezogen werden können. In Bezug auf den Absatz von Heizöl sind insbesondere witterungsbedingte Temperaturunterschiede von Jahr zu Jahr sowie die Preisentwicklung zu beachten.

Weitere Auskünfte erteilt
Ursula Lauber, Telefon 06 11/75-27 37,
E-Mail: ursula.lauber@destatis.de.

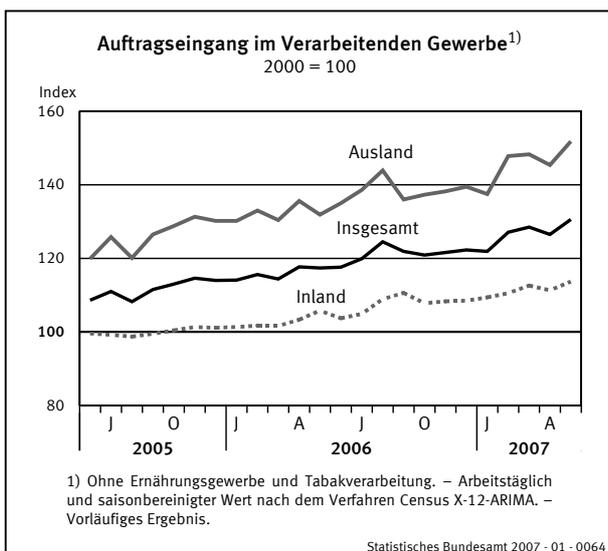
Weitere wichtige Monatszahlen

Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe hat sich im Mai 2007 vorläufigen Angaben zufolge preis- und saisonbereinigt (nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA) wieder merklich um 1,9 % erhöht. Sie war im Monat zuvor nach leichter Aufwärtskorrektur um 2,1 % zurückgegangen. Die maßgeblichen Impulse für die aktuelle Produktionsbelebung kamen aus dem Bereich der Industrie. Die Erzeugung nahm hier deutlich um 2,3 % zu. Die Produktion im Bauhauptgewerbe erhöhte sich leicht um 0,3 %.



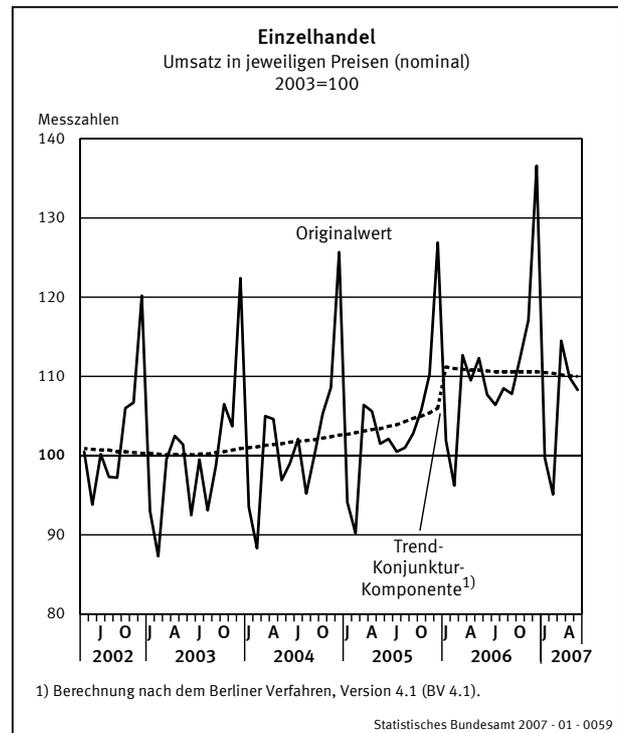
Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen ist vorläufigen Angaben zufolge im Mai 2007 preis- und saisonbereinigt (nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA) deutlich um 3,2% angestiegen. Zuvor war sie im April abwärts korrigiert um 1,6% zurückgegangen. Der Umfang an Großaufträgen war zuletzt erneut überdurchschnittlich. Eine kräftige Zunahme der Bestellungen verzeichneten vor allem die Hersteller von Konsumgütern (+ 4,0%). Aber auch die für die Industriekonjunktur vor allem bedeutsamen Investitionsgüterproduzenten und die Hersteller von Vorleistungsgütern konnten mit + 3,8% bzw. + 2,4% beachtliche Orderzuwächse verbuchen. Die Auslandsnachfrage erhöhte sich zuletzt mit + 4,4% doppelt so stark wie die ebenfalls dynamischen Inlandsbestellungen (+ 2,2%).



Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im Mai 2007 nominal 3,6% und real 4,2% weniger um als im Mai 2006. Der Mai 2007 hatte allerdings mit 24 Verkaufstagen einen Verkaufstag weniger als der entsprechende Vorjahresmonat.

Unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten sank der Umsatz im Einzelhandel im Vergleich zum April 2007 um nominal 2,6% und real 2,5%.



Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte nominal 1,5% und real 3,4% weniger um als im Mai 2006. Sowohl bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten (nominal – 1,5%, real – 3,2%) als auch im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln (nominal – 2,2% und real – 4,6%) lagen die Umsätze unter denen des Vorjahresmonats.

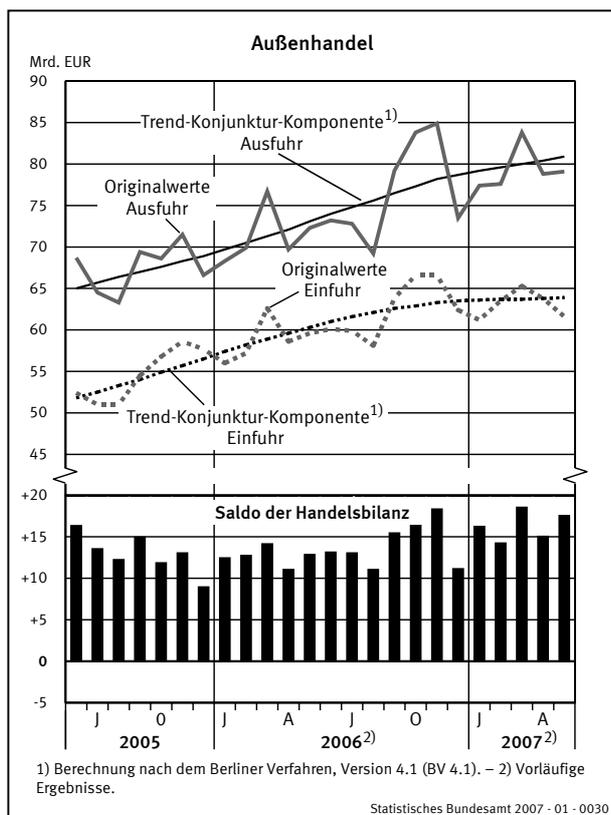
Auch im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lagen die Umsätze im Mai 2007 nominal und real niedriger als im Vorjahresmonat (nominal – 5,0%, real – 4,8%). Lediglich der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten konnte seine nominalen Umsätze etwas steigern (+ 0,6%), die realen Umsätze gingen dagegen zurück (– 0,7%). Die anderen fünf Branchen in diesem Bereich lagen sowohl nominal als auch real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats. Die höchsten Umsatzrückgänge verzeichnete dabei der sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem die Waren- und Kaufhäuser gehören (nominal – 9,0% und real – 9,7%). Überdurchschnittlich hohe Rückgänge des Umsatzes gab es ferner beim Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (nominal – 5,9%, real – 5,4%), beim Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (nominal – 4,5% und real – 5,4%) sowie im Versandhandel (nominal – 4,5%, real – 5,0%).

Vom Januar bis Mai 2007 setzte der Einzelhandel nominal 1,0% und real 1,6% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum um.

Außenhandel

Im Vorjahresvergleich nahmen die deutschen Ausfuhren im Mai 2007 um 9,3% auf 79,1 Mrd. Euro zu. Die deutschen Einfuhren erhöhten sich mit 3,4% weniger stark auf 61,6 Mrd. Euro. Die Außenhandelspreise sind im gleichen Zeitraum ebenfalls gestiegen, wobei die Teuerungsrate für Einfuhren ebenfalls niedriger ausfiel als die für Ausfuhren. Die Einfuhren verteuerten sich im Mai 2007 gegenüber dem Vorjahresniveau um 0,6%. Ohne Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölserzeugnissen lag der Preisanstieg bei 1,3%. Die ausgeführten Waren verteuerten sich gegenüber Mai 2006 um 1,8%.

ken um 3,4%. Saison- und kalenderbereinigt verzeichnete die Exporte und Importe im Mai gegenüber April 2007 einen Rückgang. Die Ausfuhren nahmen leicht um 0,7% ab; die Importe sind saison- und kalenderbereinigt um 3,6% zurückgegangen. [u](#)



Durch die stärkere Zunahme der Ausfuhren gegenüber den Einfuhren hat sich der Überschuss der Außenhandelsbilanz erhöht. Er stieg im Mai 2007 auf 17,5 Mrd. Euro und lag damit über dem Saldo des gleichen Vorjahresmonats (12,8 Mrd. Euro) und dem des Vormonats (15,0 Mrd. Euro). Aus dem positiven Außenhandelsaldo ergibt sich nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank im Mai 2007 zusammen mit den negativen Salden der übrigen Teilbilanzen, der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (- 4,2 Mrd. Euro), der Dienstleistungsbilanz (- 1,4 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (- 1,1 Mrd. Euro) und der Bilanz der Ergänzungen zum Außenhandel (- 1,3 Mrd. Euro), ein Leistungsbilanzüberschuss von + 9,6 Mrd. Euro. Der Saldo der Leistungsbilanz im gleichen Vorjahresmonat betrug + 4,9 Mrd. Euro.

Die Ausfuhren aus Deutschland erhöhten sich nominal im Mai gegenüber April 2007 um 0,3% und die Einfuhren san-

Dipl.-Volkswirt Ulrich Spörel, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften

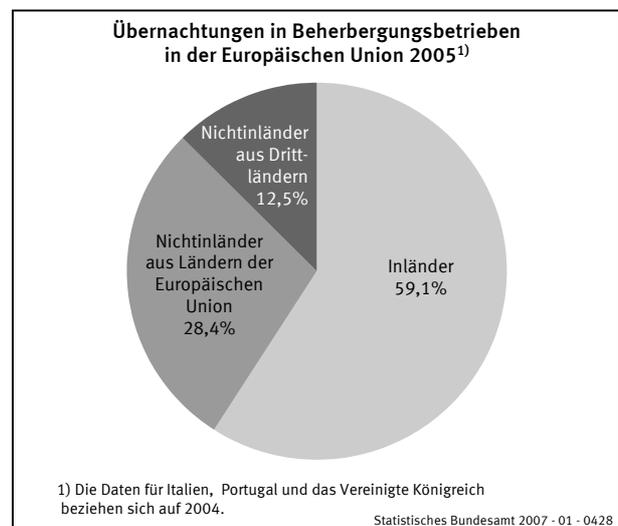
Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr

Nach dem Beitrag „Regionaltourismus in der Europäischen Union“ in WiSta 5/2007, S. 465 ff., wird mit dem folgenden Aufsatz das Thema Tourismus in Europa unter dem Aspekt des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs betrachtet. Im Original ist dieser Artikel in der Reihe „Statistik kurz gefasst“ zu den beiden Themengebieten „Industrie, Handel und Dienstleistungen“ und „Bevölkerung und soziale Bedingungen“ als Nr. 52/2007 erschienen; wir danken Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

Über die wichtigsten Eurostat-Veröffentlichungen informiert Sie auch der EDS Europäischer Datenservice – die Servicestelle des Statistischen Bundesamtes für Eurostat-Daten – unter <http://www.eds-destatis.de>; die Reisezeit in Europa war dort ein spezielles Thema des Monats August 2006.

Etwa 88 % aller Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der Europäischen Union entfallen auf Reisende aus der Europäischen Union

Der Tourismus in der Europäischen Union (EU) ist ein weitgehend integrierter Markt: 2005 entfielen 59,1 % aller Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben auf Bürger des jeweiligen Mitgliedstaates (Inländer) und 28,4 % auf Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten (zusammen 87,5 %). Die restlichen 12,5 % der Übernachtungen waren Reisenden aus Ländern außerhalb der EU zuzurechnen (siehe das Schaubild).



52 % aller Übernachtungen von Nichtinländern in der Europäischen Union entfielen auf Spanien, Italien und Frankreich

2005 wurden über 880 Mill. Übernachtungen ausländischer Gäste in Beherbergungsbetrieben in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gezählt (siehe Tabelle 1). Das entspricht fast 41 % aller Übernachtungen von Touristen in der Europäischen Union. Drei Viertel davon entfielen auf Hotels, nur ein Viertel auf andere Beherbergungsbetriebe wie Campingplätze, Ferienwohnungen und Jugendherbergen.

Tabelle 1: Übernachtungen 2005 nach Art der Unterkunft

Land	Beherbergungsbetriebe insgesamt			Hotels und ähnliche Einrichtungen			Sonstige Beherbergungsbetriebe		
	Über- nachtungen insgesamt	Über- nachtungen von Nicht- inländern	Anteil der Über- nachtungen von Nicht- inländern an den Über- nachtungen insgesamt	Über- nachtungen zusammen	Über- nachtungen von Nicht- inländern	Anteil der Über- nachtungen von Nicht- inländern an den Über- nachtungen zusammen	Über- nachtungen zusammen	Über- nachtungen von Nicht- inländern	Anteil der Über- nachtungen von Nicht- inländern an den Über- nachtungen zusammen
	1 000		%	1 000		%	1 000		%
Europäische Union	2 154 274	880 304	40,9	1 424 388	646 800	45,4	729 886	233 504	32,0
Belgien	28 380	15 553	54,8	14 610	10 297	70,5	13 770	5 256	38,2
Tschechische Republik ..	40 321	19 595	48,6	25 209	16 607	65,9	15 112	2 988	19,8
Dänemark	26 276	9 393	35,7	10 115	4 787	47,3	16 161	4 606	28,5
Deutschland	343 981	48 246	14,0	200 767	38 872	19,4	143 214	9 374	6,5
Estland	4 111	2 983	72,6	3 542	2 791	78,8	569	192	33,7
Griechenland	55 264	40 735	73,7	54 017	40 075	74,2	1 247	660	52,9
Spanien	353 392	209 519	59,3	245 637	138 762	56,5	107 755	70 757	65,7
Frankreich	295 593	107 952	36,5	198 039	72 824	36,8	97 554	35 128	36,0
Irland ¹⁾	32 437	20 235	62,4	25 442	17 640	69,3	6 995	2 595	37,1
Italien ²⁾	345 616	141 169	40,8	234 020	97 175	41,5	111 596	43 994	39,4
Zypern	15 058	14 006	93,0	14 939	13 899	93,0	119	107	89,9
Lettland	2 634	1 613	61,2	2 303	1 507	65,4	331	106	32,0
Litauen	2 623	1 401	53,4	2 062	1 334	64,7	561	67	11,9
Luxemburg	2 685	2 452	91,3	1 358	1 273	93,7	1 327	1 179	88,8
Ungarn ³⁾	19 334	10 646	55,1	15 505	9 029	58,2	3 829	1 617	42,2
Malta	7 580	7 298	96,3	7 475	7 194	96,2	105	104	99,0
Niederlande	80 161	25 210	31,4	29 519	15 143	51,3	50 642	10 067	19,9
Österreich	97 031	69 732	71,9	76 073	56 690	74,5	20 958	13 042	62,2
Polen	48 618	10 543	21,7	20 333	7 869	38,7	28 285	2 674	9,5
Portugal ²⁾	41 723	24 617	59,0	34 141	23 002	67,4	7 582	1 615	21,3
Slowenien	7 307	4 250	58,2	4 975	3 322	66,8	2 332	928	39,8
Slowakei	10 622	4 801	45,2	6 833	3 650	53,4	3 789	1 151	30,4
Finnland	17 259	4 499	26,1	14 275	3 887	27,2	2 984	612	20,5
Schweden	44 940	10 078	22,4	22 900	5 382	23,5	22 040	4 696	21,3
Vereinigtes Königreich ²⁾	231 328	73 778	31,9	160 299	53 789	33,6	71 029	19 989	28,1
Island	2 189	1 521	69,5	1 569	1 208	77,0	620	313	50,5
Norwegen	26 273	7 644	29,1	17 110	4 761	27,8	9 162	2 883	31,5

1) 2004: Schätzung. – 2) Daten von 2004. – 3) Vorläufiges Ergebnis.

Die meisten Übernachtungen von Nichtinländern, bezieht man alle Arten von Beherbergungsbetrieben ein, wiesen im Jahr 2005 Spanien (210 Mill.), Italien (141 Mill.) und Frankreich (108 Mill.) auf, gefolgt vom Vereinigten Königreich (74 Mill.), Österreich (70 Mill.), Deutschland (48 Mill.) und Griechenland (41 Mill.). Betrachtet man den Anteil der Übernachtungen ausländischer Gäste an allen Übernachtungen in einem Land, ergibt sich eine andere Rangfolge: Spitzenreiter mit einem Anteil der Übernachtungen von Nichtinländern von jeweils über 90 % sind dann kleine Länder wie Malta, Zypern und Luxemburg. Im Falle von Malta und Luxemburg und in geringerem Maße auch von Zypern, ist dies mit Sicherheit auf die relativ geringe Größe dieser Länder zurückzuführen. Inländische Reisende haben hier weniger Anlass, in einem Beherbergungsbetrieb zu übernachten, da sie normalerweise schnell von ihrem Reiseziel nach Hause zurückkehren können. Dieser Umstand trifft allerdings nicht auf die Mitgliedstaaten zu, die hinter den drei genannten Ländern platziert sind und ebenfalls relativ hohe Anteile von Übernachtungen ausländischer Touristen meldeten, nämlich Griechenland (73,7 %), Estland (72,6 %) und Österreich (71,9 %). Weit unter dem EU-Durchschnitt von 40,9 % lagen dagegen Finnland (26,1 %) und Schweden (22,4 %) sowie Polen (21,7 %). Das Schlusslicht bildete Deutschland: Lediglich 14,0 % aller Übernachtungsgäste waren Nichtinländer.

In fast allen EU-Mitgliedstaaten war der Anteil ausländischer Gäste an den Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Einrichtungen höher als in den übrigen Beherbergungsbetrieben. Dies kann zum einen an den Reisen aus geschäftlichem Anlass liegen und zum anderen daran, dass Hotels aus dem Ausland in der Regel einfacher zu buchen sind als andere Beherbergungsbetriebe. In der Europäischen Union insgesamt entfielen 45,4 % aller Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungseinrichtungen auf nichtinländische Touristen, aber nur 32,0 % der Übernachtungen in den sonstigen Beherbergungsbetrieben.

Die wichtigsten Herkunftsländer von Touristen in der Europäischen Union sind Deutschland, das Vereinigte Königreich und die Niederlande

Betrachtet man jeweils die drei wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Gäste für die einzelnen Staaten in Europa, für die Daten vorliegen, so ist festzustellen, dass lediglich neun verschiedene (Herkunfts-)Länder (7 EU-Länder sowie die Vereinigten Staaten und Norwegen) in dieser Liste erscheinen. In vielen Fällen sind die wichtigsten Herkunftsländer unmittelbare Nachbarn, so entfielen in der Tschechischen

Tabelle 2: Die jeweils drei wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Touristen für die Länder der Europäischen Union sowie Island und Norwegen 2005

Zielland	Anteil der Übernachtungen von Gästen aus den jeweils drei wichtigsten Herkunftsländern an den Übernachtungen von Nichtinländern insgesamt						
	1. Markt		2. Markt		3. Markt		Zusammen
	Land	%	Land	%	Land	%	
Europäische Union	Deutschland	23,8	Vereinigtes Königreich	17,3	Niederlande	8,0	49,1
Belgien	Niederlande	31,7	Vereinigtes Königreich	14,1	Deutschland	12,6	58,4
Tschechische Republik ..	Deutschland	30,0	Vereinigtes Königreich	9,2	Italien	6,0	45,2
Dänemark	Deutschland	29,5	Schweden	16,6	Norwegen	16,4	62,5
Deutschland	Niederlande	17,5	Vereinigte Staaten	9,2	Vereinigtes Königreich	8,2	34,9
Estland	Finnland	53,0	Schweden	7,9	Deutschland	7,2	68,1
Griechenland	Deutschland	22,9	Vereinigtes Königreich	18,8	Italien	7,4	49,1
Spanien	Vereinigtes Königreich	33,0	Deutschland	26,1	Niederlande	5,7	64,8
Frankreich	Vereinigtes Königreich	20,8	Niederlande	16,2	Deutschland	12,1	49,1
Irland	-	-	-	-	-	-	-
Italien	Deutschland	30,0	Vereinigtes Königreich	8,6	Vereinigte Staaten	7,7	46,3
Zypern	Vereinigtes Königreich	55,8	Deutschland	10,5	Russische Föderation	5,1	71,4
Lettland	Deutschland	15,8	Finnland	11,0	Vereinigtes Königreich	8,2	35,0
Litauen	Deutschland	18,7	Polen	13,1	Russische Föderation	8,3	40,1
Luxemburg	Niederlande	40,3	Belgien	19,5	Deutschland	10,5	70,3
Ungarn	Deutschland	30,7	Vereinigtes Königreich	7,6	Österreich	6,6	44,9
Malta ¹⁾	Vereinigtes Königreich	40,5	Deutschland	12,1	Italien	6,6	59,2
Niederlande	Deutschland	39,8	Vereinigtes Königreich	14,5	Belgien	9,5	63,8
Österreich	Deutschland	55,1	Niederlande	9,3	Vereinigtes Königreich	4,8	69,2
Polen	Deutschland	44,8	Vereinigtes Königreich	5,9	Vereinigte Staaten	4,4	55,1
Portugal ¹⁾	Vereinigtes Königreich	29,6	Deutschland	16,3	Spanien	10,7	56,6
Slowenien	Italien	19,6	Österreich	15,5	Deutschland	15,5	50,6
Slowakei	Tschechische Republik	28,0	Deutschland	20,9	Polen	12,1	61,0
Finnland	Schweden	13,3	Deutschland	12,1	Russische Föderation	11,1	36,5
Schweden	Norwegen	24,5	Deutschland	19,3	Dänemark	9,7	53,5
Vereinigtes Königreich ¹⁾	Vereinigtes Staaten	20,2	Deutschland	9,3	Frankreich	7,1	36,6
Island	Deutschland	17,5	Vereinigtes Königreich	13,5	Vereinigte Staaten	10,2	41,2
Norwegen	Deutschland	22,8	Dänemark	13,9	Schweden	11,4	48,1

1) Daten von 2004.

Republik, in Dänemark, in den Niederlanden, in Österreich und in Polen die meisten Übernachtungen ausländischer Gäste auf Reisende aus Deutschland, während in Belgien, Deutschland und Luxemburg niederländische Touristen die wichtigste Gästegruppe waren. Gemessen an der Zahl der Übernachtungen von Nichtinländern bilden in Slowenien die Italiener, in der Slowakei die Tschechen die größte Gästegruppe. Das wichtigste Herkunftsländ ausländischer Gäste für Finnland ist Schweden, für Schweden dagegen Norwegen.

Deutsche Urlauber hatten 2005 in zehn EU-Ländern den größten Anteil an den Übernachtungen von Nichtinländern, wobei die Prozentsätze zwischen 15,8% in Lettland und 55,1% in Österreich schwankten. Auf britische Touristen entfielen in fünf Ländern die meisten Übernachtungen (alles südeuropäische Sommerreiseziele); Reisende aus den Niederlanden waren in ihren drei Nachbarländern Belgien, Deutschland und Luxemburg führend. Reisende aus den Vereinigten Staaten bildeten die größte Touristengruppe im Vereinigten Königreich, wo auf sie 20,2% aller Übernachtungen ausländischer Gäste entfielen. Das wichtigste Herkunftsländ ausländischer Touristen in Schweden ist Norwegen: 24,5% aller Übernachtungen von Nichtinländern entfielen dort auf Norweger.

In diesem Zusammenhang sind folgende Fakten ebenfalls interessant:

- Nur drei Länder sind als Reiseziele stark, das heißt zu mehr als 50% der Übernachtungen, von einem Her-

kunftsland abhängig: Dies sind Zypern (55,8% aller Übernachtungen im Einreiseverkehr entfielen auf Touristen aus dem Vereinigten Königreich), Österreich (55,1% aller Übernachtungen wurden von deutschen Touristen gebucht) und Estland (53,0% aller Übernachtungen von Nichtinländern entfielen auf Finnen).

- Lediglich drei Nicht-EU-Länder stehen auf der Liste der wichtigsten Herkunftsländer: Die Vereinigten Staaten als das wichtigste Herkunftsländ ausländischer Touristen für das Vereinigte Königreich, das zweitwichtigste für Deutschland und das dritt wichtigste für Italien und Polen; Norwegen, das – gemessen an der Zahl der Übernachtungen von Nichtinländern – die größte ausländische Touristengruppe in Schweden und die drittgrößte Gruppe in Dänemark stellt, und die Russische Föderation als das dritt wichtigste Herkunftsländ ausländischer Gäste für Zypern, Litauen und Finnland.

Mehr als 50% aller Urlaubsreisen von EU-Bürgern ins Ausland entfallen auf deutsche und britische Touristen

2005 unternahmen die EU-Bürger insgesamt etwa 900 Mill. Urlaubsreisen (siehe Tabelle 3), die sich fast gleichmäßig auf Kurzreisen (1 bis 3 Übernachtungen) und längere Urlaubsreisen (mindestens 4 Übernachtungen) verteilten. Fast zwei Drittel dieser Reisen entfielen auf Bürger aus den vier Ländern Frankreich (186 Mill.), Deutschland (156 Mill.), Vereinigtes Königreich (122 Mill.) und Spanien (110 Mill.).

Tabelle 3: Urlaubsreisen 2005

Land	Urlaubsreisen insgesamt					Urlaubsreisen ins Ausland					
	alle Urlaubs- reisen (1 Über- nachtung und mehr)	1 bis 3 Über- nachtungen	4 Über- nachtungen und mehr	1 bis 3 Über- nachtungen	4 Über- nachtungen und mehr	alle Urlaubs- reisen (1 Über- nachtung und mehr)	1 bis 3 Über- nachtungen	4 Über- nachtungen und mehr	alle Urlaubs- reisen (1 Über- nachtung und mehr)	1 bis 3 Über- nachtungen	4 Über- nachtungen und mehr
	1 000		% aller Urlaubsreisen			1 000			% aller Urlaubsreisen		
Europäische Union ..	892 599	463 522	429 077	51,9	48,1	234 509	54 736	179 773	26,3	11,8	41,9
Belgien	11 928	4 213	7 715	35,3	64,7	8 166	2 001	6 166	68,5	47,5	79,9
Tschechische Republik	28 336	18 394	9 942	64,9	35,1	5 396	1 022	4 374	19,0	5,6	44,0
Dänemark	8 227	3 163	5 064	38,4	61,6	4 276	744	3 532	52,0	23,5	69,8
Deutschland	156 156	49 206	106 951	31,5	68,5	77 414	16 397	61 017	49,6	33,3	57,1
Estland	1 093	847	246	77,4	22,6	249	91	158	22,8	10,8	64,1
Griechenland ¹⁾	11 294	4 272	7 022	37,8	62,2	894	98	796	7,9	2,3	11,3
Spanien ¹⁾	109 580	85 818	23 762	78,3	21,7	4 040	1 221	2 820	3,7	1,4	11,9
Frankreich	185 810	100 715	85 095	54,2	45,8	19 780	5 189	14 591	10,6	5,2	17,1
Irland	7 685	3 387	4 298	44,1	55,9	3 920	697	3 223	51,0	20,6	75,0
Italien ¹⁾	68 638	31 501	37 137	45,9	54,1	11 484	2 252	9 232	16,7	7,1	24,9
Zypern	595	96	499	.	.	.
Lettland	4 528	3 768	759	83,2	16,8	604	234	371	13,3	6,2	48,8
Litauen	3 271	2 192	1 079	67,0	33,0	1 163	465	698	35,6	21,2	64,7
Luxemburg	1 202	477	725	39,7	60,3	1 185	464	721	98,6	97,3	99,4
Ungarn	22 692	15 577	7 115	68,6	31,4	4 858	1 854	3 003	21,4	11,9	42,2
Malta
Niederlande	27 872	9 824	18 048	35,2	64,8	14 293	2 807	11 486	51,3	28,6	63,6
Österreich	13 709	6 241	7 468	45,5	54,5	6 564	1 789	4 775	47,9	28,7	63,9
Polen	35 500	18 978	16 522	53,5	46,5	4 580	1 128	3 452	12,9	5,9	20,9
Portugal	11 417	7 481	3 936	65,5	34,5	1 287	394	893	11,3	5,3	22,7
Slowenien	3 900	2 258	1 642	57,9	42,1	2 121	907	1 214	54,4	40,2	73,9
Slowakei	6 067	1 867	4 200	30,8	69,2	2 219	327	1 892	36,6	17,5	45,1
Finnland	29 610	23 167	6 443	78,2	21,8	4 538	2 577	1 961	15,3	11,1	30,4
Schweden	21 764	13 857	7 907	63,7	36,3	6 680	2 482	4 198	30,7	17,9	53,1
Vereinigtes Königreich ¹⁾	122 319	56 319	66 000	46,0	54,0	48 203	9 503	38 700	39,4	16,9	58,6
Island
Norwegen	16 391	10 519	5 872	64,2	35,8	4 647	1 525	3 122	28,4	1,5	53,2

1) Daten von 2004.

Untergliedert nach Kurzreisen und Urlaubsreisen mit mindestens vier Übernachtungen (in absoluten Zahlen) ergibt sich jeweils eine andere Rangfolge. Während bei den Kurzreisen Frankreich vor Spanien, dem Vereinigten Königreich und Deutschland liegt, führt bei den Urlaubsreisen mit mindestens vier Übernachtungen Deutschland vor Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien.

Auf die Europäische Union insgesamt bezogen, entfielen im Jahr 2005 auf Kurzreisen 51,9% und auf Reisen mit mindestens vier Übernachtungen 48,1% aller Urlaubsreisen. In zwölf der 23 Länder, für die Daten vorliegen, besteht eine Präferenz für Kurzreisen, wobei der Anteil an den Reisen insgesamt hier von 53,5% in Polen bis 83,2% in Lettland reicht. In den übrigen elf Ländern überwiegen die längeren Reisen, wobei deren Anteile an den Reisen insgesamt weniger stark schwanken (zwischen 54,0% im Vereinigten Königreich und 69,2% in der Slowakei). Mit Ausnahme der Slowakei waren diese elf Staaten alle bereits vor dem 1. Mai 2004 Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU-15). Insgesamt meldeten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union rund 235 Mill. Urlaubsreisen ins Ausland, das entsprach etwa 26,3% aller Urlaubsreisen. Deutsche und britische Touristen unternahmen 77 Mill. bzw. 48 Mill. Urlaubsreisen, das war zusammengenommen mehr als die Hälfte aller Auslandsurlaubsreisen von Bürgerinnen und Bürgern in der EU. Franzosen (20 Mill. Auslandsurlaubsreisen), Niederländer (14 Mill.) und Italiener (11 Mill.) folgten mit

deutlichem Abstand. In zwölf Mitgliedstaaten war der Anteil der Auslandsreisen an allen Reisen höher als im EU-Durchschnitt. Unter dem Durchschnitt lagen, abgesehen von Finnland, die klassischen Sommerurlaubsländer (Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien und Portugal) und Mitgliedstaaten, die der EU im Jahr 2004 beitraten (Tschechische Republik, Estland, Lettland, Ungarn und Polen).

In allen EU-Ländern, für die eine Vergleichsmöglichkeit besteht, war der Anteil der Auslandsreisen bei den längeren Urlaubsreisen (mit mindestens 4 Übernachtungen) höher als bei den kürzeren Reisen (1 bis 3 Übernachtungen). Das liegt sicherlich daran, dass Kurzreiseziele in der Regel näher am Heimatort liegen als die Ziele längerer Reisen, sodass die Touristen bei Kurzreisen mit größerer Wahrscheinlichkeit im eigenen Land bleiben.

Bei den Auslandsreisen mit mindestens vier Übernachtungen können drei Ländergruppen unterschieden werden:

- Länder, deren Bürger eine ausgeprägte Präferenz für Auslandsreisen haben und in denen mehr als zwei Drittel aller Urlaubsreisen mit mindestens vier Übernachtungen auf Auslandsreisen entfallen. Dies sind Luxemburg, Belgien, Irland, Slowenien und Dänemark.
- Länder, in denen Auslandsreisen zwischen einem und zwei Drittel aller Urlaubsreisen mit mindestens vier Über-

nachtungen ausmachen: Litauen, Estland, Österreich, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Schweden, Lettland, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn. In allen diesen Ländern liegt der Anteil der längeren Auslandsreisen über dem EU-Durchschnitt von 41,9%.

- Länder, deren Bürger weniger als ein Drittel aller Urlaubsreisen mit mindestens vier Übernachtungen ins Ausland machen. Diese Gruppe bilden Finnland, Italien, Portugal, Polen, Frankreich, Spanien und Griechenland. Die Zahlen für diese Länder liegen deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Spanien ist das Hauptreiseziel der Touristen in der Europäischen Union für lange Urlaubsreisen

Tabelle 4 zeigt für die verschiedenen Länder in Europa jeweils die drei wichtigsten Ziele des Ausreiseverkehrs, gemessen an den Urlaubsreisen mit mindestens vier Übernachtungen. Insgesamt gesehen bevorzugen die EU-Bürger Urlaubsziele in Spanien, Italien und Frankreich. Doch die Bandbreite der Zielländer ist relativ groß: Nur in fünf EU-Ländern betrug der Anteil der drei wichtigsten Auslandsreiseziele bei Reisen mit mindestens vier Übernachtungen mehr als 50%, und zwar in Zypern (58,8%), Portugal (56,2%), Irland (55,1%), Belgien (52,4%) und im Vereinigten Königreich (50,7%). Die größten Abweichungen von der generellen Präferenz für relativ wenige Reisezielländer zeigten slo-

wakische, französische, litauische und lettische Touristen: In diesen Ländern lag der Anteil der drei wichtigsten Zielländer jeweils unter 30%.

Spanien ist das wichtigste Zielland für Urlaubsreisende aus acht anderen EU-Mitgliedstaaten – hauptsächlich nord-europäischen Ländern sowie den beiden unmittelbaren Nachbarn. Frankreich wird von Touristen aus fünf anderen EU-Ländern favorisiert, während Deutschland für Touristen aus vier anderen EU-Ländern die erste Wahl ist. Nur zwei Nicht-EU-Länder sind in der Liste der drei beliebtesten Reiseziele von Touristen der verschiedenen EU-Länder enthalten: Dies sind die Türkei (zweitwichtigstes Ziel für lettische und drittwichtigstes Ziel für litauische Touristen) und die Vereinigten Staaten (drittwichtigstes Ziel für Touristen aus Irland und dem Vereinigten Königreich).

Einnahmen und Ausgaben im Tourismus in der Europäischen Union halten sich nahezu die Waage

Der grenzüberschreitende Tourismus erzeugt Finanzströme, die in der Zahlungsbilanz der jeweiligen Länder ausgewiesen werden. 2005 hielten sich die in der Zahlungsbilanz erfassten Ausgaben und Einnahmen im Tourismus der EU insgesamt nahezu die Waage. Ausgaben in Höhe von 235,6 Mrd. Euro standen Einnahmen von 232,6 Mrd. Euro gegenüber (siehe Tabelle 5). Etwa zwei Drittel der EU-Mitgliedstaaten verzeichneten einen Überschuss, etwa ein Drittel ein Defizit. In fünf Ländern überstiegen die Einnahmen

Tabelle 4: Die jeweils drei wichtigsten Zielländer der Touristen aus den Ländern der Europäischen Union sowie Island und Norwegen 2005

Herkunftsland	Anteil der Urlaubsreisen mit 4 und mehr Übernachtungen in die jeweils drei wichtigsten Zielländer an allen Auslandsurlaubsreisen mit 4 und mehr Übernachtungen						
	1. Ziel		2. Ziel		3. Ziel		Zusammen
	Land	%	Land	%	Land	%	
Europäische Union	Spanien	16,7	Italien	9,8	Frankreich	8,3	34,8
Belgien	Frankreich	30,8	Spanien	13,4	Italien	8,2	52,4
Tschechische Republik	Slowakei	18,2	Italien	12,9	Griechenland	6,6	37,7
Dänemark	Spanien	12,8	Frankreich	10,2	Italien	7,7	30,7
Deutschland	Spanien	15,9	Italien	14,4	Österreich	14,4	44,7
Estland
Griechenland ¹⁾	Italien	11,4	Deutschland	9,7	Vereinigtes Königreich	9,0	30,1
Spanien ¹⁾	Frankreich	18,0	Italien	9,3	Portugal	8,1	35,4
Frankreich ¹⁾	Spanien	15,3	Italien	9,8	Vereinigtes Königreich	3,9	29,0
Irland ¹⁾	Spanien	28,9	Vereinigtes Königreich	15,4	Vereinigte Staaten	10,8	55,1
Italien ¹⁾	Frankreich	13,6	Spanien	13,4	Griechenland	7,2	34,2
Zypern	Griechenland	40,9	Vereinigtes Königreich	15,2	Frankreich	2,7	58,8
Lettland	Deutschland	10,4	Türkei	7,6	Österreich	5,7	23,7
Litauen	Deutschland	14,0	Schweden	7,5	Türkei	5,5	27,0
Luxemburg	Frankreich	20,8	Spanien	11,1	Italien	10,0	41,9
Ungarn	Deutschland	14,7	Österreich	12,4	Italien	9,6	36,7
Malta
Niederlande	Frankreich	14,6	Spanien	11,8	Deutschland	11,7	38,1
Österreich	Italien	21,1	Griechenland	8,3	Deutschland	7,6	37,0
Polen	Deutschland	22,9	Italien	9,0	Vereinigtes Königreich	6,7	38,6
Portugal ¹⁾	Spanien	35,7	Frankreich	11,0	Vereinigtes Königreich	9,5	56,2
Slowenien
Slowakei	Tschechische Republik	11,5	Griechenland	10,3	Italien	7,6	29,4
Finnland	Spanien	16,6	Estland	9,4	Griechenland/Schweden	6,5	32,5
Schweden	Spanien	19,0	Griechenland	8,1	Italien	7,2	34,3
Vereinigtes Königreich ¹⁾	Spanien	31,8	Frankreich	11,5	Vereinigte Staaten	7,4	50,7
Island
Norwegen	Spanien	15,9	Österreich	14,5	Italien	14,4	44,8

1) Daten von 2004.

Tabelle 5: Reiseverkehr in der Zahlungsbilanz 2005
Mill. EUR

Land	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Europäische Union	232 590	235 628	- 3 035
Belgien	7 929	11 939	- 4 010
Tschechische Republik ..	3 726	1 942	+ 1 785
Dänemark	3 977	5 195	- 1 219
Deutschland	23 473	58 430	- 34 956
Estland	766	360	+ 405
Griechenland	11 037	2 446	+ 8 591
Spanien	38 494	12 125	+ 26 370
Frankreich	33 981	25 070	+ 8 910
Irland	3 813	4 882	- 1 070
Italien	28 400	17 960	+ 10 440
Zypern	1 879	751	+ 1 128
Lettland	278	476	- 197
Litauen	741	599	+ 143
Luxemburg	2 906	2 398	+ 508
Ungarn	3 433	2 348	+ 1 086
Malta	610	217	+ 394
Niederlande	8 420	12 996	- 4 576
Österreich	12 432	8 883	+ 3 550
Polen	5 058	3 509	+ 1 551
Portugal	6 376	2 473	+ 3 902
Slowenien	1 449	770	+ 679
Slowakei	1 011	731	+ 278
Finnland	1 757	2 460	- 704
Schweden	5 957	8 667	- 2 710
Vereinigtes Königreich ..	24 687	48 001	- 23 313
Island	331	788	- 458
Norwegen	2 641	7 841	- 5 200

die Ausgaben um einen Faktor von zwei oder mehr: in Griechenland (Einnahmen 4,5-mal so hoch wie Ausgaben), Spanien (3,2), Malta (2,8), Portugal (2,6) und Zypern (2,5). Die höchsten Einnahmen im EU-Tourismus erzielte Spanien mit 38,5 Mrd. Euro; die Plätze zwei und drei belegten Frankreich (34,0 Mrd. Euro) und Italien (28,4 Mrd. Euro), gefolgt vom Vereinigten Königreich (24,7 Mrd. Euro) und Deutschland (23,5 Mrd. Euro). Diese Länder waren auch bei den Ausgaben in der Europäischen Union führend. Auf Deutschland

Tabelle 6: Die zehn führenden Länder bei den Einnahmen und Ausgaben im Tourismus 2005

Rang	Einnahmen ¹⁾		Ausgaben ²⁾	
	Land	Mill. EUR	Land	Mill. EUR
1	Spanien	38 494	Deutschland	58 430
2	Frankreich	33 981	Vereinigtes Königreich	48 001
3	Italien	28 400	Frankreich	25 070
4	Vereinigtes Königreich	24 687	Italien	17 960
5	Deutschland	23 473	Niederlande	12 996
6	Österreich	12 432	Spanien	12 125
7	Griechenland	11 037	Belgien	11 939
8	Niederlande	8 420	Österreich	8 883
9	Belgien	7 929	Schweden	8 667
10	Portugal	6 376	Dänemark	5 195

1) Einnahmen aus dem Reiseverkehr in der Zahlungsbilanz. – 2) Ausgaben für den Reiseverkehr in der Zahlungsbilanz.

(58,4 Mrd. Euro) und das Vereinigte Königreich (48,0 Mrd. Euro) entfielen zusammen etwa 45 % der gesamten Touris-musausgaben der EU. Damit lagen diese beiden Länder bei den Ausgaben weit vor Frankreich (25,1 Mrd. Euro) und Ita-lien (18,0 Mrd. Euro; siehe Tabelle 6). [uu](#)

Wissenswertes zur Methodik

Tourismus

wird definiert als: Die Aktivitäten von Personen, die zu Orten außerhalb ihres gewöhnlichen Lebensumfeldes reisen und sich höchstens ein Jahr ohne Unterbrechung zu Urlaubszwecken, geschäftlichen oder sonstigen Zwecken aufhalten. Bezogen auf ein gegebenes Land sind drei Formen des Tourismus zu unterscheiden:

- Binnenreiseverkehr: Die Reisetätigkeit von Inländern, die nur im eigenen Land, jedoch außerhalb ihres gewöhnlichen Lebensumfeldes reisen und sich dort aufhalten;
- Einreiseverkehr: Die Reisetätigkeit von Nichtinländern in einem gegebenen Land, in das sie eingereist sind und in dem sie sich an Orten außerhalb ihres gewöhnlichen Lebensumfeldes aufhalten.
- Ausreiseverkehr: Die Reisetätigkeit von Inländern, die in ein anderes Land reisen und sich dort außerhalb ihres gewöhnlichen Lebensumfeldes aufhalten.

Tourist

Ein Besucher, der mindestens eine Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb oder einer privaten Unterkunft in dem besuchten Ort/Land verbringt. Man unterscheidet zwischen Inländern und Nichtinländern. Inländische Touristen sind die Bewohner eines Landes, die nur im eigenen Land, jedoch außerhalb ihres gewöhnlichen Lebensumfeldes reisen und sich dort aufhalten. Nichtinländische Touristen sind Touristen, die an Orte außerhalb ihres eigenen Landes reisen und sich dort aufhalten.

Beherbergungsbetriebe

Beherbergungseinrichtungen, die Übernachtungsmöglichkeiten für Reisende in Zimmern oder anderen Beherbergungseinheiten anbieten, deren Platzangebot jedoch über einem bestimmten Minimum für Personengruppen von mehr als einer Familieneinheit liegen muss und bei denen sämtliche Plätze in der betreffenden Einrichtung unter gemeinsamer Geschäftsführung stehen; dies gilt auch für Beherbergungseinrichtungen ohne Erwerbszweck.

Hotels und ähnliche Betriebe

Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis

Hotels, Apartmenthotels, Motels, Gasthöfe, Strandhotels, Ferienclubs und ähnliche Einrichtungen mit Hotelservice, der mehr um-

fasst als tägliches Bettenmachen und Reinigen der Zimmer und Sanitäreinrichtungen.

Ähnliche Betriebe

Pensionen mit oder ohne Verköstigung, Ferienwohnanlagen und ähnliche Beherbergungsbetriebe, die in Zimmer aufgeteilt sind und begrenzten Hotelservice mit Bettenmachen und Reinigen der Zimmer und Sanitäreinrichtungen anbieten. Diese Gruppe umfasst auch Gästehäuser, Zimmer mit Frühstück und die Unterkunft in Bauernhöfen.

Sonstige Beherbergungsbetriebe

Ferienhäuser und -wohnungen

Sammeleinrichtungen unter gemeinsamer Leitung wie Apartmenthäuser, Feriensiedlungen oder siedlungsartig angeordnete Bungalows mit eingeschränkten Hoteldienstleistungen (kein tägliches Bettenmachen und keine tägliche Reinigung).

Touristische Campingplätze

Sammeleinrichtungen auf abgegrenztem Gelände für Zelte, Wohnwagen und Wohnmobile. Sie stehen unter gemeinsamer Leitung und bieten Touristen Dienstleistungen an (Laden, Information, Freizeitaktivitäten).

Sonstige Beherbergungsbetriebe a. n. g.

Jugendherbergen, Gruppenbeherbergungseinrichtungen, Feriencentren für Senioren, betriebseigene Ferienheime und Hotels, Studenten- und Schülerwohnheime und ähnliche Einrichtungen unter gemeinsamer Leitung, die sozialen Zwecken dienen und häufig auch subventioniert sind.

Übernachtungen von Gebietsansässigen und Gebietsfremden

Als Übernachtung gilt jede Nacht, die ein Gast in einem Beherbergungsbetrieb oder einer privaten Unterkunft verbringt bzw. für die er dort gemeldet ist; die tatsächliche Anwesenheit ist dabei nicht von Belang. Die Übernachtungen werden nach dem Wohnsitzland des Gastes und nach dem Monat gezählt.

Diese Veröffentlichung entstand in Zusammenarbeit mit Volker Stabernak (Text) und Christiane Gengler (Tabellen, Schaubild).

Zeitpunkt der Datenextraktion: Dezember 2006.

Sonstige Veröffentlichungen neueren Datums über Tourismus von Eurostat:

Panorama zum Thema Tourismus (mit CD-ROM)

Taschenbuch zum Thema Tourismus

Statistik kurz gefasst 30/2006 – Entwicklung des Tourismus in der Wintersaison 2005 – 2006

Statistik kurz gefasst 27/2006 – Regionaltourismus in der Europäischen Union

Statistik kurz gefasst 20/2006 – Tourismus und Internet in der Europäischen Union

Statistik kurz gefasst 19/2006 – Trends im Sommertourismus 2005

Statistik kurz gefasst 18/2005 – Wie die Europäer Urlaub machen

Statistik kurz gefasst 5/2005 – Tourismus in der Europäischen Union: Einreise- und Ausreiseverkehr

Dipl.-Handelslehrer Albrecht Krockow

Vereinfachung der Intrahandelsstatistik

Die Statistik des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs (Intrahandelsstatistik) verursacht erheblichen Aufwand in Wirtschaft und Verwaltung. Rund 70 000 Firmen müssen monatlich ihren innergemeinschaftlichen Handel – getrennt nach Lieferichtung – in tiefer warensystematischer Gliederung in Kombination mit Partnerland und Bundesland melden. Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchgeführte Studie hat ergeben, dass mehr als 40 % des Meldeaufwands für amtliche Wirtschaftsstatistiken durch die Intrahandelsstatistik verursacht wird. In anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) kommt man zu ähnlichen Ergebnissen. Angesichts dieser Zahlen und vor dem Hintergrund der politischen Initiativen zum Bürokratieabbau ist es verständlich, dass national wie international intensiv über Vereinfachungsmöglichkeiten der Intrahandelsstatistik nachgedacht wird, die zur Entlastung der Auskunftspflichtigen beitragen. In diesem Beitrag werden verschiedene Entlastungsmöglichkeiten dargestellt und bewertet. Aufgrund ihres hohen Entlastungspotenzials stehen derzeit zwei Optionen im Mittelpunkt der Überlegungen: eine Erhöhung der Meldeschwelle (derzeit müssen nur dann statistische Meldungen abgegeben werden, wenn der Wert der jährlichen Exporte bzw. Importe 300 000 Euro übersteigt) sowie das sogenannte „Einstromverfahren“ (nur eine Lieferichtung wird erhoben, die andere wird aus den spiegelbildlichen Ergebnissen der EU-Partnerländer ermittelt). Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Entlastungsmöglichkeiten wie etwa eine Reduzierung der Warengliederung oder eine Verlängerung der Periodizität der Statistik.

1 Ausgangssituation

Mit der Einführung des EU-Binnenmarktes im Jahr 1993 vollzog sich ein grundlegender Wandel in der Außenhandelssta-

tistik. Bis dahin konnten alle Außenhandelsdaten sekundärstatistisch aus den Unterlagen der Zollbehörden gewonnen werden. Für den Handel mit Nicht-EU-Ländern (Extrahandel bzw. Drittlandshandel) wird dieser Erhebungsweg auch weiterhin genutzt. Für den Bereich des innergemeinschaftlichen Handels (Intrahandel) musste dagegen nach dem Wegfall der Zollschränken ein völlig neues Erhebungssystem aufgebaut werden. Im sogenannten Intrastat-System melden die beteiligten Firmen seither ihre innergemeinschaftlichen Warenverkehre direkt an die für die Aufbereitung der Außenhandelsdaten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten (in Deutschland direkt an das Statistische Bundesamt).

Das Intrastat-System wird seit seiner Einführung von kritischen Diskussionen begleitet, die sich an zwei Punkten entzündeten. Zum einen wird bemängelt, dass die Qualität der Außenhandelsergebnisse seit Einführung des Intrastat-Systems nachgelassen hat. Durch die zollamtliche Überwachung der Einfuhr- und Ausfuhrmeldungen waren früher die Vollständigkeit und weitgehend auch die inhaltliche Richtigkeit der Angaben garantiert. Jetzt besteht nur noch eine summarische Vollständigkeitskontrolle durch den Abgleich mit den monatlichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen. Darüber hinaus wird die Qualität der Daten durch Zuschätzungen für Antwortausfälle und für von der Anmeldung befreite Warenverkehre beeinträchtigt, die es vor Einführung des Intrastat-Systems nicht gab.

Zum anderen handelt es sich um eine Statistik, die beträchtlichen Aufwand sowohl bei den meldepflichtigen Unternehmen als auch beim Statistischen Bundesamt verursacht, das für die Verarbeitung der Daten zuständig ist. So müssen in Deutschland monatlich rund 70 000 Unternehmen ihre

innergemeinschaftlichen Warenverkehre – getrennt nach Lieferrichtungen – in tiefer Warengliederung (das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik umfasst knapp 10 000 Warennummern) in Kombination mit dem Partnerland und dem Herkunfts-/Bestimmungsbundesland melden. Auf diese Weise fallen monatlich im Durchschnitt mehr als 13 Mill. Datensätze an, die auf Plausibilität geprüft werden müssen.

Um die Belastung der Unternehmen zu verringern, wurde in den letzten Jahren im Zuge der sogenannten „SLIM“-Initiative (Simpler Legislation for the Internal Market) bereits eine Reihe von Vereinfachungen im Intrastat-System eingeführt. Einige Erhebungsmerkmale sind entfallen oder nur noch fakultativ. Für die Angabe der Menge wurden ebenso wie für die Differenzierung nach Warenarten Vereinfachungsmöglichkeiten eingeführt. Im Hinblick auf die Verwendung von Anmelde-schwellen wurde der Mindestabdeckungsgrad¹⁾ von 99 % auf 97 % abgesenkt. In Deutschland hat diese Befreiungsmöglichkeit dazu geführt, dass heute nur noch rund 13 % der insgesamt rund 510 000 im innergemeinschaftlichen Handel tätigen Unternehmen zur Statistik melden müssen. Trotz dieser Entlastungsmaßnahmen hält die Kritik am Intrastat-System an. Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchgeführte Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) aus dem Jahr 2006²⁾ kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland mehr als 40 % des gesamten Meldeaufwandes für Wirtschaftsstatistiken durch die Intrahandelsstatistik verursacht werden. In anderen EU-Mitgliedstaaten wurden ähnlich hohe oder sogar noch höhere Quoten gemessen. Vor diesem Hintergrund sind Forderungen nach weiteren Entlastungen der zur Intrahandelsstatistik meldenden Firmen verständlich. Im Folgenden werden die wichtigsten Optionen dargestellt und bewertet.

2 Vorschläge zur Vereinfachung des Intrastat-Systems

Derzeit werden auf europäischer Ebene diverse Vereinfachungsmöglichkeiten intensiv diskutiert. Im vergangenen Jahr hatte das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) dazu ein Strategiepapier vorgelegt, das sich für eine zweigleisige Vorgehensweise ausspricht („The Simplification of Intrastat – A Two-Track Approach“). Zunächst sollen – von Eurostat als „traditionell“ bezeichnete – Vereinfachungsmöglichkeiten untersucht werden.

Genannt werden vor allem

- eine weitere Anhebung der Anmeldeschwelle (derzeit wird durch eine EU-Verordnung ein wertmäßiger Mindestabdeckungsgrad von 97 % gefordert, den Deutschland mit einer Anmeldeschwelle von 300 000 Euro für beide Lieferrichtungen erreicht),
- eine Reduzierung der Außenhandelsklassifikation (z. B. von der Achtsteller- auf die Sechsstellerebene, die rund 5 000 Positionen umfasst),
- der Übergang von einer monatlichen auf eine vierteljährliche Erhebung sowie
- der Einsatz von Stichprobenverfahren.

Eurostat befürchtet allerdings angesichts des politischen Drucks, der auf internationaler Ebene vor allem vom ECOFIN-Rat ausgeht, dass die Entlastungseffekte durch traditionelle Vereinfachungen nicht ausreichen oder zumindest nicht als ausreichend angesehen werden. Aus diesem Grund wird als langfristige Alternative die Einführung des sogenannten „Einstromverfahrens“ (single flow system) erwogen, das vorsieht, nur noch eine Lieferrichtung (vorzugsweise die Ausfuhren) zu erheben und die andere aus den spiegelbildlichen Angaben der EU-Partnerländer abzuleiten.

Ende 2006 wurde eine Arbeitsgruppe (working group „simplification“) aus Vertretern von Eurostat und verschiedenen Mitgliedstaaten (darunter auch Deutschland) eingesetzt, die zusammen mit zwei Unterarbeitsgruppen die verschiedenen Vereinfachungsoptionen im Detail untersuchen sollte. Die weiteren Diskussionen konzentrierten sich schnell auf eine mögliche Anhebung der Anmeldeschwelle und das Einstromverfahren, weil die anderen Vereinfachungsmöglichkeiten kein vergleichbares Einsparpotenzial bieten. Daher stehen diese beiden Optionen auch im Mittelpunkt dieses Beitrags. Andere Vereinfachungsmöglichkeiten sollen jedoch nicht ausgeschlossen werden.

2.1 Anhebung der Meldeschwelle

Derzeit ist durch EU-Verordnung – wie eingangs erwähnt – ein Mindestabdeckungsgrad von 97 % des Gesamtwertes für beide Lieferrichtungen vorgeschrieben. Mit einer Anmeldeschwelle von 300 000 Euro je Lieferrichtung wird in Deutschland derzeit bei den Versendungen³⁾ ein Abdeckungsgrad

Tabelle 1: Anzahl der meldepflichtigen Unternehmen bei unterschiedlichen Abdeckungsgraden im Jahr 2005

Lieferrichtung	100 %	99 %	98 %	97 %	95 %	93 %	90 %	Tatsächlicher Abdeckungsgrad ¹⁾
Versendungen	218 671	55 840	38 404	29 523	19 934	14 730	10 124	43 662
Eingänge	418 243	87 098	56 232	41 629	26 895	19 280	12 904	43 858
Insgesamt ...	511 398	110 236	72 371	54 043	35 328	25 653	17 384	66 094

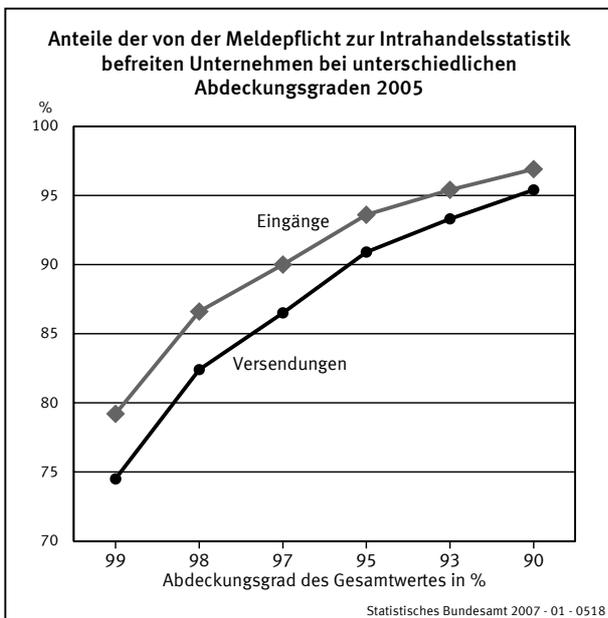
1) Abdeckungsgrad gemäß derzeitiger Anmeldeschwelle von 300 000 Euro.

1) Der Abdeckungsgrad gibt den wertmäßigen Anteil des statistisch erhobenen Intrahandels am gesamten Intrahandel an. Letzterer wird mit Hilfe der steuerlich gemeldeten Werte ermittelt.
 2) Siehe hierzu auch Stäglin, R./Pfeiffer, I.: „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie“ in WiSta 11/2006, S. 1193 ff.
 3) Um den Intrahandel auch terminologisch vom Extrahandel abzugrenzen, werden dort die Begriffe „Versendung“ anstelle von Ausfuhr sowie „Eingang“ anstelle von Einfuhr verwendet.

von 98,4 % erreicht, bei den Eingängen sind es 97,1 %. Die bestehenden Befreiungsmöglichkeiten sind also bei den Versendungen noch nicht ausgeschöpft.

Die vorstehende Tabelle 1 zeigt die Anzahl der meldepflichtigen Unternehmen in Deutschland bei verschiedenen Abdeckungsgraden. Man sieht, dass durch die Anmelde-schwelle von derzeit 300 000 Euro bereits 87 % aller im Intrahandel tätigen Unternehmen in Deutschland von der Meldepflicht befreit sind. Bei einer Absenkung auf 95 % würden zusätzlich knapp 31 000 Unternehmen, also annähernd die Hälfte des derzeitigen Berichtskreises, befreit, der Anteil der befreiten Unternehmen würde damit auf 93 % steigen. Bei einer Absenkung des Abdeckungsgrades auf 90 % würden sogar fast 49 000 Unternehmen zusätzlich befreit, der Anteil der befreiten Unternehmen würde in diesem Fall fast 97 % erreichen.

Schaubild 1



Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass sich aufgrund der disproportionalen Unternehmensverteilung – 90 % der Unternehmen erzielen nur 3 % des Außenhandelsumsatzes – schon durch eine moderate Erhöhung der Anmelde-schwelle hohe Entlastungseffekte bei insgesamt geringem Informationsverlust erzielen lassen. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass auf der Warenebene zum Teil deutlich höhere Datenverluste zu erwarten wären. Tabelle 2 zeigt, wie sich bei einer Absenkung des Abdeckungsgrades der wertmäßige Informationsverlust – gemessen am heutigen Erfassungsgrad – auf der Ebene der achtstelligen Warennummern auswirkt. Die höheren Abschneideeffekte auf der Versendungsseite sind nicht zuletzt auf den derzeit im Vergleich zur Eingangsseite höheren Abdeckungsgrad zurückzuführen. Würde man beidseitig von dem vorgeschriebenen Mindestabdeckungsgrad von 97 % ausgehen, wären die Informationsverluste bei den Versendungen zwar immer noch höher, die Diskrepanzen zwischen beiden Lieferrichtungen aber deutlich geringer. Wägt man Entlastungseffekte

und Datenverluste gegeneinander ab, so erscheint ein Abdeckungsgrad von 95 % am sinnvollsten.

Tabelle 2: Auswirkung der Schwellenanhebung auf Warennummerebene¹⁾

Informationsverlust ²⁾	Abdeckungsgrad					
	95 %		93 %		90 %	
	Warennummern		Warennummern		Warennummern	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Versendungen						
kein Verlust	742	8	550	6	369	4
< 5 %	4 532	48	3 381	36	2 312	25
< 10 %	6 145	66	4 798	51	3 520	38
> 50 %	749	8	1 234	13	2 001	21
100 %	136	1	195	2	312	3
Eingänge						
kein Verlust	940	10	607	7	415	5
< 5 %	5 417	58	3 585	39	2 216	24
< 10 %	6 964	75	5 214	56	3 518	38
> 50 %	405	4	818	9	1 501	16
100 %	100	1	172	2	266	3

1) Quelle: Eurostat; die Auswertung basiert auf Daten des Statistischen Bundesamtes für das Berichtsjahr 2005. – 2) Gemessen am derzeitigen Abdeckungsgrad.

Bei einer Absenkung des Erfassungsgrades würden vermutlich die Asymmetrien gegenüber den Statistiken der Partnerländer auf der detaillierten Warenebene zunehmen. Um diese Effekte zu begrenzen, müssten zuverlässige Verfahren eingesetzt werden, mit denen der fehlende Warenverkehr unterhalb der Anmelde-schwelle in möglichst tiefer fachlicher Gliederung geschätzt werden kann. Das Statistische Bundesamt entwickelt derzeit im Rahmen eines EU-Projekts ein entsprechendes Schätzkonzept. Dessen Grundidee besteht darin, den Gesamtwert der fehlenden Angaben, der sich anhand der Steuerdaten der Finanzverwaltung sehr genau bestimmen lässt, entsprechend der Waren- und Länderstruktur der Unternehmen knapp oberhalb der Anmelde-schwelle aufzugliedern.

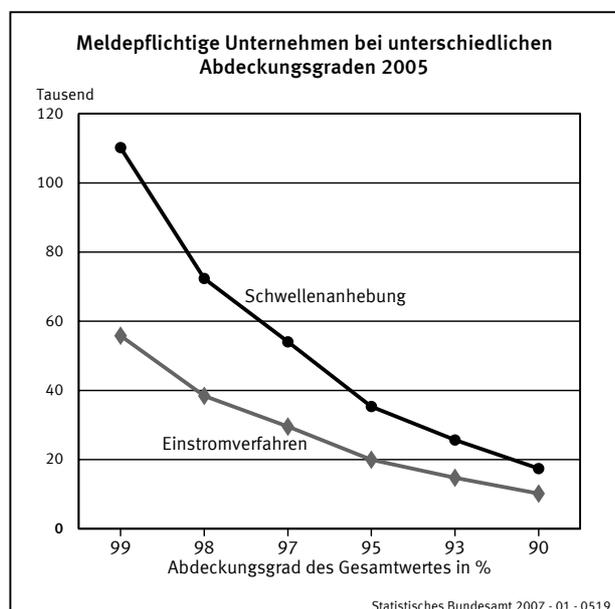
2.2 Das „einfache“ Einstromverfahren

Das „einfache“ Einstromverfahren (Verzicht auf die Erhebung einer Lieferichtung, Ersatz durch die spiegelbildlichen Daten der Partnerländer) erscheint besonders attraktiv, weil es auf den ersten Blick nur Vorteile hat. Bei Wegfall einer Lieferichtung würde sich der Meldeaufwand in Deutschland nahezu halbieren. Durch das Einstromverfahren würden Doppelerhebungen der Warenströme vermieden. Damit könnte es auch nicht mehr zu den bekannten Spiegelbilddifferenzen gegenüber anderen Ländern kommen, die Ergebnisse wären automatisch konsistent. Bei näherer Betrachtung sind jedoch Einschränkungen zu machen.

Der oben beschriebene Entlastungseffekt lässt sich nur realisieren, wenn die bisherigen Anmelde-schwellen bestehen bleiben. Derzeit weichen die Schwellen in den Mitgliedstaaten aufgrund der unterschiedlichen Unternehmensstrukturen stark voneinander ab. Während etwa in Belgien eine Anmelde-schwelle von 1 Mill. Euro für Versendungen und von 400 000 Euro für Eingänge gilt, liegen die Anmelde-schwellen

in Portugal in beiden Lieferrichtungen unter 100 000 Euro. Es spricht einiges dafür, dass im Zuge eines EU-weit eingeführten Einstromverfahrens ein höherer Abdeckungsgrad als bisher festgelegt werden müsste, damit die Länder mit niedrigen Schwellen beim Austausch von Daten nicht zu große Informationsverluste erleiden. Geht man zum Beispiel von einem Abdeckungsgrad von 99% aus, so müssten in Deutschland knapp 56 000 Unternehmen ihre Versendungen melden. Das wären zwar deutlich weniger als die derzeit rund 70 000 Meldepflichtigen. Würde man allerdings im herkömmlichen Zweistromverfahren den Abdeckungsgrad auf 95% absenken, würden nur noch rund 35 300 Unternehmen, also rund 20 000 Unternehmen weniger als beim Einstromverfahren mit 99%-Abdeckung, in die Erhebung einbezogen (siehe Schaubild 2).

Schaubild 2



Der Entlastungseffekt durch eine Schwellenanhebung ist also in diesem Fall wesentlich größer. Zudem müssten im Einstromverfahren mit 99%-Abdeckung rund 12 000 Unternehmen, die bislang von der Meldepflicht befreit waren, zur Statistik herangezogen werden. Selbst im Vergleich zu einem Einstromverfahren mit 98%-Abdeckung werden durch das alternative Zweistromverfahren mit 95%-Abdeckung noch mehr Unternehmen von der Auskunftspflicht befreit. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass die zurzeit in Deutschland praktizierten vereinfachten Anmeldeverfahren⁴⁾ nach Einführung des Einstromverfahrens weitgehend abgeschafft werden müssten. Es bleibt festzuhalten: ein Einstromverfahren mit höherem Abdeckungsgrad als bisher hat in Deutschland gegenüber der Option einer Schwellenanhebung nicht nur eine geringere Entlastungswirkung, sondern belastet zusätzlich kleine und mittelständische Unternehmen und wäre daher aus deutscher Sicht kaum akzeptabel.

Die Ursachen der heutigen Asymmetrien (z. B. Anmeldefehler, fehlende oder unvollständige Informationen bei den Unternehmen, unterschiedliche Schätzverfahren und Revisionspraktiken in den Mitgliedstaaten) werden durch das Einstromverfahren nicht beseitigt, sondern nur verdeckt. Würde man heute das Einstromverfahren anwenden, gäbe es erhebliche Brüche in den Ergebnissen, wie aus Tabelle 3 auf S. 674 hervorgeht.

Im Jahr 2005 betrug die Abweichung zwischen Versendungen und Eingängen auf EU-Ebene + 3,5%. Bei Einführung des Einstromverfahrens (Ersatz der Eingänge durch die Versendungen der Partner) würden demnach die Eingänge – saldiert über alle Mitgliedstaaten – um diesen Prozentsatz steigen. Bei Betrachtung der einzelnen Länder fallen die Differenzen zum Teil weit höher aus. Für Deutschland würden die Eingänge (nach den Ergebnissen für 2005) um 23 Mrd. Euro (5,8%) steigen, wenn man die Versendungen der EU-Partnerländer als deutsche Eingänge verbuchen würde. Der Handelsbilanzüberschuss würde dadurch um fast 24% zurückgehen. In Frankreich und Spanien würde sich infolge höherer Eingänge das bisher ausgewiesene Handelsbilanzdefizit für das Jahr 2005 um 55 bzw. 44% vergrößern. Für Belgien wäre dagegen ein umgekehrter Effekt zu beobachten. Dort würden die Eingänge um 6,6% zurückgehen, ein Anstieg des Handelsbilanzsaldos um 55% wäre die Folge.

Erwartungsgemäß machen sich die Diskrepanzen auf der Warenebene noch stärker bemerkbar. Hätte man in Deutschland im Jahr 2005 die Eingänge durch die Versendungen der Partnerländer ersetzt, so wären 76 Warennummern ganz entfallen. Bei 818 Warennummern wäre ein Wertverlust zwischen 50% und 100% eingetreten. Auf der anderen Seite wären 724 Warennummern neu entstanden, bei knapp 3 500 Warennummern hätte sich ein Wertzuwachs von mehr als 50% ergeben. Allerdings handelt es sich bei den betroffenen Warennummern vornehmlich um solche mit geringen Werten. Per saldo hätte die Gesamtzahl der Warennummern um 7% (von 9 260 auf 9 908) zugenommen, der Gesamtwert wäre, wie oben erwähnt, um 5,8% gestiegen.

Angesichts dieser hohen Abweichungen müssen deshalb zunächst die Erhebungs- und Aufbereitungssysteme (insbesondere die Zuschätzverfahren und Revisionspraktiken) in den Mitgliedstaaten so weit wie möglich harmonisiert und die Asymmetrien reduziert werden. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen. Die Einführung des Einstromverfahrens kommt daher allenfalls mittel- bis langfristig in Betracht. Dies belegen auch die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten und Kanada, wo das Einstromverfahren bilateral praktiziert wird. Trotz optimaler Rahmenbedingungen (Datenkontrolle durch den Zoll, gemeinsame Grenze, gleiche Sprache) waren dort langwierige methodische und organisatorische Vorbereitungen erforderlich, bevor das Einstromverfahren umgesetzt werden konnte.

Auch nach einer vollständigen EU-weiten Harmonisierung der Intrahandelsstatistiken werden die Asymmetrien nicht

4) Unternehmen können – mit Genehmigung durch das Statistische Bundesamt – vollständige Fabrikationsanlagen sowie Zusammenstellungen (Sortimente) verschiedener Waren zusammengefasst unter Sammelnummern in den Warenkapiteln 98 bzw. 99 anmelden.

Tabelle 3: Asymmetrien im Intrastat-System im Jahr 2005

Mitgliedstaat	Eingänge	Spiegelbildliche Versendungen	Abweichung ¹⁾	Versendungen	Spiegelbildliche Eingänge	Abweichung ²⁾
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%
Belgien	183 607	171 577	-6,6	205 410	184 412	+11,4
Tschechische Republik	49 810	46 633	-6,4	52 800	46 263	+14,1
Dänemark	43 060	42 633	-1,0	48 178	42 961	+12,1
Deutschland	398 417	421 402	+5,8	494 553	492 097	+0,5
Estland	6 245	6 096	-2,4	4 824	5 061	-4,7
Griechenland	24 165	26 825	+11,0	7 311	7 810	-6,4
Spanien	148 084	164 384	+11,0	111 264	108 990	+2,1
Frankreich	271 761	292 571	+7,7	233 971	226 935	+3,1
Irland	36 729	42 780	+16,5	56 070	60 895	-7,9
Italien	178 545	181 916	+1,9	177 754	161 623	+10,0
Zypern	3 466	4 199	+21,1	844	1 331	-36,6
Lettland	5 255	5 255	+0,0	3 168	4 118	-23,1
Litauen	7 410	6 497	-12,3	6 204	5 508	+12,6
Luxemburg	12 809	14 147	+10,4	13 545	12 895	+5,0
Ungarn	36 223	35 519	-1,9	38 681	35 398	+9,3
Malta	2 167	2 258	+4,2	943	1 234	-23,6
Niederlande	144 000	152 620	+6,0	259 499	242 774	+6,9
Österreich	80 774	78 017	-3,4	69 922	63 129	+10,8
Polen	61 101	58 871	-3,6	55 496	47 783	+16,1
Portugal	37 574	41 016	+9,2	24 451	23 764	+2,9
Slowenien	12 792	12 000	-6,2	10 294	8 920	+15,4
Slowakei	22 147	20 583	-7,1	21 993	19 903	+10,5
Finnland	31 224	32 005	+2,5	29 742	31 428	-5,4
Schweden	62 962	66 527	+5,7	61 147	63 854	-4,2
Vereinigtes Königreich	231 232	228 441	-1,2	176 142	169 326	+4,0
Europäische Union ...	2 091 559	2 164 205	+3,5	2 164 205	2 091 559	+3,5

1) (Spiegelbildliche Versendungen – Eingänge)/Eingänge. – 2) (Versendungen – spiegelbildliche Eingänge)/spiegelbildliche Eingänge.

Quelle: Eurostat.

verschwinden, da sie zum Teil methodisch bedingt sind.⁵⁾ Sie treten übrigens auch im Extrahandel auf. Deshalb werden bei einer Umsetzung des Einstromverfahrens trotz aller Bemühungen Brüche in den Ergebnissen unvermeidlich sein.

2.3 Modifizierte Einstromverfahren

In vielen Mitgliedstaaten der EU stößt die Einführung eines „simplen“ Einstromverfahrens, bei dem die Daten einer Lieferichtung nicht mehr erhoben, sondern durch die Spiegeldaten der Partnerländer ersetzt werden, schon allein deshalb auf Skepsis, weil die Datenqualität und -aktualität der nationalen Außenhandelsstatistik dann auch von anderen Ländern abhängen würde. Aus diesem Grund werden Varianten des „einfachen“ Einstromverfahrens („extended single flow system“) diskutiert. STATISTIK AUSTRIA, die Bundesanstalt Statistik Österreichs, hat vorgeschlagen, Daten auf Unternehmensebene, also Einzeldaten, auszutauschen und dabei für Kontrollzwecke die Umsatzsteueridentifikationsnummern mitzuliefern. Damit werden Abgleiche mit den Daten der nationalen Steuerbehörden und gegebenenfalls Rückfragen bei den inländischen Importeuren ermöglicht.

Belgien plädiert für ein „1 ½ -Einstromverfahren“. Danach müssen die Exporteure wie bisher in vollem Umfang ihre Versendungen melden. Auf der Eingangsseite würden dagegen nur bei ausgewählten größeren Unternehmen

monatlich der Wert der Importe, das Partnerland und eine ganz grobe Warengliederung erhoben. Anhand dieser Eckdaten könnten dann schnelle Schätzungen auf Makroebene sowie Berechnungen für die Zahlungsbilanz und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgenommen werden.

Letztlich zielen beide Vorschläge darauf ab, eine ungefilterte Übernahme der spiegelbildlichen Daten von anderen Ländern zu vermeiden. Vielmehr sollen die von den Partnerländern gelieferten Daten überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Dadurch können Brüche in den Ergebnissen verhindert werden, die Konsistenz der Ergebnisse innerhalb der nationalen Statistiksysteme bleibt gewahrt. Die Mitgliedstaaten behalten die Kontrolle und Verantwortung für ihre nationalen Ergebnisse. Allerdings werden auf diese Weise die Vorteile des klassischen Einstromverfahrens zum Teil wieder aufgegeben. Zum einen reduziert sich der Entlastungseffekt, da auf der Eingangsseite weiterhin Auskunftspflichten bestehen, zum anderen bleiben die Asymmetrien erhalten.

2.4 Vergleichende Betrachtung der Optionen „Schwellenanhebung“ und „Einstromverfahren“

Aus den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass beide Optionen ihre spezifischen Vor- und Nachteile

⁵⁾ Weiterführende Informationen dazu können über die Internetseite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de), Thema Außenhandel → Publikationen → Infoblatt-Außenhandelsursachen für Asymmetrien in den Außenhandelsstatistiken abgerufen werden.

haben. Sie schließen sich auch gegenseitig aus, da das Einstromverfahren – wie oben erwähnt – den unterschiedlichen Unternehmensstrukturen in den Mitgliedstaaten gerecht werden muss und deshalb einen hohen Abdeckungsgrad erfordert. Für welche Option man sich auch entscheidet: In jedem Fall müssten vorbereitende Maßnahmen getroffen werden, um die Qualitätseinbußen so gering wie möglich zu halten.

Die nachfolgende Übersicht stellt die jeweiligen Vor- und Nachteile der beiden Hauptoptionen sowie die Voraussetzungen für ihre Realisierung in zusammengefasster Form dar.

2.5 Weitere Vereinfachungsmöglichkeiten

Neben den beiden Hauptoptionen gibt es eine Reihe weiterer Vereinfachungsvorschläge, die im Folgenden kurz skizziert werden.

2.5.1 Ausschöpfung geltender Befreiungsmöglichkeiten auf der Versendungsseite

Wie oben erwähnt, wird die maximale Befreiungsmöglichkeit in Deutschland ebenso wie in den meisten anderen EU-Ländern nicht ausgeschöpft. Mit einer Verdoppelung der Anmeldeschwelle auf 600 000 Euro könnten zusätzlich rund 12 500 Kleinunternehmen von ihren Versendungs-

Vor- und Nachteile sowie Voraussetzungen der Optionen „Schwellenanhebung“ und „Einstromverfahren“

	Schwellenanhebung	„Einfaches“ Einstromverfahren
Vorteile	Viele, ausschließlich kleinere Unternehmen von Auskunftspflicht befreit Kurz- bis mittelfristige Realisierung möglich Im Vergleich zum Einstromverfahren: Spezifische nationale Erhebungsmerkmale bleiben erhalten Kein Datenaustausch mit anderen Mitgliedstaaten für Qualitätsprüfungen erforderlich Keine zeitlichen Brüche in den Globalergebnissen, geringere Brüche auf Warenebene Keine zeitlichen Verzögerungen durch andere Mitgliedstaaten Geringerer Anpassungsbedarf bei Meldern und Statistikbehörden	Viele Unternehmen von Auskunftspflicht befreit Im Vergleich zur Schwellenoption: Keine Doppelerhebungen, keine (sichtbaren) Asymmetrien
Nachteile	Informationsverluste auf Warenebene, mehr Schätzungen, unsichere Schätzbasis Möglicher Anstieg der Asymmetrien auf Warenebene	Vermutlich höherer Abdeckungsgrad notwendig, dadurch zusätzliche Belastung kleiner Unternehmen, während in anderer Lieferrichtung kleine und große Unternehmen befreit werden Abhängigkeit von anderen Ländern hinsichtlich Qualität und Aktualität; der langsamste Mitgliedstaat bestimmt das Tempo Begrenzte Kontroll- und Korrekturmöglichkeiten der Spiegeldaten Kurzfristig nicht realisierbar aufgrund umfangreicher legislativer Anpassungen (siehe unten unter „Voraussetzungen“) Permanenter aufwendiger Daten- und Informationsaustausch mit Partnerländern Zeitliche Brüche (mit Auswirkungen auch auf andere Statistikbereiche wie Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen oder Zahlungsbilanzstatistik); erhebliche Brüche auf Warenebene Asymmetrievergleiche entfallen als Kontrollinstrument Erhebung zusätzlicher Merkmale in der verbleibenden Lieferrichtung (Ursprungsland), Wegfall nationaler Merkmale (Regionaldarstellung) in der anderen Lieferrichtung Umrechnung von „fob“ auf „cif“ mit Hilfe von Schätzungen erforderlich
Voraussetzungen	Festlegung des Abdeckungsgrades in der Intrastat-Verordnung Verbesserung und Harmonisierung der Zuschätzverfahren für befreite Warenverkehre	Signifikante Reduzierung der Asymmetrien Harmonisierung der Schätzmethoden und Revisionspraktiken Mindestanforderungen bezüglich Meldeausfällen Anpassung der Intrastat-Verordnung hinsichtlich: Schwelle, Festlegung neuer Erhebungsmerkmale, Harmonisierung von Schätzverfahren und Revisionen, Neuregelung der Geheimhaltungsvorschriften Höhere gegenseitige Akzeptanz der Daten unter den Mitgliedstaaten Erhebung zusätzlicher Merkmale für nationale Anforderungen ist geklärt Vereinbarungen über Liefertermine und Vorgehensweise im Falle fehlender Daten Technisch-organisatorische Voraussetzungen für Datenaustausch liegen vor Vereinbarungen über die Behandlung vertraulicher Daten Vereinbarungen über Plausibilisierungsregeln

Anmerkung: Die Übersicht basiert auf einer Befragung der Mitgliedstaaten durch Eurostat.

dungen befreit werden. Der Abdeckungsgrad würde dann immer noch knapp über 97% liegen. Im Hinblick auf eine spätere Einführung des Einstromverfahrens wäre eine solche Maßnahme allerdings kontraproduktiv.

2.5.2 Beschränkung der Erhebungsmerkmale auf die Mindestanforderungen der Europäischen Union

In diesem Fall würden die auf EU-Ebene fakultativen Merkmale

- Ursprungsland
- Ursprungs-/Bestimmungsregion
- Verkehrszweig
- Statistisches Verfahren und
- Statistischer Wert

entfallen. Ein Verzicht auf die Merkmale Ursprungsland bzw. Ursprungs-/Bestimmungsregion würde einen substanziellen Informationsverlust bedeuten. Anstelle des Ursprungslandes (Land, in dem die Ware ihren physischen Ursprung hat) müsste dann als Partnerland das Versendungsland nachgewiesen werden.⁶⁾ Ein regionaler Nachweis der Einfuhren nach Bundesländern würde gänzlich entfallen. Aus Nutzersicht wäre eher die Streichung der drei letztgenannten Merkmale (Verkehrszweig, Statistisches Verfahren, Statistischer Wert) hinzunehmen, zumal diese schon heute nur noch bei einem Teil der Melder erhoben werden.

2.5.3 Vereinfachte Angaben zur Warennummer und Menge

Die EU-Grundverordnung zur Intrahandelsstatistik bietet die Option, meldepflichtige Unternehmen mit geringem Außenhandelsvolumen gänzlich von Mengenangaben zu befreien. Speziell für diesen Unternehmenskreis bestünde zudem die Möglichkeit, nur noch die zehn wichtigsten Warennummern separat zu melden (die anderen wären unter einer Sammelnummer zusammenzufassen). Darüber hinaus könnte bei Warennummern, für die eine besondere Maßeinheit (z. B. Stück, Liter) vorgesehen ist, generell auf die Gewichtsangabe verzichtet werden.

Die beiden erstgenannten Möglichkeiten werden aus Sicht des Statistischen Bundesamtes nicht befürwortet. Die pauschale Befreiung kleinerer Unternehmen von Mengenangaben ist wegen des damit verbundenen Qualitätsverlusts problematisch. Die Beschränkung auf zehn Warennummern wirkt sich zwar kaum auf die Ergebnisqualität aus, bietet aber nur geringe Entlastungseffekte und ist zudem in der Praxis schwierig zu handhaben. Eher in Betracht kommt ein Verzicht auf doppelte Mengenangaben. Diese Option wird derzeit im Statistischen Bundesamt hinsichtlich ihrer Auswirkungen geprüft.

2.5.4 Reduzierung der Warengliederung

Eine Reduzierung der Zahl der Warennummern der EU-weit geltenden „Kombinierten Nomenklatur“ wird bereits heute angestrebt. Vor Jahren lag die Zahl der Positionen noch bei 11 000, heute beträgt sie knapp 10 000, mittelfristiges Ziel ist eine Größenordnung von rund 9 000 Positionen. Eine moderate Verkürzung der Europäischen Außenhandelsnomenklatur wird von deutscher Seite unterstützt.

Verschiedentlich wird auch vorgeschlagen, generell auf die nächst höhere Gliederungsebene (Sechssteller) zu wechseln, die noch rund 5 000 Positionen umfasst. Diese entsprechen den Unterpositionen des „Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren“, das weltweit als Basis- und Standardklassifikation für Zollzwecke dient.

Welche Entlastungseffekte eine Reduzierung der Gliederungstiefe mit sich bringt, lässt sich nur schwer quantifizieren. Die Auswirkungen für die Nutzer wären unterschiedlich. Letztere lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen. Zur ersten Gruppe zählen Nutzer, die fachlich sehr tief gegliederte Ergebnisse benötigen, insbesondere für Zwecke der Marktanalyse. Auch verschiedene Rechenwerke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen, des Ausrüstungsvermögens und der Abschreibungen, Input-Output-Rechnung, Deflationierung) greifen auf die achtstelligen Warennummern zurück. Eine Verdichtung zum Sechssteller würde für diesen Nutzerkreis erhebliche Informations- bzw. Qualitätsverluste nach sich ziehen. Eine Auswertung der Zugriffe auf die Außenhandels-Datenbank bei Eurostat (Comext) zeigt, dass diejenigen Nutzer, die Ergebnisse nach Warenarten suchen, ganz überwiegend auf Daten in der Achtstellergliederung zugreifen.

Die zweite Gruppe umfasst Nutzer, die sich primär aus makroökonomischer Sicht mit dem Außenhandel befassen (z. B. die Europäische Zentralbank). Für sie wäre auch eine sehr grobe Warengliederung völlig ausreichend, der Übergang auf Sechssteller daher unproblematisch.

Eine Reduzierung der Gliederung auf den Sechssteller hätte zur Folge, dass keine einheitliche Erhebung und Nachweisung der Warenstruktur des gesamten Außenhandels mehr möglich wäre, weil für den Bereich Extrahandel eine Verkürzung der achtstelligen Warencodierung nicht zur Disposition steht.

2.5.5 Vierteljährliche Erhebungen

Eine Quartalsbefragung bringt nur geringe Entlastungseffekte mit sich, verursacht aber arbeitsorganisatorische Probleme bei den Statistikbehörden. Diese Maßnahme wird daher nicht favorisiert.

2.5.6 Einsatz von Stichprobenverfahren

Die Durchführbarkeit der Intrahandelsstatistik auf Stichprobenbasis wurde vor einigen Jahren vom Statistischen Bundesamt im Auftrag von Eurostat untersucht. Die Studie

⁶⁾ Ein Beispiel verdeutlicht die Konsequenzen: Alle Waren, die aus Übersee über Rotterdam nach Deutschland importiert und bereits in den Niederlanden zollrechtlich abgefertigt werden, würden dann als Einfuhren aus den Niederlanden deklariert werden.

zeigte, dass sich bei einem Auswahlsatz von bis zu 10% Ergebnisse auf der Ebene der achtstelligen Warennummern aufgrund des Stichprobenfehlers nicht mehr mit der erforderlichen Genauigkeit darstellen lassen. Allerdings wurde dabei unterstellt, dass bei der Ziehung der Stichprobe keine Abschneidegrenze vorgegeben ist, also auch Unternehmen unterhalb der Anmeldeschwelle in der Stichprobe repräsentiert sind. Insofern besagen die Ergebnisse der Untersuchung zunächst nur, dass eine Totalerhebung mit Abschneidegrenze einer alternativen Stichprobenerhebung ohne Abschneidegrenze vorzuziehen ist.

Eine im Vereinigten Königreich durchgeführte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine geschichtete Stichprobe nicht geeignet ist, die Unternehmen signifikant zu entlasten, ohne die Qualität der Ergebnisse zu beeinträchtigen.

2.5.7 Mitteilung der Warennummer an den Empfänger

Bei innergemeinschaftlichen Warenlieferungen könnte der Lieferant verpflichtet werden, dem Empfänger auf Wunsch für jede Warenposition die entsprechende Warennummer anzugeben. Diese Verpflichtung sollte allerdings an die Meldepflicht zur Intrahandelsstatistik geknüpft sein. Für den Empfänger der Warensendung würde das eine große Erleichterung bedeuten, weil er die Warennummer direkt in seine Intrastat-Eingangsmeldung übernehmen könnte. Für den Versender entstände kein nennenswerter Mehraufwand, da er die Warennummer ohnehin für seine Intrastat-Versendungsmeldung benötigt. Durch die identische Warenverschlüsselung in beiden Partnerländern könnten zudem die Asymmetrien deutlich reduziert werden.

3 Fazit

Die anhaltenden Diskussionen über Entlastungsmöglichkeiten im Intrastat-System zeigen, dass ungeachtet aller bisherigen Maßnahmen weiter Handlungsbedarf besteht. Die Anhebung der Anmeldeschwelle und das Einstromverfahren bieten das größte Entlastungspotenzial, bergen aber auch Qualitätsrisiken. Während eine Schwellenanhebung als systemimmanente Maßnahme kurz- oder mittelfristig zu realisieren wäre, ist eine Ad-hoc-Realisierung des Einstromverfahrens nicht möglich und kommt nur langfristig nach Erreichung einheitlicher Qualitätsstandards in allen Mitgliedstaaten in Betracht.

Kurzfristig bieten sich vor allem Maßnahmen an, die bereits heute durch die EU-Gesetzgebung abgesichert sind. Besonders erwägenswert wären eine stärkere Ausrichtung des nationalen Merkmalskatalogs am Mindestbedarf der EU sowie die Nutzung der Vereinfachungsmöglichkeiten bei der Mengenangabe unter Beachtung möglicher Qualitätsverluste. Eine versendungsseitige Anhebung der Meldeschwelle (innerhalb des derzeit zulässigen Rahmens) würde zu deutlichen Entlastungen führen, wäre aber eine Vorentscheidung gegen das Einstromverfahren.

Die Straffung der Warensystematik wurde bereits eingeleitet und sollte konsequent fortgesetzt werden. Von einer gene-

rellen Verkürzung auf die Sechsstellerebene ist eher abzuraten, da dies für einen erheblichen Teil der Nutzer deutliche Informations- und Qualitätsverluste bedeuten würde.

Die bisherigen Machbarkeitsstudien sprechen gegen Stichprobenerhebungen im Außenhandel. Dennoch sollte diese Option weiter untersucht werden. So könnte etwa der mögliche Einsatz von Stichproben unter alternativen Rahmenbedingungen, zum Beispiel bei einer geringeren Gliederungstiefe oder bei gleichzeitiger Anwendung von Abschneidegrenzen, analysiert werden.

Durch Übernahme der Warennummern von den Lieferanten würden die Melder auf der Einfuhrseite entlastet. Unterschiedliche Zuordnungen im Liefer- und Empfängerland könnten damit verhindert und Asymmetrien reduziert werden.

Die öffentliche Diskussion um mögliche Vereinfachungen des Intrastat-Systems dreht sich oft nur um das Einstromverfahren, das wegen seiner Doppelwirkung [Reduzierung der Belastung und (vermeintliche) Qualitätsverbesserung durch Beseitigung der Asymmetrien] eine gewisse Faszination ausübt, jedoch auch gravierende Nachteile hat. Wie dieser Beitrag deutlich macht, gibt es jedoch eine ganze Reihe von alternativen bzw. ergänzenden Maßnahmen, die zur weiteren Entlastung der Auskunftspflichtigen beitragen können.

4 Ausblick

Die meisten EU-Mitgliedstaaten scheinen derzeit eine Schwellenanhebung (mit einem Mindestabdeckungsgrad von 95% oder 96%) dem Einstromverfahren vorzuziehen. Das hat eine erste, rein informelle Umfrage bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Vereinfachung“ ergeben, die zwar nicht als offizielle Stellungnahme der Mitgliedstaaten zu werten ist, aber zumindest ein Stimmungsbild vermittelt. Die Umfrage soll demnächst in allen EU-Mitgliedstaaten wiederholt werden. Eurostat bereitet derzeit ein Diskussionspapier für den ECOFIN-Rat vor, das auf den Erkenntnissen der Arbeitsgruppen aufbaut und die Vor- und Nachteile der möglichen Vereinfachungsmaßnahmen vergleichend darstellen wird. Inzwischen wurde auch eine Task Force des CFMB (Committee for Monetary, Financial and Balance of Payments Statistics) damit beauftragt, mögliche Auswirkungen der Vereinfachung des Intrastat-Systems auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Zahlungsbilanzen zu untersuchen. Deren Stellungnahme soll zeitgleich mit dem oben erwähnten Papier vorgelegt werden. Wie der ECOFIN-Rat darauf reagieren wird, bleibt abzuwarten. Es ist aber zu vermuten, dass das Einstromverfahren (single flow system) als langfristige Option erhalten bleibt.

Die Zukunftsfähigkeit des Intrastat-Systems kann nicht allein durch weitere Vereinfachungs- und Rationalisierungsmaßnahmen gesichert werden. Ebenso wichtig sind Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Die Asymmetrien zwischen den Spiegelbilddatensätzen der Mitgliedstaaten weisen darauf hin, dass hier Verbesserungsbedarf besteht. Das Statistische Bundesamt arbeitet derzeit an verschiedenen

Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung. Zu nennen sind insbesondere

- der weitere Ausbau der Eingangskontrollen,
- die Modernisierung der Plausibilitätsprüfungen (Anwendung selektiver und outputorientierter Verfahren),
- verbesserte Zuschätzverfahren sowie
- zeitnahe Ergebnisrevisionen.

Darüber hinaus soll die Relevanz der Außenhandelsergebnisse für die Nutzer durch neue bzw. erweiterte Datenangebote gesteigert werden. So lassen sich durch Verknüpfung der Außenhandelsdaten mit dem statistischen Unternehmensregister unternehmensbezogene (sektorale) Auswertungen durchführen, ohne die Unternehmen durch zusätzliche Befragungen zu belasten. Im Bereich Intrahandel geschieht das schon heute. Sobald auch im Extrahandel ein Register vorliegt, werden die Auswertungen auf den gesamten Außenhandel ausgedehnt. [u](#)

Dipl.-Volkswirtin Ingeborg Vorndran

Unfallgeschehen im Straßenverkehr 2006

Weniger Unfälle auf deutschen Straßen

Die Entwicklung des Unfallgeschehens in Deutschland verläuft seit längerem positiv. Die Zahl der von der Polizei erfassten Unfälle insgesamt ist zwar in den letzten 15 Jahren nur leicht um 3,3 % zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum wurden aber 15 % weniger Unfälle mit Personenschaden, 16 % weniger Verletzte und 55 % weniger Unfalltote gezählt. Die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr sinkt seit 1970 – mit wenigen Ausnahmefahren – kontinuierlich und hat im Jahr 2006 einen neuen Tiefststand erreicht. Dennoch verloren im letzten Jahr 5 091 Menschen in Deutschland ihr Leben als Folge eines Straßenverkehrsunfalls. Das waren durchschnittlich 14 Tote pro Tag.

Das Unfallgeschehen 2006 im Überblick

Im Jahr 2006 nahm die Polizei insgesamt 2,24 Mill. Unfälle auf, das waren 0,8 % weniger als im Jahr 2005. Mehr als vier Fünftel aller Unfälle, zu denen die Polizei gerufen wurde, waren Sachschadensunfälle. Die Zahl der schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden, bei denen mindestens ein Fahrzeug nicht mehr fahrbereit war und ein Bußgeld- oder Straftatbestand vorlag, ist gegenüber dem Vorjahr um 3,6 % auf 96 460 zurückgegangen, während die Zahl der übrigen Sachschadensunfälle um 0,3 % auf 1,8 Mill. gesunken ist.

Weiterhin rückläufig ist die Zahl der Unfälle, bei denen mindestens eine Person verletzt oder getötet wurde. Im Jahr 2006 ereigneten sich 327 984 Unfälle mit Personenschaden, das entspricht einem Rückgang um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr. Dabei verunglückten 427 428 Personen, 2,6 % weniger als ein Jahr zuvor. Um 5 % auf 5 091 zurückgegangen

Tabelle 1: Unfälle und Verunglückte im Straßenverkehr

Gegenstand der Nachweisung	2006	2005	Veränderung 2006 gegenüber 2005
	Anzahl		%
Polizeilich erfasste Unfälle			
insgesamt	2 235 318	2 253 992	-0,8
Unfälle mit Personenschaden .	327 984	336 619	-2,6
schwerwiegende Unfälle mit			
Sachschaden (i. e. S.)	96 460	100 073	-3,6
sonstige Sachschadensunfälle	1 791 979	1 797 892	-0,3
Verunglückte insgesamt	427 428	438 804	-2,6
Getötete	5 091	5 361	-5,0
Schwerverletzte	74 502	76 952	-3,2
Leichtverletzte	347 835	356 491	-2,4

ist im Jahr 2006 die Zahl der Getöteten. So wenig Verkehrstote gab es seit Wiedereinführung der Statistik der Straßenverkehrsunfälle im Jahr 1953 noch nie. Auch die Anzahl der Verletzten hat sich gegenüber dem Vorjahr reduziert: Es wurden 74 502 Schwerverletzte (-3,2%) und 347 835 Leichtverletzte (-2,4%) gezählt.

Rückblick: 100 Jahre Unfallstatistik

1886 wurde das erste Automobil patentiert. 20 Jahre danach sah sich die Regierung des Deutschen Reiches aufgrund der zunehmenden Motorisierung veranlasst, eine „Statistik der beim Betrieb von Kraftfahrzeugen vorkommenden schädigenden Ereignisse“ zu erheben. Am 1. April 2006 waren es genau 100 Jahre her, dass die Straßenverkehrsunfallstatistik in Deutschland eingeführt wurde. Wenige

Monate später, ab Januar 1907, wurde zum ersten Mal auch der Kraftfahrzeugbestand erhoben.

Im ersten Berichtsjahr (1. Oktober 1906 bis 30. September 1907) wurden 4 864 schädigende Ereignisse gezählt, bei denen 145 Personen getötet und 2 419 verletzt wurden. Die Bestandsstatistik ermittelte für den ersten Stichtag 27 026 zugelassene Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich. Je 10 000 Fahrzeuge des Bestands wurden demzufolge 54 Unfalltote registriert. Sechs Jahre später wurden bereits 11 785 schädigende Ereignisse mit 504 Getöteten und 6 313 Verletzten gezählt. Der Kraftfahrzeugbestand hatte bis zum 1. Januar 1914 auf 93 072 Fahrzeuge zugenommen.

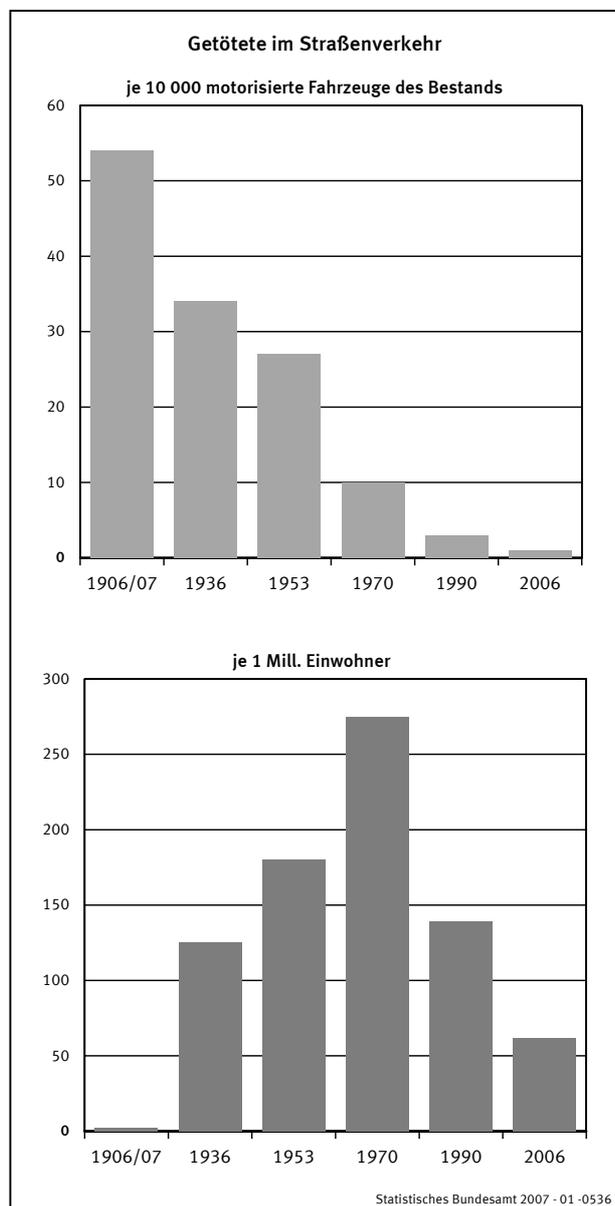
Die Unfallstatistik wurde 1914 wegen des Kriegsbeginns, zumindest auf Reichsebene, für viele Jahre unterbrochen. Erst Mitte der 1930er-Jahre lagen wieder Ergebnisse vor: Der Kraftfahrzeugbestand hatte 1936 die Zahl von 2,5 Mill.

erreicht, die Unfallzahl war auf rund 267 000 gestiegen. Fast 174 000 Verletzte und 8 388 Getötete waren die Bilanz. Auf den Bestand bezogen kamen damals 34 Menschen je 10 000 Fahrzeuge ums Leben. Die Statistik für 1938 konnte – wieder wegen Kriegsbeginns – nicht mehr fertiggestellt werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zuerst in der Britischen Zone ab 1947 Unfälle und ihre Folgen erfasst, nach und nach kamen andere Länder dazu.

Für 1953 lässt sich das erste Bundesergebnis (nach dem heutigen Gebietsstand) errechnen: 12 631 Verkehrstote bei einem Kraftfahrzeugbestand von fast 4,8 Mill. bedeuteten 27 Tote je 10 000 Fahrzeuge. In den Folgejahren stiegen sowohl die Zahl der Getöteten als auch der Fahrzeugbestand weiter. Der Höchststand wurde 1970 mit 21 332 Verkehrstoten gezählt, der Kraftfahrzeugbestand hatte inzwischen auf 20,8 Mill. zugenommen. Je 10 000 Fahrzeuge des Bestands wurden somit 10 Getötete registriert. Seitdem ist die Zahl der Verkehrstoten permanent gesunken. Die Zahl der motorisierten Fahrzeuge stieg auf 56,7 Mill. im Jahr 2006. Bezogen auf den Kraftfahrzeugbestand gab es weniger als einen Getöteten je 10 000 Fahrzeuge. Damit war das auf den jeweiligen Kraftfahrzeugbestand bezogene Risiko, bei Unfällen im Straßenverkehr zu sterben, im ersten Berichtsjahr der Straßenverkehrsunfallstatistik 1906/1907 fast 60-mal höher als im Jahr 2006.

Wird die Entwicklung der Zahl der Getöteten in den letzten 100 Jahren ins Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung gesetzt, so zeigt sich, dass das bevölkerungsbezogene Risiko, bei einem Verkehrsunfall tödlich verletzt zu werden, unterschiedlich verlief: Im ersten Berichtsjahr wurden etwa 2 Getötete je 1 Mill. Einwohner gezählt. Danach stieg dieser Wert ständig und erreichte im Jahr 1970 den bisherigen Höchststand mit 275 Getöteten je 1 Mill. Einwohner. Seitdem sinkt das bevölkerungsbezogene Unfallrisiko im Straßenverkehr kontinuierlich. Im Jahr 2006 wurden 62 Verkehrstote je 1 Mill. Einwohner ermittelt, das ist weniger als ein Viertel des Wertes von 1970.

Schaubild 1

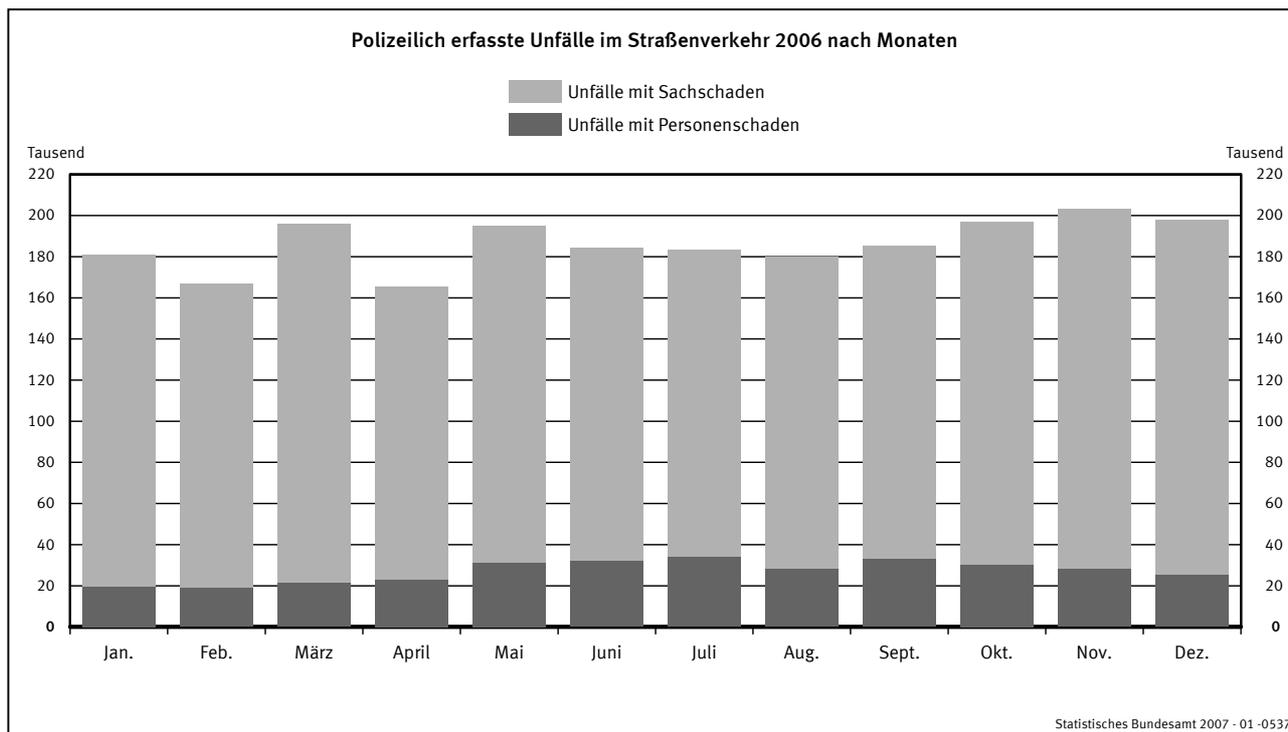


November ist der unfallträchtigste Monat

Wie das Schaubild 2 zeigt, unterliegt das Unfallgeschehen saisonalen Schwankungen.

Im Jahr 2006 ereigneten sich mit einem Anteil von 9,1% die meisten polizeilich erfassten Unfälle im November, gefolgt von den Monaten Dezember (8,9%) und Oktober (8,8%). Die höhere Unfallzahl in den Herbst- bzw. Wintermonaten ist vor allem auf mehr Unfälle mit ausschließlich Sachschaden zurückzuführen. Dagegen gibt es in den Sommermonaten mehr Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kommen. Im Jahr 2006 gab es die meisten Personenschadensunfälle (10%) im Juli. Analog dazu wurden in diesem Monat mit 43 820 Verletzten (10%) und 543 Getöteten (11%) auch die meisten Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen gezählt. Grund für diese jahreszeitlich unterschiedliche Häufung von Unfällen sind die Witterungsverhältnisse. Bei schlechtem Wetter, insbesondere bei winterlichen Straßenverhältnissen, werden insgesamt mehr Unfälle registriert,

Schaubild 2



diese sind aber häufig weniger folgenschwer, da nicht so schnell gefahren wird und weniger ungeschützte Verkehrsteilnehmer (Zweiradfahrer) beteiligt sind.

Außerorts geschehen weniger Unfälle, aber mit schwerwiegenderen Unfallfolgen

Von den 327 984 Unfällen mit Personenschaden in Deutschland im Jahr 2006 ereigneten sich 68 % innerhalb geschlossener Ortschaften, 26 % auf Landstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften und 6,2 % auf Autobahnen. Anders sieht diese Verteilung bei den im Straßenverkehr ums Leben gekommenen aus: 60 % starben bei Unfällen auf Landstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften, 27 % auf Innerortsstraßen und 13 % bei Autobahnunfällen. Dies zeigt, dass das Todesrisiko bei Unfällen außerorts – wegen der höheren Geschwindigkeiten, die dort gefahren werden – im Berichtsjahr 2006 fast dreimal so hoch war wie bei Unfällen in geschlossenen Ortschaften (siehe Schaubild 3 auf S. 682).

Im Vergleich zu 2005 sind die Unfälle mit Personenschaden im letzten Jahr innerorts um 1,9 % auf 221 504, auf Autobahnen um 2,4 % auf 20 434 und auf Landstraßen außerorts um 4,2 % auf 86 046 zurückgegangen. Bei den Getöteten war der stärkste Rückgang mit 5,9 % bei Unfällen innerorts zu verzeichnen; hier wurden im letzten Jahr 1 384 Personen tödlich verletzt. Auf Autobahnen kamen 645 (– 2,6 %) und auf Landstraßen außerorts 3 062 (– 5,1 %) Menschen ums Leben.

Die meisten Personenschadensunfälle innerhalb von Ortschaften passierten an Straßeneinmündungen (25 %) und Kreuzungen (24 %), weitere 10 % an Grundstücksein- und -ausfahrten. Damit ereigneten sich 59 % der Unfälle mit verletzten bzw. getöteten Personen innerorts an diesen drei charakteristischen Unfallstellen, 569 Personen (41 % aller innerorts Getöteten) verloren dabei ihr Leben. Die Tatsache, dass an diesen typischen Unfallstellen auch mehr als zwei Drittel (68 %) aller Sachschadensunfälle im engeren Sinne gezählt wurden, lässt zwar auf ein hohes Unfallrisiko, jedoch auf eine geringere Unfallschwere schließen.

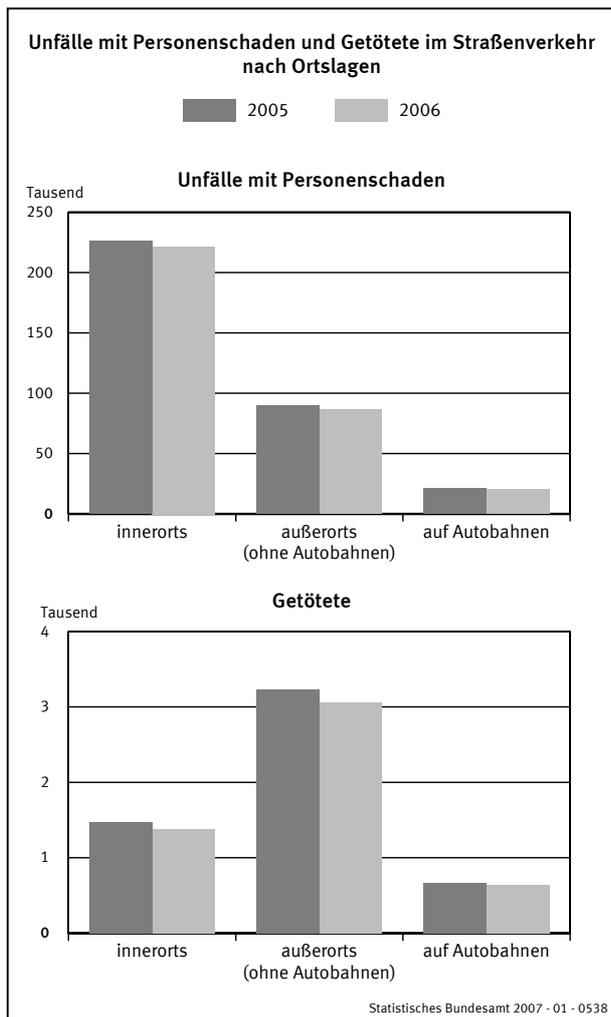
In innerörtlichen Kurven wurden zwar nur 6,4 % aller Unfälle mit Personenschaden gezählt, doch starben hier 17 % aller bei Verkehrsunfällen innerorts Getöteten.

Auch außerhalb von Ortschaften waren Kurven mit einem Unfallanteil von 26 % die Unfallstellen mit dem größten Risiko. Mit 1 322 Personen (36 %) gab es hier auch überdurchschnittlich viele Todesopfer.

Verlust über die Fahrzeugkontrolle kostet viele Menschenleben

Um Kenntnisse darüber zu erhalten, welche Konfliktsituation zu einem Unfall führte, wird von der Polizei jeder erfasste Unfall einem Unfalltyp zugeordnet. Dabei geht es nicht um die Beschreibung der eigentlichen Kollision, sondern wie der Konflikt vor diesem eventuellen Zusammenstoß ausgelöst wurde. Der am häufigsten genannte Unfalltyp in Deutschland war 2006 mit 24 % der Unfall im Längsverkehr. Diese Unfälle werden durch einen Konflikt zwischen Verkehrsteilnehmern ausgelöst, die sich in glei-

Schaubild 3



aller im Straßenverkehr Getöteten. Nahezu jeder fünfte Personenschadensunfall entstand dadurch, dass ein Fahrer die Kontrolle über sein Fahrzeug verlor. Bei diesen sogenannten Fahrnfällen ist die Gefahr, tödlich zu verunglücken, besonders groß: 42% aller im Berichtsjahr bei Straßenverkehrsunfällen tödlich verunglückten Personen starben bei einem Unfall dieses Unfalltyps. Im Vergleich dazu wurden bei Abbiege-Unfällen mit einem Unfallanteil von 14% nur 6,3% der Getöteten gezählt (siehe Schaubild 4).

Die Unfallart beschreibt, wie die Verkehrsteilnehmer kollidiert sind, oder – wenn es nicht zu einem Zusammenstoß kam – die erste mechanische Einwirkung auf den Verkehrsteilnehmer. 29% aller Unfälle mit Personenschaden sind Zusammenstöße mit Fahrzeugen, die einbiegen oder kreuzen. 15% aller Getöteten, 24% aller Schwer- und 30% aller Leichtverletzten gingen im Jahr 2006 auf diese Unfallart zurück (siehe Tabelle 2). 15% der Unfälle mit Personenschaden sind sogenannte Auffahrunfälle, bei denen ein Fahrzeug auf ein vorausfahrendes oder wartendes Fahrzeug auffährt. 6,3% der Getöteten, 7,2% der Schwer- und 19% der Leichtverletzten kamen hierbei zu Schaden. Bei 49 606 Unfällen kam ein Fahrzeug von der Fahrbahn ab, dies entspricht einem Anteil an allen Unfällen mit Personenschaden von 15%. Dass diese Unfälle besonders folgenschwer sind, wird durch die wesentlich höheren Anteile bei den Getöteten von 34% und bei den Schwerverletzten von 25% deutlich. Der Anteil an allen Leichtverletzten betrug 12%.

Nicht angepasste Geschwindigkeit ist häufigste Unfallursache

Die einen Unfall aufnehmende Polizei kann nach Beurteilung des Unfallhergangs beim ersten Beteiligten¹⁾ (Hauptverursacher) und einem weiteren Beteiligten jeweils bis zu drei Unfallursachen benennen. Waren auch äußere Umstände, wie beispielsweise Straßenverhältnisse, Witterungseinflüsse oder Hindernisse auf der Fahrbahn für den

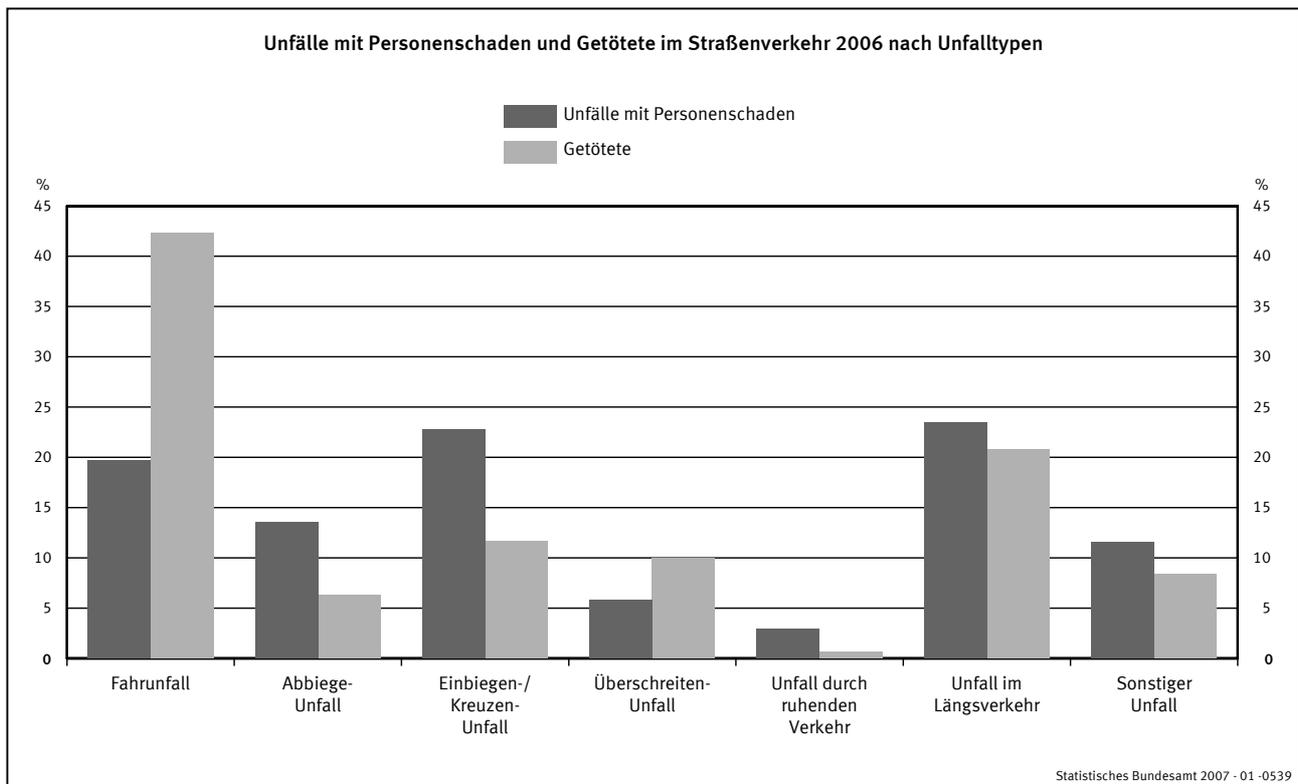
cher oder entgegengesetzter Richtung bewegen. Bei Unfällen dieses Unfalltyps starben 1 060 Personen oder 21%

Tabelle 2: Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte 2006 nach Unfallarten

Unfallart	Unfälle mit Personenschaden		Verunglückte					
			Getötete		Schwerverletzte		Leichtverletzte	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Zusammenstoß mit einem anderen Fahrzeug, das anfährt, anhält oder im ruhenden Verkehr steht	22 094	6,7	98	1,9	2 569	3,4	25 041	7,2
vorausfährt oder wartet	50 376	15,4	319	6,3	5 364	7,2	67 715	19,5
seitlich in gleicher Richtung fährt entgegenkommt	14 586	4,4	134	2,6	2 395	3,2	15 783	4,5
einbiegt oder kreuzt	26 860	8,2	1 074	21,1	10 066	13,5	33 228	9,6
einbiegt oder kreuzt	93 611	28,5	744	14,6	17 631	23,7	103 291	29,7
Zusammenstoß zwischen Fahrzeug und Fußgänger	30 904	9,4	682	13,4	8 713	11,7	25 002	7,2
Aufprall auf Hindernis auf der Fahrbahn	2 197	0,7	39	0,8	598	0,8	1 895	0,5
Abkommen von der Fahrbahn nach rechts	29 562	9,0	998	19,6	11 003	14,8	25 038	7,2
links	20 044	6,1	735	14,4	7 329	9,8	17 637	5,1
Unfall anderer Art	37 750	11,5	268	5,3	8 834	11,9	33 205	9,5
Insgesamt ...	327 984	100	5 091	100	74 502	100	347 835	100

1) Beteiligte an einem Straßenverkehrsunfall sind Fahrzeugführer oder Fußgänger, die selbst oder deren Fahrzeug Schäden erlitten oder hervorgerufen haben.

Schaubild 4



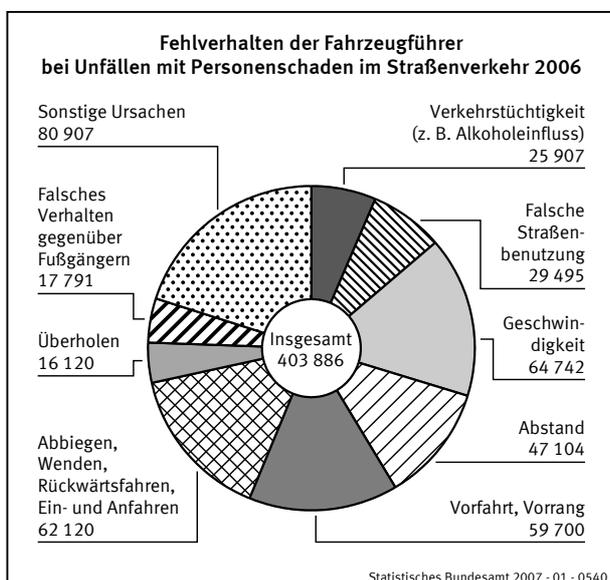
Unfall ursächlich, so werden für jeden Unfall bis zu zwei sogenannte „allgemeine Ursachen“ eingetragen. Je Unfall werden also maximal acht Unfallursachen festgehalten. Für die 327 984 Unfälle mit Personenschaden in Deutschland im Jahr 2006 stellte die Polizei insgesamt 463 950 Unfallursachen fest, das waren durchschnittlich 1,4 Ursachen je Unfall. Von den Unfallursachen lagen 87% im Fehlverhalten der Fahrzeugführer, 4,2% im Fehlverhalten von Fußgängern, 4,5% in den Straßenverhältnissen sowie rund 1% in

Hindernissen (z. B. Wild) auf der Fahrbahn, in technischen oder Wartungsmängeln und in Witterungseinflüssen.

Die im Jahr 2006 gezählten 20 797 Unfallursachen aufgrund der Straßenverhältnisse waren überwiegend Schnee, Eis und Regen; sie sind gegenüber 2005 um 13% gesunken.

Drei Viertel (76%) der 19 487 Fehlverhalten von Fußgängern gingen auf „falsches Verhalten beim Überschreiten der Fahrbahn“ zurück. Gegenüber dem Vorjahr nahm das Fehlverhalten der Fußgänger insgesamt um 1,7% ab.

Schaubild 5



Das häufigste Fehlverhalten der Fahrzeugführer bei Straßenverkehrsunfällen war die nicht angepasste Geschwindigkeit mit einem Anteil von 16% an den fahrerbezogenen Unfallursachen insgesamt. Danach folgten Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren (15%), Nichtbeachten der Vorfahrt beziehungsweise des Vorranges entgegenkommender Fahrzeuge (15%) sowie Abstandsfehler (12%). Gegenüber 2005 haben die genannten Unfallursachen „Nichtbeachten der Vorfahrt“ um 1,1% und „nicht angepasste Geschwindigkeit“ um 6,8%, Abstandsfehler um 2,0% und Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren um 1,3% abgenommen.

Jeder fünfte Unfall mit Personenschaden durch zu schnelles Fahren

Die häufigste Unfallursache „nicht angepasste Geschwindigkeit“ wurde bei insgesamt 63 903 Personenschadensunfällen im Jahr 2006 mindestens einem beteiligten Fahr-

zeugführer von der Polizei vorgeworfen. Bei diesen Unfällen wurden 2 170 Personen getötet und 87 896 verletzt. Gegenüber 2005 hat die Zahl der Unfälle aufgrund nicht angepasster Geschwindigkeit um 6,8% und die Zahl der dabei Verunglückten um 7,1% abgenommen. Dennoch sind fast jeder fünfte Unfall sowie 43% aller Getöteten und 21% aller Verletzten auf „zu schnelles Fahren“ zurückzuführen. Auch zeigt ein Vergleich mit der durchschnittlichen Zahl der Verunglückten aller Personenschadensunfälle, dass Geschwindigkeitsunfälle überdurchschnittlich schwere Unfallfolgen haben. Je 1 000 Unfälle mit Personenschaden wurden im vergangenen Jahr 16 Getötete, 227 Schwer- und 1 061 Leichtverletzte gezählt. Je 1 000 Unfälle, bei denen eine nicht angepasste Geschwindigkeit mit verursachend war, gab es 34 Getötete, 339 Schwerverletzte und 1 036 Leichtverletzte. Damit war das Risiko, bei Geschwindigkeitsunfällen ums Leben zu kommen, mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Personenschadensunfälle.

Von den 20 434 Unfällen mit Personenschaden auf Autobahnen waren 8 532 oder 42% Unfälle, bei denen für einen oder mehrere beteiligte Fahrzeugführer nicht angepasste Geschwindigkeit festgestellt wurde. Dabei verunglückten 13 938 Menschen, 331 davon tödlich. Das heißt jeder zweite Getötete (51%) und fast jeder zweite Verletzte (43%) auf Autobahnen kam bei „Geschwindigkeitsunfällen“ zu Schaden.

Auch die Unfälle mit Personenschaden, bei denen als Unfallursache Alkohol im Spiel war, hatten in der Regel schwere Unfallfolgen. Bei 20 685 Unfällen wurde bei mindestens einem Beteiligten Alkohol festgestellt, das waren 6,3% aller Unfälle mit Personenschaden. Mit 599 Getöteten starben jedoch 12% aller Verkehrstoten infolge eines Alkoholunfalls. 7 564 Personen (10%) wurden schwer- und 18 733 Menschen (5,4%) leichtverletzt.

Erfreulicherweise war die Zahl der Alkoholunfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen, mit 6,0% erneut rückläufig. Ebenfalls zurückgegangen ist die Zahl der dabei Verunglück-

ten (- 5,4%), die Zahl der Getöteten sank allerdings nur leicht um 0,7%.

Bevölkerungsbezogen ist das Unfallrisiko in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg am größten

In fast allen Bundesländern gab es im Jahr 2006 weniger Verunglückte als im Vorjahr. Am stärksten zurückgegangen ist die Zahl der Verunglückten in Hamburg (- 7,9%), in Rheinland-Pfalz (- 6,9%) und in Mecklenburg-Vorpommern (- 5,9%). Dagegen wurden in Bremen (+ 1,9%) und Berlin (+ 1,7%) mehr Verunglückte als im Jahr 2005 erfasst.

Deutlich weniger Verkehrstote gab es im Jahr 2006 insbesondere in Hamburg (- 35%), in Nordrhein-Westfalen (- 16%), in Niedersachsen (- 11%) sowie in Sachsen-Anhalt (- 10%). Mehr Verkehrsteilnehmer als im Jahr 2005 starben auf den Straßen in Schleswig-Holstein (+ 16%), Berlin und Thüringen (jeweils + 10%), Baden-Württemberg (+ 7,6%) und Hessen (+ 3,0%). In Bremen und im Saarland blieb die Zahl der Getöteten unverändert.

Auf die Zahl der Einwohner bezogen starben in Deutschland im vergangenen Jahr 62 Personen je 1 Million Einwohner im Straßenverkehr. Im Vergleich zu diesem Bundesdurchschnitt wurden in den Stadtstaaten Hamburg (16), Berlin (22) und Bremen (24) wesentlich weniger Personen je 1 Million Einwohner bei Straßenverkehrsunfällen getötet. Neben den Stadtstaaten hatten Nordrhein-Westfalen (41), das Saarland (52) und Schleswig-Holstein (61) Werte unterhalb des Durchschnitts für Deutschland. Nach wie vor weit darüber lagen Mecklenburg-Vorpommern mit 109, Brandenburg mit 102, Thüringen mit 93 und Sachsen-Anhalt mit 89 Todesopfern je 1 Million Einwohner. Die insgesamt niedrigeren Werte für die Stadtstaaten im Vergleich zu den Flächenstaaten sind auch auf die unterschiedliche Siedlungsstruktur zurückzuführen. In den Stadtstaaten, die nur das Gebiet einer Stadt und gegebenenfalls ein engeres Umland umfas-

Tabelle 3: Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 2006 nach Ländern

Land	Verunglückte		Dar.: Getötete		Verunglückte		Getötete	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 2005 (%)	Anzahl	Veränderung gegenüber 2005 (%)	je 1 Mill. Einwohner ¹⁾		Anzahl	
Deutschland	427 428	-2,6	5 091	-5,0	5 185	62		
Baden-Württemberg	53 734	-0,6	681	+7,6	5 005	63		
Bayern	74 384	-1,1	911	-7,2	5 966	73		
Berlin	16 757	+1,7	74	+10,4	4 936	22		
Brandenburg	12 591	-4,5	262	-3,0	4 919	102		
Bremen	3 669	+1,9	16	±0,0	5 530	24		
Hamburg	10 313	-7,9	28	-34,9	5 915	16		
Hessen	32 542	-3,0	376	+3,0	5 341	62		
Mecklenburg-Vorpommern ..	9 004	-5,9	186	-6,1	5 274	109		
Niedersachsen	44 215	-3,7	620	-11,4	5 531	78		
Nordrhein-Westfalen	82 410	-2,0	732	-15,6	4 564	41		
Rheinland-Pfalz	21 207	-6,9	267	-6,6	5 225	66		
Saarland	6 384	-5,3	55	±0,0	6 078	52		
Sachsen	20 027	-2,5	275	-5,8	4 686	64		
Sachsen-Anhalt	12 974	-2,8	219	-9,5	5 253	89		
Schleswig-Holstein	15 891	-5,0	172	+16,2	5 609	61		
Thüringen	11 326	-4,1	217	+10,2	4 851	93		

1) Einwohnerzahlen mit Stand vom 31. Dezember 2005.

Schaubild 6



sen, gibt es hauptsächlich „Innerortsunfälle“, die wegen der niedrigeren Geschwindigkeiten, die dort gefahren werden, auch weniger folgenschwer sind.

15 % weniger getötete Fahrradbenutzer

Das am meisten genutzte Verkehrsmittel ist der Personenkraftwagen. Pkw-Insassen haben deshalb mit 56 % auch

den größten Anteil an den Verunglückten im Straßenverkehr. Rund 18 % der Verletzten beziehungsweise Getöteten benutzten ein Fahrrad, 8,0 % ein Motorrad und 4,5 % ein Mofa/Moped. Knapp 8 % der Verunglückten waren als Fußgänger unterwegs. Mit Werten von 2,9 beziehungsweise 1,3 % waren Insassen von Lastkraftwagen und Bussen eher selten unter den verunglückten Personen.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den verunglückten Zweiradbenutzern insgesamt ein Rückgang um 1,0 %, bei den getöteten sogar um 11 % zu verzeichnen. Allerdings verlief die Entwicklung innerhalb dieser Gruppe unterschiedlich. Es gab 4,0 % weniger verletzte und sogar 9,4 % weniger getötete Benutzer von Motorrädern. Besonders stark zurückgegangen (um mehr als 15 %) ist die Zahl der tödlich verletzten Radbenutzer, die der schwer- und leichtverletzten dagegen nur um 1,7 %. Auf Mofas bzw. Mopeds wurden im Berichtsjahr 8,6 % mehr Personen verletzt und mit 107 Personen gleich viele wie im Jahr 2005 tödlich verletzt. Mitverantwortlich für die insgesamt rückläufige Zahl der verunglückten Zweiradbenutzer im Jahr 2006 dürften die im Vergleich zum Vorjahr schlechteren Witterungsbedingungen gewesen sein.

Im Vergleich zum Jahr 2005 wurden auch weniger Pkw-Insassen (-5,3 %) getötet und 3,7 % weniger verletzt. 25 Personen oder 3,6 % mehr kamen als Fußgänger im Straßenverkehr ums Leben. Die Zahl der verletzten Fußgänger ging dagegen um 2,0 % zurück. 22 Personen mehr als im Jahr 2005 starben als Insassen von Güterkraftfahrzeugen und drei Personen mehr als Businsassen. Die Zahl der Verletzten in Bussen stieg um 2,4 %, in Güterkraftfahrzeugen verringerte sie sich um 0,9 %.

Männer haben das größere Unfallrisiko

Ende 2005 wurden in Deutschland 82,4 Mill. Einwohner gezählt, 51 % davon waren weiblich. Trotz des höheren Bevölkerungsanteils war das Risiko für Frauen und Mädchen, im Straßenverkehr zu verunglücken, deutlich geringer als das der Jungen und Männer: 43 % aller Verunglückten und 27 % aller Getöteten im Straßenverkehr waren 2006 weiblichen Geschlechts. Das unterschiedliche Risiko wird auch deutlich, wenn man die Verunglücktenzahlen auf die Ein-

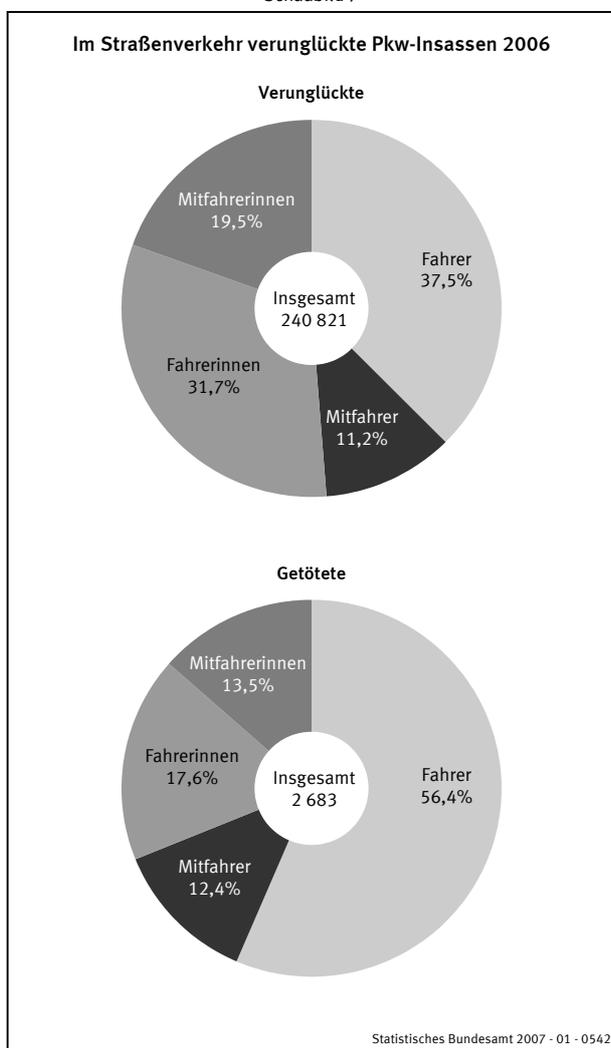
Tabelle 4: Verunglückte nach Art der Verkehrsbeteiligung

Art der Verkehrsbeteiligung	Verunglückte		Veränderung 2006 gegenüber 2005	Dar.: Getötete		Veränderung 2006 gegenüber 2005
	2006	2005		2006	2005	
	Anzahl		%	Anzahl		%
Fahrer/-innen und Mitfahrer/-innen von						
Fahrrädern	77 054	78 434	-1,8	486	575	-15,5
Mofas/Mopeds	19 390	17 864	+8,5	107	107	±0,0
Motorrädern	34 221	35 703	-4,2	793	875	-9,4
Personenkraftwagen	240 821	250 114	-3,7	2 683	2 833	-5,3
Güterkraftfahrzeugen	12 230	12 319	-0,7	235	213	+10,3
Bussen	5 367	5 241	+2,4	12	9	+33,3
Fußgänger/-innen	33 937	34 602	-1,9	711	686	+3,6
Sonstige	4 408	4 527	-2,6	64	63	+1,6
Insgesamt ...	427 428	438 804	-2,6	5 091	5 361	-5,0

wohnerzahl des jeweiligen Geschlechts bezieht: Je 100 000 Einwohner verunglückten 440 Frauen, aber 599 Männer im Straßenverkehr. Bei den Getöteten sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede noch gravierender: Je 1 Mill. Einwohner starben 33 Frauen, aber 92 Männer im Straßenverkehr. Damit wurden – bezogen auf die Einwohner – fast dreimal so viel Männer wie Frauen im Straßenverkehr getötet. Das im Vergleich zu den Männern geringere Unfallrisiko der Frauen betrifft alle Altersjahrgänge, von den Kindern bis zu den Senioren/Seniorinnen.

Gegenüber 2005 war der Rückgang sowohl bei der Zahl der Verunglückten (Männer: – 2,5%; Frauen: – 2,6%) als auch bei der der Getöteten (Männer: – 5,0%; Frauen: – 5,1%) bei beiden Geschlechtern relativ gleich.

Schaubild 7



Betrachtet man die verunglückten und getöteten Pkw-Insassen, so sitzen Frauen scheinbar noch immer seltener selbst am Steuer als Männer: Während rund 38% der zu Schaden gekommenen Pkw-Insassinnen als Mitfahrerinnen verunglückten, saß nur etwa jeder vierte (23%) verunglückte männliche Pkw-Insasse nicht selbst am Steuer. Von den getöteten Frauen waren sogar 43% Mitfahrerinnen, dage-

gen lenkten nur 18% der getöteten Männer nicht selbst den Pkw, in dem sie verunglückten. Auch fahren Frauen wohl noch immer relativ selten mit motorisierten Zweirädern und verunglücken folglich auch deutlich seltener als Männer mit diesem Verkehrsmittel. Von den 53 611 verunglückten Benutzern von motorisierten Zweirädern waren 83%, von den 900 getöteten sogar 92% Männer. Fast jeder (99%) der getöteten 832 Männer fuhr selbst das motorisierte Zweirad, aber nur etwa jede zweite (57%) der 67 getöteten Frauen.

Jedes dritte Unfallopfer ist unter 25 Jahre alt

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Verunglückten 2006 in den Altersgruppen bis 44 Jahre zurückgegangen, mit – 7,6% am stärksten in der Altersgruppe der 10- bis 14-Jährigen. In den Altersgruppen der über 45-Jährigen verunglückten im Jahr 2006 mehr Personen als im Jahr zuvor. Die größte Zunahme betraf die Senioren im Alter von über 65 Jahren mit + 2,2%. Etwas anders sieht es bei der Betrachtung der Zahl der Getöteten nach Altersgruppen aus. Hier fällt die starke Abnahme um jeweils 23% bei den 10- bis 14-Jährigen und den 15- bis 17-Jährigen auf. Auch die Zahl der tödlich Verletzten im Alter von 21 bis 24 Jahren ist überproportional um 15% zurückgegangen. Mehr Verkehrstote als 2005 gab es in den Altersgruppen der 18- bis 20-Jährigen (+ 4,4%) und der 45- bis 54-Jährigen (+ 1,2%). Der Anstieg der Zahl der Verkehrstoten bei den 18- bis 20-Jährigen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass 2006 mehr Fahrer von motorisierten Zweirädern (+ 12 Personen) und mehr Fußgänger (+ 8 Personen) dieser Altersklasse bei Straßenverkehrsunfällen starben.

Im Straßenverkehr kommen überwiegend jüngere Menschen zu Schaden. So hatten 34% aller Verunglückten das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet. Weitere 34% waren zwischen 25 und 44 Jahren alt. Jeder zehnte Verunglückte war 65 Jahre und älter. Geringer war der Anteil der jungen Verkehrsteilnehmer bei den Getöteten. Jeder vierte (26%) im Straßenverkehr ums Leben Gekommene war unter 25 Jahre alt. Davon entfielen allein 20% auf die Altersklasse der 18- bis 24-Jährigen. Das heißt jeder fünfte Verkehrstote war zwischen 18 und 24 Jahre alt. Der Anteil der Senioren und Seniorinnen über 65 Jahre an den Getöteten ist mit 23% wesentlich größer als der an den Verunglückten.

Die Anteile an den Verunglückten allein genügen nicht, um Aussagen zum altersbedingten Unfallrisiko treffen zu können. Zu diesem Zweck sind die Verunglückten einer Altersgruppe im Verhältnis zu ihrer jeweiligen Bevölkerungszahl zu betrachten. Im Jahr 2006 verunglückten in Deutschland im Durchschnitt aller Altersjahre 518 Personen je 100 000 Einwohner. Das mit Abstand höchste Unfallrisiko ergab sich mit 1 502 Getöteten oder Verletzten je 100 000 Einwohner für die 18- bis 20-Jährigen. An zweiter Stelle lagen die 21- bis 24-Jährigen mit 1 053, gefolgt von den 15- bis 17-Jährigen mit 925 Verunglückten je 100 000 Einwohner. Das niedrigste bevölkerungsbezogene Risiko, im Straßenverkehr zu verunglücken, hatten Kinder im Alter unter 6 Jahren sowie ältere Menschen über 65 Jahre mit 152 bzw. 270 Ver-

Tabelle 5: Bei Straßenverkehrsunfällen 2006 Verunglückte nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Verunglückte		Dar.: Getötete		Verunglückte		Getötete	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 2005	Anzahl	Veränderung gegenüber 2005	je 1 Mill. Einwohner ¹⁾			
		%		%	Anzahl			
unter 6	6 621	-7,3	42	±0,0	1 523	10		
6 - 15	27 913	-6,4	94	-19,7	3 822	13		
15 - 18	26 906	-6,4	173	-22,8	9 254	60		
18 - 25	84 303	-3,8	1 011	-6,0	12 430	149		
25 - 35	70 379	-3,0	716	-5,5	7 141	73		
35 - 45	74 618	-4,3	750	-7,2	5 375	54		
45 - 55	57 339	+1,3	687	+1,2	4 791	57		
55 - 65	35 801	+0,2	462	-5,5	3 759	49		
65 - 75	27 458	+3,0	536	-1,3	3 006	59		
75 und älter	15 424	+0,9	618	-0,2	2 290	92		
Ohne Angabe	666	-2,3	2	-66,7	X	X		

1) Einwohnerzahlen mit Stand vom 31. Dezember 2005.

unglückten je 100 000 Einwohner. Hier spielt sicherlich der Umstand eine Rolle, dass diese Altersgruppen in vergleichsweise geringerem Maße am Straßenverkehr teilnehmen.

Gemessen an den Getöteten je 1 Million Einwohner ergibt sich für das altersbedingte Risiko, im Straßenverkehr zu sterben, folgendes Bild: Im Jahr 2006 kamen im Durchschnitt 62 Menschen je 1 Million Einwohner ums Leben. Weit über diesem Durchschnittswert und damit trauriger Spitzenreiter sind die Altersgruppen, in denen sich die meisten Fahranfänger befinden: 184 getötete 18- bis 20-Jährige und 124 getötete 21- bis 24-Jährige je 1 Million Einwohner dieser Altersklassen wurden im Jahr 2006 gezählt. Ebenfalls relativ hoch mit jeweils 73 Personen je 1 Million Einwohner war das Risiko von Senioren und von 25- bis 34-Jährigen, im Straßenverkehr ums Leben zu kommen. Damit ist das Risiko, bei einem Verkehrsunfall zu sterben, für die über 65-Jährigen größer als das Risiko, bei einem Verkehrsunfall zu verunglücken. Das heißt ältere Menschen sind zwar in weniger Unfälle verwickelt als andere Altersgruppen, erleiden aber wegen der körperlich nachlassenden Konstitution deutlich schlimmere Unfallfolgen. Das niedrigste einwohnerbezogene Risiko hatten Kinder unter 15 Jahren mit zwölf Todesopfern je 1 Million Einwohner.

Fazit

Die Unfallbilanz für Deutschland zeigt, dass sich 2006 die positive Entwicklung der letzten Jahre fortsetzte. Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle insgesamt ist zurückgegangen, insbesondere die der Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen. Erneut deutlich zurückgegangen ist die Zahl der Verkehrstoten. Nach dem Anstieg im Jahr 2005 wurden im letzten Jahr wieder weniger getötete Kinder im Alter von unter 15 Jahren gezählt. Junge Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren blieben auch 2006 die Hauptrisikogruppe im Straßenverkehr, trotz rückläufiger Verunglücktenzahlen. Hier werden die Ergebnisse aus der Straßenverkehrsunfallstatistik der nächsten Jahre zeigen, inwieweit mit der inzwischen fast flächendeckenden Einführung des Modells „Begleitetes Fahren ab 17“ und der ab August 2007 geplanten Einführung des „Alkoholverbots für Fahranfänger/-innen“ das Unfallrisiko für diese Altersgruppe weiter gesenkt werden kann. [uu](#)

Dipl.-Ing. Horst Winter

Seeverkehr 2006

Auch 2006 nahm der Seegüterumschlag mit einem Plus von 6,3 % wieder erheblich zu. Die positive Entwicklung der letzten zwölf Jahre – mit kontinuierlichen Zuwächsen des Gesamtumschlags – hat sich damit erneut fortgesetzt. Die Tonnage überschritt im vergangenen Jahr mit fast 303 Mill. Tonnen (t) erstmals die 300-Mill-t-Grenze und lag um fast 18 Mill. t höher als 2005. Wie schon in den Vorjahren waren für dieses Wachstum wieder ausschließlich vermehrte Transporte zwischen deutschen und ausländischen Seehäfen ursächlich, die um 6,7 % zunahmen. Der innerdeutsche Seeverkehr verringerte sich dagegen erneut um 7,5 %.

Bei den Fahrtgebieten zeigten sich 2006 wieder völlig andere Entwicklungen als noch im Vorjahr. Wiesen damals Afrika mit gut 28 %, Asien mit 13 % und Australien/Ozeanien mit knapp 5 % die stärksten Zunahmen auf, so lag im Berichtsjahr Asien mit gut 10 % vor Mittel- und Südamerika mit 7,4 %, Nordamerika mit 7,2 % und Europa mit knapp 7 % an der Spitze. Afrika und Australien/Ozeanien verzeichneten dagegen Rückgänge um 3,5 bzw. 1,5 %. Bei den im Seeverkehr umgeschlagenen Gütern standen mengenmäßig weiterhin Halb- und Fertigwaren mit fast 105 Mill. t an erster Stelle, gefolgt von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen mit knapp 62 Mill. t, wobei die letztgenannte zu den wenigen Güterabteilungen gehört, in denen der Gesamtumschlag verglichen mit 2005 rückläufig war (– 4,3 %).

Weiterhin unter den deutschen Seehäfen unangefochten an der Spitze liegt Hamburg. Mit über 115 Mill. t Gesamtumschlag wurde das Ergebnis von 2005 um 6,7 % übertroffen. Die Bremischen Häfen belegen auch diesmal wieder die

zweite Position, wobei sie ihren Umschlag sogar um über 19 % auf knapp 56 Mill. t steigern konnten.

Insgesamt wurden von den 2006 umgeschlagenen 302,8 Mill. t Güter 37,1 Mill. t auf Schiffen unter deutscher Flagge transportiert. Dies entspricht wie auch schon 2005 einem Anteil von etwas über 12 %. An zweiter Stelle stand mit über 30 Mill. t die „Billigflagge“ Panama, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 27 Mill. t. Auf die vierte und fünfte Position vorgeschoben haben sich Liberia und die Bahamas, Norwegen ist auf Platz 6 abgerutscht.

Erneut leicht verringert hat sich die Zahl der ein- und ausgetragenen Passagiere, und zwar um ein knappes Prozent. Im innerdeutschen Verkehr nahm ihre Zahl um 0,9 % auf nunmehr 16,7 Mill. Fahrgäste ab, im Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands um 0,6 % auf 12,6 Mill. Fahrgäste.

Boom des Seeverkehrs

„Die deutschen Seehäfen werden kräftig wachsen und ihre Position gegenüber der europäischen Konkurrenz deutlich stärken“. So lautet eine der Aussagen der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung herausgegebenen Seeverkehrsprognose für das Jahr 2025.¹⁾ Die Prognose kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass sich der Umschlag in den deutschen Seehäfen von 294 Mill. t im Jahr 2004 auf 759 Mill. t im Jahr 2025 mehr als verdoppeln wird. Ein besonders starkes Wachstum wird beim Contain-

1) Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 2. Mai 2007, Nr. 109/2007: „Tiefensee: Deutsche Seehäfen weiter auf Wachstumskurs – Umschlagsaufkommen wird sich bis 2025 mehr als verdoppeln“.

nerverkehr vorausgesagt, bei dem sich der Umschlag von Standardcontainern im gleichen Zeitraum von 10,8 Mill. auf 45,3 Mill. TEU (TEU = Twenty-foot Equivalent Unit) mehr als vervierfachen wird.

In diesen Aussagen und auch solchen Pressemeldungen wie: „Nadelöhr zur Welt: Der Hamburger Hafen stößt an seine Grenzen“, „Die Globalisierung nutzt der deutschen Seeschifffahrt: Sie wächst wie lange nicht“, „Seehäfen rüsten sich für Megaschiffe“ spiegelt sich die Bedeutung wider, die dem Seeverkehr insbesondere für eine in die internationalen Wirtschaftsverflechtungen und den Welthandel (Stichwort „Exportweltmeister“) stark eingebundene Ökonomie wie der deutschen zukommt.

Die in den folgenden Kapiteln dargestellten Ergebnisse für das Jahr 2006 unterstreichen die positive Entwicklung und auch für die ersten Monate 2007 ist die Tendenz im Seeverkehr weiterhin aufwärts gerichtet.

Seegüterumschlag steigt um knapp 18 Mill. t

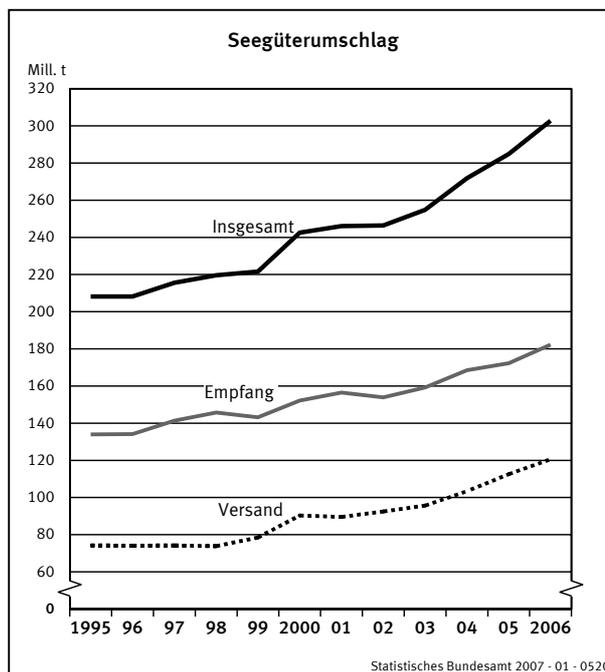
Die positive Entwicklung im Seeverkehr 2005 mit einem Plus von 4,8% wurde 2006 mit einer Zuwachsrate von 6,3% noch erheblich übertroffen. Damit setzte sich die in den letzten zwölf Jahren durchgängig positive Entwicklung weiter fort. Erstmals wurden in den deutschen Seehäfen insgesamt über 300 Mill. t Güter umgeschlagen, knapp 18 Mill. t mehr als 2005. Seit 1995 hat sich der Seegüterumschlag, der damals 205,1 Mill. t betrug, um fast 98 Mill. t erhöht, was einem Zuwachs um etwa 48% entspricht (siehe Tabelle 1 und Schaubild 1). Die Zunahme um 6,3% von 2005 auf 2006 wurde seit 1995 nur zweimal überboten: von 6,7% 2004 auf 2005 und sogar 8,2% zwischen 1999 und 2000. Die absolute Zunahme des Jahres 2006 war innerhalb dieses Zeitraums sogar die zweithöchste. Lediglich von 1999 auf 2000 betrug der Zuwachs an umgeschlagenen Tonnen 18,4 Mill. und damit 0,5 Mill. t mehr als im vergangenen Jahr.

Tabelle 1: Seegüterumschlag

Jahr	Gesamtumschlag		Bruttoinlandsprodukt
	1 000 t	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1995	205 059	+4,4	+1,9
1996	206 013	+0,5	+1,0
1997	213 318	+3,5	+1,8
1998	217 388	+1,9	+2,0
1999 ¹⁾	224 097	+3,1	+2,0
2000	242 535	+8,2	+3,2
2001	246 050	+1,5	+1,2
2002	246 353	+0,1	±0,0
2003	254 834	+3,4	-0,2
2004	271 869	+6,7	+1,2
2005	284 865	+4,8	+0,9
2006	302 789	+6,3	+2,8

1) Die Daten ab dem Berichtsjahr 1999 sind der seit Januar 2000 geltenden Methodik angepasst worden.

Schaubild 1



Ähnlich wie im Jahr 2005 zeigte sich auch 2006 keine Abschwächung zum Jahresende hin (siehe Schaubild 2 auf S. 690). Die positive Entwicklung reicht noch bis in das erste Quartal 2007 hinein, in dem für die Monate Januar bis März ein Zuwachs von 7,1% geschätzt wird.

Auch 2006 hat sich der Seegüterumschlag wieder erheblich besser entwickelt als die Gesamtwirtschaft, eine Tendenz, die auch schon 2005 festzustellen war. So nahm das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 um 2,8% zu. Ähnlich wie in den Vorjahren dürfte dies auf die weiterhin sehr dynamische Entwicklung des Außenhandels zurückzuführen sein. Insbesondere bei der Ausfuhr von Gütern kommt den deutschen Seehäfen eine große Bedeutung zu, die sich in den stark unterschiedlichen Entwicklungen zwischen dem innerdeutschen Seeverkehr, dem Empfang aus dem Ausland und dem Versand deutlich zeigt (siehe Tabelle 2 auf S. 690). So wurden von den 2006 insgesamt umgeschlagenen 302,8 Mill. t Gütern 295,5 Mill. t im Verkehr mit Häfen im Ausland abgewickelt, nur 7,3 Mill. t zwischen deutschen Häfen. Der innerdeutsche Seeverkehr nahm damit um 7,5% ab. Der Anteil des Verkehrs mit ausländischen Häfen am gesamten Seeverkehr erhöhte sich auf knapp 98%, nach etwa 97% im Jahr 2005. Auch nahm der Versand in ausländische Häfen mit 7,6% wieder erheblich stärker zu als der Empfang (+6,1%). Absolut wurden allerdings mit 178,6 Mill. t immer noch erheblich mehr Güter aus dem Ausland in deutschen Häfen empfangen als mit 117,0 Mill. t versendet.

Auch 2006 ergaben sich für die einzelnen Fahrtgebiete wieder zum Teil stark unterschiedliche Entwicklungen. Großen Zuwächsen für Asien (+10,5%), Mittel- und Südamerika sowie Nordamerika (+7,4% sowie +7,2%) und Europa (+6,7%) stehen Rückgänge um 3,5% für Afrika und 1,5% für Australien und Ozeanien gegenüber. Erhebliche Unterschiede sind auch innerhalb der einzelnen Kontinente zu

Schaubild 2

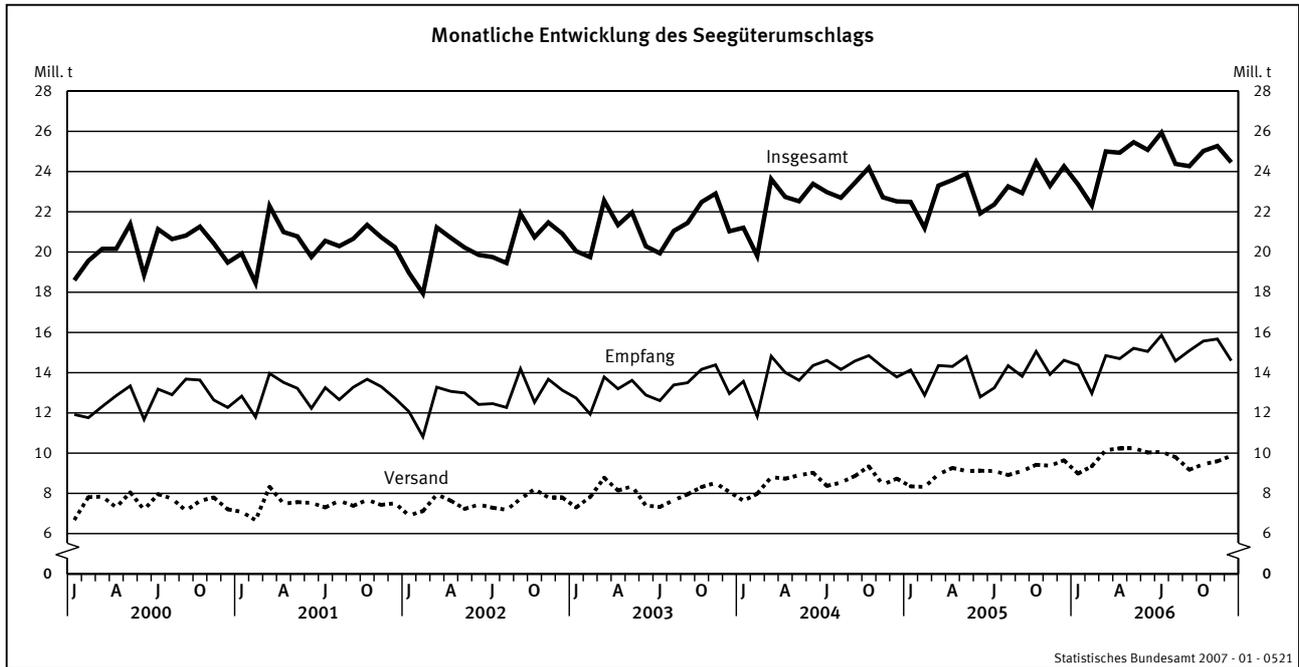


Tabelle 2: Seegüterumschlag nach Fahrtgebieten

Fahrtgebiet	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Verkehr innerhalb Deutschlands	7,3	7,8	-7,5	3,7	4,0	-6,9	3,6	3,9	-8,2
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	295,5	277,0	+6,7	178,6	168,3	+6,1	117,0	108,7	+7,6
Europa	180,8	169,4	+6,7	114,7	109,4	+4,8	66,1	60,0	+10,3
Europäische Union ²⁾	133,6	122,0	+9,5	78,4	71,6	+9,5	55,1	50,4	+9,4
Sonstiges Europa	47,2	47,4	-0,4	36,3	37,8	-4,2	11,0	9,6	+14,8
Ostseegebiet	99,2	91,2	+8,8	61,2	58,0	+5,5	37,9	33,1	+14,4
darunter:									
Schweden	29,1	28,2	+3,4	16,1	15,7	+2,8	13,0	12,5	+4,1
Finnland	19,6	17,7	+10,7	12,1	10,8	+12,4	7,5	6,9	+8,1
Dänemark, Ostsee	10,8	9,7	+12,1	5,4	4,9	+11,5	5,4	4,8	+12,7
Lettland	4,8	5,3	-9,3	3,9	4,5	-15,0	1,0	0,8	+24,2
Polen	7,3	7,1	+2,5	4,6	5,2	-11,3	2,7	2,0	+39,1
Russische Föderation, Ostsee	21,2	17,6	+20,8	15,0	13,1	+14,3	6,2	4,5	+39,5
Nordeuropa	53,3	52,6	+1,4	40,7	41,0	-0,9	12,7	11,5	+9,6
darunter:									
Vereinigtes Königreich	26,7	22,1	+20,5	18,8	15,4	+21,6	7,9	6,7	+18,1
Norwegen	23,3	26,5	-12,1	19,8	23,0	-13,9	3,5	3,5	+0,4
Westeuropa	22,4	19,3	+16,2	11,0	8,5	+28,6	11,4	10,8	+6,3
dar.: Niederlande	8,9	7,1	+25,1	5,8	3,8	+50,6	3,1	3,3	-4,8
Süd- und Südosteuropa	5,9	6,3	-8,6	1,8	1,8	-0,8	4,1	4,5	-9,2
Nordamerika	23,3	21,8	+7,2	9,6	7,4	+29,8	13,8	14,4	-4,4
Mittel- und Südamerika	20,2	18,8	+7,4	15,3	14,5	+6,2	4,9	4,4	+11,6
Mittel- und Südamerika, Ostküste	17,2	15,9	+8,1	12,8	11,9	+7,3	4,4	4,0	+10,3
dar.: Brasilien	10,1	9,4	+6,8	7,9	7,7	+3,3	2,2	1,8	+21,9
Mittel- und Südamerika, Westküste	3,0	2,9	+3,9	2,5	2,5	+0,6	0,5	0,4	+23,8
Asien	50,9	46,0	+10,5	24,7	21,6	+14,0	26,2	24,4	+7,5
Asien, Mittelmeer	0,9	0,9	-7,3	0,2	0,3	-27,2	0,7	0,7	+0,7
Rotes Meer bis Persischer Golf	6,9	7,1	-3,6	0,8	0,8	-3,3	6,1	6,3	-3,6
Südasiens ³⁾	3,6	3,2	+11,9	1,8	1,5	+18,2	1,8	1,7	+6,2
dar.: Indien	2,0	1,8	+16,9	1,0	0,9	+18,5	1,0	0,9	+15,5
Ostasien	28,7	25,0	+15,0	16,0	13,5	+18,6	12,7	11,5	+10,8
dar.: Volksrepublik China	16,1	13,3	+21,2	10,6	8,9	+19,4	5,5	4,4	+24,7
Südostasien	10,8	9,8	+10,6	5,8	5,5	+6,0	5,0	4,3	+16,6
dar.: Singapur	6,6	5,9	+11,9	3,1	3,1	-1,0	3,5	2,7	+26,8
Afrika	18,5	19,2	-3,5	13,2	14,3	-7,9	5,4	4,9	+9,5
Nordafrika	6,9	9,0	-23,1	4,4	6,3	-30,0	2,5	2,7	-7,0
Westafrika	5,1	4,5	+13,4	4,4	3,8	+16	0,7	0,7	-0,4
Ostafrika	0,6	0,1	+496,0	0,0	0,0	-74,8	0,6	0,1	+587,5
Südafrika	6,0	5,6	+6,0	4,3	4,2	+4,1	1,6	1,4	+14,8
dar.: Republik Südafrika	5,7	5,4	+5,2	4,3	4,2	+4,1	1,4	1,3	+9,0
Australien und Ozeanien	1,8	1,8	-1,5	1,1	1,1	+3,7	0,6	0,7	-9,5
Insgesamt	302,8	284,9	+6,3	182,2	172,3	+5,8	120,5	112,6	+7,1

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet. – 2) Einschl. der zum 1. Mai 2004 neu beigetretenen EU-Mitgliedstaaten. – 3) In den Publikationen zum Seeverkehr (Fachserie 8, Reihe 5) wird dieses Fahrtgebiet als „Mittlerer Osten“ bezeichnet.

verzeichnen. So basiert die positive Entwicklung im Seeverkehr mit Asien auf zweistelligen Zuwachsraten bei den Verkehren mit ost-, südost- und südasiatischen Staaten, wogegen beim Gesamtumschlag mit den asiatischen Staaten am Mittelmeer, dem Roten Meer und Persischen Golf Abnahmen festzustellen waren. In Europa nahm der Seeverkehr mit den Staaten der Europäischen Union überdurchschnittlich (Zuwachsrate 9,5%) zu, wogegen bei Nicht-EU-Ländern ein leichter Rückgang um 0,4% festzustellen war. Insgesamt lag der Seegüterumschlag mit europäischen Staaten 2006 bei 180,8 Mill. t, was einem Anteil von knapp 60% am gesamten Seegüterumschlag der deutschen Häfen entspricht. Verglichen mit dem Jahr zuvor ist dieser Anteil nahezu unverändert geblieben. Im Verkehr mit Afrika bewegten sich die Veränderungen zwischen einem Plus von nahezu 500% für den Ostteil des Kontinents bis zu einem Minus von über 23% für den Norden. Bei der extremen Zuwachsrate im Seeverkehr mit ostafrikanischen Häfen – hierzu zählen u. a. solche in Kenia, Tansania, Mosambik, Sudan und auch am Roten Meer in Ägypten – ist allerdings das niedrige Gesamtniveau des Güterausstauschs zu berücksichtigen. 2006 wurden nur 0,6 Mill. t Seegüter aus dieser Region in deutschen Seehäfen umgeschlagen, 2005 waren es sogar nur 0,1 Mill. t. Vom Seegüterumschlag mit Afrika insgesamt entfielen auf diese Region im Jahr 2006 nur etwas über 3%.

Die Staaten mit den größten Zuwachsraten

Nach einzelnen Staaten differenziert, lagen 2006 die Niederlande mit einem Zuwachs von über 25% an der Spitze. Der für 2005 festgestellte zweistellige Rückgang wurde damit wieder ausgeglichen. Es fällt auf, dass der Zuwachs ausschließlich auf einem sehr starken Anstieg der Menge der aus den Niederlanden empfangenen Gütern beruht (+50,6%), wogegen beim Versand dorthin sogar eine leichte Abnahme um knapp 5% festzustellen ist.

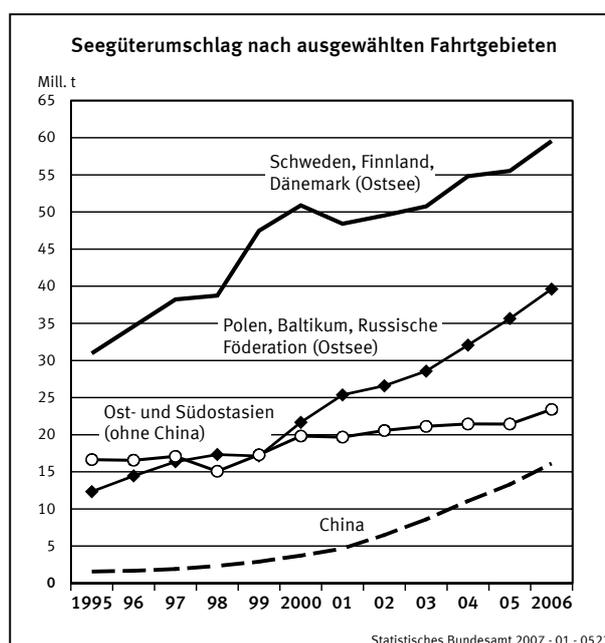
Wie in früheren Beiträgen zum Seeverkehr in dieser Zeitschrift muss gerade bezüglich des Seeverkehrs mit den Niederlanden wieder auf die grundlegende Erfassungsmethode der amtlichen Seeverkehrsstatistik hingewiesen werden. Grundsätzlich werden in den einzelnen deutschen Seehäfen alle Be- und Entladungsvorgänge ermittelt, differenziert u. a. nach der Art und Menge des Gutes und Herkunfts- bzw. Zielhafen. Festgestellt wird also nicht, für welchen Hafen, welches Land das Gut endgültig bestimmt ist, sondern in welchem Seehafen ein Gut als letztes ein- bzw. als nächstes ausgeladen wird. Beim Verkehr mit den Niederlanden ist davon auszugehen, dass viele Güter, insbesondere mit den Ziel- oder Herkunftshäfen Rotterdam und Amsterdam nicht in den Niederlanden selbst verbleiben oder aus ihnen stammen, sondern nur umgeladen werden und für andere Staaten bestimmt sind bzw. von dort kommen. Grundsätzlich gilt dieses Problem für alle Ziel- und Herkunftsgebiete, da über den Weiter- bzw. Abtransport der einzelnen Güter nichts bekannt ist. Für den Verkehr mit den Niederlanden ist es aber besonders relevant, da gerade Rotterdam für Deutschland eine bedeutende Funktion als „Hub-Hafen“ einnimmt, der als Drehscheibe dient und in dem seegehende Verkehre gebündelt werden.

Den zweithöchsten Zuwachs im Seeverkehr von und nach Deutschland wies 2006 China mit einem Plus von über 21% auf, womit die Zunahme im Seeverkehr mit der Russischen Föderation geringfügig übertroffen wurde. Der Umschlag mit Gütern von und nach Russland nahm im letzten Jahr um knapp 21% zu, gefolgt vom Güterumschlag mit dem Vereinigten Königreich mit einer Zuwachsrate von 20,5%. Stark verringert hat sich der Seeverkehr mit Norwegen und Lettland. Für Lettland musste schon 2005 eine Abnahme um 14,6% verzeichnet werden, diesmal betrug der Rückgang etwas über 9%. Noch stärker zurückgegangen ist der Seeverkehr mit Norwegen, der um über 12% abnahm.

In den Zuwächsen im Seeverkehr mit China und mit der Russischen Föderation, ebenso in dem mit Indien (+16,9%) spiegelt sich auch für den Seeverkehr die zunehmende Bedeutung der sogenannten BRIC-Staaten wider. Diese vier Buchstaben stehen für Brasilien, Russland, Indien und – vor allem – China, vier Staaten, die viele Experten als die wohl hoffnungsvollsten aufstrebenden Volkswirtschaften der Welt bewerten. In ihnen werden nicht nur billige Produktionsstandorte gesehen, sondern aufgrund ihrer Größe auch gewaltige, vielfach noch kaum erschlossene Absatzmärkte, die zunehmende Handels- und Verkehrsströme mit sich bringen werden.

Nach der absoluten Höhe des Gesamtumschlags nehmen aber immer noch skandinavische Staaten zwei der ersten drei Plätze ein. So betrug 2006 der Seegüterumschlag mit Schweden 29,1 Mill. t, der mit Norwegen 23,3 Mill. t. Damit belegten diese beiden Staaten die Plätze eins und drei, das Vereinigte Königreich positionierte sich mit 26,7 Mill. t auf Platz zwei. An vierter Stelle folgt die Russische Föderation mit 21,2 Mill. t, danach Finnland (19,6 Mill. t) und dann erst China mit 16,1 Mill. t (siehe Schaubild 3).

Schaubild 3



Eisenbahn- und Luftverkehr wachsen schneller

Verglichen mit den anderen Verkehrsträgern hat sich der Seeverkehr auch 2006 wieder überdurchschnittlich entwickelt. So stieg die beförderte Gütermenge in der Binnenschifffahrt um knapp 3 %²⁾, beim Straßengüterverkehr waren es nach einem geringfügigen Rückgang 2005 jetzt fast 6 %, um die die Transportmenge abnahm, bei den Rohrleitungen wurde ein leichter Rückgang von etwas über 1 % verzeichnet. Stärker zugenommen als der Seeverkehr haben im letzten Jahr die Luftfracht, deren Transportmenge von 2005 auf 2006 um gut 9 % zugenommen hat, und der Eisenbahnverkehr. Nachdem die Transportmenge hier 2005 noch langsamer als im Seeverkehr gewachsen war, nahm sie 2006 um 8 % zu. Mengenmäßig hat sich an der Dominanz des Straßengüterverkehrs aber weiterhin nichts geändert. Wie schon 2005 wurden knapp 75 % aller beförderten Güter auf Lkws transportiert. Der Anteil des Seeverkehrs liegt etwas unter 8 %.

Die Seefrachtraten haben sich im letzten Jahr um etwa 4 % verringert, nachdem sie 2005 noch um 6 % gestiegen waren³⁾. Mit 99,6 (1995 = 100) lag der Index damit weiterhin erheblich unter den in den Jahren 2000 bzw. 2001 erreichten Werten von 117,2 bzw. 113,9.

Mehr landwirtschaftliche Produkte umgeschlagen

Bei den im Seeverkehr umgeschlagenen Gütern standen 2006 mengenmäßig weiterhin Halb- und Fertigwaren mit knapp 105 Mill. t an erster Stelle, gefolgt von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen mit fast 62 Mill. t (siehe Tabelle 3). Die dritte Stelle nahmen landwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse ein (21,8 Mill. t). Erze und Metallabfälle, die 2005 noch die drittgrößte Gütergruppe bildeten, lagen nunmehr mit 21,7 Mill. t knapp auf dem vierten Platz. Insgesamt wiesen von den zehn Güterabteilungen nur zwei einen Rückgang auf, bei den acht anderen zeigten sich mehr oder weniger starke Zuwächse, die von einem starken Plus von über 16 % bei landwirtschaftlichen und verwandten Erzeugnissen bis zu einer nur leichten Zunahme von 5,2 % bei Erzen und Metallabfällen reichten. Abnahmen waren bei Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen sowie bei den Düngemitteln zu verzeichnen. Bei den erstgenannten Güterabteilungen verringerte sich die Umschlagsmenge um etwas über 4 %, bei der zweiten sogar um fast 9 %.

Schaubild 4 stellt die langfristige Entwicklung des Umschlags wichtiger Gutarten dar. Deutlich wird die seit 1995 kontinuierliche Zunahme der Umschlagsmengen bei Halb- und Fertigerzeugnissen und besonderen Transportgütern.

Tabelle 3: Seegüterumschlag nach Gutarten

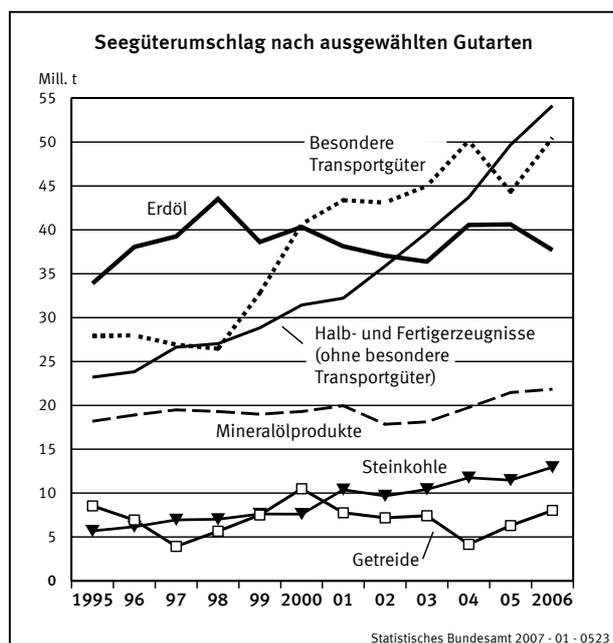
Güterabteilung	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Landwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse	21,8	18,7	+16,2	9,6	7,8	+23,2	12,2	11,0	+11,2
darunter:									
Getreide	8,0	6,3	+27,3	1,1	0,8	+49,9	6,9	5,6	+24,2
Holz und Kork	8,1	7,5	+8,2	4,8	3,8	+25,1	3,3	3,7	-9,7
Andere Nahrungs- und Futtermittel	23,8	22,2	+6,8	14,1	13,1	+8,0	9,6	9,2	+5,1
darunter:									
Futtermittel	4,4	4,0	+10,5	2,7	2,5	+7,5	1,7	1,5	+15,4
Ölsaaten, Ölfrüchte, pflanzliche und tierische Fette	5,2	4,8	+7,5	4,4	4,0	+11,1	0,7	0,8	-9,3
Feste mineralische Brennstoffe	13,8	12,5	+10,3	13,7	12,4	+10,6	0,2	0,2	-6,1
dar.: Steinkohle und Steinkohlenbriketts	12,9	11,5	+12,9	12,9	11,4	+12,8	0,0	0,0	+35,5
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	61,9	64,7	-4,3	47,2	49,5	-4,8	14,7	15,1	-2,7
darunter:									
Rohes Erdöl	37,7	40,6	-7,2	36,5	39,6	-7,8	1,2	1,0	+17,5
Kraftstoffe und Heizöl	21,8	21,5	+1,8	9,1	8,3	+10,3	12,7	13,2	-3,5
Erze und Metallabfälle	21,7	20,6	+5,2	20,0	18,8	+6,0	1,8	1,8	-2,7
darunter:									
Eisenerze	14,8	13,1	+12,3	14,8	13,1	+12,4	0,0	0,0	-40,2
NE-Metallerze, -abfälle und -schrott	5,2	5,5	-6,4	4,2	4,7	-9,1	0,9	0,9	+8,1
Eisen, Stahl und NE-Metalle	12,4	11,3	+10,0	4,5	4,1	+9,7	7,9	7,2	+10,1
dar.: Stahlbleche, Bandstahl, Weißblech	3,5	2,8	+23,3	0,7	0,5	+31,7	2,8	2,3	+21,3
Steine und Erden	15,7	14,3	+9,5	10,0	9,4	+6,3	5,7	4,9	+15,6
Düngemittel	5,4	5,9	-8,7	1,4	1,6	-8,6	4,0	4,3	-8,7
dar.: Chemische Düngemittel	5,1	5,5	-7,8	1,3	1,5	-10,5	3,8	4,0	-6,8
Chemische Erzeugnisse	21,8	20,6	+5,7	8,8	8,5	+3,3	13,0	12,1	+7,5
dar.: Chemische Grundstoffe	10,5	10,0	+5,9	3,8	3,3	+12,3	6,8	6,6	+2,7
Andere Halb- und Fertigwaren	104,6	94,0	+11,3	53,0	47,1	+12,6	51,6	46,9	+10,0
darunter:									
Besondere Transportgüter	50,5	44,3	+13,9	25,1	21,7	+15,7	25,4	22,6	+12,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	11,2	10,2	+9,3	4,4	4,0	+10,1	6,7	6,2	+8,8
Insgesamt ...	302,8	284,9	+6,3	182,2	172,3	+5,8	120,5	112,6	+7,1

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

2) Statistisches Bundesamt, Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 1.1 „Verkehr aktuell“, Zusammenfassende Übersicht.

3) Statistisches Bundesamt, Fachserie 17 „Preise“, Reihe 9.2 „Preise und Preisindizes für den Verkehr, April 2007“, Tabelle 4.1.

Schaubild 4



Der 2005 bei Letzteren festgestellte verhältnismäßig starke Rückgang der Umschlagsmenge von knapp 12 % konnte jetzt mit einer Zunahme von fast 14 % wieder vollständig ausgeglichen werden. Erdöl, für das bis 1998 ebenfalls ein stetiger Anstieg festzustellen war, zeigt seitdem eine stagnierende Entwicklung mit einer Umschlagsmenge, die um die 40 Mill. t schwankt und im letzten Jahr bei knapp 38 Mill. t lag. Verglichen mit 2005 entspricht dies einem Rückgang um über 7 %, der überwiegend auf den enorm gestiegenen Rohölpreis zurückzuführen sein dürfte. Ebenfalls nahezu Stagnation – mit geringfügigen Schwankungen – liegt bei Getreide vor, dessen umgeschlagene Tonnage sich im Zeitraum 1995 bis 2006 überwiegend zwischen 5 Mill. und 10 Mill. t bewegte. Bei der Steinkohle zeigte sich von 1995 bis 2001 eine Aufwärtstendenz – die Umschlagsmenge erhöhte sich von etwas über 5 Mill. t auf etwa 10 Mill. t –, eine anschließende zweijährige Stagnationsphase auf diesem Niveau und ein weiteres Ansteigen in den letzten drei Jahren auf jetzt knapp 13 Mill. t. Steinkohle und Steinkoh-

lenbriketts gehören zusammen mit den Eisenerzen zu den Produkten, bei denen der Seegüterumschlag nahezu ausschließlich aus Empfang besteht bzw. ein Versand ins Ausland nicht stattfindet.

Umschlag von Stückgut nimmt weiterhin stärker zu als der von Massengut

Nach der Erscheinungsform der Güter differenziert, hat sich der Abstand zwischen Stück- und Massengütern auch 2006 weiter vergrößert (siehe Tabelle 4). Unterschieden wird bei der Erscheinungsform der Ladung nach „festem Massengut“, „flüssigem Massengut“, „Stückgut in Containern“, „Stückgut auf Fahrzeugen“ und „sonstigem Stückgut“. Massengüter sind solche, die ohne zusätzliche Verpackung in großen Mengen auf ein Schiff geschüttet oder gepumpt werden. Hierzu zählen u. a. Kohle, Erze, Baustoffe oder Rohöl. Stückgüter dagegen werden als einzelne Stücke oder in Verpackungen transportiert. Dies gilt zum Beispiel für Maschinen, sonstige Metallerzeugnisse, Kunststoffe, Früchte. 2003 übertraf das Stückgut erstmals das Massengut um 3,6 Mill. t, 2005 lag der Unterschied schon bei über 23 Mill. t und im vergangenen Jahr wurden knapp 37 Mill. t mehr Stück- als Massengut in deutschen Seehäfen umgeschlagen. Zurückzuführen ist dies – wie schon in den Jahren zuvor – auf die mit fast 12 % sehr hohe Zuwachsrate beim Stückgut in Containern. Beim Massengut ist dagegen insgesamt nur eine Zunahme des Umschlags um 1,8 % zu verzeichnen, die sich aus einem Zuwachs von etwas über 8 % bei festem und einer Abnahme von rund 3 % bei flüssigem Massengut ergibt.

Containertransporte nehmen weiter zu

Wie schon 2005 und in den Jahren zuvor nahm auch im vergangenen Jahr der Umschlag von Containern stark zu. So erhöhte sich die Anzahl der transportierten Container von 7,5 Mill. auf nunmehr 8,5 Mill. bzw. um knapp 14 %. Der Umschlag nahm um etwa 1,7 Mill. TEU⁴⁾ auf 13,8 Mill. TEU

Tabelle 4: Seegüterumschlag nach Massen- und Stückgut

Massen- und Stückgut Verpackungsart	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Massengut	133,1	130,7	+ 1,8	98,0	96,6	+ 1,5	35,1	34,2	+ 2,7
fest	63,8	59,0	+ 8,2	46,6	43,4	+ 7,4	17,2	15,5	+ 10,4
flüssig	69,3	71,8	- 3,4	51,4	53,2	- 3,3	17,9	18,6	- 3,6
Stückgut	169,7	154,1	+ 10,1	84,2	75,7	+ 11,3	85,4	78,5	+ 8,9
in Containern	109,3	97,9	+ 11,7	52,8	47,1	+ 12,1	56,6	50,8	+ 11,4
auf Fahrzeugen	34,2	31,9	+ 7,2	18,3	16,9	+ 8,3	15,6	15,0	+ 4,0
sonstiges Stückgut	26,2	24,3	+ 7,9	13,1	11,7	+ 12,3	13,2	12,7	+ 4,0
Insgesamt ...	302,8	284,9	+ 6,3	182,2	172,3	+ 5,8	120,5	112,6	+ 7,1

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

4) Ein TEU entspricht dem Äquivalent eines 20-Fuß-Standard-Containers (TEU = Twenty-foot Equivalent Unit).

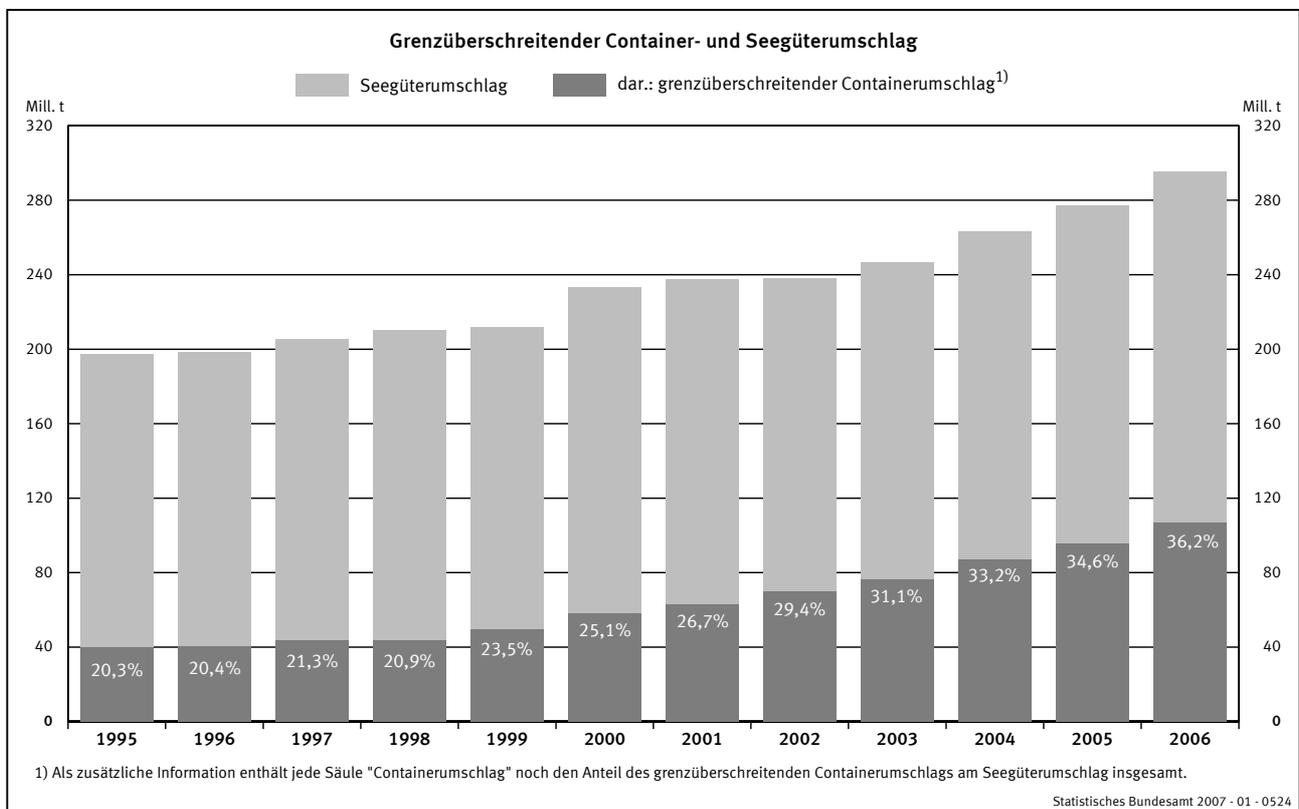
Tabelle 5: Containerverkehr

Jahr	Transportierte Container	Containerumschlag	Veränderung des Containerumschlags gegenüber dem Vorjahr
	1 000	1 000 TEU	%
2001	4989	7913	+10,3
2002	5463	8699	+9,9
2003	5981	9569	+10,0
2004	6739	10822	+13,1
2005	7509	12101	+11,8
2006	8536	13802	+14,1

und damit um 14,1% zu (siehe Tabelle 5). Im Zeitraum 2001 bis 2006 hat sich die Zahl der Container um über 71%, die der TEU sogar um etwas über 74% erhöht. Welche Bedeutung dem Containerverkehr mittlerweile zukommt, zeigt Schaubild 5. Hier ist für die letzten zwölf Jahre die Entwicklung des grenzüberschreitenden Seegüterumschlags insgesamt dargestellt sowie der Anteil der Containertransporte daran. 1995 umfasste dieser mit etwa 20% gerade ein Fünftel der Güterbeförderung. Bis 1998 erhöhte sich der Containeranteil nur langsam auf knapp 21%. Danach setzte eine dynamische Entwicklung ein, bei der der Anteil der Containertransporte Jahr für Jahr um etwa 2 Prozentpunkte zunahm und nunmehr bei über 36% liegt. Zum Vergleich: In der Binnenschifffahrt liegt der Anteil der Containertransporte nur bei 5,9%, bei der Eisenbahn bei etwa 15%⁵⁾.

Die globale Bedeutung des Containerverkehrs macht Tabelle 6 deutlich. Hier ist für ausgewählte Jahre zwischen 1995 und 2006 die Entwicklung der jeweils zehn wichtigsten Containerhäfen weltweit dargestellt. In der Rangfolge der zehn wichtigsten Containerseehäfen hat Hamburg im letzten Jahr einen Platz abgeben müssen und liegt nunmehr auf Position 9. In der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 8. Mai 2007 „Seeverkehr 2006: Hamburg bei Containern weltweit unter den Top Ten“ wurde Hamburg noch an achter Stelle geführt. Neue Meldungen der Dubai Ports führten dann aber zu einem Vorrücken dieses arabischen Hafens auf den achten Rang. Als einziger weiterer europäischer Seehafen unter den Top Ten nimmt Rotterdam wie auch schon 2004 und 2005 den siebten Platz ein. Der Unterschied zwischen der umgeschlagenen Menge in dem niederländischen und dem deutschen Seehafen hat sich aber weiter verringert, da Hamburg mit fast 10% eine höhere Zuwachsrate als Rotterdam mit nur 3,4% aufwies. Zwischen Hamburg und Rotterdam hat sich 2006 Dubai geschoben, dessen Containerverkehr von 2005 auf 2006 um 1,3 Mill. TEU oder etwa 17% zunahm. Nicht verändert hat sich die Reihenfolge auf den ersten sechs Positionen, die ausschließlich von ost- bzw. südostasiatischen Häfen eingenommen werden. Los Angeles als einziger amerikanischer Hafen liegt weiterhin auf Platz 10, konnte sich aber durch das Wachstum des dort abgewickelten Containerverkehrs von über 13% näher an Hamburg heranschieben.

Schaubild 5



5) Statistisches Bundesamt, Fachserie 8, Reihe 2 „Eisenbahnverkehr 2006“, Tabelle 1.1.

Tabelle 6: Die zehn wichtigsten Containerhäfen der Welt

Reihenfolge	1995		2000		2004		2005		2006	
	Containerhafen	1 000 TEU								
1	Hongkong	12 550	Hongkong	18 098	Hongkong	22 000	Singapur	23 192	Singapur	24 792
2	Singapur	11 846	Singapur	17 087	Singapur	21 329	Hongkong	22 427	Hongkong	23 539
3	Koahsiung	4 900	Pusan	7 540	Shanghai	14 550	Shanghai	18 084	Shanghai	21 710
4	Rotterdam	4 787	Koahsiung	7 426	Shenzhen	13 666	Shenzhen	16 197	Shenzhen	18 470
5	Pusan	4 503	Rotterdam	6 275	Pusan	11 400	Pusan	11 840	Pusan	12 030
6	Hamburg	2 890	Shanghai	5 612	Koahsiung	9 700	Koahsiung	9 470	Koahsiung	9 775
7	Long Beach	2 844	Los Angeles	4 879	Rotterdam	8 281	Rotterdam	9 287	Rotterdam	9 600
8	Yokohama	2 757	Long Beach	4 601	Los Angeles	7 321	Hamburg	8 084	Dubai	8 923
9	Los Angeles	2 555	Hamburg	4 248	Hamburg	7 004	Dubai	7 619	Hamburg	8 878
10	Antwerpen	2 329	Antwerpen	4 082	Dubai	6 420	Los Angeles	7 485	Los Angeles	8 470

Quelle für die ausländischen Häfen: Webseiten der einzelnen Häfen.

Innerhalb Deutschlands steht Hamburg im Containerverkehr über See weiterhin unangefochten an erster Stelle. In der Hansestadt werden knapp doppelt so viele Container umgeschlagen wie in den nachfolgenden vier größten deutschen Containerhäfen zusammen. Auf Position 2 lagen auch 2006 wieder die Bremischen Häfen mit rund 4,5 Mill. TEU, gefolgt von Lübeck, Cuxhaven und Duisburg (nur Seeverkehr, ohne Berücksichtigung des Binnenschiffverkehrs). Prozentual hat der Containerverkehr am stärksten in Lübeck zugenommen, und zwar um über 80 % von 142 000 TEU auf nunmehr 264 000 TEU.

Die größten deutschen Seehäfen: Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven

Nicht nur bezüglich des Containerumschlags, sondern auch beim Seegüterumschlag insgesamt nahm Hamburg 2006

weiterhin die Spitzenstellung unter den deutschen Häfen ein. Mit 115,5 Mill. t konnte die Hansestadt ihr Vorjahresergebnis um über 7 Mill. t oder 6,7 % steigern (siehe Tabelle 7). Mit diesem prozentualen Wachstum lag Hamburg allerdings nur geringfügig über der durchschnittlichen Zunahme des Seegüterumschlags insgesamt von 6,3 %. Insbesondere die Bremischen Häfen (Bremen und Bremerhaven), aber auch die auf der Rangliste deutscher Seehäfen auf den Plätzen 4 und 5 stehenden Häfen Lübeck und Rostock wiesen zweistellige Zuwachsraten auf. Eine krasse Ausnahme unter den ersten fünf bildet Wilhelmshaven, dessen Umschlag sich um über 6 % – von 46 Mill. t auf nunmehr etwas über 43 Mill. t – verringert hat. Zurückzuführen sein dürfte diese negative Entwicklung auf die Dominanz des Erdöls in diesem Hafen, ein Gut, bei dem – wie bereits beschrieben und aus Tabelle 3 ersichtlich – ein starker Rückgang der Umschlagsmenge festgestellt wurde.

Tabelle 7: Seegüterumschlag nach Häfen

Hafen	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung
	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾	Mill. t		% ¹⁾
Hamburg	115,5	108,3	+6,7	68,9	64,2	+7,3	46,7	44,1	+5,9
Bremen/Bremerhaven	55,6	46,7	+19,2	29,9	24,6	+21,8	25,7	22,1	+16,4
Bremen Stadt	15,3	12,9	+18,2	11,0	8,8	+24,7	4,3	4,1	+4,4
Bremerhaven	40,4	33,7	+19,6	18,9	15,7	+20,2	21,4	18,0	+19,2
Wilhelmshaven	43,1	46,0	-6,2	32,9	35,4	-7,1	10,2	10,5	-3,2
Lübeck	21,1	18,8	+11,7	12,1	10,7	+13,9	8,9	8,2	+8,8
Rostock	19,1	17,1	+11,1	9,9	8,8	+12,7	9,2	8,4	+9,5
Brunsbüttel	6,2	6,6	-5,5	4,0	4,2	-5,5	2,3	2,4	-5,6
Brake	5,5	5,3	+3,3	2,9	2,9	-0,1	2,6	2,4	+7,4
Bützfleth	4,8	5,0	-3,4	3,2	3,4	-6,9	1,6	1,5	+4,2
Puttgarden	4,0	3,7	+6,2	1,7	1,5	+12,4	2,3	2,2	+1,9
Emden	3,9	3,6	+7,5	2,4	2,3	+6,2	1,4	1,3	+9,8
Nordenham	3,8	3,8	+0,1	3,5	3,3	+3,5	0,3	0,4	-25,6
Wismar	3,8	3,8	+2,6	2,3	2,2	+5,5	1,5	1,5	-1,4
Kiel	3,0	3,1	-1,7	1,6	1,9	-13,3	1,4	1,2	+15,8
Saßnitz	2,7	2,6	+1,5	1,4	1,3	+6,0	1,3	1,3	-2,8
Cuxhaven	1,9	1,8	+1,8	0,7	0,8	-10,2	1,1	1,0	+11,4
Duisburg	1,6	1,7	-3,3	0,3	0,3	-13,1	1,3	1,4	-1,0
Stralsund	0,9	0,9	-2,6	0,4	0,5	-19,8	0,5	0,4	+18,0
Sonstige Häfen	6,3	6,1	+3,3	4,1	4,0	+2,5	2,2	2,3	-4,3
Insgesamt ...	302,8	284,9	+6,3	182,2	172,3	+5,8	120,5	112,6	+7,1
Nachrichtlich:									
Ostseehäfen	56,8	52,5	+8,4	30,6	28,1	+9,1	26,2	24,4	+7,5
Nordseehäfen	243,4	229,8	+5,9	150,7	143,3	+5,2	92,6	86,5	+7,1
Eigengewichte der Ladungsträger	56,6	57,2	-1,0	28,4	28,5	-0,3	28,3	28,7	-1,6

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

Neben Wilhelmshaven wiesen noch einige andere kleinere Häfen Abnahmen ihres Seegüterumschlags auf. Die Rückgänge bewegten sich dabei zwischen einem Minus von 1,7 % für Kiel bis zu - 5,5 % für Brunsbüttel. Verhältnismäßig stark zugenommen haben die Seegüterumschläge mit + 6,2 % dagegen in Puttgarden und mit + 7,5 % in Emden.

Deutsche Flagge gewinnt an Bedeutung

Mit 37,1 Mill. t hat sich der Gesamtumschlag mit Schiffen unter deutscher Flagge auch 2006 weiter erhöht (siehe Tabelle 8). Da der Zuwachs von 7,2 % aber anders als in den Vorjahren über dem des Seegüterumschlags insgesamt liegt (+ 6,3 %), erhöhte sich nach langer Zeit auch der Anteil deutscher Schiffe am Gesamtumschlag wieder leicht und beträgt jetzt 12,3 %, 2005 waren es nur 12,1 %. Der in den Vorjahren festgestellte starke Rückgang des Anteils deutscher Schiffe wurde bisher auf die Ausflaggungen in sogenannte „Billigflaggen“ zurückgeführt, durch die sich ein Großteil der sich im Besitz deutscher Reeder befindenden Schiffe hier nicht wiederfindet. Bereits im letztjährigen Aufsatz zur Entwicklung des Seeverkehrs in dieser Zeitschrift wurde über verschiedene staatliche Maßnahmen berichtet, durch die es gelungen ist, die Zahl der Ausflaggungen zu verringern bzw. vollzogene Ausflaggungen wieder rückgängig zu machen.⁶⁾ Zudem wurde auch die Vermutung geäußert, dass die nur noch geringe Abnahme des Anteils deutscher Schiffe am Seegüterumschlag insgesamt von 2004 auf 2005 schon erste positive Auswirkungen dieser Maßnahmen darstellen könnten. Der wenn auch nur leichte Anstieg von 2005 auf 2006 unterstützt jetzt diese Vermutung.

Auf dem zweiten Rang der umschlagsstärksten Flaggen im Seeverkehr mit Deutschland befand sich 2006 mit 30,2 Mill. t erneut die „Billigflagge“ Panama. Es folgten das Vereinigte Königreich und Liberia mit 27,0 Mill. t bzw. 21,4 Mill. t. Liberia und auch die nachfolgenden Bahamas haben Norwegen vom vierten Platz 2005 auf die jetzt nur noch sechste Position verdrängt. Zurückzuführen ist dies zum einen auf die zweistelligen Zuwächse des Gesamtumschlags mit Schiffen unter der Flagge Liberias (+ 17,5 %) und der Bahamas (+ 12,2 %) auf der einen Seite und dem starken Rückgang des Gesamtumschlags von fast 13 % für Norwegen auf der anderen. Von den in Tabelle 8 aufgelisteten 17 einzelnen Flaggen weisen fünf Rückgänge des Gesamtumschlags auf, wobei auffällt, dass es sich dabei mit Ausnahme von China ausschließlich um europäische Flaggen handelt (neben Norwegen noch Finnland, Griechenland und die Niederlande).

Knapp 96 Mill. t Güter auf dem Nord-Ostsee-Kanal befördert

Der Verkehr auf dem zwei der bedeutendsten Randgewässer des Atlantik verbindenden Nord-Ostsee-Kanal stellt einen wichtigen Indikator des Seeverkehrs insgesamt dar. Mit 37 948 Handelsschiffen passierten 2006 zwar etwa 700 Einheiten bzw. 1,8 % weniger diese Wasserstraße als im Vorjahr, die Menge der transportierten Güter erhöhte sich aber um 9 % auf 96 Mill. t⁷⁾. Die Zahl der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe hat sich dabei weiter verringert; ihr Anteil am Gesamtverkehr betrug nur noch etwas über 28 %. 2005 hatte dieser Anteil bei 29 %, 2002 sogar noch bei etwas über 38 % gelegen. Auch hinsichtlich des Raumgehalts der Schiffe gemessen in NRZ [= Nettoraum-

Tabelle 8: Seegüterumschlag nach Flaggen¹⁾

Flaggen	Gesamtumschlag			Empfang			Versand		
	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung
	Mill. t		% ²⁾	Mill. t		% ²⁾	Mill. t		% ²⁾
Deutschland	37,1	34,6	+ 7,2	18,0	16,4	+ 9,5	19,1	18,2	+ 5,2
Panama	30,2	26,8	+ 12,6	18,3	15,2	+ 20,5	11,9	11,7	+ 2,3
Vereinigtes Königreich	27,0	24,8	+ 9,1	14,9	14,1	+ 5,7	12,1	10,7	+ 13,5
Liberia	21,4	18,2	+ 17,5	14,0	11,4	+ 23,2	7,4	6,8	+ 8,0
Bahamas	19,6	17,4	+ 12,2	14,1	12,7	+ 11,0	5,4	4,7	+ 15,5
Norwegen	18,7	21,5	- 12,9	14,4	16,5	- 12,6	4,3	5,0	- 14,1
Schweden	17,3	15,4	+ 12,4	10,0	8,9	+ 12,0	7,4	6,5	+ 12,9
Zypern	14,5	12,0	+ 21,4	10,2	8,3	+ 22,6	4,4	3,7	+ 18,6
Antigua und Barbuda	12,4	10,9	+ 13,0	6,9	6,4	+ 8,1	5,4	4,5	+ 19,9
Niederlande	12,3	13,3	- 7,0	5,9	6,4	- 7,6	6,5	6,9	- 6,4
Dänemark	11,5	11,4	+ 0,9	6,6	6,4	+ 3,6	4,9	5,0	- 2,5
Malta	11,0	9,8	+ 13,0	7,4	6,9	+ 6,7	3,6	2,8	+ 28,6
Griechenland	9,1	9,9	- 8,2	6,1	6,9	- 11,4	3,0	3,0	- 0,7
China	8,4	8,5	- 1,5	5,3	5,5	- 2,9	3,1	3,1	+ 0,9
Marshall-Inseln	7,7	6,7	+ 14,7	4,7	3,8	+ 21,9	3,0	2,9	+ 5,1
Finnland	6,1	7,3	- 16,1	4,0	4,9	- 19,2	2,1	2,4	- 9,6
Singapur	5,1	4,7	+ 8,0	3,2	2,7	+ 17,9	1,9	2,0	- 5,8
Sonstige	33,4	31,7	+ 5,4	18,2	18,9	- 3,7	15,0	12,7	+ 18,1
Insgesamt ...	302,8	284,9	+ 6,3	182,2	172,3	+ 5,8	120,5	112,6	+ 7,1

1) Nach Ländern, ohne Eigengewichte der Ladungsträger. – 2) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 t berechnet.

6) Siehe Winter, H.: „Seeschifffahrt 2005 – Güterumschlag auf neuer Rekordhöhe“ in WiSta 8/2006, S. 846 ff., hier: S. 853 ff.

7) Statistisches Bundesamt, Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2006“, Tabellen 18.1, 18.2, 18.3. Die Daten zum Güterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal werden von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord erhoben.

zahl⁸⁾] nahm der deutsche Anteil weiter ab und betrug im Berichtsjahr etwas über 14 % verglichen mit 16 % im Jahr 2005. Insgesamt hat sich die Nettoraumzahl von 2005 auf 2006 um 6,5 Mill. oder knapp 10 % erhöht, was auf zunehmend größere Schiffe hinweist, die den Nord-Ostsee-Kanal passieren. Damit setzte sich eine Tendenz fort, die schon in den Vorjahren zu beobachten war. So lag die NRZ pro Schiff 2001 bei 1 348, 2004 waren es durchschnittlich 1 721 und im Berichtsjahr 1 923. Schiffe unter deutscher Flagge lagen allerdings erheblich unter dem Durchschnitt und waren mit einer NRZ von 974 (2005: 944) nicht einmal halb so groß wie ausländische mit einer NRZ von mittlerweile 2 292.

Die am häufigsten vertretene ausländische Flagge war 2006 wie auch schon 2004 und 2005 die der Niederlande. Mit 5 001 Einheiten hatten gut 13 % aller Schiffe eine niederländische Herkunft. Verglichen mit 2005 hat sich ihre Zahl allerdings um 1 335 bzw. 21 % verringert. Unter den ausländischen Flaggen unverändert an zweiter Stelle stand mit nunmehr 4 747 Einheiten Antigua und Barbuda, ein Staat, der zu den sogenannten „Billigflaggen“ zählt. Im Vergleich mit 2005 hat sich hier die Zahl der den Kanal passierenden Schiffe nur unterdurchschnittlich um 60 verringert, was einem Rückgang um 1,2 % entspricht. Den dritten Platz nahm weiterhin das Vereinigte Königreich ein, unter dessen Flagge 4 052 Schiffe den Nord-Ostsee-Kanal befuhren, gefolgt von der Russischen Föderation (2 219 Schiffe) und Zypern (1 825 Schiffe). Während sich die Zahl der unter russischer Flagge fahrenden Schiffe um knapp 4 % verringerte, ist für das Vereinigte Königreich und Zypern jeweils ein erheblicher Zuwachs festzustellen. Die Zahl britischer Schiffe nahm um 369 (+10 %), die zypriotischer um 453 (+33 %) zu.

Von den 95,8 Mill. t transportierten Gütern wurden nur etwa 14,5 % auf Schiffen unter deutscher Flagge befördert. 2005 waren es 16,5 %, 2003 sogar noch rund 21 %. Die Transportmenge deutscher Schiffe, die 2005 bei 14,5 Mill. t lag, hat sich im vergangenen Jahr auf etwa 13,9 Mill. t verringert.

Mehr Personal auf weniger Schiffen

Nachdem sich 2005 die Zahl der unter deutscher Flagge fahrenden Handelsschiffe nach jahrelangen Abnahmen um fast 100 Einheiten erhöht hatte, musste 2006 wieder ein Rückgang um 29 Schiffe verzeichnet werden. Betroffen waren dabei alle Schiffstypen. Lediglich die Zahl der Mineralöltanker hat sich um eine Einheit erhöht⁹⁾.

Die durchschnittliche Bruttoreaumzahl¹⁰⁾ je Schiff erreichte im Jahr 2006 mit 19 600 einen Wert, der fast doppelt so hoch lag wie der von 2001 (etwa 10 000 BRZ). 2005 betrug

die BRZ je Einheit knapp 19 000. In der Tendenz heißt dies, dass sich die in deutschen Schiffsregistern gemeldeten Schiffe auch im letzten Jahr weiter vergrößert haben.

Der Rückgang der Schiffszahlen hatte allerdings keine Auswirkungen auf das Bordpersonal. Die Zahl der bei der deutschen Seerberufsgenossenschaft versicherten Personen auf Handelsschiffen erhöhte sich von 2005 auf 2006 um knapp 1 500 bzw. 15 %. Damit setzte sich eine positive Entwicklung fort, die auch schon in den Jahren 2005 und 2004 festgestellt werden konnte.¹¹⁾ Der Anteil der ausländischen Beschäftigten stieg weiter an und liegt nunmehr bei fast 48 %. 2005 hatten knapp 44 % der auf deutschen Handelsschiffen tätigen Personen keinen deutschen Pass, 2004 waren es nur etwas über 36 %. Insgesamt betrug die Zahl der auf unter deutscher Flagge fahrenden Handelsschiffe beschäftigten Ausländer 5 624, das waren fast ein Viertel mehr als im Jahr zuvor. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich in diesen Werten ein Beschäftigungsproblem widerspiegelt, auf das schon im letztjährigen Aufsatz in dieser Publikation zur Entwicklung des Seeverkehrs 2005 verwiesen wurde: dem in zahlreichen Presseartikeln beklagten fehlenden Nachwuchs bei nautischen Berufen, der nur durch den vermehrten Einsatz ausländischer Fachkräfte ausgeglichen werden kann.¹²⁾

Weiterhin Stagnation im Personenseeverkehr

Während 2005 noch 29,5 Mill. Fahrgäste in deutschen Häfen ein- oder ausgestiegen waren (2003 waren es sogar 32,1 Mill. Passagiere), lag deren Zahl im Berichtsjahr 2006 bei nur noch knapp 29,3 Mill. (siehe Tabelle 9 auf S. 698). Dies entspricht einem weiteren leichten Rückgang um 0,8 % nach einem Minus von 1,1 % im Jahr 2005. Betroffen sind sowohl der Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands, der sich um 0,6 % verringert hat, als auch der innerhalb Deutschlands mit einem Minus von 0,9 %. Von allen Fahrtgebieten wies weiterhin Niedersachsen die meisten ein- und ausgestiegenen Passagiere auf. In den Häfen dieses Bundeslandes hat sich ihre Zahl sogar gegen den Trend um 45 000 erhöht und lag bei knapp 10,8 Mill. An zweiter Stelle steht die Ostseeküste von Schleswig-Holstein mit leicht rückläufig 8,7 Mill. Fahrgästen, gefolgt von der schleswig-holsteinischen Westküste mit 6,2 Mill. Für das letztgenannte Fahrtgebiet musste ein besonders großer Rückgang um fast 340 000 Passagiere bzw. etwa 5,2 % festgestellt werden. Unter den ausländischen Fahrtgebieten liegt weiterhin der dänische Ostseeraum mit fast 8,5 Mill. Fahrgästen an der Spitze. Schweden mit etwas über 2 Mill. Passagieren steht auf Platz 2.

8) Siehe Fußnote 10.

9) Statistisches Bundesamt, Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2006“, Tabelle 20. Die Statistik über den Seeschiffsbestand in deutschen Schiffsregistern wird vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) geführt.

10) Die Bruttoreaumzahl (BRZ), englisch: gross tonnage, Abkürzung GT, ist das in der Schiffsvermessung die bisherige Bruttoregistertonne ersetzende Maß für die Gesamtgröße von Schiffen. Entsprechend ersetzt die Nettoraumzahl (Abkürzung NRZ; englisch: net tonnage, Abkürzung NT) die bisherige Nettoregistertonne. BRZ und NRZ sind dimensionslose Vergleichszahlen. Die BRZ ergibt sich aus dem gesamten umbauten Raum, multipliziert je nach Schiffstyp mit einem zwischen 0,22 und 0,32 liegenden Faktor; sie soll eine gerechtere Schiffsvermessung ermöglichen (aus: Meyers Lexikon online).

11) Statistisches Bundesamt, Fachserie 8, Reihe 5 „Seeschifffahrt 2006“, Tabelle 19.

12) Siehe Fußnote 6, hier: S. 855.

Tabelle 9: Ein- und ausgestiegene Fahrgäste

Fahrtgebiet	Insgesamt			Ausgestiegene Fahrgäste			Eingestiegene Fahrgäste		
	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung
	Mill.		% ¹⁾	Mill.		% ¹⁾	Mill.		% ¹⁾
Verkehr innerhalb Deutschlands	16,7	16,8	-0,9	8,4	8,4	-0,6	8,3	8,4	-1,2
darunter:									
Niedersachsen	10,8	10,7	+1,2	5,4	5,4	+1,4	5,4	5,4	+1,0
Schleswig-Holstein	5,7	6,0	-3,5	2,9	3,0	-2,9	2,8	3,0	-4,0
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	12,6	12,7	-0,6	6,3	6,4	-0,5	6,2	6,3	-0,7
dar.: Europa	12,6	12,7	-0,6	6,3	6,4	-0,5	6,2	6,3	-0,7
Europäische Union	11,7	11,7	-0,6	5,9	5,9	-0,8	5,8	5,8	-0,3
Sonstiges Europa	0,9	1,0	-1,9	0,5	0,5	+2,4	0,4	0,4	-6,0
Ostseegebiet	11,2	11,2	+0,0	5,6	5,6	+0,2	5,5	5,5	-0,1
darunter:									
Schweden	2,0	2,0	+0,2	1,0	1,0	+0,8	1,0	1,0	-0,4
Dänemark, Ostsee	8,5	8,3	+1,5	4,3	4,2	+1,3	4,2	4,1	+1,8
Polen	0,3	0,4	-22,6	0,2	0,2	-24,7	0,2	0,2	-20,5
Nordeuropa	1,3	1,4	-6,4	0,7	0,7	-5,2	0,6	0,7	-7,7
darunter:									
Vereinigtes Königreich	0,1	0,1	-50,7	0,0	0,1	-54,5	0,0	0,1	-46,2
Dänemark, Nordsee	0,4	0,4	-1,3	0,2	0,2	-1,6	0,2	0,2	+0,0
Norwegen	0,9	0,9	-1,2	0,5	0,5	+2,6	0,4	0,4	-5,2
Insgesamt ...	29,3	29,5	-0,8	14,7	14,8	-0,6	14,5	14,7	-1,0

1) Die Veränderung in % wurde anhand der Zahlen in 1 000 berechnet.

Ausblick auf 2007

Nach ersten Schätzungen hat sich der Seegüterumschlag im ersten Vierteljahr 2007 um etwas über 7 % erhöht¹³⁾. So ist von Januar bis einschließlich März 2007 der Gesamtumschlag von 72,4 Mill. t im ersten Quartal 2006 auf jetzt 77,5 Mill. t angestiegen, wobei der Empfang aus dem Ausland mit über 9 % überdurchschnittlich zugenommen hat. Auch beim innerdeutschen Seeverkehr, der allerdings mengenmäßig nur etwas über 2 % ausmacht, liegt der Zuwachs mit 7,2 % leicht über dem Durchschnitt. Am schwächsten gewachsen ist mit nur knapp 4 % der Versand ins Ausland, eine auffallende Entwicklung, da gerade diese Verkehrsrelation aufgrund der weltweit starken Position der deutschen Exportwirtschaft in der Vergangenheit meist die höchsten Zuwächse aufwies. Die jetzt ermittelte stärkere Zunahme beim Empfang von Gütern mit Seeschiffen dürfte unter anderem auf die zunehmend bessere Binnenkonjunktur zurückzuführen sein.

Überdurchschnittlich hat sich wieder der Containerverkehr entwickelt. Die Zahl der umgeschlagenen TEU erhöhte sich von 3,2 Mill. im ersten Quartal 2006 auf 3,6 Mill. im gleichen Zeitraum des laufenden Jahres, eine Zunahme um etwas über 14 %.

Wie schon in den Vorjahren gehen laut Pressemeldungen internationale Experten davon aus, dass auch 2007 der Welt-handel stärker als die Weltwirtschaft wachsen und um etwa 7 % zunehmen wird. Darauf basierend wird für den Containerverkehr über See eine Zunahme um bis zu 9 % angenommen. Schon derzeit sind auf den Wasserstraßen der Welt täglich an die 6 Mill. Container unterwegs, die aneinandergereiht die Erde fast drei Mal umrunden könnten. [u](#)

13) Pressemitteilung Nr. 250 des Statistischen Bundesamtes vom 19. Juni 2007: „Seegüterumschlag nimmt im 1. Quartal 2007 um über 7 % zu“ (www.destatis.de).

Dipl.-Kaufmann Daniel Schmidt

Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2005

Methodik und erste Ergebnisse

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Deutschland und seinen Folgewirkungen für die Gesellschaft und die Sozialsysteme wird besonders auch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit thematisiert. In diesem Zusammenhang gewinnt die betriebliche Weiterbildung, vor allem älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zentrale Bedeutung. Dies hat mit dazu beigetragen, dass der Bedarf an Daten über die Weiterbildung in den Unternehmen als einem wesentlichen Element im Prozess des lebenslangen Lernens in den letzten Jahren stark gestiegen ist.

Durch die im Jahr 2006 durchgeführte Dritte Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS3 – Third Continuing Vocational Training Survey) können die Informationen über die Weiterbildung in Unternehmen aus dem Jahr 1999 aktualisiert werden. Anhand der Daten aus dieser in allen 27 europäischen Mitgliedstaaten sowie in Norwegen durchgeführten Befragung lassen sich Vergleiche zu Art und Umfang der Weiterbildungsaktivitäten in der Europäischen Union anstellen. Dieses Datenmaterial ermöglicht eine Vielzahl wissenschaftlicher Analysen und Auswertungen auf dem Gebiet der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland und Europa und bietet eine solide Basis für politische Entscheidungen.

Der vorliegende Beitrag beschreibt die Vorbereitung und methodische Umsetzung der CVTS3 auf nationaler und

internationaler Ebene. Ferner werden der Ablauf der Erhebung in Deutschland in seinen Grundzügen dargestellt und erste Ergebnisse beschrieben.

1 Hintergrund

Unter dem Gesichtspunkt rascher Veränderungen der Märkte und der Produktionsprozesse sowie zunehmender Globalisierung wird die berufliche Weiterbildung der Beschäftigten in den Unternehmen unverzichtbar. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit aktuellem Fachwissen und bedarfsspezifischem Know-how sind Voraussetzung dafür, dass Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Lebenslanges Lernen ist in der heutigen Gesellschaft essenziell. Dabei profitieren beide Seiten gleichermaßen, denn auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlt sich das Engagement aus, weil dadurch der eigene Marktwert steigt und die Arbeitsmarkt- bzw. Karrierechancen erhöht werden.

Vor dem Hintergrund dieser Anforderungen, die in der Lisbon-Strategie unter dem Thema „Investitionen in das Humankapital“ beschrieben sind, fanden bereits in den Jahren 1994 (CVTS1) und 2000 (CVTS2) Befragungen von Unternehmen zu den von ihnen angebotenen Weiterbildungsaktivitäten statt.¹⁾ Schon mit diesen beiden Befragungen wurde

1) Informationen zu diesen Erhebungen sowie die Merkmalslisten finden sich in Schmidt, B.: „Berufliche Weiterbildung in Unternehmen – Erhebung nach § 7 BStatG“, Projektbericht 1996, und Egner, U.: „Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS2)“, Projektbericht 2002, sowie in Schmidt, B.: „Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen im Rahmen des EG-Aktionsprogramms FORCE – Methodik der Haupterhebung“ in WiSta 9/1995, S. 680 ff., Schmidt, B.: „Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen im Rahmen des EG-Aktionsprogramms FORCE – Ergebnisse der Haupterhebung“ in WiSta 12/1995, S. 867 ff., und Egner, U.: „Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS2)“ in WiSta 12/2001, S. 1008 ff. Beide Erhebungen fanden auf Basis eines „Gentlemen's Agreement“ zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten statt. In Deutschland bildete der § 7 Abs. 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG) die rechtliche Grundlage. Er ermöglicht die Durchführung von Bundesstatistiken zur Erfüllung kurzfristig auftretenden Datenbedarfs auch ohne eine eigene Rechtsgrundlage.

das Ziel verfolgt, regelmäßige Datenerhebungen bei Unternehmen zu grundlegenden Fragestellungen der betrieblichen Weiterbildung zu etablieren. Im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission wurde im Jahr 2006 die dritte derartige Befragung bei Unternehmen unter dem Namen Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS3) durchgeführt.

Die Erhebung erfolgte erstmals auf der Basis einer europäischen Rechtsgrundlage, nämlich der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Statistik der betrieblichen Bildung²⁾ und der Verordnung (EG) Nr. 198/2006 der Kommission vom 3. Februar 2006 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik der betrieblichen Bildung.³⁾

In der Rahmenverordnung des Rates und des Parlaments werden neben den zu erhebenden Daten, dem Erhebungsbereich, den Erhebungsmerkmalen und dem Erhebungskonzept auch Berichtszeitraum und Periodizität geregelt. Demnach erheben die Mitgliedstaaten die Daten alle fünf Jahre für ein Kalenderjahr. Die Übermittlung der Daten soll spätestens 18 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres erfolgen. Ein Qualitätsbericht mit sämtlichen für die Beurteilung der Qualität der Daten benötigten Informationen soll dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) bis spätestens 21 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres vorliegen.

Die Durchführungsverordnung der Kommission regelt die Details der Erhebung. So wird in ihr 2005 als das erste Berichtsjahr festgelegt. In Anhängen findet sich eine vollständige Liste der Variablen, Grundsätze für die Imputation und Gewichtung der Variablen, Mittel und Format für die Datenübermittlung sowie die Anforderungen an den Qualitätsbericht. Auch sind die für Stichprobenverfahren und Genauigkeitsanforderungen notwendigen Stichprobenumfänge einschließlich der detaillierten Spezifikation der Wirtschaftszweige und der Größenklassen aufgeführt, nach denen die Ergebnisse untergliedert werden sollen.

Die Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS) gehört damit nunmehr zu den auf europäischer Ebene harmonisierten Erhebungen. In Deutschland bestand für die Unternehmen bei der CVTS3 – wie bei den Vorgängererhebungen – keine Auskunftspflicht. Demgegenüber fand in der Mehrzahl der anderen europäischen Teilnehmerländer die Befragung mit Auskunftspflicht statt.

2 Methodik

2.1 Konzept der Erhebung

Die Befragung wurde bei Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten der Abschnitte C bis K und O der NACE Rev. 1.1⁴⁾ durchgeführt. Damit blieb der Erhebungsbereich gegenüber der CVTS2 unverändert.⁵⁾

Da für Erhebungsmethode und Organisation der Erhebung sowie für die technische Durchführung nur Rahmenbedingungen vorgegeben waren, konnten die Teilnehmerstaaten je nach nationalen Gegebenheiten und Möglichkeiten zwischen verschiedenen Formen wählen. Aufgrund des umfangreichen Fragenkatalogs entschied man sich in Deutschland für eine postalische Befragung mit einem schriftlichen Fragebogen. Eine Online-Befragung oder der Einsatz von Telefoninterviews wurden hauptsächlich aus Kostengründen nicht in Betracht gezogen. Zusätzlich sprachen der hohe Programmieraufwand gegen den Online-Fragebogen und die teilweise sehr komplexen und zeitaufwendigen Frageninhalte gegen den Einsatz von Interviewerinnen und Interviewern.

Die Definition der betrieblichen Weiterbildung blieb in der CVTS3 gegenüber den ersten beiden Erhebungen unverändert. Unter betrieblicher Weiterbildung werden Weiterbildungsmaßnahmen verstanden, die vorausgeplantes, organisiertes Lernen darstellen und die vollständig oder teilweise von Unternehmen für ihre Beschäftigten finanziert werden. Neben den Lehrveranstaltungen (Lehrgänge, Kurse und Seminare) als Weiterbildung im engeren Sinne umfasst die betriebliche Weiterbildung auch andere Formen von Weiterbildungsmaßnahmen (z. B. Informationsveranstaltungen, Job-Rotation, Lernen am Arbeitsplatz oder Selbstgesteuertes Lernen).

Die Inhalte und die Anordnung der Fragen im Fragebogen wurden von einer Task Force auf europäischer Ebene erarbeitet, an der auch das Statistische Bundesamt beteiligt war. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe wurden außerdem die in der Erhebung verwendeten Definitionen und Abgrenzungskriterien festgelegt und auf europäischer Ebene vereinheitlicht.⁶⁾ Der deutsche Fragebogen umfasst auch die zwei optionalen Fragen des europäischen Musterfragebogens nach den Auswirkungen öffentlicher Maßnahmen auf das Weiterbildungsangebot und den Personalaufwendungen für Ausbildungspersonal in der Erstausbildung. Die Anordnung der Fragen wurde größtenteils unverändert übernommen.

Von allen ausgewählten Unternehmen waren im ersten der sechs Fragebogenteile Angaben zur Unternehmensstruktur zu machen. Anschließend folgten die Kernfragen der Erhebung zum Angebot von Weiterbildungsaktivitäten für die

2) Amtsbl. der EU Nr. L 255 vom 30. September 2005, S. 1.

3) Amtsbl. der EU Nr. L 32 vom 4. Februar 2006, S. 15. In Deutschland gilt diese Verordnung wie auch die Verordnung in Fußnote 2 in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG).

4) Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft); Verordnung (EG) Nr. 29/2002 der Kommission vom 19. Dezember 2001 (Amtsbl. der EG Nr. L 6 vom 10. Januar 2002, S. 3).

5) Siehe dazu Egner, U.: „Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS2)“, Fußnote 1. Die Verordnung (EG) Nr. 1552/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Statistik der betrieblichen Bildung (siehe Fußnote 2) lässt für zukünftige Befragungen eine Erweiterung des Erhebungsbereichs zu. Für die Teilnehmerstaaten bestand die Möglichkeit, die CVTS3 bei Unternehmen außerhalb des genannten Erhebungsbereichs als Pilotstudie durchzuführen.

6) Ein Schwerpunkt war die Abgrenzung der Weiterbildung von der Erstausbildung. Es mussten genaue, einheitliche Kriterien definiert werden, um nicht Personen doppelt zu erfassen oder die Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene zu gefährden.

Beschäftigten. Je nach Antwort führte ein Filter die Unternehmen zu den nächsten Fragebogenteilen. Unternehmen mit Lehrveranstaltungen wurden im Teil 3 befragt. Im Teil 4 waren von allen weiterbildenden Unternehmen Angaben zu Gestaltung und Organisation des Arbeitsbereichs „Berufliche Weiterbildung“ verlangt. Unternehmen, die lediglich andere Formen von Weiterbildungsaktivitäten anboten, wurden direkt zum Teil 4 geleitet. Im Teil 5 sollten nicht weiterbildende Unternehmen die Gründe für das fehlende Weiterbildungsangebot angeben. Letztlich waren wiederum von allen Unternehmen Fragen zur betrieblichen Erstausbildung zu beantworten.⁷⁾ In Abhängigkeit vom Angebot wurden insbesondere folgende Sachverhalte erhoben:

- a) bei allen Unternehmen, die Weiterbildung in irgendeiner Form angeboten haben,
 - Stellenwert der Weiterbildung im Unternehmen: u. a. Existenz eines Weiterbildungsplans oder Bildungszentrums, eines Budgets oder einer Person für Weiterbildung, Bedarfsermittlung bei den Beschäftigten und im Unternehmen
 - Evaluierung der Weiterbildung: u. a. Zufriedenheit der Beschäftigten, Auswirkungen auf die Arbeitsergebnisse
 - externe Einflüsse auf die Weiterbildungspolitik: u. a. tarifvertragliche Vereinbarungen, Rolle des Betriebsrats, Einfluss öffentlicher Maßnahmen
- b) bei Unternehmen, die Lehrveranstaltungen angeboten haben [zusätzlich zu den Fragen unter a)],
 - Anzahl der Teilnehmenden (nach Geschlecht, Alter)
 - Anzahl der Teilnahmestunden (nach Geschlecht, Art der Lehrveranstaltung, Themenbereichen und Anbietern)
 - Kosten für Lehrveranstaltungen nach Kostenarten
 - spezielle Lehrveranstaltungen für einzelne Beschäftigtengruppen
- c) bei Unternehmen, die betriebliche Erstausbildung angeboten haben,
 - Anzahl der Auszubildenden (nach Geschlecht)
 - Kosten der betrieblichen Erstausbildung nach Kostenarten

2.2 Auswahlgrundlage und Stichprobenziehung

Als Auswahlgrundlage für die geschichtete Zufallsstichprobe diente das statistische Unternehmensregister. Die 16 Länderregister wurden zu einem Bundesregister zusammengeführt, aus dem die Stichprobe gezogen wurde. Mit diesem

⁷⁾ Die Fragen zur betrieblichen Erstausbildung waren in den beiden vorangegangenen Erhebungen CVTS1 und CVTS2 noch nicht enthalten. Mit der Einbeziehung dieser Merkmale in die CVTS3 soll unter anderem festgestellt werden, welcher Anteil der Unternehmen weder Weiterbildung noch Erstausbildung anbietet.

In der Erhebung CVTS3 berücksichtigte Wirtschaftsbereiche und ihre Zuordnung zu NACE20 und NACE30

NACE 20	NACE 30	Ab-schnitt	Abteilung, Gruppe	Bezeichnung (H. v. = Herstellung von)
1	1	C	10–14	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
		D		Verarbeitendes Gewerbe
2	2		15–16	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung
3	3		17–19	Textil- und Bekleidungsgewerbe; Ledergewerbe
9	4		20, 36–37	Holzgewerbe; H. v. Möbeln, Schmuck usw.; Recycling
4	5		21	Papiergewerbe
	6		22	Verlags- und Druckgewerbe, Vervielfältigung
5	7		23–24	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen; H. v. chemischen Erzeugnissen
	8		25–26	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren; Glasgewerbe, H. v. Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
6	9		27–28	Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen
7	10		29	Maschinenbau
	11		30–33	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik
8	12		34–35	Fahrzeugbau
10	13	E	40–41	Energie- und Wasserversorgung
11	14	F	45	Baugewerbe
		G		Handel
12	15		50	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz; Tankstellen
13	16		51	Handelsvermittlung und Großhandel
14	17		52	Einzelhandel; Reparatur von Gebrauchsgütern
15	18	H	55	Gastgewerbe
		I		Verkehr und Nachrichtenübermittlung
16	19		60–63	Verkehr
17	20		64	Nachrichtenübermittlung
		J		Kredit- und Versicherungsgewerbe
18	21		65	Kreditgewerbe
	22		66	Versicherungsgewerbe
19	23		67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten
		K, O		Dienstleistungen ¹⁾
20	24		70–71, 73	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Forschung und Entwicklung
	25		72	Datenverarbeitung und Datenbanken
	26		74.1	Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung usw.
	27		74.2–74.4	Architektur- und Ingenieurbüros, technische, physikalische und chemische Untersuchung, Werbung
	28		74.5–74.8	Architektur- und Ingenieurbüros, technische, physikalische und chemische Untersuchung, Werbung Personaldienstleistungen, Wach- und Sicherheitsdienste, Detekteien, Reinigungen
	29		92	Kultur, Sport und Unterhaltung
	30		90–91, 93	Abwasser- und Abfallsorgung, kirchliche und sonstige Vereinigungen, sonstige Dienstleistungen

¹⁾ Die Wirtschaftszweigabschnitte K und O zusammen werden im Weiteren vereinfachend als Dienstleistungen bezeichnet.

Vorgehen war gewährleistet, dass die aktuellsten Registerstände verwendet würden.

Neben dem Wirtschaftszweig stellte die Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen das zweite Schichtungskriterium dar. Zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung enthielt das Unternehmensregister Beschäftigtendaten der Bundesagentur für Arbeit mit dem Stand 31. Dezember 2003. Bei den Angaben zu Beschäftigten im Register handelt es sich lediglich um die untere Grenze der Beschäftigtenzahl im Unternehmen, da Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherungspflicht (z. B. geringfügig Beschäftigte) von der Bundesagentur für Arbeit nicht erfasst werden.

Die vorstehende Übersicht zeigt die bei der Stichprobenziehung berücksichtigten Wirtschaftsbereiche entsprechend der Abschnitte der NACE Rev. 1.1 und ihre Zuordnung zur Gliederung NACE20 bzw. NACE30.

Die Erhebung basiert auf einer geschichteten Zufallsstichprobe, wobei die Schichten durch die Kriterien Wirtschaftszweig und Beschäftigtenzahl eines Unternehmens gebildet wurden. Aufgrund europäischer Vorgaben waren mindestens 60 Schichten vorzusehen. Diese Basisschichten werden durch die Wirtschaftszweige der NACE20-Einteilung und drei Beschäftigtengrößenklassen⁸⁾ definiert. In Deutschland wurden die 60 Basisschichten weiter aufgegliedert. Die so gebildeten 180 Schichten werden durch die NACE30-Einteilung und sechs Beschäftigtengrößenklassen⁹⁾ beschrieben.

Aufgrund einer erwarteten Rücklauf-/Antwortquote von etwa 40% und einem angestrebten Netto-Stichprobenumfang (d. h. einer Anzahl der antwortenden Unternehmen) von etwa 4000 Unternehmen, sollte der Brutto-Stichprobenumfang (d. h. die Anzahl der befragten Unternehmen) rund 10000 Unternehmen betragen.

Nach einem Vorschlag von Eurostat wurde zunächst der Brutto-Stichprobenumfang n gemäß folgender Formel auf die Basis-Schichten h ($h = 1, \dots, 60$) verteilt:

$$n_h = \frac{1}{r_h \left(c^2 \cdot t_h + \frac{1}{N_h} \right)},$$

mit

n_h : Stichprobenumfang in Basis-Schicht h ,

r_h : Antwortquote in Basis-Schicht h ,

c ($=c_h = \text{const.}$): Länge des halben 95%-Konfidenzintervalls (= Höhe des doppelten Standardfehlers) für den Anteil weiterbildender Unternehmen in der Basis-Schicht h ,

t_h : Anteil weiterbildender Unternehmen an den Unternehmen der Basis-Schicht h ,

N_h : Zahl der Unternehmen in Basis-Schicht h .

Dabei war die Eurostat-Vorgabe $c \leq 0,2$ einzuhalten.

Den verwendeten Werten für N_h lag eine Auszählung des Unternehmensregisters zum Stand 31. Juli 2005 zugrunde. Die Größen r_h und t_h wurden mit Daten aus der CVTS2 geschätzt. Als Lösung für c ergab sich der Wert 0,13.

Die so ermittelten Brutto-Stichprobenumfänge n_h für die Basis-Schichten wurden dann entsprechend dem europäischen Vorschlag auf die jeweils zugehörigen Schichten proportional zu deren Umfang in der Grundgesamtheit aufgeteilt. Zusätzlich wurde darauf geachtet, einen (erwarteten) Mindest-Netto-Stichprobenumfang von etwa zehn Stichprobenunternehmen je Schicht sicherzustellen.

Die Auswahl der Stichprobeneinheiten erfolgte mit dem Programm „STIA“ nach dem Verfahren der systematischen Zufallsauswahl. Zur Verbesserung der regionalen Repräsentation der Stichprobe wurden die Unternehmen der Auswahlgrundlage vor der Ziehung der Stichprobe nach den Merkmalen Bundesland, Regierungsbezirk, Kreis und Gemeinde sortiert.

2.3 Feldarbeit und Datenerfassung

Die Erhebungsphase begann Anfang Januar 2006 mit einem Informationsschreiben an die Unternehmensverbände in den einbezogenen Wirtschaftszweigen. In diesem Schreiben wurde darum gebeten, die anstehende Erhebung bekannt zu machen und die Unternehmen für das Thema Weiterbildung zu sensibilisieren. Kurz darauf wurden die in der Stichprobe gezogenen Unternehmen über ihre Auswahl informiert.

Im Februar 2006 erfolgte der Erstversand der Fragebogen an die ausgewählten Unternehmen. Die Feldarbeit wurde vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Thüringen durchgeführt. Dabei übernahm das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen die Feldarbeit für neun weitere Länder und befragte insgesamt etwa 70% aller ausgewählten Unternehmen. Das Statistische Bundesamt führte die Feldarbeit für das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen durch.

Da die Teilnahme an der Erhebung freiwillig war, bedurfte es einer umfangreichen Betreuung der Unternehmen, um erfolgreich zu sein. Eine enge methodische und organisatorische Zusammenarbeit während der gesamten Erhebungsphase zwischen den einzelnen statistischen Ämtern trug dem Rechnung. Erschwert wurde dieses Vorhaben durch den Arbeitskampf im öffentlichen Dienst von März bis Anfang Mai 2006.

Mit zwei schriftlichen Erinnerungsaktionen im März und April und der telefonischen Nachfassaktion ab Mitte Mai konnten zusätzliche Unternehmen für eine Teilnahme gewonnen werden. Bei der zweiten Erinnerungsaktion wurde der Fragebogen erneut versandt. Die telefonische Nachfass-

8) Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten, 50 bis 249 Beschäftigten sowie 250 und mehr Beschäftigten.

9) Unternehmen mit 10 bis 19, 20 bis 49, 50 bis 249, 250 bis 499, 500 bis 999 und 1000 und mehr Beschäftigten.

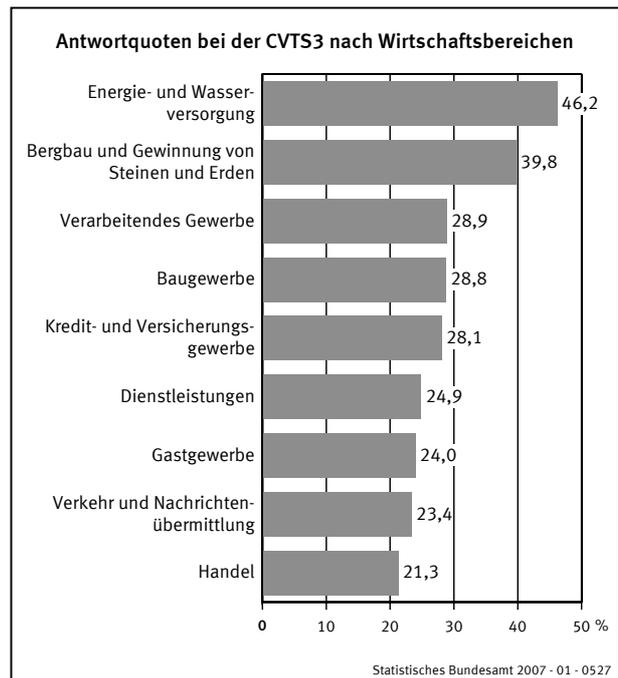
aktion diene vorrangig einer gezielten Nachfrage und der Bitte um Auskunft bei Unternehmen in Schichten mit geringer Antwortrate sowie bei großen Unternehmen, die bisher nicht geantwortet hatten. Die telefonische Kontaktierung gestaltete sich schwierig und führte nur in wenigen Fällen zu verwertbaren Angaben. Es zeigte sich, dass vor allem Unternehmen mit Weiterbildung in Form von Lehrveranstaltungen, die nahezu den gesamten Fragebogen zu beantworten hatten, das angebotene telefonische Interview ablehnten. Hauptgrund für die Ablehnung war dabei neben der zeitlichen Belastung auch die Tatsache, dass zur vollständigen Beantwortung der heterogenen Fragengebiete (Strukturfragen, Fragen zur Weiterbildung bzw. Fragen zur Erstausbildung) verschiedene Bereiche im Unternehmen hätten einbezogen werden müssen.

Einige der antwortenden Unternehmen konnten aufgrund von Konkurs oder Löschung, Fusion mit einem anderen Unternehmen, Verlagerung ins Ausland oder weil sie am 31. Dezember 2005 weniger als zehn Beschäftigte hatten, nicht für die Auswertung berücksichtigt werden. Hierbei handelt es sich um sogenannte unechte Ausfälle. Das sind Unternehmen, die zwar in der Stichprobe gezogen worden sind, aber aktuell nicht mehr zum Erhebungsbereich der Befragung gehören.

Insgesamt konnten von 10615 angeschriebenen Unternehmen 2857 bei der Auswertung berücksichtigt werden, was einer Antwortquote von 26,9% entspricht. Der Anteil unechter Ausfälle lag bei 5,7% (601 Unternehmen). Die gewünschte Antwortquote von etwa 40% war durch das umfangreiche Fragenprogramm und die streikbedingten Störungen der Feldarbeit in dieser freiwilligen Unternehmensbefragung nicht zu erreichen. Lediglich in den Wirtschaftsbereichen Energie- und Wasserversorgung mit 46,2% und Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden mit 39,8% wurden Antwortquoten im Bereich der Vorgabe erzielt. In den restlichen Wirtschaftsbereichen lagen die Antwortquoten mit einer Spannweite von 7,6% zwar eng beieinander, aber insgesamt deutlich unter der Vorgabe. Schaubild 1 zeigt die Antwortquoten für die einzelnen Wirtschaftsbereiche.

Die Datenerfassung fand dezentral in den einzelnen statistischen Ämtern statt. Eingegangene Fragebogen wurden zunächst einer ersten Sichtkontrolle unterzogen. Hierbei kam es vorrangig auf die Sichtung unvollständig beantworteter Fragebogen an. Nach dieser Eingangskontrolle folgten anhand einer ausführlichen Signieranleitung genauere Prüfungen. Diese verfolgten das Ziel, offensichtliche Unstimmigkeiten und fehlerhafte Angaben zu identifizieren, um möglichst zeitnah Ergänzungen und Korrekturen durch die Unternehmen vornehmen zu lassen. Da über 80% der Fälle nachträgliche Korrekturen erforderten, gestaltete sich dieser Prozess als sehr zeitaufwendig, war aber für die Qualität der Daten außerordentlich wichtig. Anschließend erfolgte die manuelle Datenerfassung. Dafür wurde vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen eine Eingabe- und Prüfsoftware (BLAISE-Anwendung) programmiert. Neben den von Eurostat vorgegebenen Plausibilitätsprüfungen waren in dem Programm eine Vielzahl weiterer logischer und arithmetischer Prüfungen integriert, die im Statistischen Bundesamt entwickelt wurden, um zum

Schaubild 1

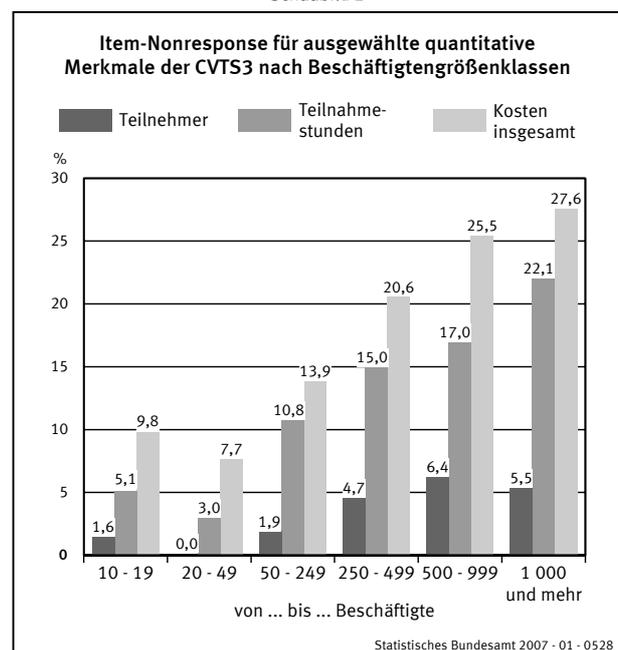


einen nationalen Besonderheiten und zum anderen dem hohen Qualitätsanspruch an die Daten Genüge zu tun.

2.4 Datenaufbereitung und Imputation fehlender Werte

Obwohl die Bearbeitung der Fragen zu den Teilnahmestunden (insbesondere die Aufteilung nach Geschlecht, Thema oder Anbieter der Lehrveranstaltungen) als auch der Fragen zu den Kosten für Lehrveranstaltungen von den Unterneh-

Schaubild 2



men als überaus schwierig beschrieben wurde, war der Antwortausfall bei diesen Merkmalen erfreulicherweise gering. Im Vergleich zur Erhebung CVTS2 konnte ein niedrigerer Item-Nonresponse erreicht werden. Die einzelnen Werte für den Item-Nonresponse ausgewählter Merkmale zur Weiterbildung für die sechs Unternehmensgrößenklassen sind im Schaubild 2 dargestellt. Es zeigt sich, dass mit zunehmender Unternehmensgröße der Item-Nonresponse steigt. Ein Grund dafür ist die fehlende regelmäßige Erfassung von Daten zur Weiterbildung in den Unternehmen. Im Gegensatz zu den großen Unternehmen können kleinere Unternehmen die Angaben, auch wenn sie nicht rechnerisch erfasst sind, aufgrund ihrer Überschaubarkeit leichter nachvollziehen.

Beim Merkmal Teilnehmende an Lehrveranstaltungen gab es eine Besonderheit im nationalen Fragebogen. Die Erfahrungen aus den ersten beiden CVTS-Erhebungen hatten gezeigt, dass in einer Reihe von Unternehmen die Angaben zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nicht als teilnehmende Personen, sondern nur als Teilnehmer-Fälle verfügbar waren.¹⁰⁾ Um die Angaben dieser Unternehmen nicht zu verlieren, wurde zusätzlich im deutschen Fragebogen das Merkmal „Teilnehmer-Fälle“ aufgenommen. Damit konnte ein Unternehmen je nach Verfügbarkeit einen der Werte, aber auch beide Werte, angeben. Die alleinige Angabe von Teilnehmer-Fällen stieg mit zunehmender Unternehmensgröße. Personenbezogene Angaben wurden von über 95 % der Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten geliefert. Die Hälfte aller Unternehmen nutzte die Möglichkeit, beide Formen anzugeben.

Da die Angaben zu Teilnehmerinnen und Teilnehmern als Personen an Eurostat zu übermitteln waren, mussten alle Datensätze mit nur fallbezogenen Werten auf Personenwerte umgerechnet werden. Die Umrechnung bei der CVTS3 erfolgte analog dem Verfahren bei der CVTS1 und CVTS2.¹¹⁾ Da von einer ausreichenden Zahl von Unternehmen beide Informationen vorlagen, konnte darüber hinaus das direkte Verhältnis von Personen zu Fällen ermittelt werden. Dieses wurde zur Kontrolle der Umrechnung in den einzelnen Referenzklassen¹²⁾ genutzt. Der Umrechnungsfaktor über alle Klassen lag bei 0,45. Damit hat jede Teilnehmerin bzw. jeder Teilnehmer im Durchschnitt mindestens zwei Weiterbildungsveranstaltungen im Jahr 2005 besucht.

Leider konnten nicht alle Unternehmen Angaben zu bestimmten quantitativen Merkmalen machen. Um die Datenlücken zu verringern, wurde in einem ersten Schritt gezielt bei diesen Unternehmen nachgefragt. Einige Unternehmen lieferten daraufhin zumindest näherungsweise Angaben oder gaben geschätzte Werte an. In einem zwei-

ten Schritt wurden die dann noch fehlenden Daten imputiert, soweit dies aufgrund der hohen Anforderungen an die Qualität der Daten möglich war.¹³⁾ Mit der Imputation werden fehlende Werte von Unternehmen, die einer bestimmten Referenzklasse zugeordnet sind, vor dem Hintergrund der Angaben der übrigen Unternehmen dieser Klasse nachträglich zugeschätzt. Bei der Imputation der quantitativen Variablen wurden die von Eurostat empfohlenen Verfahren angewendet. Die so geschätzten Werte wurden vor Übernahme in das Datenmaterial auf Plausibilität geprüft. Bei den Angaben der Unternehmen zu den qualitativen Merkmalen gab es nur einen geringen Item-Nonresponse. Für die qualitativen Fragen wurden die fehlenden Angaben mittels eines „Hot-Deck-Verfahrens“¹⁴⁾ zugeschätzt. Merkmale mit sehr geringen Antwortquoten waren von der Imputation ausgeschlossen, sodass hier die fehlenden Werte im Datensatz erhalten blieben.

2.5 Hoch- und Fehlerrechnung

Da aufgrund der Freiwilligkeit der CVTS3-Erhebung Antwortausfälle auftraten, wurde die Hochrechnung in zwei Schritten durchgeführt. Einer Behandlung der Antwortausfälle im ersten Schritt folgte im zweiten Schritt die eigentliche Hochrechnung durch eine Regressionsschätzung mit der Zahl der Beschäftigten laut Unternehmensregister (Auswahlgrundlage) als Bezugsmerkmal.

Für die Behandlung der Antwortausfälle wurde das Modell einer zufälligen Antwortgewährung mit gleichen Wahrscheinlichkeiten innerhalb einer Schicht zugrunde gelegt. Insbesondere in der obersten (nach oben offenen) Beschäftigtengrößenklasse mit 1000 und mehr Beschäftigten können Antwortausfälle ein großes Problem darstellen, da die Annahme einer schichtweise zufälligen Antwortgewährung hier am wenigsten gerechtfertigt ist. Eine Logit-Analyse¹⁵⁾ zeigte jedoch in dieser Größenklasse nur einen äußerst geringen Zusammenhang zwischen der Beschäftigtenzahl im Register¹⁶⁾ und der Antwortgewährung, sodass die Möglichkeit, die Antwortausfälle differenzierter nach der Beschäftigtenzahl zu behandeln, nicht realisiert wurde.

Durch die Verwendung eines Bezugsmerkmals wurde die Präzision der hochgerechneten Ergebnisse gegenüber einer freien Hochrechnung, bei der nur mit den Kehrwerten der Ziehungswahrscheinlichkeiten (ggf. korrigiert um Antwortausfälle) hochgerechnet wird, oftmals deutlich gesteigert, sofern das Erhebungsmerkmal (z. B. Zahl der Teilnehmenden an Lehrveranstaltungen) und das Bezugsmerkmal hoch korreliert waren. Als Bezugsmerkmal stand die Zahl der Beschäftigten im Unternehmensregister zum Zeitpunkt

10) Bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Ebene Personen wird jede bzw. jeder Beschäftigte nur einmal gezählt, unabhängig davon, an wie vielen Lehrveranstaltungen sie bzw. er im Laufe des Jahres 2005 teilgenommen hat. Auf der Ebene Teilnehmer-Fälle wird entsprechend der realisierten Teilnahmen mehrfach gezählt.

11) Siehe Schmidt, B.: „Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen im Rahmen des EG-Aktionsprogramms FORCE“, Fußnote 1.

12) In Anlehnung an die 60 Basisschichten wurden Unternehmen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftsbereich und/oder einer Größenklasse zu derartigen Klassen zusammengefasst.

13) Imputation für Item-Nonresponse wird innerhalb allgemeiner Grenzen empfohlen: siehe dazu Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 198/2006 der Kommission vom 3. Februar 2006, Fußnote 3.

14) Hier wird das sequenzielle Hot-Deck-Verfahren verwendet. Dabei werden innerhalb festgelegter Referenzklassen sequenziell den fehlenden Werten der qualitativen Merkmale die vorstehenden vorhandenen Werte zugewiesen. Fehlende Werte im ersten Datensatz werden mit einem Startwert substituiert. Die Anordnung der Datensätze in den verschiedenen Referenzklassen erfolgt zufällig. Die imputierten Ersatzwerte sind zusätzlich auf Plausibilität geprüft.

15) Die Logit-Analyse wurde über alle Wirtschaftszweige hinweg mit der Beschäftigtenzahl als erklärender Variablen durchgeführt; für eine Differenzierung nach Wirtschaftszeigen sind die Fallzahlen zu gering.

16) Für die Behandlung der Antwortausfälle steht neben der Schichtzugehörigkeit prinzipiell auch die Beschäftigtenzahl im Register zur Verfügung.

der Stichprobenziehung zur Verfügung. Konkret wurde eine Regressionsschätzung gegliedert nach den NACE30-Wirtschaftszweigen durchgeführt und der erhaltene Hochrechnungsfaktor an das Einzelmaterial angefügt.

Für die Fehlerrechnung wurde, wie bereits für die Hochrechnung, das SAS-Makropaket CLAN von Statistics Sweden verwendet. Die Fehlerrechnung erfolgte für verschiedene Merkmale (Unternehmen und Beschäftigte mit/ohne Weiterbildung, Teilnehmende, Kosten) und daraus abgeleitete Anteile, gegliedert nach Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen. Neben der Varianz der hochgerechneten Ergebnisse konnten auch der absolute Standardfehler und der relative Standardfehler berechnet werden.

Parallel dazu wurde eine Fehlerrechnung unter der Annahme der freien Hochrechnung durchgeführt. Es zeigte sich, dass die Regressionsschätzung für die meisten Merkmale zu deutlich präziseren Ergebnissen führte. Bei einem Großteil der quantitativen Merkmale liegt der relative Standardfehler unter 15 %. Damit ist die Aussagekraft dieser Ergebnisse nicht eingeschränkt. In Wirtschaftsbereichen, in denen nur wenige große Unternehmen geantwortet haben, steigt er, speziell bei den Ergebnissen zu Merkmalen der Weiterbildung, teilweise bis auf 30 %. Dies sollte bei der Interpretation der Werte berücksichtigt werden.¹⁷⁾

Im Wirtschaftszweig Nachrichtenübermittlung konnte ein Unternehmen hinsichtlich der Merkmale Teilnahmestunden und Kosten für Weiterbildungskurse als extremer Ausreißer identifiziert werden. Dadurch bestimmt dieses Unternehmen deutlich das Ergebnis des gesamten Wirtschaftszweigs. Das äußert sich in extrem hohen Zufallsfehlern (teilweise über 50 % relativer Standardfehler), da die durchgeführte Regressionsschätzung empfindlich auf extreme Ausreißer reagiert.

3 Ergebnisse

3.1 Angebot an Weiterbildung

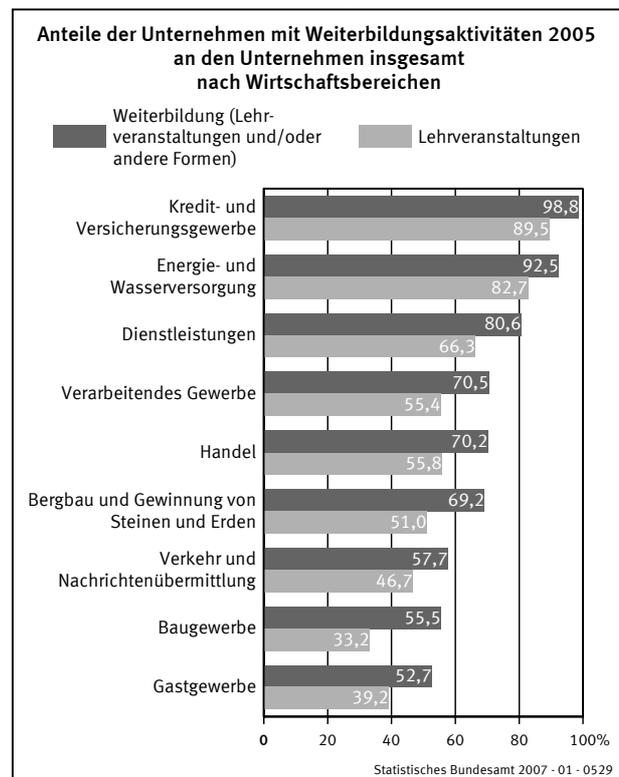
Über zwei Drittel (69,5 %) der Unternehmen haben im Jahr 2005 Weiterbildung in irgendeiner Form für ihre Beschäftigten angeboten. In den Unternehmen mit Weiterbildungsangebot arbeiteten 87,2% der Beschäftigten der in die Erhebung einbezogenen Wirtschaftszweige.

Die Beteiligung an Weiterbildung war in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich: Während im Kredit- und Versicherungsgewerbe nahezu jedes Unternehmen (99%) den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit eröffnete, sich beruflich fortzubilden, war es im Gastgewerbe nur jedes zweite (52,7 %).

Betrachtet man lediglich die klassische Form der Weiterbildung, nämlich Weiterbildungsveranstaltungen in Form von Lehrgängen, Kursen und Seminaren, so reduziert sich das Angebot merklich. 54,2% der Unternehmen boten ihren

Beschäftigten derartige Lehrveranstaltungen an. Auch hier lagen die Unternehmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes an der Spitze; knapp 90 % haben im Jahr 2005 Lehrveranstaltungen angeboten. Dagegen nutzte gerade jedes dritte Unternehmen im Baugewerbe die klassische Lehrveranstaltung zur Weiterbildung der Beschäftigten. Von den anderen Formen der Weiterbildung, wie zum Beispiel Informationsveranstaltungen, Selbstgesteuertem Lernen oder Job-Rotation, machten 65,9 % der Unternehmen Gebrauch. Immerhin die Hälfte (50,6 %) der Unternehmen griff sowohl auf Lehrveranstaltungen als auch auf andere Formen der Weiterbildung zurück.

Schaubild 3

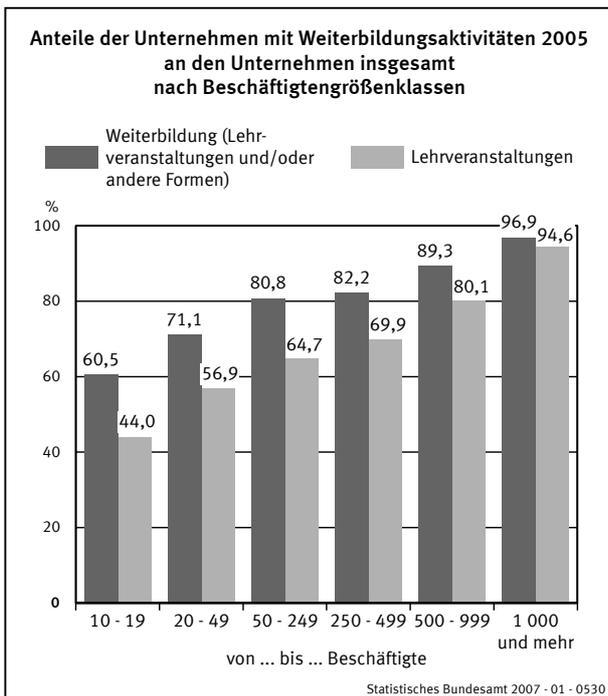


Das Weiterbildungsangebot ist abhängig von der Unternehmensgröße. Deutlich zeigt sich ein linearer Zusammenhang zwischen der Beschäftigtengrößenklasse und dem Weiterbildungsangebot: Während von den Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten 44 % Lehrveranstaltungen angeboten haben, waren es bei den Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten 94,6 %. Für das Angebot an Weiterbildungsaktivitäten überhaupt betragen die entsprechenden Werte 60,5 bzw. 96,9 % (siehe Schaubild 4 auf S. 706).

Verglichen mit den Ergebnissen aus der CVTS2 für 1999 haben im Jahr 2005 deutlich weniger Unternehmen Weiterbildung in Form von Lehrveranstaltungen oder anderen Formen für ihre Beschäftigten angeboten. Hatten 1999 noch 92 % der Beschäftigten der in die Erhebung einbezogenen Wirtschaftsbereiche in Unternehmen mit Weiterbildungs-

17) Für die verwendete Fehlerklassifikation siehe Egner, U.: „Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS2)“, Fußnote 1, hier: S. 62 f.

Schaubild 4



angebot gearbeitet, waren es 2005 4,8% weniger. In den Unternehmen mit Lehrveranstaltungen betrug dieser Rückgang sogar annähernd 10 Prozentpunkte (78% im Jahr 2005 gegenüber 87,6% im Jahr 1999).

3.2 Struktur der Teilnehmenden an Lehrveranstaltungen

In den Unternehmen mit Lehrveranstaltungen haben insgesamt 38,8% der Beschäftigten an Lehrveranstaltungen teil-

genommen. Dieser Wert liegt 2,8 Prozentpunkte über dem Wert aus der letzten Befragung (36%). Die Nutzung des von den Unternehmen zur Verfügung gestellten Weiterbildungsangebots durch die Beschäftigten hat sich somit im Jahr 2005 gegenüber 1999 leicht erhöht. Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsbereiche schwanken die Teilnahmequoten durchaus. Nahmen im Bereich Energie- und Wasserversorgung annähernd 60% der Beschäftigten die Möglichkeit der beruflichen Weiterbildung wahr, waren es im Gastgewerbe und im Handel nur knapp 30%. Ein Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage kann nicht festgestellt werden. Bei kleinen Unternehmen lagen die Teilnahmequoten am höchsten; mit zunehmender Unternehmensgröße nahmen sie ab. Einzig die Größenklasse 250 bis 499 Beschäftigte durchbrach diese Tendenz.

An betrieblicher Weiterbildung nahmen eher Männer als Frauen teil. Die Teilnahmequote der Frauen lag im Jahr 2005 bei 35,3%, die der Männer bei 41,0%. Wie für das Jahr 1999 in der CVTS2 konstatiert, profitierten auch 2005 mehr Männer als Frauen vom Weiterbildungsangebot. Die Differenz zwischen den Teilnahmequoten der beiden Geschlechter blieb nahezu unverändert.

Die Relation der geschlechtsspezifischen Teilnahmequoten variierte 2005 erheblich zwischen den Wirtschaftsbereichen. Nur im Dienstleistungsgewerbe und im Baugewerbe waren die Teilnahmequoten der Frauen höher als diejenigen der Männer. In allen anderen Wirtschaftsbereichen, auch in solchen mit einem höheren Frauenanteil an den Beschäftigten wie zum Beispiel Gastgewerbe (62,5%), Handel (58,0%) und Kredit- und Versicherungsgewerbe (57,9%), war es umgekehrt. Die größte Differenz der Teilnahmequoten zu Gunsten der Männer wiesen der Handel mit knapp 14 und die Energie- und Wasserversorgung mit 13 Prozentpunkten auf.

Tabelle 1: Teilnahmequoten¹⁾ in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen 2005
Prozent

Wirtschaftsbereiche Beschäftigtengrößenklassen	Insgesamt	Männer	Frauen	Alter von ... bis ... Jahren		
				unter 25	25 - 54	55 und älter
nach Wirtschaftsbereichen						
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	48,1	48,7	40,6	51,8	49,5	22,8
Verarbeitendes Gewerbe	42,2	43,6	38,0	42,5	43,6	32,2
Energie- und Wasserversorgung ...	58,4	61,9	48,9	45,8	62,7	30,7
Baugewerbe	34,7	34,1	38,9	40,0	35,6	25,9
Handel	29,8	37,8	24,0	21,6	32,8	19,4
Gastgewerbe	29,7	32,0	28,3	30,0	32,1	16,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	31,3	32,8	27,2	21,0	33,2	22,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	55,3	58,9	52,7	68,4	56,6	35,9
Dienstleistungen	38,9	37,3	41,3	32,4	41,4	26,1
Insgesamt ...	38,8	41,0	35,3	33,5	41,0	27,3
nach Beschäftigtengrößenklassen						
Unternehmen mit ...						
10 - 19 Beschäftigten	53,5	54,5	52,1	50,2	56,6	32,3
20 - 49 Beschäftigten	43,6	43,2	44,4	36,8	47,3	23,9
50 - 249 Beschäftigten	40,0	40,6	39,0	40,2	42,3	24,2
250 - 499 Beschäftigten	45,2	45,8	44,2	49,3	47,2	28,9
500 - 999 Beschäftigten	38,4	38,6	38,1	39,1	40,4	26,1
1 000 und mehr Beschäftigten	35,6	39,5	29,6	25,9	37,6	28,6
Insgesamt ...	38,8	41,0	35,3	33,5	41,0	27,3

1) Anteile der Teilnehmenden an Lehrveranstaltungen an den Beschäftigten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen.

Die Teilnahmequoten von Männern und Frauen unterschieden sich in den Unternehmen der Größenklassen mit weniger als 1000 Beschäftigten nur geringfügig. In den Großunternehmen jedoch lag die Teilnahmequote der Frauen um zehn Prozentpunkte unter jener der Männer.

Wie bereits eingangs angesprochen sind angesichts des demographischen Wandels die altersspezifischen Teilnahmequoten von besonderem Interesse. Ältere Beschäftigte ab 55 Jahren wiesen mit 27,3% die geringste Teilnahmequote auf. Auch bei den Personen unter 25 Jahren lag die Teilnahmequote mit 33,5% weit unter dem Durchschnitt. Dagegen nahmen 41% der Beschäftigten im Alter von 25 bis 54 Jahren an betrieblicher Weiterbildung teil.

Zwei von drei Beschäftigten unter 25 Jahren des Kredit- und Versicherungsgewerbes haben 2005 an Lehrveranstaltungen teilgenommen. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung und im Handel war es dagegen nur jeweils einer von fünf. Auch bei den Beschäftigten im Alter von 55 Jahren und älter wies das Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 35,9% die höchste Teilnahmequote auf. Die niedrigsten Quoten für diese Altersgruppe verzeichneten das Gastgewerbe (16,6%) und der Handel (19,4%). Die Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen, der die meisten Beschäftigten angehören, hatte auch in sechs der neun Wirtschaftsbereiche die höchsten Teilnahmequoten. In Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung wurde das Weiterbildungsangebot durch diese Personengruppe mit 62,7% besonders intensiv genutzt.

Als Berufsanfänger konnte man in kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit eine

Lehrveranstaltung besuchen. Im Jahr 2005 lag die Teilnahmequote der jungen Beschäftigten in Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten bei 50,2%, in Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten nur knapp darunter (49,3%). Bei den Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten betrug die Quote nur noch 25,9%. Die Teilnahmequote der Beschäftigten im Alter von 55 Jahren und älter schwankte erheblich weniger zwischen den Größenklassen als die Quoten für die beiden anderen Altersgruppen.

Schaubild 6

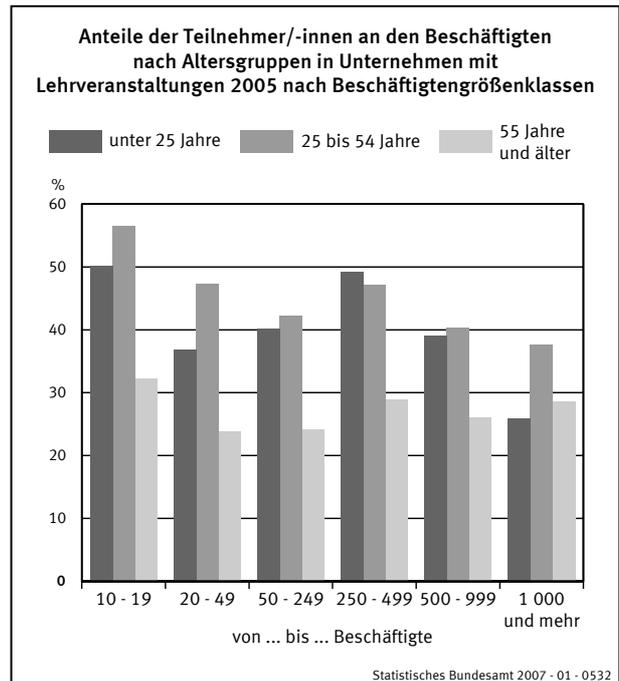
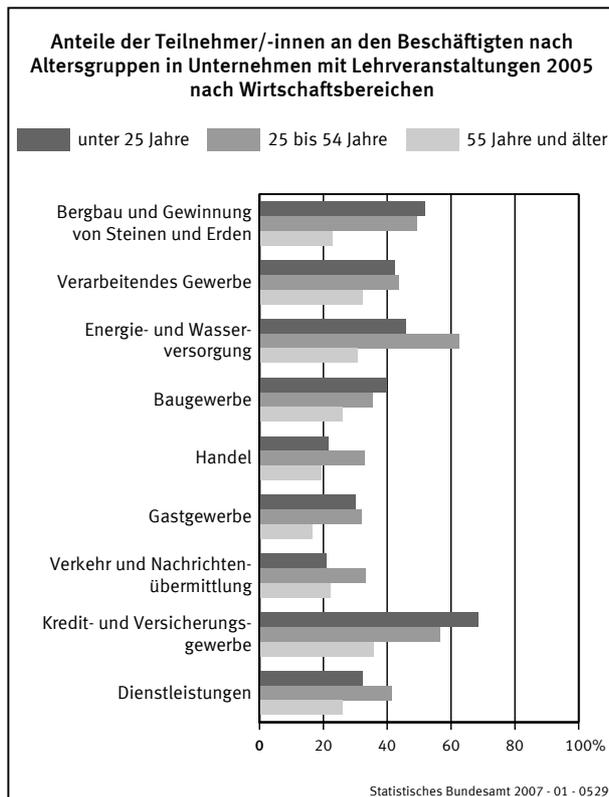


Schaubild 5



3.3 Ausprägungen der Teilnahmestunden

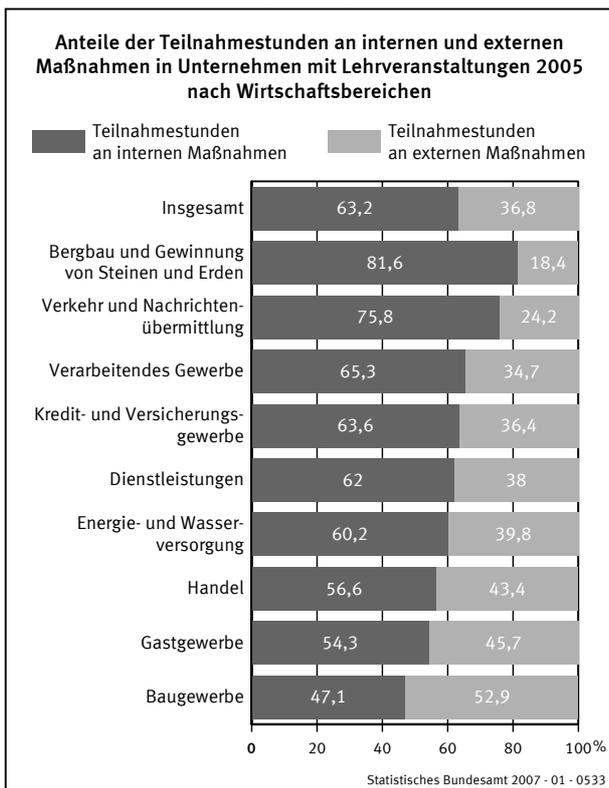
Neben den Teilnahmequoten sind Angaben zum zeitlichen Aufwand der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die berufliche Weiterbildung von großer Bedeutung. Im Durchschnitt lagen die Teilnahmestunden je Teilnehmerin bzw. je Teilnehmer im Jahr 2005 bei 30 Stunden. Gegenüber 1999 ist dieser Wert um drei Stunden gestiegen. Auf die Beschäftigten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen bezogen, ergab sich ein Zeitaufwand von elf Stunden im Jahr 2005. Auch hier lag der Wert um eine Stunde über dem Ergebnis für das Jahr 1999.

Im Gegensatz zu den Teilnahmequoten waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Teilnahmestunden insgesamt weniger stark ausgeprägt. Männer nahmen im Schnitt etwas länger an Weiterbildungsveranstaltungen teil als Frauen (30 Stunden gegenüber 28 Stunden bei Frauen). Bei den Teilnahmestunden je Beschäftigte sah es mit 12 Stunden für männliche und 10 Stunden für weibliche Beschäftigte ähnlich aus. Die meiste Zeit verbrachten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bereiche Kredit- und Versicherungsgewerbe (41 Stunden) und Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (33 Stunden) in Lehrveranstaltungen. Demgegenüber hatten Teilnehmerinnen und

Teilnehmer im Baugewerbe die wenigsten Teilnahmestunden (23 Stunden).

Die im Jahr 2005 durchgeführten Lehrveranstaltungen lassen sich nach internen und externen Maßnahmen unterscheiden. Eine interne Maßnahme liegt dann vor, wenn die Verantwortung für Ziele, Inhalte und Organisation beim Unternehmen selbst liegt und ausschließlich oder überwiegend Beschäftigte des Unternehmens teilnehmen. Externe Lehrveranstaltungen werden von externen Trägern auf dem freien Markt angeboten. Die Verantwortung für Konzeption, Organisation und Durchführung liegt hier im Wesentlichen beim externen Träger. Eine Auswertung der Teilnahmestunden bescheinigt den internen Lehrveranstaltungen die größere Bedeutung. Nahezu zwei Drittel des gesamten Zeitaufwands ließen sich diesen Maßnahmen zuordnen. Dabei fiel der Anteil der für interne Maßnahmen aufgewendeten Zeit an den gesamten Teilnahmestunden in den Wirtschaftsbereichen unterschiedlich aus. Nur im Baugewerbe war der Zeitaufwand für externe Lehrveranstaltungen höher als jener für interne Lehrveranstaltungen (siehe Schaubild 7).

Schaubild 7

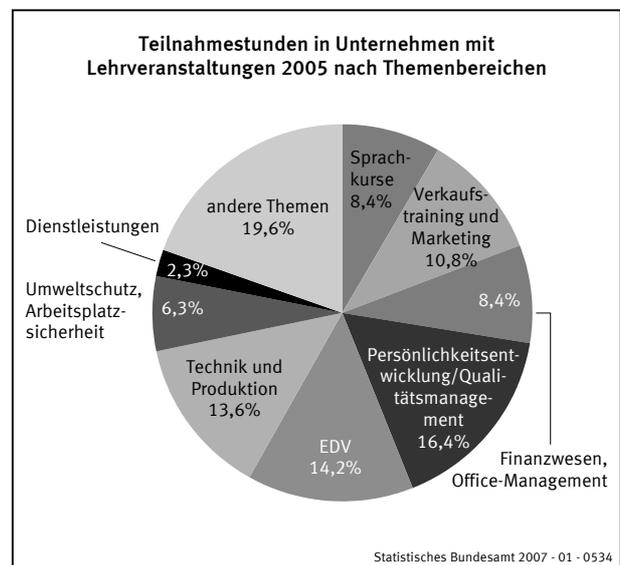


Die in Schaubild 7 dargestellte Relation hing stark von der Unternehmensgröße ab. In Kleinunternehmen fehlt häufig das Know-how für die Konzeption von internen Lehrveranstaltungen. Außerdem ist für diese Unternehmen der

Besuch externer Lehrveranstaltungen vielfach kostengünstiger. Gründe dafür sind neben den meist kleinen Teilnehmergruppen oft auch das fehlende interne Lehrpersonal. Bei den Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten lag der Anteil des Zeitaufwands für externe Lehrveranstaltungen an den Teilnahmestunden insgesamt weit über 60%. Mit steigender Beschäftigtenzahl fiel der Anteil der internen Weiterbildungsstunden höher aus; in Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten belief er sich auf drei Viertel der Teilnahmestunden insgesamt.

Lehrveranstaltungen finden in der betrieblichen Weiterbildung zu einer Vielzahl von Themen statt. Im Fragebogen waren den Unternehmen acht zusammengefasste Themenbereiche¹⁸⁾ vorgegeben worden, hinzu kam die Position „sonstige Themenbereiche“. Die meisten Stunden der Lehrveranstaltungen im Jahr 2005 entfielen mit 16,4% auf den Themenbereich Persönlichkeitsentwicklung/Qualitätsmanagement (siehe Schaubild 8). Es folgten die klassischen Themengebiete EDV (14,2%) und Technik und Produktion (13,6%). Seltener hatten Lehrveranstaltungen die Themen Dienstleistungen (2,3%) oder Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit (6,4%) zum Inhalt. Fast 20% der Teilnahmestunden wurden den sonstigen Themenbereichen zugeordnet. Hierbei handelte es sich zum Großteil um den Zeitaufwand für die Teilnahme an themenübergreifenden Lehrveranstaltungen, der von den Unternehmen nicht genau aufgeteilt werden konnte.¹⁹⁾

Schaubild 8



Bei externen Lehrveranstaltungen interessiert neben der thematischen Zuordnung auch die anbietende Institution. Dafür wurden den Unternehmen unterschiedliche Weiterbildungsträger vorgegeben. Wie bereits bei der CVTS2 hatten die privaten Bildungsanbieter mit einem Anteil von 37,8% das größte Gewicht. Mit etwas Abstand folgten die Orga-

18) Die verwendete Gliederung der Themenbereiche basiert auf der Klassifikation der Ausbildungsfelder. Siehe CEDEFOP/Eurostat (Hrsg.): „Handbuch der Ausbildungsfelder“, Thessaloniki und Luxemburg 1999.

19) Ähnliche Probleme gab es auch schon in der Erhebung CVTS2, siehe dazu Egner, U.: „Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS2)“, Fußnote 1, hier: S. 1017.

nisationen der Wirtschaft mit ihren Bildungseinrichtungen (21,5%) und die Hersteller und Lieferanten/Muttergesellschaften (18%). Lediglich ein kleiner Teil der Teilnahmestunden an externen Lehrveranstaltungen wurde den Universitäten und Fachhochschulen, den Gewerkschaften bzw. den öffentlichen Anbietern zugeordnet. In diesen Institutionen finden nach wie vor zum größten Teil allgemeine Weiterbildung bzw. Ausbildung statt. 5,8% der Teilnahmestunden an externen Maßnahmen entfielen auf Lehrveranstaltungen sonstiger Träger.

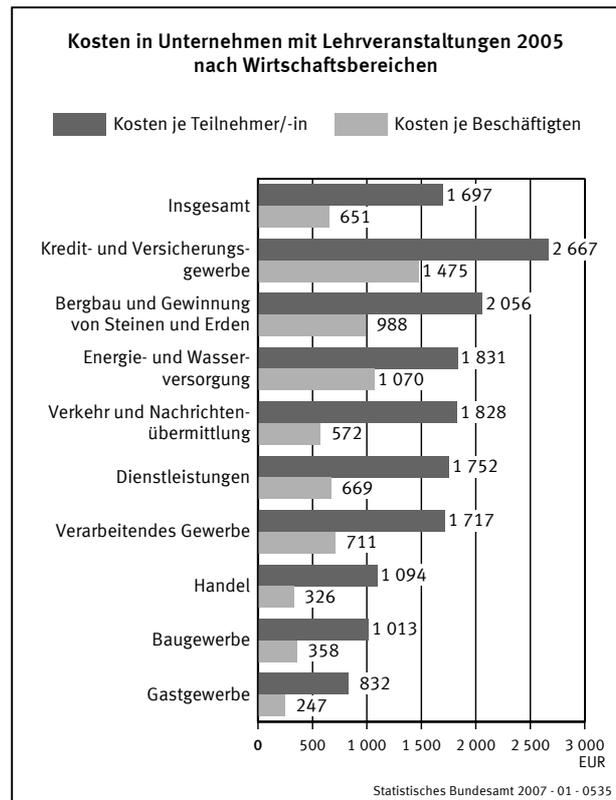
3.4 Kosten der betrieblichen Weiterbildung

Da die Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen im betrieblichen Rechnungswesen oft nicht auf gesonderten Konten erfasst werden, hatten viele Unternehmen Schwierigkeiten, Angaben zu den Weiterbildungskosten zu machen. Probleme bei der Kostenerfassung waren auch schon in der CVTS1 und der CVTS2 aufgetreten.²⁰⁾ Dennoch wurden die Kosten für Lehrveranstaltungen in einer Gliederung nach fünf Kostenarten²¹⁾ erhoben. Eine Reihe von Unternehmen konnte nur grob geschätzte Werte für diese Merkmale melden. Insgesamt gesehen waren die Angaben zu den Kosten in der CVTS3 vollständiger als noch in früheren Erhebungen. Dies zeigt sich nicht zuletzt in einem weitaus niedrigeren Item-Nonresponse (siehe Schaubild 2) als noch in der CVTS2.

Die Personalausfallkosten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Lehrveranstaltungen stellen die indirekten Kosten der betrieblichen Weiterbildung dar. Dieser Kostenbestandteil wurde nicht vom Unternehmen erfragt, da dessen Ermittlung für die Unternehmen sehr aufwendig ist und vermutlich die Auskunftsbereitschaft signifikant verringert hätte. Mit den Angaben zu Arbeitsstunden und Personalaufwendungen für die Beschäftigten und den Angaben zu Teilnahmestunden für Lehrveranstaltungen wurde dieses Merkmal nachträglich berechnet.²²⁾ Da höher qualifizierte Personen höhere Einkommen erzielen und häufiger an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, können mit diesem Verfahren die Personalausfallkosten nur grob geschätzt werden.²³⁾

Die Kosten für Weiterbildung lagen im Jahr 2005 im Durchschnitt bei 1697 Euro je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer an Lehrveranstaltungen. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe war Weiterbildung am teuersten. Ein Unternehmen dieses Bereichs hatte Kosten in Höhe von durchschnittlich 2667 Euro je teilnehmender Person bzw. 1475 Euro je Beschäftigten. Deutlich geringere Kosten für Weiterbildung fielen in Unternehmen des Gastgewerbes an. Hier beliefen sich die Kosten auf 832 Euro je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer und auf 247 Euro je Beschäftigten. Die für den Wirtschaftsbereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung ausgewiesenen Beträge sind aufgrund eines hohen rela-

Schaubild 9



tiven Standardfehlers in ihrer Aussagekraft eingeschränkt (siehe Erläuterungen im Abschnitt 2.5).

Die Weiterbildungskosten werden auch von der Unternehmensgröße beeinflusst. Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten hatten die höchsten Kosten je teilnehmende Person mit durchschnittlich 2060 Euro im Jahr 2005. In Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten (1252 Euro) und 20 bis 49 Beschäftigten (1143 Euro) war der Aufwand je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer bedeutend geringer. Hierfür lassen sich verschiedene Gründe anführen. Großunternehmen unterhalten vielfach eine aufwendige Weiterbildungsinfrastruktur (z.B. ein eigenes Bildungszentrum, internes Weiterbildungspersonal, externe Berater). Sie können Weiterbildungsmaßnahmen so besser auf die Bedürfnisse des Unternehmens zuschneiden. Kleinere Unternehmen dagegen setzen verstärkt auf externe Lehrveranstaltungen.

Eine Betrachtung der Weiterbildungskosten nach Kostenarten zeigt folgendes Bild: Der Anteil der Personalausfallkosten lag bei durchschnittlich 53,0%. Von den direkten Kostenarten war der Anteil von Zahlungen und Gebühren einschließlich der Kosten für externes Weiterbildungspersonal mit 28,7% am bedeutendsten. Kosten für Räume und Ausstattung, Unterrichtsmaterial, Reisekosten und Beiträge für die Weiterbildung hatten zusammen einen Anteil

20) Siehe dazu Schmidt, B., Fußnote 1, und Egner, U.: „Zweite Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS2)“, Fußnote 1, hier: S. 1019.

21) Dabei handelte es sich um (1) Zahlungen und Gebühren sowie Kosten für externes Weiterbildungspersonal, (2) Reisekosten, Spesen und Tagegeld, (3) Personalaufwendungen für internes Weiterbildungspersonal, (4) Kosten für Räume und Ausstattung, (5) Kosten für Unterrichtsmaterial. Zusätzlich waren auch Angaben zu Umlagen oder Beiträgen an Fonds sowie zu Einnahmen aus Fonds, Zuschüssen oder finanziellen Unterstützungen für Weiterbildungsaktivitäten vom Unternehmen gefragt.

22) Personalausfallkosten = Teilnahmestunden • Personalaufwendungen/Arbeitsstunden.

23) Siehe dazu Konsortium Bildungsberichterstattung: „Bildung in Deutschland“, Bielefeld 2006, S. 125 f.

Tabelle 2: Kennzahlen zu den Kosten für Lehrveranstaltungen
EUR

Kennzahl	CVTS2 Berichtsjahr 1999	CVTS3 Berichtsjahr 2005
Kosten je Teilnehmestunde		
Kosten je Teilnehmestunde insgesamt	63,29	56,74
Kosten je Teilnehmer/-in		
Kosten je Teilnehmer/-in insgesamt ..	1 723	1 697
Personalausfallkosten	746	900
Kosten der Lehrveranstaltungen	977	797
Kosten je Beschäftigten		
in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen		
Kosten je Beschäftigten insgesamt ..	624	651
Personalausfallkosten	270	345
Kosten der Lehrveranstaltungen ..	354	306
in allen Unternehmen (mit bzw. ohne Lehrveranstaltungen)		
Kosten je Beschäftigten insgesamt ..	547	504
Personalausfallkosten	237	267
Kosten der Lehrveranstaltungen ..	310	237

von 9,0%. Ferner waren in den Weiterbildungskosten noch Aufwendungen für internes Weiterbildungspersonal in Höhe von 9,3% enthalten.

Die Weiterbildungskosten je Beschäftigten lagen 2005 in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen bei 651 Euro. Im Rahmen der CVTS2 wurde dafür 1999 ein Wert von 624 Euro ermittelt. Für die Kostensteigerung sind primär die höheren Personalausfallkosten ursächlich, die aufgrund der Zunahme der durchschnittlichen Teilnehmestunden und der Änderung der Personalkosten 2005 bei 345 Euro je Beschäftigten lagen (gegenüber 270 Euro im Jahr 1999). Für die Lehrveranstaltungen selbst wurde dagegen 2005

mit 306 Euro je Beschäftigten deutlich weniger ausgegeben als 1999 (354 Euro). Auf der Basis der CVTS3 kann nicht ermittelt werden, ob diese Entwicklung auf Effizienzsteigerungen (z.B. eine höhere Auslastung von internen Lehrgängen, Kursen und Seminaren) oder Qualitätsänderungen zurückzuführen ist. Werden zusätzlich auch Unternehmen ohne Lehrveranstaltungen in die Beobachtung einbezogen, ist ein Rückgang der Weiterbildungskosten gegenüber dem Jahr 1999 festzustellen. 1999 wendeten die Unternehmen im Durchschnitt 547 Euro je Beschäftigten auf, im Jahr 2005 jedoch trotz der Preisänderungen nur noch 504 Euro je Beschäftigten (siehe Tabelle 2).

3.5 Betriebliche Weiterbildung in anderer Form

Betriebliche Weiterbildung findet nicht nur in traditionellen Lehrveranstaltungen statt. Es gibt eine Vielzahl anderer Möglichkeiten, die den Unternehmen zur Fortbildung der eigenen Beschäftigten zur Verfügung stehen. Dazu zählen beispielsweise der Besuch von Informationsveranstaltungen, die geplante Weiterbildung durch Job-Rotation, Austauschprogramme, Abordnungen und Studienbesuche oder die geplante Einarbeitung einer Mitarbeiterin bzw. eines Mitarbeiters am Arbeitsplatz. Erstmals wurden zu diesen anderen Formen der betrieblichen Weiterbildung auch Teilnehmerzahlen erfragt.

Knapp 66% der Unternehmen machten 2005 von anderen Weiterbildungsformen Gebrauch, 1999 waren es noch 72%. Die klassische Form der Lehrveranstaltungen wurde in 54,2% aller befragten Unternehmen eingesetzt, gegenüber 67% bei der CVTS2. Ein Vergleich der Relation in beiden Erhebungszeiträumen zeigt, dass der Rückgang bei den Lehrver-

Tabelle 3: Teilnahmequoten¹⁾ in Unternehmen mit anderen Formen der Weiterbildung 2005
Prozent

Wirtschaftsbereiche Beschäftigtengrößenklassen	Geplante Phasen der Weiterbildung am Arbeitsplatz	Job-Rotation, Austauschprogramme, Abordnungen, Studienbesuche	Lern- und Qualitätszirkel	Selbstgesteuertes Lernen	Informations- veranstaltungen
nach Wirtschaftsbereichen					
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	20,4	2,3	6,4	6,2	14,0
Verarbeitendes Gewerbe	30,2	1,8	7,2	21,0	9,9
Energie- und Wasserversorgung ...	11,3	0,8	2,1	3,1	19,7
Baugewerbe	15,8	1,0	1,8	1,2	14,7
Handel	39,5	2,1	6,6	19,2	10,8
Gastgewerbe	48,0	2,2	7,1	3,0	12,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	25,0	1,1	4,5	6,9	10,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe.	36,1	1,9	3,5	23,1	20,6
Dienstleistungen	25,1	1,6	4,0	5,7	14,4
Insgesamt ...	30,5	1,7	5,6	14,8	12,3
nach Beschäftigtengrößenklassen					
Unternehmen mit ...					
10 - 19 Beschäftigten	31,1	2,4	7,2	8,5	28,4
20 - 49 Beschäftigten	30,2	1,7	5,5	7,5	18,9
50 - 249 Beschäftigten	32,1	1,4	5,4	3,9	15,1
250 - 499 Beschäftigten	23,6	1,2	5,3	2,9	13,9
500 - 999 Beschäftigten	24,6	1,2	4,1	7,7	12,1
1 000 und mehr Beschäftigten	32,1	2,0	5,8	24,6	8,3
Insgesamt ...	30,5	1,7	5,6	14,8	12,3

1) Anteile der Teilnehmenden an anderen Formen der Weiterbildung an den Beschäftigten insgesamt in Unternehmen mit anderen Formen der Weiterbildung.

anstaltungen mit rund 13 Prozentpunkten mehr als doppelt so hoch ausfiel wie bei den anderen Formen der Weiterbildung (-6 Prozentpunkte). Von den alternativen Formen der betrieblichen Weiterbildung waren Informationsveranstaltungen am bedeutendsten. 57,7% aller Unternehmen boten ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Informationsveranstaltungen an. Bei 48,1% wurden geplante Phasen der Weiterbildung am Arbeitsplatz eingesetzt. Selbstgesteuertes Lernen (15,4%), Lern- und Qualitätszirkel (15,5%) und Job-Rotation (8,6%) nutzten die Unternehmen weniger oft zur Qualifizierung der Beschäftigten.

Obwohl in mehr als jedem zweiten Unternehmen Informationsveranstaltungen angeboten wurden, nahm insgesamt nur jede bzw. jeder achte Beschäftigte daran teil. Vorrangig in kleineren Unternehmen war diese Weiterbildungsform für Beschäftigte von Bedeutung. Geplante Phasen der Weiterbildung am Arbeitsplatz wurden von 30,5% der Beschäftigten in Unternehmen mit entsprechendem Angebot genutzt. Im Gastgewerbe, im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe lagen die Teilnahmequoten an dieser Form der betrieblichen Weiterbildung teilweise weit über dem Durchschnitt. Nur geringe quantitative Bedeutung innerhalb der anderen Formen der betrieblichen Weiterbildung hatten Lern- und Qualitätszirkel sowie Job-Rotation. Weniger als 8% der Beschäftigten in den Unternehmen, die solche Maßnahmen anboten, nutzten sie zur Fortbildung. Selbstgesteuertes Lernen wurde am häufigsten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten nachgefragt (siehe Tabelle 3).

4 Ausblick

Mit den Daten aus der Dritten Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen steht nunmehr aktuelles Material zu den Weiterbildungsaktivitäten von Unternehmen in Deutschland und Europa bereit. Dieser Beitrag beschreibt kurz die konzeptionellen Hintergründe und methodischen Grundzüge der Befragung. Weiter werden erste Ergebnisse zum Weiterbildungsangebot und zu Schlüsselvariablen (Teilnehmende, Teilnahmestunden, Kosten) dargestellt.

Die Vielzahl qualitativer Merkmale in der Befragung bleibt in diesem Beitrag noch unberücksichtigt. Die Veröffentlichung der qualitativen Ergebnisse ist in Form eines weiteren Beitrags in dieser Zeitschrift vorgesehen. Zusätzlich soll ein Band mit Tabellen zu einer Vielzahl quantitativer und qualitativer Merkmale in der Gliederung nach 20 Wirtschaftszweigen und sechs Beschäftigtengrößenklassen erstellt werden.

Außerdem ist geplant, die Daten der CVTS3 als Scientific-Use-File der Wissenschaft und als Campus-File der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.²⁴⁾ Vorher müssen die Daten jedoch hinreichend anonymisiert werden, damit die strengen Anforderungen an die Sicherheit von Unternehmensangaben gewährleistet bleiben. Diese Aufgabe wird von den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wahrgenommen.

Auf europäischer Ebene sollen rund 100 Tabellen zur CVTS3 erstellt werden. In etwa zehn weiteren Tabellen sollen gezielt Ergebnisse der Erhebungszeiträume 1999 und 2005 miteinander verglichen werden. Weiter ist die schriftliche Aufarbeitung von Kernaussagen der CVTS3 mit besonderem öffentlichen Interesse vorgesehen. [uu](#)

24) Aus den Daten der CVTS2 wurden bereits ein Scientific-Use-File und ein Campus-File erstellt. Informationen dazu stehen im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de zur Verfügung.

Dipl.-Volkswirt Heiko Pfaff und Mitarbeiterinnen

Schwerbehinderte Menschen 2005

Zum Jahresende 2005 lebten 6,8 Mill. schwerbehinderte Menschen in Deutschland; das waren 126 000 Personen bzw. 1,9% mehr als am Jahresende 2003. Bezogen auf die Bevölkerung war somit in Deutschland jeder zwölfte Einwohner (8,2%) schwerbehindert. Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt worden ist. Knapp über die Hälfte (52,1%) der Schwerbehinderten waren männlich.

Erwartungsgemäß kamen Behinderungen bei Menschen im fortgeschrittenen Alter häufiger vor: So waren 53,3% der Schwerbehinderten 65 Jahre und älter, weitere 21,1% gehörten der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren an. Nur 2,4% waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

In den weitaus meisten Fällen (83,0%) wurde die Behinderung durch eine Krankheit verursacht; 4,6% der Behinderungen waren angeboren, 2,3% waren auf einen Unfall oder eine Berufskrankheit zurückzuführen.

Am häufigsten litten die schwerbehinderten Menschen unter einer Funktionsbeeinträchtigung der inneren Organe bzw. Organsysteme (25,8%). 14,1% waren von Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen, und zwar insbesondere der Beine (10,5%) betroffen; bei 13,0% waren Wirbelsäule und Rumpf in ihrer Funktion eingeschränkt. Auf zerebrale Störungen entfielen 8,9%. In 5,1% der Fälle lag Blindheit oder Sehbehinderung vor.

Vorbemerkung

Behinderte odervon Behinderung bedrohte Menschen erhalten nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) Leistungen, um ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern sowie Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. Schwerbehinderte Menschen haben – insbesondere im Erwerbsleben – zusätzliche Leistungsansprüche.

Die Bundesstatistik der schwerbehinderten Menschen liefert wichtige Informationen über die Schwerbehinderten und stellt somit Basisdaten und Beurteilungsgrundlagen für sozialpolitische Planungen und Maßnahmen bereit. Im Einzelnen werden Angaben über die Anzahl der schwerbehinderten Menschen, ihr Alter und ihr Geschlecht sowie über Art, Ursache und Grad der jeweiligen Behinderung erhoben. Die Informationen werden dabei aus den Dateien der Versorgungsämter gewonnen.

Seit 1979 wird alle zwei Jahre zum Stichtag 31. Dezember eine Bundesstatistik über schwerbehinderte Menschen durchgeführt. Von 1979 bis einschließlich 1985 wurden in die Statistik neben den schwerbehinderten auch die leichter behinderten Menschen einbezogen. Rechtsgrundlage für die Statistiken von 1987 bis 1999 war § 53 des Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Seit dem Jahr 2001 wird auf der Grundlage des § 131 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)¹⁾ alle zwei Jahre die Statistik der schwerbe-

1) § 131 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen –, Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 3 des Gesetzes vom 27. April 2005 (BGBl. I S. 1138), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2005 (BGBl. I S. 1534).

hinderten Menschen durchgeführt. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Erhebung zum 31. Dezember 2005 dargestellt.

6,8 Mill. schwerbehinderte Menschen in Deutschland

Schwerbehinderte im Sinne des SGB IX (§2 Abs. 2) sind Personen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50. Sie müssen außerdem in Deutschland rechtmäßig wohnen bzw. ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben oder hier beschäftigt sein.

Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate – also nicht nur vorübergehend – von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.

Eine Schwerbehinderung wird in der Regel von der Versorgungsverwaltung festgestellt, die auf Antrag zusätzlich einen Schwerbehindertenausweis ausstellt. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen. Mit ihm können die Rechte und Nachteilsausgleiche nach dem SGB IX und anderen Vorschriften genutzt werden. Der Ausweis ist dabei in der Regel längstens fünf Jahre gültig. In der Statistik sind nur die schwerbehinderten Menschen mit einem solchen gültigen Ausweis erfasst.

Nach den Ergebnissen der Schwerbehindertenstatistik lebten zum Jahresende 2005 in Deutschland 6,8 Mill. schwerbehinderte Menschen; das waren rund 126 000 Personen bzw. 1,9% mehr als am Jahresende 2003.²⁾

Bezogen auf die Bevölkerung war in Deutschland jeder zwölfte Einwohner schwerbehindert. Die Schwerbehinderterquote (d.h. der Anteil der Schwerbehinderten an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe) betrug somit 8,2%. Im früheren Bundesgebiet war jeder zwölfte (8,3%), in den neuen Ländern hingegen „nur“ jeder dreizehnte Einwohner (7,6%) schwerbehindert.

In den neuen Ländern weisen Mecklenburg-Vorpommern – wie aus Tabelle 1 und Schaubild 1 hervorgeht – mit 8,3% die höchste sowie Sachsen mit 7,0% die niedrigste Schwerbehindertenquote auf. In der Gruppe der alten Bundesländer liegen die Werte für Berlin und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 9,1% am höchsten, für Baden-Württemberg (6,8%) am niedrigsten. Die Quoten zwischen den Bundesländern differieren somit zum Teil deutlich.³⁾

Tabelle 1: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Bundesländern

Land	Schwerbehinderte Menschen insgesamt	Schwerbehindertenquote ¹⁾
Baden-Württemberg	728 540	6,8
Bayern	1 053 215	8,4
Berlin	308 765	9,1
Brandenburg	210 059	8,2
Bremen	59 775	9,0
Hamburg	132 982	7,6
Hessen	528 394	8,7
Mecklenburg-Vorpommern ...	142 005	8,3
Niedersachsen	649 037	8,1
Nordrhein-Westfalen	1 637 650	9,1
Rheinland-Pfalz	324 190	8,0
Saarland	85 739	8,2
Sachsen	300 489	7,0
Sachsen-Anhalt	177 411	7,2
Schleswig-Holstein	237 791	8,4
Thüringen	189 313	8,1
Deutschland ...	6 765 355	8,2
nachrichtlich:		
Früheres Bundesgebiet		
einschließlich Berlin	5 746 078	8,3
Neue Länder	1 019 277	7,6

1) Anteil der schwerbehinderten Menschen an der Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes in %; Bevölkerungsstand: 31. Dezember 2005.

2) Eine ergänzende Bewertung der Datenqualität der Statistik der schwerbehinderten Menschen („Qualitätsbericht – Statistik der schwerbehinderten Menschen“) sowie Hinweise zu gewissen Einschränkungen bei der zeitlichen Vergleichbarkeit der Daten finden sich im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/, Services: Publikationen → Qualitätsberichte → Sozialleistungen.

3) Ausführliche Daten über die strukturelle Verteilung der schwerbehinderten Menschen 2005 (Alter, Geschlecht, Art und Ursache der Behinderung) in den Bundesländern können per E-Mail (schwerbehinderte@destatis.de) angefordert werden.

Schaubild 1

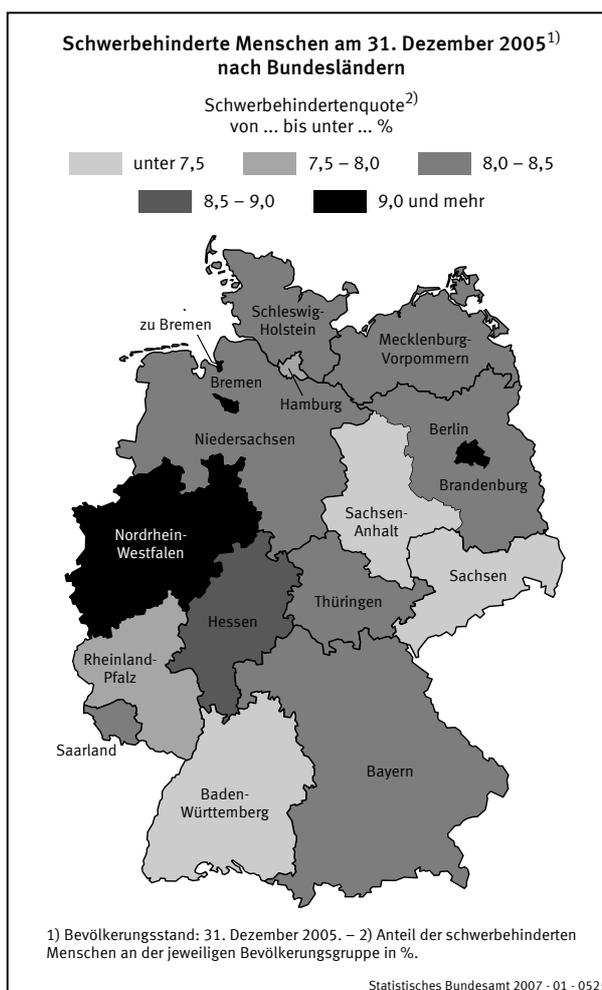


Tabelle 2: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 4	14 478	0,2	8 229	0,2	6 249	0,2
4 - 6	14 611	0,2	8 425	0,2	6 186	0,2
6 - 15	91 124	1,3	53 476	1,5	37 648	1,2
15 - 18	41 342	0,6	24 106	0,7	17 236	0,5
18 - 25	111 722	1,7	64 989	1,8	46 733	1,4
25 - 35	200 061	3,0	112 305	3,2	87 756	2,7
35 - 45	468 581	6,9	251 216	7,1	217 365	6,7
45 - 55	794 660	11,7	418 505	11,9	376 155	11,6
55 - 60	607 467	9,0	335 619	9,5	271 848	8,4
60 - 62	282 040	4,2	160 432	4,5	121 608	3,8
62 - 65	535 298	7,9	318 926	9,0	216 372	6,7
65 - 70	937 366	13,9	553 182	15,7	384 184	11,9
70 - 75	778 768	11,5	433 126	12,3	345 642	10,7
75 - 80	758 154	11,2	378 784	10,7	379 370	11,7
80 und mehr	1 129 683	16,7	406 663	11,5	723 020	22,3
Insgesamt ...	6 765 355	100	3 527 983	100	3 237 372	100
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin	5 746 078	84,9	3 018 971	85,6	2 727 107	84,2
Neue Länder	1 019 277	15,1	509 012	14,4	510 265	15,8

Drei Viertel der Schwerbehinderten älter als 55 Jahre

Erwartungsgemäß kamen Behinderungen bei Personen im fortgeschrittenen Alter häufiger vor als bei jüngeren (siehe Tabelle 2). Mehr als die Hälfte (53,3 %) der schwerbehinderten Menschen waren 65 Jahre und älter und etwas über ein Fünftel (21,1 %) gehörte der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen an. Dagegen fiel der Anteil der unter 18-Jährigen mit 2,4 % gering aus.

Insgesamt überwogen unter den schwerbehinderten Personen mit 52,1 % die Männer. Nur in der Altersgruppe der 75-Jährigen und Älteren gab es – absolut gesehen – deutlich mehr weibliche als männliche Schwerbehinderte, was

in erster Linie durch den hohen Anteil von Frauen an der Bevölkerung dieser Altersklasse – aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung – begründet ist.

Der Effekt, den eine unterschiedliche Altersstruktur der Geschlechter hervorruft, lässt sich durch die Berechnung von altersspezifischen Schwerbehindertenquoten ausblenden (siehe Schaubild 2 und Tabelle 3). Bei beiden Geschlechtern steigt mit dem Alter die Schwerbehindertenquote – also die Wahrscheinlichkeit, schwerbehindert zu sein – an. Die starke Zunahme der Quote bei den 60- bis unter 65-Jährigen ist – insbesondere bei den Männern – wohl auch darauf zurückzuführen, dass in diesem Alter vermehrt Anträge auf Anerkennung einer Behinderung gestellt werden, um so einen früheren Übergang zur Rente zu ermöglichen. Die Schwerbehindertenquote der Männer liegt in allen Altersgruppen über der der Frauen.

Schaubild 2

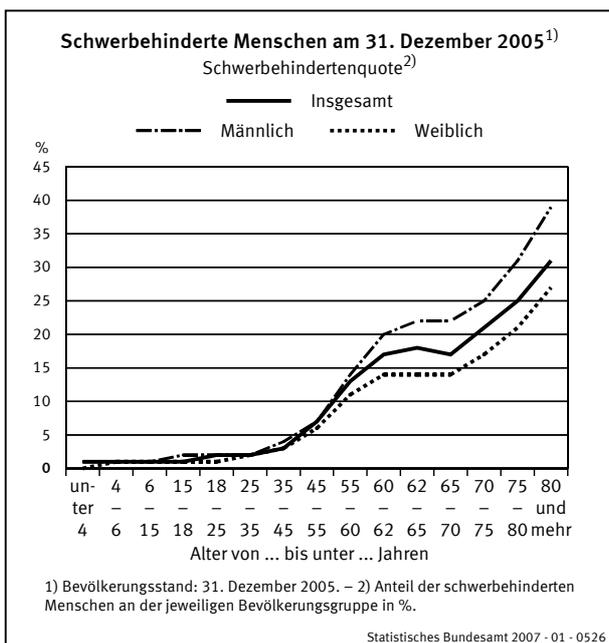


Tabelle 3: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Altersgruppen und Geschlecht (Schwerbehindertenquote¹⁾)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
unter 4	0,5	0,6	0,5
4 - 6	1,0	1,1	0,8
6 - 15	1,2	1,4	1,1
15 - 18	1,4	1,6	1,2
18 - 25	1,6	1,9	1,4
25 - 35	2,0	2,2	1,8
35 - 45	3,4	3,5	3,2
45 - 55	6,6	6,9	6,3
55 - 60	12,5	13,9	11,2
60 - 62	17,0	19,7	14,5
62 - 65	17,8	21,6	14,1
65 - 70	17,4	21,5	13,7
70 - 75	20,7	25,4	16,8
75 - 80	24,8	30,6	20,9
80 und mehr	30,7	39,0	27,4
Insgesamt ...	8,2	8,7	7,7
nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin	8,3	8,9	7,7
Neue Länder	7,6	7,8	7,5

1) Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31. Dezember 2005.

Dass Männer generell häufiger als Frauen als schwerbehindert anerkannt werden, ist zu einem gewissen Teil dadurch erklärbar, dass Männer im Allgemeinen häufiger am Erwerbsleben teilnehmen als Frauen und dass Erwerbstätige bzw. Arbeitsuchende ein größeres Interesse an einer Anerkennung der Behinderteneigenschaft haben können als Nichterwerbspersonen, denn ein Schwerpunkt der Leistungen des Schwerbehindertenrechts betrifft Regelungen zur Teilnahme am Arbeitsmarkt.

1,7 Mill. Schwerbehinderte weisen höchsten Grad der Behinderung auf

Die Auswirkungen der Behinderung auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft werden als Grad der Behinderung (GdB) nach Zehnergraden (20 bis 100) abgestuft festgestellt. Bei Vorliegen mehrerer Behinderungen ist deren Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen maßgebend.

Von den amtlich anerkannten schwerbehinderten Menschen litt ein großer Teil unter sehr schweren Beeinträchtigungen: Bei allein 24,7% der schwerbehinderten Menschen war vom Versorgungsamt ein Grad der Behinderung von 100 festgestellt worden (siehe Tabelle 4). Weitere 17,4% wie-

sen einen Behinderungsgrad von 80 oder 90 auf. Auf die niedrigeren Behinderungsgrade von 70 und 60 entfielen zusammen 27,6%. Fast einem Drittel der Schwerbehinderten war der geringste Grad von 50 zuerkannt worden (30,2%).

Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren war in der Schwerbehindertenstatistik erwartungsgemäß zahlenmäßig nur gering vertreten. Allerdings fällt auf, dass in diesem Alter im Gegensatz zu anderen Altersklassen überdurchschnittlich häufig (45,9%) ein Grad der Behinderung von 100 festgestellt wurde.

Insgesamt betrachtet weisen die Frauen im Falle einer Schwerbehinderung eher einen höheren Grad der Behinderung auf als Männer. Dies zeigt sich unter anderem in der Gruppe der Behinderten mit einem Grad von 100: Hier war der Anteil der Personen mit dieser hochgradigen Behinderung bei den Frauen mit 25,8% höher als bei den Männern (23,8%).⁴⁾

Die folgenden Ausführungen zu Art und Ursache der Behinderung beziehen sich jeweils nur auf die schwerste Behinderung einer Person. Ein schwerbehinderter Mensch kann jedoch von mehr als nur einer Behinderung betroffen sein, weshalb auf Mehrfachbehinderungen im Anschluss noch kurz eingegangen wird.

Tabelle 4: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Altersgruppen, Geschlecht und Grad der Behinderung

Alter von ... bis unter ... Jahren Geschlecht	Insgesamt	Grad der Behinderung					
		50	60	70	80	90	100
Anzahl							
unter 4	14 478	2 537	797	731	2 142	282	7 989
4 – 6	14 611	2 832	956	931	2 411	343	7 138
6 – 15	91 124	19 443	6 421	6 474	16 023	2 693	40 070
15 – 18	41 342	9 072	2 959	2 856	6 749	1 293	18 413
18 – 25	111 722	27 431	9 844	9 039	14 818	3 057	47 533
25 – 35	200 061	58 052	22 171	16 671	24 038	5 673	73 456
35 – 45	468 581	155 277	65 759	41 750	56 128	15 168	134 499
45 – 55	794 660	297 853	133 278	78 035	90 151	28 961	166 382
55 – 60	607 467	251 200	112 036	62 264	61 854	22 436	97 677
60 – 62	282 040	121 607	52 385	28 902	27 361	10 652	41 133
62 – 65	535 298	223 145	99 453	56 196	53 755	21 447	81 302
65 und mehr	3 603 971	876 150	592 528	466 200	472 989	239 418	956 686
Insgesamt ...	6 765 355	2 044 599	1 098 587	770 049	828 419	351 423	1 672 278
männlich	3 527 983	1 124 784	571 098	396 175	421 930	175 556	838 440
weiblich	3 237 372	919 815	527 489	373 874	406 489	175 867	833 838
%							
unter 4	100	17,5	5,5	5,0	14,8	1,9	55,2
4 – 6	100	19,4	6,5	6,4	16,5	2,3	48,9
6 – 15	100	21,3	7,0	7,1	17,6	3,0	44,0
15 – 18	100	21,9	7,2	6,9	16,3	3,1	44,5
18 – 25	100	24,6	8,8	8,1	13,3	2,7	42,5
25 – 35	100	29,0	11,1	8,3	12,0	2,8	36,7
35 – 45	100	33,1	14,0	8,9	12,0	3,2	28,7
45 – 55	100	37,5	16,8	9,8	11,3	3,6	20,9
55 – 60	100	41,4	18,4	10,2	10,2	3,7	16,1
60 – 62	100	43,1	18,6	10,2	9,7	3,8	14,6
62 – 65	100	41,7	18,6	10,5	10,0	4,0	15,2
65 und mehr	100	24,3	16,4	12,9	13,1	6,6	26,5
Insgesamt ...	100	30,2	16,2	11,4	12,2	5,2	24,7
männlich	100	31,9	16,2	11,2	12,0	5,0	23,8
weiblich	100	28,4	16,3	11,5	12,6	5,4	25,8

4) Dieser höhere Anteil bei den Frauen zeigt sich jedoch bei detaillierteren Vergleichen in den einzelnen Altersgruppen nur zum Teil. Er ist insbesondere bei den unter 25-Jährigen und bei den 65-Jährigen und Älteren festzustellen.

Häufigste Behinderungsart: Funktion der inneren Organe bzw. Organsysteme beeinträchtigt

In den Tabellen 5 und 6 wird die Art der Behinderung in folgende Oberkategorien eingeteilt:

- körperliche Behinderungen,
- zerebrale (himorganische) Störungen, geistige Behinderungen und seelische Behinderungen,
- sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen.

Zu den körperlich behinderten Menschen zählen u.a. diejenigen Personen, die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, ferner Blinde und Gehörlose, aber auch solche, die infolge einer Erkrankung eines Organs in ihrer Lebensgestaltung beeinträchtigt sind.

Über diese grobe Einteilung hinaus wird in der Schwerbehindertenstatistik die Art der Behinderung anhand von insgesamt 55 Kategorien erfasst. Die Einteilung orientiert sich primär nicht an ursächlichen Gesichtspunkten, sondern vielmehr an den Erscheinungsformen einer Behinderung und den damit verbundenen Funktionseinschränkungen. Grund hierfür ist, dass eine Krankheitsdiagnose häufig nicht oder nur unzureichend die Auswirkung einer Behinderung wiedergibt. So kann beispielsweise eine Erkrankung an Multipler Sklerose sehr unterschiedliche funktionelle Auswirkungen auf Gliedmaßen bzw. Organe haben.⁵⁾

Wie schon in den vergangenen Jahren lag in den allermeisten Fällen eine Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen vor; 25,8% der Schwerbehinderten waren hiervon betroffen (siehe Tabelle 5). Darunter befanden sich allein 610 475 Herz- und Kreislaufkranke, was einem Anteil von 9,0% an allen schwerbehinderten Menschen entspricht. Am zweithäufigsten waren die Fälle mit einer Funktionseinschränkung der Gliedmaßen (14,1%), und zwar insbesondere der Beine (10,5%). Bei 13,0% der schwerbehinderten Menschen waren Wirbelsäule und Rumpf in ihrer Funktion eingeschränkt. Unter den anerkannten Schwerbehinderten waren ferner 5,1% Blinde bzw. Sehbehinderte sowie 3,8% Sprach-, Gehör- oder Gleichgewichtsgeschädigte (ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist).

Insgesamt machten die körperlichen Behinderungen damit den überwiegenden Teil der Behinderungen aus (65,7%). Auf zerebrale Störungen entfielen 8,9%. Geistige oder seelische Behinderungen wurden zusammen bei 9,4% der schwerbehinderten Menschen diagnostiziert. 16,0% der schwerbehinderten Menschen litten unter sonstigen und ungenügend bezeichneten Behinderungen.

Eine geschlechtsspezifische Analyse der Verteilung der Behinderungsarten zeigt einige Unterschiede auf: Im Vergleich zu den Frauen lag bei den männlichen Schwerbehinderten relativ häufig ein Verlust von Gliedmaßen vor (1,7 gegenüber 0,6%); bei Männern waren zudem häufiger die inneren Organe in ihrer Funktion beeinträchtigt (29,0 gegenüber 22,3%). Umgekehrt waren die Frauen zum Beispiel

Tabelle 5: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Art der schwersten Behinderung und Geschlecht

Art der schwersten Behinderung	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	6 765 355	100	3 527 983	100	3 237 372	100
Körperliche Behinderungen						
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	78 804	1,2	58 218	1,7	20 586	0,6
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	950 760	14,1	478 594	13,6	472 166	14,6
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	878 018	13,0	445 300	12,6	432 718	13,4
Blindheit und Sehbehinderung	347 226	5,1	141 233	4,0	205 993	6,4
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹⁾	254 481	3,8	141 385	4,0	113 096	3,5
Verlust einer oder beider Brüste, Entstellungen u.a.	173 551	2,6	4 166	0,1	169 385	5,2
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 745 571	25,8	1 024 807	29,0	720 764	22,3
Querschnittlähmung	16 793	0,2	11 551	0,3	5 242	0,2
Zusammen ...	4 445 204	65,7	2 305 254	65,3	2 139 950	66,1
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen						
Himorganische Anfälle	158 547	2,3	86 701	2,5	71 846	2,2
Himorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen Störungen der geistigen Entwicklung ²⁾	443 331	6,6	231 763	6,6	211 568	6,5
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen), Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	285 584	4,2	163 255	4,6	122 329	3,8
Suchtkrankheiten	304 563	4,5	142 389	4,0	162 174	5,0
Zusammen ...	44 090	0,7	30 951	0,9	13 139	0,4
Zusammen ...	1 236 115	18,3	655 059	18,6	581 056	17,9
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen						
Zusammen ...	1 084 036	16,0	567 670	16,1	516 366	16,0

1) Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist. – 2) Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

5) Bei der anschließenden Darstellung der verschiedenen Behinderungsarten wurden der Übersichtlichkeit halber einige Zusammenfassungen vorgenommen. Ausführliche Ergebnisse können per E-Mail (schwerbehinderte@destatis.de) angefordert werden.

Tabelle 6: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Art der schwersten Behinderung sowie Grad der Behinderung

Art der schwersten Behinderung	Insgesamt		Grad der Behinderung					
			50	60	70	80	90	100
	Anzahl	%						
Insgesamt	6 765 355	100	30,2	16,2	11,4	12,2	5,2	24,7
Körperliche Behinderungen								
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	78 804	100	16,9	11,1	14,8	15,8	9,8	31,6
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	950 760	100	32,2	20,1	14,1	12,2	5,8	15,5
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	878 018	100	46,2	20,8	12,2	8,9	3,7	8,2
Blindheit und Sehbehinderung	347 226	100	13,8	7,9	7,8	8,1	6,4	56,0
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹⁾	254 481	100	28,5	18,0	14,6	13,2	6,5	19,2
Verlust einer oder beider Brüste, Entstellungen u.a.	173 551	100	35,4	22,5	9,5	13,2	4,1	15,3
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 745 571	100	31,4	17,7	11,9	13,6	5,4	20,1
Querschnittslähmung	16 793	100	1,1	1,0	1,4	4,2	2,1	90,2
Zusammen ...	4 445 204	100	32,7	18,1	12,2	11,9	5,3	19,8
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen								
Hirnorganische Anfälle	158 547	100	19,6	12,7	10,7	14,2	6,0	36,8
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen Störungen der geistigen Entwicklung ²⁾	443 331	100	12,6	8,7	8,8	13,4	6,7	49,9
285 584	100	8,8	4,7	5,5	13,8	3,2	64,2	
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen), Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	304 563	100	42,1	16,5	11,1	12,3	3,1	14,8
Suchtkrankheiten	44 090	100	30,9	20,1	15,0	14,1	4,7	15,3
Zusammen ...	1 236 115	100	20,5	10,6	9,1	13,3	4,8	41,6
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen								
Zusammen ...	1 084 036	100	30,9	15,1	10,8	12,4	5,2	25,7

1) Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist. – 2) Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

öfter von Blindheit und Sehbehinderungen betroffen (6,4 gegenüber 4,0%).

Erfahrungsgemäß hängen Art und Schwere der Behinderung eng zusammen. So wird bei Blindheit und Sehbehinderung in 56,0% der Fälle ein Grad der Behinderung von 100 zuerkannt. Von den 16 793 querschnittgelähmten Schwerbehinderten wiesen 90,2% ebenfalls diesen höchsten Behinderungsgrad auf (siehe Tabelle 6). Bei den Schwerbehinderten mit Störungen der geistigen Entwicklung waren es 64,2%. Demgegenüber wurde bei der häufigsten Behinderungsart, der Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen, nur in 20,1% der Fälle ein Behinderungsgrad von 100 festgestellt.

Behinderungen zum größten Teil krankheitsbedingt

Bis zur gesetzlichen Neuregelung im Jahr 1974 war das Schwerbeschädigtengesetz grundsätzlich beschränkt auf

Behinderte, deren Behinderung auf einer bestimmten Ursache (sog. Schädigung im Dienste der Allgemeinheit) beruhte. Dazu gehörten u.a. Kriegspfer, Wehrdienst-, Ersatzdienst- bzw. Zivildienstbeschädigte, Opfer des Nationalsozialismus sowie Geschädigte durch Arbeitsunfall, Berufskrankheit oder Dienstunfall und Impfgeschädigte. Behinderte von Geburt an sowie durch sonstige Unfälle oder Krankheiten Behinderte fielen nicht unter den Schutzbereich des Gesetzes.

Nach dem heute gültigen SGB IX erfolgt die Gewährung von Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft unabhängig von der Ursache der Behinderung.

Zum allergrößten Teil – nämlich in 83,0% der Fälle – wurde die Behinderung durch eine Krankheit verursacht (siehe Tabelle 7). In 4,6% der Fälle war die Behinderung angeboren; bei 2,3% war die Ursache ein Unfall oder eine Berufskrankheit und weitere 1,4% der Schwerbehinderten hatten dauerhafte Schäden im Kriegs-, Wehr- oder Zivildienst erlit-

Tabelle 7: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Ursache der schwersten Behinderung und Geschlecht

Ursache der schwersten Behinderung	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	6 765 355	100	3 527 983	100	3 237 372	100
Angeborene Behinderung	307 980	4,6	169 267	4,8	138 713	4,3
Allgemeine Krankheit ¹⁾	5 617 993	83,0	2 849 879	80,8	2 768 114	85,5
Arbeitsunfall ²⁾ , Berufskrankheit	78 142	1,2	67 621	1,9	10 521	0,3
Verkehrsunfall	41 718	0,6	30 108	0,9	11 610	0,4
Häuslicher Unfall	8 289	0,1	5 249	0,1	3 040	0,1
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	28 287	0,4	19 900	0,6	8 387	0,3
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	96 373	1,4	90 433	2,6	5 940	0,2
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	586 573	8,7	295 526	8,4	291 047	9,0

1) Einschl. Impfschaden. – 2) Einschl. Wege- und Betriebswegeunfall.

Tabelle 8: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Ursache der schwersten Behinderung sowie Grad der Behinderung

Ursache der schwersten Behinderung	Insgesamt		Grad der Behinderung					
			50	60	70	80	90	100
	Anzahl	%						
Insgesamt	6 765 355	100	30,2	16,2	11,4	12,2	5,2	24,7
Angeborene Behinderung	307 980	100	12,7	6,6	6,2	12,1	3,3	59,1
Allgemeine Krankheit ¹⁾	5 617 993	100	31,3	16,8	11,5	12,2	5,2	23,0
Arbeitsunfall ²⁾ , Berufskrankheit	78 142	100	36,1	19,8	13,5	10,7	4,7	15,2
Verkehrsunfall	41 718	100	28,5	15,5	12,7	13,2	5,0	25,1
Häuslicher Unfall	8 289	100	37,2	16,6	10,5	10,1	3,7	21,9
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	28 287	100	34,3	16,3	12,1	10,6	4,4	22,4
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	96 373	100	19,3	14,0	14,2	14,6	9,1	29,0
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	586 573	100	30,2	16,1	11,7	12,9	5,6	23,6

1) Einschl. Impfschaden. – 2) Einschl. Wege- und Betriebswegeunfall.

ten. Die übrigen Behinderungen waren auf sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen zurückzuführen (8,7 %).

Bei den Behinderungsursachen sind deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu erkennen. Bei den Männern war eine Kriegsbeschädigung, ein Arbeits- bzw. Verkehrsunfall relativ häufiger die Ursache der Behinderung als bei den Frauen. Diese waren wiederum verhältnismäßig öfter von einer krankheitsbedingten Behinderung betroffen (85,5 gegenüber 80,8 % der Fälle).

Ein weiterer Zusammenhang besteht zwischen der Ursache und dem Grad der Behinderung. Im Falle einer angeborenen Behinderung waren die Betroffenen überdurchschnittlich häufig (59,1 %) schwerstbehindert mit einem Grad der Behinderung von 100 (siehe Tabelle 8); keine andere Ursache bewirkte derart häufig diesen hohen Grad der Behinderung. Verglichen damit hatten beispielsweise „nur“ 25,1 % der aufgrund eines Verkehrsunfalls Behinderten einen Behinderungsgrad von 100.

Mehr als ein Drittel der Schwerbehinderten mit Mehrfachbehinderung

Bei den vorstehenden Ausführungen standen jeweils Art und Ursache der schwersten Behinderung im Mittelpunkt.

Eine Person kann jedoch von mehreren Behinderungen gleichzeitig betroffen sein. Wie bereits erwähnt, drückt der Grad der Behinderung dann deren Gesamtwirkung aus.

Von den 6,8 Mill. Ende 2005 in Deutschland registrierten schwerbehinderten Menschen litten 38,3 % (2,6 Mill. Personen) unter mehr als einer Behinderung (siehe Tabelle 9). Auch hier zeigt sich wiederum der Einfluss des Alters. So kamen Mehrfachbehinderungen bei Personen im fortgeschrittenen Alter bedeutend häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Der Anteil der Mehrfachbehinderten an den Schwerbehinderten betrug in den Altersgruppen bis unter 25 Lebensjahren bis zu 12,1 %, nahm dann mit steigendem Alter weiter zu und erreichte in der Altersgruppe von 65 und mehr Jahren schließlich 47,4 %. Insgesamt litten schwerbehinderte Frauen mit 39,7 % etwas häufiger an einer Mehrfachbehinderung als schwerbehinderte Männer (36,9 %). Eine Ursache hierfür ist die ältere Altersstruktur bei den Frauen. Gerade im Alter treten – wie erwähnt – Mehrfachbehinderungen verstärkt auf. Hingegen weisen die altersspezifischen Quoten häufig etwas höhere Werte bei den Männern aus.

Geringerer Schwerbehindertenanteil unter der ausländischen Bevölkerung

Das Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX gilt für Deutsche und Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit

Tabelle 9: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Altersgruppen, Mehrfachbehinderung und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Dar.: Mehrfachbehinderte				
			zusammen		männlich		weiblich
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	
unter 4	14 478	1 201	8,3	691	8,4	510	8,2
4 – 6	14 611	1 292	8,8	780	9,3	512	8,3
6 – 15	91 124	9 322	10,2	5 492	10,3	3 830	10,2
15 – 18	41 342	4 695	11,4	2 716	11,3	1 979	11,5
18 – 25	111 722	13 533	12,1	7 638	11,8	5 895	12,6
25 – 35	200 061	26 260	13,1	14 378	12,8	11 882	13,5
35 – 45	468 581	84 649	18,1	45 714	18,2	38 935	17,9
45 – 55	794 660	216 589	27,3	117 655	28,1	98 934	26,3
55 – 60	607 467	212 509	35,0	119 948	35,7	92 561	34,0
60 – 62	282 040	106 827	37,9	61 575	38,4	45 252	37,2
62 – 65	535 298	205 882	38,5	124 444	39,0	81 438	37,6
65 und mehr	3 603 971	1 706 536	47,4	801 552	45,2	904 984	49,4
Insgesamt ...	6 765 355	2 589 295	38,3	1 302 583	36,9	1 286 712	39,7

1) Jeweils bezogen auf die Gesamtzahl aller schwerbehinderten Menschen gleichen Alters bzw. Geschlechts.

Tabelle 10: Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2005 nach Altersgruppen, Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Deutsche						Ausländische					
	Schwerbehinderte											
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾	Anzahl	Quote ¹⁾
unter 4	13 882	0,5	7 890	0,6	5 992	0,5	596	0,4	339	0,4	257	0,4
4 – 6	13 864	1,0	7 979	1,1	5 885	0,8	747	0,8	446	0,9	301	0,7
6 – 15	81 885	1,3	48 107	1,4	33 778	1,1	9 239	1,2	5 369	1,4	3 870	1,0
15 – 18	37 829	1,4	22 078	1,6	15 751	1,2	3 513	1,3	2 028	1,4	1 485	1,1
18 – 25	103 761	1,7	60 249	2,0	43 512	1,5	7 961	1,0	4 740	1,2	3 221	0,8
25 – 35	183 004	2,2	101 942	2,4	81 062	2,0	17 057	1,0	10 363	1,3	6 694	0,8
35 – 45	442 704	3,5	235 449	3,7	207 255	3,4	25 877	1,9	15 767	2,1	10 110	1,6
45 – 55	751 566	6,8	396 955	7,1	354 611	6,5	43 094	4,7	21 550	4,5	21 544	4,8
55 – 60	555 312	12,6	305 598	13,9	249 714	11,2	52 155	12,2	30 021	13,7	22 134	10,6
60 – 62	259 700	17,1	145 918	19,6	113 782	14,6	22 340	16,8	14 514	20,1	7 826	12,9
62 – 65	503 919	17,8	296 729	21,5	207 190	14,2	31 379	17,8	22 197	22,0	9 182	12,2
65 und mehr	3 523 808	23,0	1 719 175	27,4	1 804 633	19,9	80 163	15,0	52 580	18,5	27 583	11,1
Insgesamt ...	6 471 234	8,6	3 348 069	9,2	3 123 165	8,1	294 121	4,0	179 914	4,8	114 207	3,2

1) Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31. Dezember 2005.

gleichermaßen. Einzige Voraussetzung ist – wie erwähnt –, dass sie ihren Wohnsitz, ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder eine Beschäftigung in Deutschland haben.

Unter den 6,8 Mill. schwerbehinderten Menschen waren 4,3% Ausländerinnen und Ausländer (0,3 Mill. Personen). Hierunter waren Personen aus der Türkei (34,7%), aus Serbien und Montenegro (11,5%) und aus Italien (10,2%) am stärksten vertreten.

Bei der ausländischen Bevölkerung in Deutschland lag der Anteil der schwerbehinderten Menschen deutlich niedriger als bei der deutschen Bevölkerung. Während sich die Schwerbehindertenquote bei den Ausländerinnen und Ausländern auf 4,0% belief, betrug dieser Wert bei den Deutschen 8,6%. Ein guter Teil der niedrigeren Quote bei der ausländischen Bevölkerung ist durch deren jüngere Altersstruktur erklärbar: Bei der deutschen Bevölkerung betrug der Anteil der 65-Jährigen und Älteren 20%, bei den Ausländern 7%.

Ein Blick auf die altersspezifischen Schwerbehindertenquoten zeigt zudem, dass die Schwerbehindertenquote der deutschen Frauen in allen Altersklassen etwas über der Quote der ausländischen Frauen im entsprechenden Alter lag: So betrug bei den 45- bis unter 55-jährigen deutschen Frauen der Anteil der behinderten 6,5%. Der entsprechende Anteil bei den Ausländerinnen lag bei 4,8%. Bei den Männern war in der jeweiligen Altersklasse ebenfalls die Quote für die deutsche Bevölkerung meist etwas höher – allerdings ist für die 55- bis unter 65-jährigen Männer eine starke Annäherung der Schwerbehindertenquoten bei Ausländern und Deutschen zu beobachten. [U](#)

Dipl.-Soziologin Wera Kallnik

Preise im Juni 2007

Im Juni 2007 lagen auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat Juni 2006 höher. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich im Juni 2007 um 1,7% (Mai 2007 gegenüber Mai 2006: +1,9%). Der Index der Großhandelsverkaufspreise nahm um 1,9% gegenüber dem Vorjahresmonat zu (Mai 2007: +2,4%). Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich um 1,5% (Mai 2007: ebenfalls +1,5%), der Verbraucherpreisindex lag um 1,8% über dem Stand von Juni 2006 (Mai 2007: +1,9%).

Im Vergleich zum Vormonat Mai 2007 veränderten sich die Preise auf den betrachteten Wirtschaftsstufen nur mäßig. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhten sich im Juni 2007 gegenüber dem Vormonat um 0,2% (Mai 2007 gegenüber April 2007: +0,3%). Die Großhandelsverkaufspreise nahmen gegenüber Mai 2007 um 0,1% zu, im Vormonat hatte die Monatsveränderungsrate +0,3% betragen. Die Einzelhandelspreise blieben im Vormonatsvergleich unverändert, im Mai 2007 waren sie um 0,1% gegenüber dem Vormonat gesunken. Der Verbraucherpreisindex stieg im Juni 2007 binnen Monatsfrist um 0,1% (Vormonat: +0,2%).

Im Juni 2007 wirkte die Energiepreisentwicklung auf allen betrachteten Wirtschaftsstufen dämpfend auf die Jahresteuerrate. So betrug die Jahresveränderungsrate der Energiepreise auf der Erzeugerstufe -1,4%. Im Großhandel gingen die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölzeugnisse gegenüber Juni 2006 um 2,4% zurück. Auf Stufe der Verbraucher erhöhten sich die Preise für Energie im Jahresvergleich zwar um 1,6%, dennoch lag auch hier die Jahresveränderungsrate des Gesamtindex ohne Einbeziehung von Energieträgern höher (+1,9% gegenüber +1,8% bei

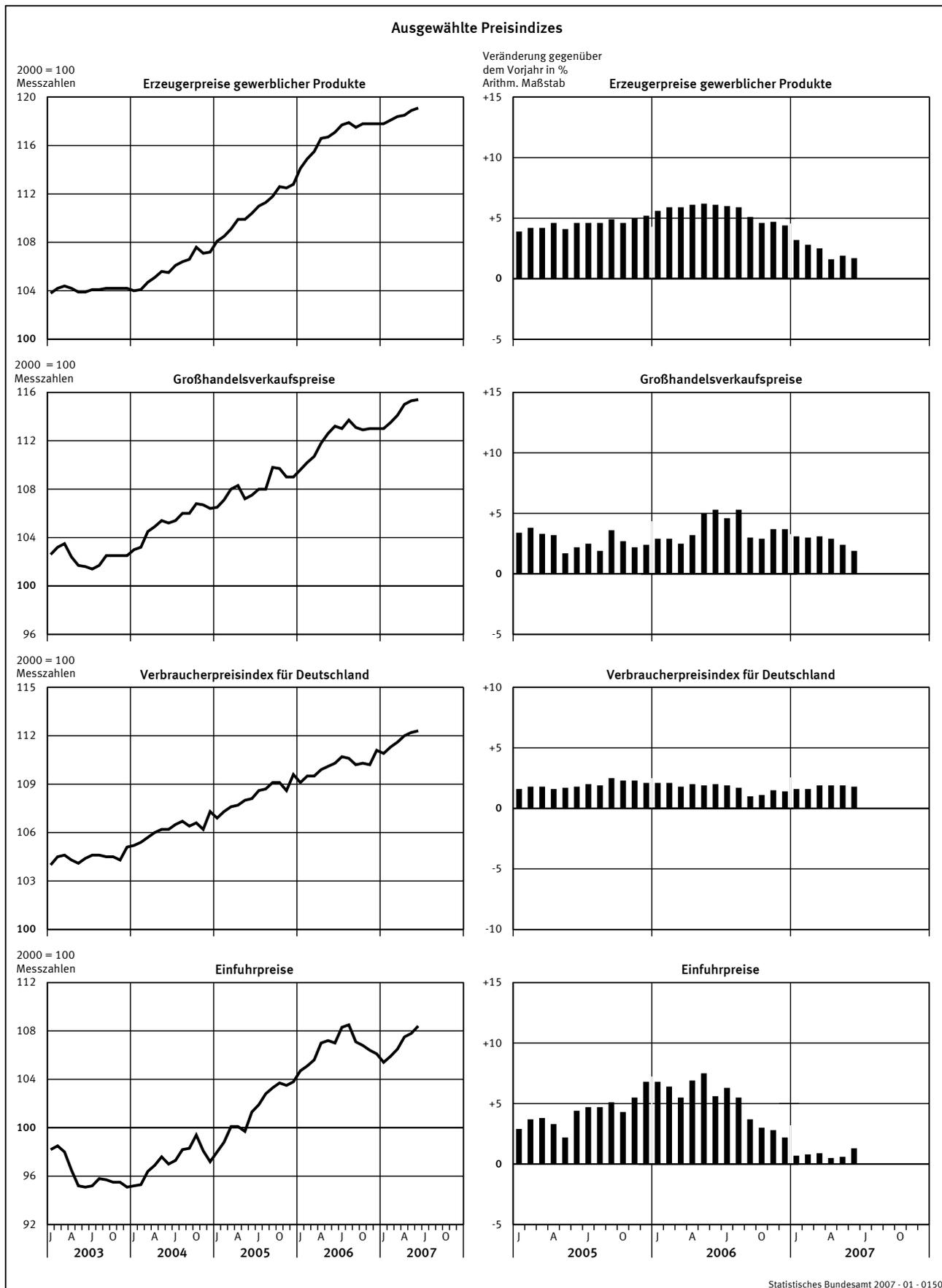
	Veränderungen Juni 2007 gegenüber	
	Mai 2007	Juni 2006
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,2	+ 1,7
ohne Mineralölzeugnisse	-	+ 1,9
Mineralölzeugnisse	- 0,8	+ 1,7
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,1	+ 1,9
Index der Einzelhandelspreise	-	+ 1,5
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	+ 0,1	+ 1,8
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-	+ 1,9
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,7	- 0,9
ohne Saisonwaren	+ 0,1	+ 1,9
Saisonwaren	- 0,3	- 1,6

Berücksichtigung von Energie). Auffallend war im Berichtsmonat auch der Anstieg der Preise für Milchprodukte, der sich über alle betrachteten Wirtschaftsstufen erstreckt.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich zwischen Juni 2006 und Juni 2007 um 1,7%. Im Mai 2007 hatte die Jahresveränderungsrate +1,9% betragen, im April 2007 +1,6%.

Der mäßige Anstieg des Erzeugerpreisindex ist hauptsächlich auf die preisdämpfenden Einflüsse der Energie zurückzuführen. Für Energie mussten auf dieser Wirtschaftsstufe im Juni 2007 gegenüber Juni 2006 1,4% weniger bezahlt werden, ohne Berücksichtigung von Energie stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 2,8%. Verglichen mit dem Vormonat Mai 2007 veränderten sich die Energiepreise nicht.

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2000 = 100				
2002 D	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D	105,8	105,3	102,3	106,2
2005 D	110,7	108,2	103,0	108,3
2006 D	116,8	112,2	104,0	110,1
2006 Mai	116,7	112,6	104,2	110,1
Juni	117,1	113,2	104,2	110,3
Juli	117,7	113,0	103,9	110,7
Aug.	117,9	113,7	103,8	110,6
Sept. ...	117,5	113,1	104,1	110,2
Okt. ...	117,8	112,9	104,3	110,3
Nov. ...	117,8	113,0	104,4	110,2
Dez. ...	117,8	113,0	104,5	111,1
2007 Jan. ...	117,8	113,0	105,0	110,9
Febr. ...	118,1	113,5	105,3	111,3
März ...	118,4	114,1	105,5	111,6
April ...	118,5	115,0	105,9	112,0
Mai	118,9	115,3	105,8	112,2
Juni	119,1	115,4	105,8	112,3
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2006 Mai	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2
Juni	+ 0,3	+ 0,5	-	+ 0,2
Juli	+ 0,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,4
Aug.	+ 0,2	+ 0,6	- 0,1	- 0,1
Sept. ...	- 0,3	- 0,5	+ 0,3	- 0,4
Okt.	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Nov. ...	-	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
Dez. ...	-	-	+ 0,1	+ 0,8
2007 Jan. ...	-	-	+ 0,5	- 0,2
Febr. ...	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
März ...	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3
April ...	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4
Mai	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	+ 0,2
Juni	+ 0,2	+ 0,1	-	+ 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2002 D	- 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4
2003 D	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,1
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6
2005 D	+ 4,6	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,0
2006 D	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,0	+ 1,7
2006 Mai	+ 6,2	+ 5,0	+ 1,2	+ 1,9
Juni	+ 6,1	+ 5,3	+ 1,1	+ 2,0
Juli	+ 6,0	+ 4,6	+ 1,1	+ 1,9
Aug.	+ 5,9	+ 5,3	+ 1,2	+ 1,7
Sept. ...	+ 5,1	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,0
Okt.	+ 4,6	+ 2,9	+ 0,9	+ 1,1
Nov. ...	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 1,5
Dez. ...	+ 4,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 1,4
2007 Jan. ...	+ 3,2	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,6
Febr. ...	+ 2,8	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,6
März ...	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,9
April ...	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,9
Mai	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,9
Juni	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,8

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Am stärksten gegenüber dem Vorjahr gingen im Juni 2007 im Bereich Energie die Preise für Erdgas zurück (-5,2%). Auch Mineralölzeugnisse verbilligten sich binnen Jahresfrist (-0,8%). Bei einzelnen Mineralölprodukten ergaben sich folgende Preisänderungen gegenüber Juni 2006: schweres Heizöl -8,2%, leichtes Heizöl -6,2%, Kraftstoffe +0,4% und Flüssiggas +7,6%. Die Preise für elektrischen Strom lagen verglichen mit Juni 2006 um 2,4% höher.

Hohe Jahresveränderungsraten wiesen im Juni 2007 wie bereits in den vorangegangenen Monaten Vorleistungsgüter auf. Diese Güter verteuerten sich um 4,9% gegenüber Juni 2006. Besonders stark verteuerten sich Vorleistungsgüter des Nahrungsmittelbereichs (Stärke und Stärkeerzeugnisse, Futtermittel für Nutztiere, Mahl- und Schälmlöhnerzeugnisse) sowie solche aus Metallen und Metallerzeugnissen (Drahtwaren, Walzstahl, Rohre aus Eisen oder Stahl, Nichteisenmetalle und Halbzeug daraus, Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse).

Auffallend sind auch die Preissteigerungen der Milchprodukte im Juni 2007. Milch und Milcherzeugnisse verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,3%. Gegenüber dem Vormonat Mai 2007 stiegen die Preise um 3,0%. Am stärksten zogen die Preise für Milch und Rahm in Pulverform an. Diese Produkte verteuerten sich binnen Jahresfrist um 48,6%. Zurückzuführen sind diese Preisanstiege auf die höheren Milchabgabepreise, die die Molkereien in ihren Preisverhandlungen durchgesetzt haben.

Neben den starken Preissteigerungen bei Vorleistungsgütern gab es bei den verschiedenen Produktgruppen folgende Preisentwicklungen gegenüber dem Vorjahr: Investitionsgüter verteuerten sich um 1,1% und Konsumgüter um 1,8% (darunter: Gebrauchsgüter +1,4%, Verbrauchsgüter +1,8%).

Gegenüber Mai 2007 erhöhte sich der Index der Erzeugerpreise im Juni 2007 um 0,2%. Besonders hohe Teuerungsraten verglichen mit dem Vormonat hatten Milch und Rahm in Pulverform (+6,6%), inländisch gefördertes Erdöl (+5,4%), raffinierte Öle und Fette (+3,3%), Milch und Milcherzeugnisse (+3,0%), Halbzeug aus Aluminium (+2,5%) sowie Schweinefleisch (+2,5%).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich im Juni 2007 gegenüber Juni 2006 um 1,9%. In den Vormonaten Mai und April 2007 hatte die Jahresveränderungsrate bei +2,4 bzw. +2,9% gelegen.

Auch im Großhandel zeigten sich die Auswirkungen der höheren Milchabgabepreise. Produkte im Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten verteuerten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,6%. Verglichen mit Mai 2007 stiegen die Preise für diese Produkte im Juni 2007 um 2,7% (nach Monatsveränderungsraten von jeweils +0,1% im Mai und April dieses Jahres).

Verglichen mit dem Vorjahresmonat Juni 2006 kam es zudem zu starken Preissteigerungen bei Produkten im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln (+24,3%), mit Roh- und Schnittholz (+7,1%) sowie mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen (+5,5%). Rückläufig waren die Preise für Produkte im Großhandel mit Büromaschinen und -einrichtungen (-12,8%) sowie mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen (-2,4%).

Gegenüber Mai 2007 erhöhte sich der Großhandelspreisindex im Juni 2007 kaum (+0,1%). In den Vormonaten Mai und April 2007 hatte die Monatsveränderungsrate bei +0,3 bzw. +0,8% gelegen. Größere Preissteigerungen gegenüber dem Vormonat gab es im Juni 2007 im Großhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen (+2,2%), mit Erzen, Eisen,

	Veränderungen Juni 2007 gegenüber	
	Mai 2007	Juni 2006
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	- 1,4	+ 8,6
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	+ 0,1	+ 2,1
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	- 0,1	+ 0,1
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	+ 0,4	+ 3,4
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	- 0,4	- 4,3
Sonstiger Großhandel	+ 0,2	+ 3,5

Stahl, Nichteisenmetallen und Halbzeug daraus (+0,8%) sowie mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+0,7%). Gesunken sind die Preise im Großhandel mit Blumen und Pflanzen (-10,0%), mit Altmaterial und Reststoffen (-2,1%), mit Obst, Gemüse und Kartoffeln (-1,2%) sowie mit Büromaschinen und -einrichtungen (-1,0%).

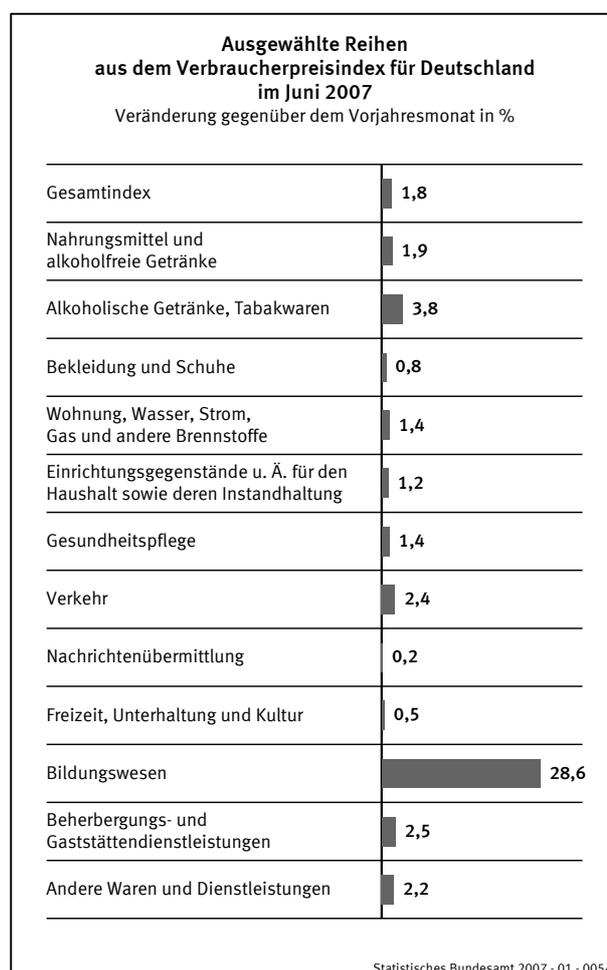
Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich unter anderem folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Juni 2007 gegenüber	
	Mai 2007	Juni 2006
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Holz hackschnitzel	- 2,4	+ 37,5
Verarbeitete Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse	+ 0,1	+ 24,5
Stärke und Stärkeerzeugnisse	+ 0,8	+ 20,8
Futtermittel für Nutztiere	+ 1,4	+ 20,5
Drahtwaren	+ 0,6	+ 19,4
Nichtmetallische Sekundärrohstoffe	+ 0,3	+ 18,3
Walzstahl	- 0,3	+ 15,7
Spanplatten	+ 0,1	+ 15,4
Nadelschnittholz	- 1,0	+ 14,9
Mahl- und Schäl mühlenerzeugnisse	- 0,3	+ 10,4
Eisen- und Stahlrohre	-	+ 9,9
Zement	+ 1,8	+ 8,6
Glas und Glaswaren	- 0,3	+ 8,5
Flüssiggas	+ 3,4	+ 7,6
Nichteisenmetalle und Halbzeug daraus	- 1,2	+ 7,4
Milch und Milcherzeugnisse	+ 3,0	+ 6,3
Obst- und Gemüseerzeugnisse	+ 0,4	+ 5,5
Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	- 0,2	+ 5,0
Verlagserzeugnisse	+ 0,6	+ 5,0
Chemische Grundstoffe	+ 0,6	+ 4,2
Papier-, Karton- und Pappwaren	+ 0,1	+ 3,6
Maschinen	+ 0,1	+ 2,5
Elektrischer Strom	+ 0,3	+ 2,4
Möbel	+ 0,2	+ 2,3
Bier	-	+ 2,2
Kraftstoffe	+ 1,0	+ 0,4
Nachrichtentechnische Geräte und -einrichtungen	- 0,3	- 4,3
Erdgas	- 1,5	- 5,2
Inländisch gefördertes Erdöl	+ 5,4	- 5,6
Fleisch	+ 1,3	- 6,2
Leichtes Heizöl	+ 4,5	- 6,2
Schweres Heizöl	+ 5,5	- 8,2
Elektronische Bauelemente	- 1,2	- 11,0
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 1,0	- 27,2
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Getreide, Saaten und Futtermitteln	-	+ 24,3
Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug	+ 0,8	+ 9,0
Tabakwaren	-	+ 2,3
Obst, Gemüse und Kartoffeln	- 1,2	+ 1,4
Festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	+ 0,7	- 2,4
Lebenden Tieren	+ 1,0	- 11,0
Büromaschinen und -einrichtungen	- 1,0	- 12,8

Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich im Juni 2007 verglichen mit dem Vorjahr um 1,5%. In den Vormonaten Mai und April 2007 hatte die Jahresveränderungsrate bei +1,5 bzw. +1,7% gelegen. Besonders ausgeprägt waren die Preissteigerungen im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (+2,9%). Überdurchschnittliche Jahresteuersraten verzeichneten Produkte im Einzelhandel mit Tabakwaren (+4,4%) sowie im Einzelhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen (+3,6%). Im Einzelhandel mit Kraftwagen erhöhten sich die Preise binnen Jahresfrist um 2,8%. Gegenüber Mai 2007 blieb der Einzelhandelspreisindex unverändert.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* erhöhte sich von Juni 2006 bis Juni 2007 um 1,8%. In den drei Vormonaten (Mai, April und März 2007) hatte die Jahresveränderungsrate jeweils +1,9% betragen. Die Jahresteuersrate wurde im Juni 2007 weit über die Hälfte durch die Preisentwicklung der Dienstleistungen bestimmt. Überdurchschnittliche Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr gab es im Dienstleistungssektor vor allem bei Verkehrsdienstleistungen (+3,5%). Bereits seit Jahresbeginn waren bei Personenbeförderungen im Schienenverkehr deutliche Preiserhöhungen erkennbar (Juni 2007 gegenüber Juni 2006: +5,5%). Auch für Wartung und Reparatur mussten die Verbraucher

Schaubild 2



deutliche Preisanstiege hinnehmen (Juni 2007 gegenüber Juni 2006: + 3,5 %).

Im kurzfristigen Vergleich (Juni 2007 gegenüber Mai 2007) wurde die Preisentwicklung der Dienstleistungen durch saisonbedingte Preisschübe beeinflusst: So kam es zu saisonüblichen Preisanstiegen für Pauschalreisen (+ 1,9 %) und Beherbergungsdienstleistungen (+ 3,8 %).

Die Preisentwicklung der Waren wurde im Juni 2007 neben den Preisen für Haushaltsenergie vor allem durch die Preise für Nahrungs- und Genussmittel geprägt. Haushaltsenergie verteuerte sich um 2,2 % gegenüber Juni 2006. Insbesondere für Strom (+ 6,2 %), Gas (+ 3,0 %) sowie die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (+ 2,8 %) stiegen die Preise im Vorjahresvergleich an. Der Preisaufrtrieb der Haushaltsenergie erklärt 0,1 Prozentpunkte der Jahresveränderungsrate von + 1,8 %. Der Beitrag der Preisentwicklung von Nahrungs- und Genussmitteln zur Jahresteuerrate im Juni 2007 liegt bei fast 0,4 Prozentpunkten. So wirkt sich weiterhin der Preisanstieg der Tabakwaren auf die Teuerungsrate aus; diese verteuerten sich verglichen mit dem Vorjahr um 4,9 %. Bei Nahrungsmitteln sind in erster Linie die Preise für Obst (+ 3,8 %) sowie Fisch und Fischwaren (+ 3,5 %) gegenüber Juni 2006 gestiegen. Dagegen ist bei Gemüse seit April 2007 ein deutlicher Preisrückgang zu beobachten, im Juni 2007 verbilligte sich Gemüse sogar um 1,5 % binnen Jahresfrist. Bei alkoholfreien Getränken war erheblich mehr für Mineralwasser, Säfte und Limonade zu zahlen als vor einem Jahr (+ 3,5 %, darunter: Orangensaft + 12,3 %, Multivitamin-saft + 3,6 % und Mineralwasser + 2,5 %).

Die Preisentwicklung im Juni 2007 gegenüber Mai 2007 wurde bei den Waren auch von saisonalen Schwankungen beeinflusst: Wie für diese Jahreszeit typisch, waren Preisrückgänge bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln zu beobachten. Insbesondere verbilligte sich im Juni 2007 Gemüse gegenüber dem Vormonat deutlich (- 4,6 %; darunter: Kopfsalat - 34,6 %, Paprika - 22,8 %, Tomaten - 22,1 % und Kartoffeln - 5,6 %). Zusätzlich war im Juni 2007 ein Preisrückgang für Bekleidung und Schuhe festzustellen.

Auch auf der Stufe der Verbraucher war im Juni 2007 die Preisentwicklung im Bereich Milchprodukte und Eier besonders ausgeprägt: Dort kam es nach einer langen Phase moderater Preisentwicklungen erstmals zu deutlichen Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr (+ 0,7 %). Wesentlich für diese Entwicklung ist die Weitergabe der gestiegenen Erzeugerpreise für Milch. Auf der Verbraucherstufe wirkt sich das in deutlich gestiegenen Preisen bei einigen Milchprodukten aus. Vollmilch verteuerte sich auf dieser Wirtschaftsstufe um 4,1 % gegenüber dem Vorjahr, H-Milch um 3,3 %.

Die Preise für langlebige Gebrauchsgüter lagen im Juni 2007 um 0,9 % über dem Stand des Vorjahresmonats. Im gleichen Zeitraum verteuerten sich Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer um 0,8 %. Den stärksten Preisanstieg wiesen Verbrauchsgüter auf (+ 2,2 %). Die Preise für Dienstleistungen stiegen um 2,0 %.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland hat sich im Juni 2007 gegenüber Juni 2006 um 2,0 % erhöht (+ 0,1 % gegenüber dem Vormonat). Auch in den Vormonaten (März bis Mai 2007) hatte die Jahresveränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex + 2,0 % betragen. Damit liegt die Jahresveränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex bereits den vierten Monat in Folge bei diesem Prozentwert. In der Eurozone lag die Inflationsrate im Juni 2007 im vierten Monat in Folge bei + 1,9 %.

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen Juni 2007 gegenüber	
	Mai 2007	Juni 2006
	%	
Gesamtindex	+ 0,1	+ 1,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,2	+ 1,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+ 3,8
Bekleidung und Schuhe	- 0,8	+ 0,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,1	+ 1,4
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	-	+ 1,2
Gesundheitspflege	+ 0,1	+ 1,4
Verkehr	+ 0,2	+ 2,4
Nachrichtenübermittlung	- 0,1	+ 0,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 0,1	+ 0,5
Bildungswesen	+ 0,1	+ 28,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 0,9	+ 2,5
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,1	+ 2,2

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Europäische Statistik		
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr	7	663
Entwicklung einer Europäischen Sozioökonomischen Klassifikation	5	527
Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms		
Kleinräumige Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten in der amtlichen Statistik Europas	2	137
Arbeitgebersozialbeiträge und Beiträge zur Altersvorsorge	3	247
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Klassifikationen		
Auswirkungen der Änderungen im Harmonisierten System auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	2	150
Informationsgesellschaft		
Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten	6	545
Aufwendungen und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien	6	556
Bevölkerung		
Neue Datenquelle zu Geburten und Kinderlosigkeit	3	260
Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext	3	312
LEBEN IN EUROPA 2005	1	31
Bevölkerungsentwicklung 2005	1	45
Ehescheidungen 2005	2	159

	Heft	Seite
Mikrozensus		
Das Mikrozensusgesetz 2005 und der Übergang zur Unterjährigkeit	1	38
Wahlen		
Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik	5	521
Erwerbstätigkeit		
Messung der Erwerbstätigkeit in den Vereinigten Staaten	3	264
Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext	3	312
Unternehmen und Arbeitsstätten, Unternehmensregister		
Erweiterte Auswertungen mit dem Unternehmensregister	4	342
Gewerbeanzeigen 2006 – Gründungen und Schließungen	6	567
Insolvenzen 2006	4	352
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr	7	663
Inlandstourismus 2006: Rekord bei Ankünften und Übernachtungen	5	489
Außenhandel		
Vereinfachung der Intrahandelsstatistik	7	670
Exportweltmeister Deutschland – Titel auf Zeit?	4	362
Konjunkturmotor Export	5	478
Verkehr		
Kombinierter Verkehr 2005 – Wachstum der Containertransporte in allen Verkehrsbereichen	2	169
Gefahrguttransporte 2005	4	370
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 2006	7	679
Seeverkehr 2006	7	688
Eisenbahnverkehr 2006 – Rekordjahr für Güter- und Personenverkehr	6	577
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2005	6	584
Gewerblicher Luftverkehr 2006	4	378
Finanz- und andere Dienstleistungen		
Aussagekraft der Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich	3	271
Unternehmensstrukturen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2004	1	58
Pilotstudie „Dienstleistungsumsätze nach Arten 2004“	2	180
Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung		
Methodik zur Gewinnung der Kennzahl „Ausgaben öffentlicher Schulen je Schülerin und Schüler“	1	68
Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2005	7	699
Gesundheitswesen		
Die Erfassung alkoholbedingter Sterbefälle in der Todesursachenstatistik 1980 bis 2005	3	278
Öffentliche Sozialleistungen		
Schwerbehinderte Menschen 2005	7	712
Behinderung und Einkommen	2	193
Wohngeld in Deutschland 2005	2	200

	Heft	Seite
Öffentliche Finanzen und Steuern		
Statistik der Entwicklungszusammenarbeit	3	291
Das Taxpayer-Panel der jährlichen Einkommensteuerstatistik	1	77
Staatliche Förderung der Riester-Rente für das Jahr 2002	3	300
Öffentliche Ausgaben für Äußere und Innere Sicherheit 2004	5	499
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	4	395
Öffentliche Finanzen im Jahr 2006	4	386
Wirtschaftsrechnungen		
Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärshaushalten	6	593
Verdienste und Arbeitskosten		
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Preise		
Fünf Jahre nach der Euro-Bargeldeinführung – War der Euro wirklich ein Teuro?	2	208
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2006	4	404
Preisentwicklung 2006	1	113
Preise im Januar 2007	2	223
Preise im Februar 2007	3	307
Preise im März 2007	4	412
Preise im April 2007	5	506
Preise im Mai 2007	6	637
Preise im Juni 2007	7	720
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2006	1	17
Input-Output-Rechnung	1	86
Aktuelle Methodenfragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Umstellung der Agrarsubventionen	4	337
Darstellung der Forstwirtschaft in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	6	629
Aktuelle Methodenfragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Lkw-Maut	5	472
Konjunkturmotor Export	5	478
Umwelt		
Nutzung von Umweltressourcen durch die Konsumaktivitäten der privaten Haushalte	1	97
Umweltökonomische Waldgesamtrechnungen	2	212
Gastbeiträge		
Einzeldaten der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 als Scientific-Use-File	2	144
Umweltökonomische Waldgesamtrechnungen	2	212
Auswirkungen von stochastischer Überlagerung und Mikroaggregation auf die Schätzung linearer und nichtlinearer Modelle	4	417
Der langfristige Wandel partnerschaftlicher Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	4	433
Regionaltourismus in der Europäischen Union	5	465
Individuelle Determinanten des Renteneintrittsalters	5	511
Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik	5	521
Entwicklung einer Europäischen Sozioökonomischen Klassifikation	5	527



Neuerscheinungen¹⁾ vom 25. Juni 2007 bis 27. Juli 2007

● Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]	Fachserie 10: Rechtspflege	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Juni 2007	13,75	Reihe 1 Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege 2006	12,-
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, März 2007	19,30		
April 2007	19,30	Fachserie 17: Preise	
Statistik und Wissenschaft, Band 11: Amtliche Hochschulstatistik und Hochschulrankings	24,80	Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Mai 2007	7,65
		Reihe 4 Preisindizes für die Bauwirtschaft, Mai 2007 (Eilbericht)	2,-
		Mai 2007	8,20
● Fachserien		Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Mai 2007 (Eilbericht)	3,50
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe		Reihe 7 Mai 2007	11,-
Reihe 4.3 Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2005 ..	19,50	Reihe 7 Juni 2007 (Eilbericht)	3,50
		Reihe 7 Juni 2007	11,-
Fachserie 7: Außenhandel			
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, März 2007	11,-		
Reihe 1 April 2007	11,-		

Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/publikationen

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.